DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 7
42. Jahrgang · DM 4,–
15. Februar 1988



Machtkampf in Moskau

STREIT UM STALIN

„Und wieder einmal“, notierte der Gesellschaftsreporter, „bewegte sich Franzl J. auf allen vieren durchs Nightlife.“

Fiat Panda Sisley 4x4. Die tolle Kiste.



Wer sich nachts auf dem schmalen und unwegsamen Pfad der Tugend durch den Großstadtdschungel schlägt, kann leicht versacken, durchdrehen oder steckenbleiben. Deshalb informiert der Panda Sisley 4x4 seinen Fahrer immer über seine aktuellen Neigungen: sowohl horizontal als auch longitudinal. Und der jederzeit zuschaltbare Allradantrieb bewältigt selbst Steigungen bis 50%. Dabei trinkt der Panda Sisley 4x4 nicht: Weder hochprozentiges Super noch Bleicocktails. Und raucht nicht (bedingt schadstoffarm nach Stufe C). Den Panda Sisley gibt es mit dem vollen Geschmack von Freiheit und Abenteuer nicht am Auto-maten, sondern in begrenzter Auflage bei Fiat. Der Weg lohnt sich.



Yeti 2x2:
30% Steigvermögen



Wolpertinger 8x4:
40% Steigvermögen





Panda Sisley 4x4:
50% Steigvermögen

FIAT

HAUSMITTEILUNG

Datum: 15. Februar 1988 Betr.: Enthüllungen

„Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" – so der Stuttgarter Schreibmaschinen-Sachverständige Bernhard Haas – ist die vom SPIEGEL (5/1988) veröffentlichte Waldheim-Depesche nicht authentisch. Jenes Telegramm, das der bis dahin unbescholtene jugoslawische Historiker Dušan Plenča in jugoslawischen Archiven aufgetrieben haben will, für dessen Authentizität er sich eidesstattlich verbürgte und das den österreichischen Bundespräsidenten in die unmittelbare Nähe deutscher Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg auf dem Balkan rückte.

Der SPIEGEL bedauert, seinen Lesern dieses seit vierzehn Tagen umstrittene und von den jugoslawischen Behörden zur „wahrscheinlichen Fälschung" erklärte Papier als „Der Beweis" und nicht mit der gebotenen Distanzierung präsentiert zu haben.

Ein Verdacht auf Fälschung war bei der redaktionellen Prüfung der Telegramm-Photokopie nicht aufgekommen, denn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kommt das ominöse Papier der Waldheim-Wahrheit sehr nahe.

Nicht ohne Grund reagierte der österreichische Bundespräsident, den die von der Regierung seines Landes eingesetzte Historikerkommission letzte Woche der „konsultativen Unterstützung" von deutschen Kriegsverbrechen beschuldigte und gemessen an seinen eigenen Ausflüchten des vorsätzlichen Gedächtnisschwundes verdächtigte, auf die SPIEGEL-Veröffentlichung erwartungsgemäß: Er könne sich „beim besten Willen" nicht erinnern. Und erfahrungsgemäß präventiv: „Wenn sich die Echtheit dieses Telegramms erweisen sollte", das ihn der Deportation von 4224 zivilen Gefangenen aus dem bosnischen Kozara bezichtigte, dann müsse man sich die „Art dieser Transporte" näher ansehen: „In jedem Krieg gibt es Gefangene und Flüchtlinge. Und in diesem Falle waren das eben Flüchtlinge – Frauen, Kinder, alte Leute –, die vor den Kampfhandlungen in Kozara geflohen sind und in Auffanglager gebracht wurden."

Echte Original-Dokumente dieses unvergeßlichen Zeitzeugen müßten sich in einem Faszikel finden, der genau jene Wochen Waldheim-Pflichterfüllung in der Kozara-Gegend umfaßt und nach Feststellung des Kommissionsmitgliedes Manfred Messerschmidt aus den jugoslawischen Archiven verschwunden ist. Die Zeit des deutschen Balkan-Terrors davor und danach ist dagegen akribisch belegt, mit Dokumenten übrigens, die dem Inhalt und Duktus nach der Waldheim-Depesche sehr ähnlich sind. Das Neueste zur Waldheim-Affäre Seite 110.

IN DIESEM HEFT

„Das heute Mögliche tun“ Seiten 18, 22, 23

Die CDU sucht neuen Umgang mit der DDR. Eine von Parteimanager Geißler geleitete Kommission wird diese Woche dem Wiedervereinigungsziel adieu sagen: „Die Teilung Deutschlands kann nicht überwunden werden.“ Und der CDU empfehlen, „das heute Mögliche“ für bessere Zusammenarbeit zu tun. Umdenken auch in der DDR. Im SPIEGEL-Gespräch fordert DDR-Kirchenpolitiker Stolpe vom SED-Staat, „die Kultur des Meinungsstreits“ zuzulassen: „Ein Veränderungsprozeß steht an.“



Festnahme eines DDR-Bürgers beim Diepgen-Besuch

Sowjets werben um Deutsche Seite 27

Salamander-Schuhe für russische Füße, Liebherr-Kräne für ausgemusterte SS-20-Lafetten – Unternehmer aus dem deutschen Südwesten sahen sich vergangene Woche in Moskau umworben. Sie waren mit Lothar Späth gereist, der Mühe hatte, seine Begeisterung für Gastgeber Gorbatschow zu zügeln.

FDP-Beifall für Lafontaine Seite 30

SPD-Vize Lafontaine macht mit neuen Vorschlägen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik von sich reden. Die SPD-nahen Gewerkschaften kritisieren ihn, die FDP zeigt „großes Interesse“. Genscher über Lafontaine: „Den mag ich.“

Nukem: Weltweite Uran-Schiebereien Seite 51



Nukem-Lagerplatz

In geheimem Zusammenspiel mit der europäischen Atombehörde Euratom verschieben deutsche Nuklearunternehmen, vornweg die Skandalfirma Nukem, seit Jahren zentnerweise Uran – unter Bruch internationaler Abkommen.

Nordirland: Polizei im Zwielicht Seite 144

Ein britischer Ex-Polizeioffizier enthüllt, wie er von seinen protestantischen Kollegen in Nordirland bei der Aufklärung von Übergriffen und Selbstjustiz gegen katholische IRA-Sympathisanten behindert wurde.

Österreichs Last mit Waldheim

Seite 110



Waldheim

Bundespräsident Kurt Waldheim weigert sich, seinem Land einen längst überfälligen Dienst zu erweisen und zurückzutreten: Obwohl das durch den Bericht einer internationalen Historikerkommission schwer belastete Staatsoberhaupt weithin zum Geächteten geworden ist, klammert Waldheim sich an sein Amt – selbst wenn darüber die Regierung zerbrechen und die Republik in ihre schwerste Krise stürzen sollte.

Almas Endsieg

Seite 195

Als Knabe wollte er gern an den Marterpfahl gebunden werden, als Mann unterwarf er sich einer dominanten Frau: In einer ersten umfassenden Biographie beschreibt jetzt Peter Stephan Jungk, Sohn des Zukunftsforschers, Leben und Leiden des jüdischen Dichters Franz Werfel und seine Ehe mit der antisemitischen Walküre Alma, verw. Mahler, gesch. Gropius. Almas Endsieg im kalifornischen Exil: Sie vertraute Freunden an, sie habe den toten Werfel heimlich taufen lassen.



Alma Mahler, Werfel (1919)

Film – Anklage gegen Apartheid

Seite 200



„Schrei nach Freiheit"

Regisseur Richard Attenborough, der „Cecil B. DeMille des sozialkritischen Films", hat einen anklägerischen Film gegen die Apartheid in Südafrika gedreht: die wahre Geschichte des schwarzen Bürgerrechtlers Steve Biko, der 1977 im Polizeigewahrsam umgebracht wurde. „Schrei nach Freiheit", der das Publikum „emotional packen" will, läuft in dieser Woche auf der Berlinale.

Vom Biertrinker zum Weinsammler

Seite 206



Weine aus der Sammlung Rodenstock

Bis vor zehn Jahren trank er noch Bier aus dem Stiefel, dann erst entdeckte er sein Talent: Mit untrüglicher Spürnase sammelt Hardy Rodenstock, Geodät und Musik-Agent, die edelsten und ältesten Wein-Raritäten. In seinen Kellern lagern zum Beispiel 111 Jahrgänge des berühmten Château d'Yquem. Einzelne Flaschen aus der Rodenstock-Sammlung brachten bei Versteigerungen fünf- und sechsstellige Erlöse.

KULTUR

SPORT

DER SPIEGEL (USPS 154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 230,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

BRIEFE

Bequemer Untergrund

(Nr. 5/1988, SPIEGEL-Titel: DDR-Jugend – Rebellion hinter der Mauer)

Ohne Perestroika in der DDR keine DDR!

Düsseldorf GÜNTER BECKER

Haben sich etwa schon wieder zwei DDR-Bürger in der Öffentlichkeit zum Gespräch zusammengerottet?

Schefflenz (Bad.-Württ.) D. REICHERT

Andersdenkende einsperren zu lassen, wie es Honecker tut, war auch die Methode von Hitler. Honecker hat aus eigener Erfahrung anscheinend nicht viel gelernt. Darauf sollte man ihn sehr eindringlich hinweisen, wenn man ihn noch einmal zu einem Staatsbesuch irgendwohin einlädt.

Celle B. ZIMMERMANN

Gott sei Dank findet sich in der Ost-Berliner Führung jemand, der alte deutsche „Tugenden" weiterpflegt – Zucht, Ordnung und Untertanengeist. Sehet hin und atmet in der DDR preußisch-wilhelminischen Mief ein.

München BERND STÖCKLE

Diejenigen, die heute gar nicht genug bekommen, sich auf das Rosa-Luxemburg-Zitat zu berufen, sind doch dieselben, die heute eine Rosa Luxemburg mindestens mit einem Berufsverbot im öffentlichen Dienst belegten, vom Gewerkschaftsausschluß wegen grundsätzlicher Ablehnung des Kapitalismus einmal ganz zu schweigen. Bei uns werden ganz andere Dinge geplant und praktiziert! Die Anwendung von Nötigungs- und Landfriedensbruch-Paragraphen gegenüber demonstrierenden Arbeitern, die nichts weiter „verbrochen" haben, als für ihr verfassungsmäßig verbrieftes Recht „auf Arbeit" zu demonstrieren.

Berlin HANS-JÜRGEN TRINKAUS

Ich begreife nur nicht, daß nicht nur dem SPIEGEL-Büro, sondern auch allen anderen Sprachrohren der westlichen Verschwörer-Clique wegen solcher unflätigen und hundsgemeinen Reportagen die Zulassung in der DDR entzogen wird!

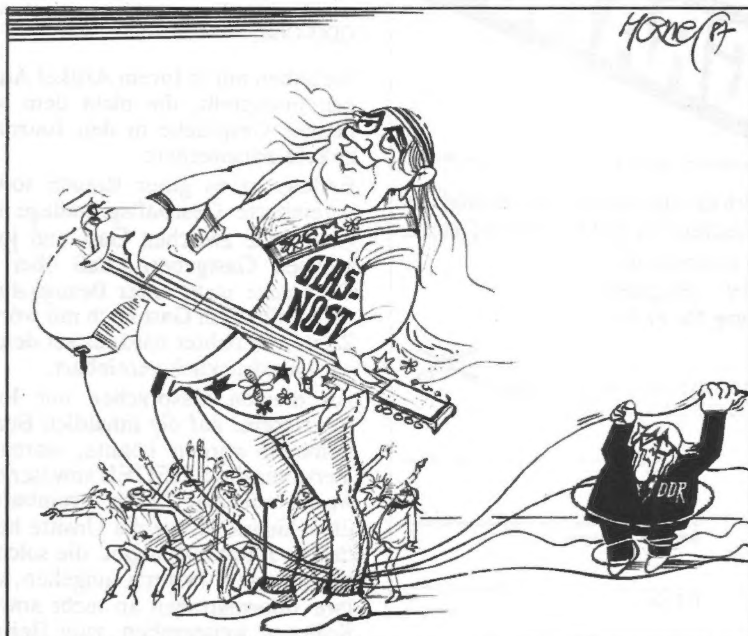
Lensahn (Schlesw.-Holst.) SIEGFRIED KLÜCKMANN

Schlimm für eine Gesellschaft, wenn das Lächerliche zum Absoluten erhoben wird (wie es mit dem Schmarrn des Krawczyk geschieht), nur weil ein paar Spinner in der DDR vor Unzufriedenheit strotzen.

Waldkraiburg (Bayern) WERNUD GILLIN

Ich fürchte, einige zumindest, die sich drüben als Kirche von unten deklarierten, könnten sich hier als Kirche von oben darstellen. Vielleicht landen einige sogar bei den pseudochristlichen Evangelikalen, andere bei den heuchlerischen Sektierern der Charismatiker des Herrn Kopfermann in der Hamburger Petrikirche. Kirche von unten heißt aber, wenn sie ehrlich ist, daß sie überall von unten ist. Die zu uns gekommenen Christen haben eine große Chance, den Kirchen endlich Glaubwürdigkeit zurückzugeben. Wer drüben Pazifismus im Sinne der Bergpredigt vertritt, muß das auch hier tun.

Hamburg JÜRGEN FLOERKE



Frankfurter Allgemeine Zeitung

Kommet her zu uns, Bänkel- und Moritatensänger aus dem bösen Osten, die ihr mühselig und beladen seid, der Westen will euch – ja, was will er, was wird er? Von Moral wird er euch kaum Vorzüge zu bieten haben, ein paar Protestkonzerte mehr gewiß, nicht in Kirchen, die euer Forum waren, nein, in gebildeten Sälen Gebildeter, wo Widerstand in Vergnügungssteuer umgemünzt wird. Deutschland, das von Tucholsky, Ossietzky und Kästner, das findet keine Fortsetzung bei Überläufern, es sei denn, Moral ließe sich vergiften, ermorden, ginge in den Untergrund! Und da ist der Untergrund im Westen doch etwas bequemer, verdienter, gewissermaßen.

Siegen HANS BASEKOW

Geldstrafen verhängt

(Nr. 4/1988, Justiz: Der SPIEGEL berichtete über den Rechtsstreit um Straßenblockaden. Von der Staatsanwaltschaft unbehelligt geblieben war der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der vor vier Jahren die Brummi-Blockade am Autobahn-Grenzübergang Kiefersfelden begrüßt und den Fernfahrern vor Ort „volle Unterstützung“ zugesichert hatte. Strafanzeigen wegen Beihilfe zur Nötigung wurden zurückgewiesen)

Die Grenzblockade durch Lkw-Fahrer in Kiefersfelden ist strafrechtlich nicht ohne Folgen geblieben. Insgesamt wurden 48 Ermittlungsverfahren geführt, in 17 Fällen wurde das Verfahren wegen geringer Schuld eingestellt, in 15 Fällen wurden Geldbußen festgesetzt, in sechs Verfahren wurden Geldstrafen verhängt. Die Verurteilungen sind rechtskräftig. In zehn Fällen konnte ein Tatnachweis nicht erbracht werden, so daß das Verfahren eingestellt wurde.

München HANS-PETER HUBER
Pressereferent des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Nicht amtsmüde

(Nr. 5/1988, Kanzler: Manager schelten den CDU-Chef)

Sie haben mir in Ihrem Artikel Äußerungen unterstellt, die nicht dem Verlauf meiner Gespräche in den Journalistenzirkeln entsprechen:

Erstens ist es guter Brauch sowie die vereinbarte Geschäftsgrundlage solcher Gespräche zwischen Gast und journalistischen Gastgebern, daß über solche Gespräche nicht unter Bezugnahme auf den politischen Gast noch mit wörtlichen Zitaten berichtet wird; es sei denn, dies wird ausdrücklich vereinbart.

An meinen Gesprächen mit Journalistenzirkeln, auf die inhaltlich Bezug genommen werden könnte, waren keine Vertreter des SPIEGEL anwesend, noch waren wörtliche Zitate vereinbart. Darüber hinaus ist mir die Unsitte bekannt, daß es Journalisten gibt, die solche Vereinbarungen dadurch umgehen, daß sie ihre Informationen an nicht anwesende Kollegen weitergeben, zum Beispiel an den SPIEGEL, und dafür häufig auch



Teltschik

noch bezahlt werden. Diese Methode richtet sich selbst.

Zweitens habe ich die mir unterschobene Äußerung über Bundesminister Stoltenberg nicht getan. Sie entspricht auch nicht meiner Auffassung. Was eine mögliche Reise von Bundesminister Blüm nach Südafrika betrifft, hatte ich ausdrücklich Bezug genommen auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in seiner Bundespressekonferenz vom 11. Januar 1988 und die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen den Journalisten selbst überlassen.

Im übrigen bin ich nicht amtsmüde, daß ich mich zu solchen Fragen in dieser Weise gegenüber Journalisten äußern würde.

Bonn HORST TELTSCHIK
Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt

Weich geködert

(Nr. 5/1988, SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über den CSU-Chef im südlichen Afrika)

Nicht mit dem Ende von Sicherheit und Ordnung beginnt der Zusammenbruch im südlichen Afrika, eher mit dem Beginn der Neben-Außenpolitik von Herrn Strauß, dem „Capetowner". Was wollte eigentlich FJS in Afrika? Treffen mit „Pik" Botha? Buthelezi? Savimbi? Oder Besuch der Jagdgründe am Rande der Kalahari-Wüste? Der Strauß muß endlich mal verstehen, was die schwarzen Gewerkschafter im wahrsten Sinne des Wortes ihm erklärt hatten, daß „mit der Apartheid nichts mehr ginge, und daß im Bewußtsein der Bevölkerung die Revolution längst begonnen habe".

Griesheim (Hessen) GEDION GETAHUN

Schon Lenin wußte: Mit weichen Besucher-Sofas und Vorzugsbehandlung ködert man „nützliche Idioten".

Bad Soden (Hessen) FRANK TAUBER

Wie kann die Bundesregierung von anderen Ländern – beispielsweise der DDR – noch glaubhaft die Respektierung der Menschenrechte fordern, wenn ihr Südafrika-Emissär trotz des anhaltenden Terrors gegen die schwarze Mehrheit (wahllose tödliche Schüsse auf Demonstranten, Haft ohne Gerichtsurteil sogar für elfjährige Kinder, Folter und ungeklärte Todesfälle in südafrikani-

schen Kerkern) nach wie vor das Apartheidregime am Kap verteidigt?

Altdorf (Bayern) KONRAD WEYGAND

Illustrer Club

(Nr. 5/1988, Presse: „Konkret". Ein Mann sieht rot)

Sie haben die Geschichte von „Konkret" planvoll individualisiert als die des Herrn Karlchen Krause. Ich glaube aber, daß es eher eine politische Geschichte ist. „Konkret" hat nicht seine Leser und Mitarbeiter verloren, weil Herr Gremliza besonders schrullig, streitsüchtig oder bissig war, sondern weil die politische Linie des Blattes einseitig prokommunistisch war. Die Leser hatten keine Lust mehr, eine Zeitschrift zu kaufen, die zwar heftige Attacken gegen Strauß und Reagan führte, kathetische Solidarität mit Nicaragua und den Müttern von Chile bekundete, über Polen und Afghanistan aber im Ton einer Hofberichterstattung schrieb. Die Geschichte von „Konkret" war nie die Geschichte eines besonders geschäftstüchtigen, eigenwilligen oder ungeschickten Verlegers, sondern die des Kampfes unabhängiger Linker gegen die orthodoxe KP. Es war nicht Karlchen Krause, der 1974 für 30 000 Mark die Titelrechte kaufte, sondern der kommunistische Einflußmillionär Klaus Hübotter, der insgesamt mindest 800 000 Mark dafür ausgab, die vorher unabhängige Zeitschrift in seinen Besitz zu bringen. Er war es, der dann dem „KK" das Heft überließ. „Kremliza" – Volkes Mund tut Wahrheit kund.


Röhl

Hamburg KLAUS RAINER RÖHL
Gründer und Herausgeber von „Konkret" (1955 bis 1973)

Lieber Hermann, laß Dich das, was neulich im SPIEGEL über Dich und „Konkret" stand, nicht verdrießen! Hast es Dir schließlich selber zugeschrieben. Daß Peggy Parnass nicht mehr mitmacht, macht „Konkret" um mehr als 1500 Mark reicher. Daß Norbert Blüm nicht mehr mitmacht, macht Dich nicht arbeitslos. Daß Franz Xaver Kroetz ein Musenficker ist, wußte ich schon vor mehr als zehn Jahren. Daß der unentwegt Vorworte schreibende Duve Dich nicht leiden kann, die Grünen, die „taz" und der SPIEGEL sauer sind, ist eher ein Argument für Dich. Zur Auflage von 40 000 (wenn wenigstens das stimmt) gratuliere ich Dir, das ist das Dreifache der „Weltbühne". Entsprechend war die „Weltbühne" dreimal so bedeutend (wie bedeutend ist der SPIEGEL?).


Hübotter

Bremen DR. JUR. KLAUS HÜBOTTER

Das Essen im Kleinen Fährhaus war zwar gut, und die Sonne schien tatsächlich. Doch mit Gönnerlaune hatte es nichts zu tun, daß Gremliza – wie immer – meine Gerichtsreportage brauchte. Er wollte nur vorher die Sache mit Wallraff mit mir klären. Ich war drei Jahre kaum zum Schreiben gekommen. Weil ich Geld verdienen mußte. Doch von wieder für „Konkret" arbeiten „dürfen", kann nicht die Rede sein. Ich durfte zwar sonst nichts, aber meine über hundert Gerichtsreportagen und etliche andere Kolumnen wurden mir bei „Konkret" seit September 1970 förmlich aus den Händen gerissen. Als Gremliza sagte, er möchte nie mehr hören, daß er mich ausbeutet, dachte ich erst, er wolle anfangen, angemessen zu bezahlen. Irrtum. Aber das war nicht der Trennungsgrund. Da gab es Wichtigeres. Denn als Gremliza im Zusammenhang mit Wallraff behauptete, er wolle reinen Tisch machen, meinte er nicht seinen eigenen. Nach drei guten Stunden Gremliza-Monolog in dem schönen Restaurant fing ich an zu erwidern, Fragen zu stellen und zu kritisieren. Das trübte die Stimmung. Er macht das Blatt ganz allein? Mit der Version sind seine Mitarbeiter wohl kaum einverstanden. Denn Gremliza kommt natürlich genausowenig wie Wallraff ohne Mitarbeiter aus. Beide brauchen ein Team. Und das ist keine Schande. Gremliza tut mir leid. Er kommt mir vor wie ein Mann, der sich Arme und Beine abhackt. Er kennt die Fronten nicht mehr. Hält kritische Freunde für Feinde. Schade! Denn mir ist „Konkret" immer noch wichtig.


Peggy Parnass

Hamburg PEGGY PARNASS

Da hat der SPIEGEL im Verbund mit dem begnadeten SPD-Ironiker F. Duve aber etwas Dolles zuwege gebracht: Gremliza als „Krauses Karlchen" doppelt wortspielpejorativ dem dankbaren Gemecker auszuliefern. Das war die Rache derer, die schon immer auf die Gelegenheit zu einem Einfall lauerten. Ich aber glaube: Wenn Karl Kraus und Gremliza eine Woche lang in Klausur gemeinsam darüber gegrübelt hätten, wie man Duve, den SPIEGEL und die schenkelpatschenden SPIEGEL-Leser zur artistischen Trias zwingt – sie wären exakt auf diese Problemlösung gekommen. Über die vielleicht ja auch Wallraff zum erstenmal seit Jahren wieder so richtig herzlich lachen kann.


Henscheid

Frankfurt ECKHARD HENSCHEID

Der SPIEGEL-Bericht machte mir nochmals richtig klar, welch illustrem Club

von „Gremliza-Geschaßten“ ich angehöre. Immerhin kann ich darin die Mitgliedsnummer 1 beanspruchen, da er mir 1963 – damals als Chef der Tübinger Studentenzeitschrift „Notizen“ – als Redakteur „kündigte“. Er scheint Spaß an dieser Art von Selbstverwirklichung gefunden zu haben.

Bonn HELMUT STRIZEK

Viel Verdienst

(Nr. 3/1988, Film: „Die Katze“ mit Götz George)

Sie loben den Film „Die Katze“ und seinen Regisseur Dominik Graf. Zu Recht. Aber wie wäre es, wenn Sie bei solchen Besprechungen auch den beziehungsweise die Drehbuchautoren erwähnten, in diesem Falle Uwe Erichsen und Christoph Fromm? Auf sie entfällt mindestens ebensoviel Verdienst am Gelingen des Films wie auf Dominik Graf.

Berlin RENKE KORN
HARTMANN SCHMIGE
Arbeitsgemeinschaft der Drehbuchautoren e.V.

Barfüßige Delinquenten

(Nr. 4/1988, Biographien: Das Leben des Oscar Wilde / Wilde-Biograph Ellmann)

Respekt für die genaue Besprechung der leider letzten Biographie von Richard Ellmann. Zu ergänzen bleibt noch, daß die erwähnte „Zwangsarbeit“, wie sie auch Oscar Wilde nach seiner Verurteilung wegen homosexueller Betätigung verrichten mußte, im viktorianischen England unter anderem aus dem barfüßigen Besteigen einer Tretmühle bestand, welche die Delinquenten bis zur totalen körperlichen Erschöpfung unter Aufsicht in Betrieb halten mußten. Dem 1930 erschienenen Werk des Sexualforschers Magnus Hirschfeld ist das Photo einer solchen Tretmühle entnommen. Ich hoffe allerdings, daß ich damit Leuten wie Gauweiler und Zimmermann keine Anregung für den Strafvollzug gegen Aids-Verdächtige geliefert habe.

Neu-Isenburg (Hessen)
DR. PHIL. MICHAEL STELTZ

Unvollkommene Konkurrenz

(Nr. 4/1988, Sportpresse: Verschärfter Konkurrenzkampf)

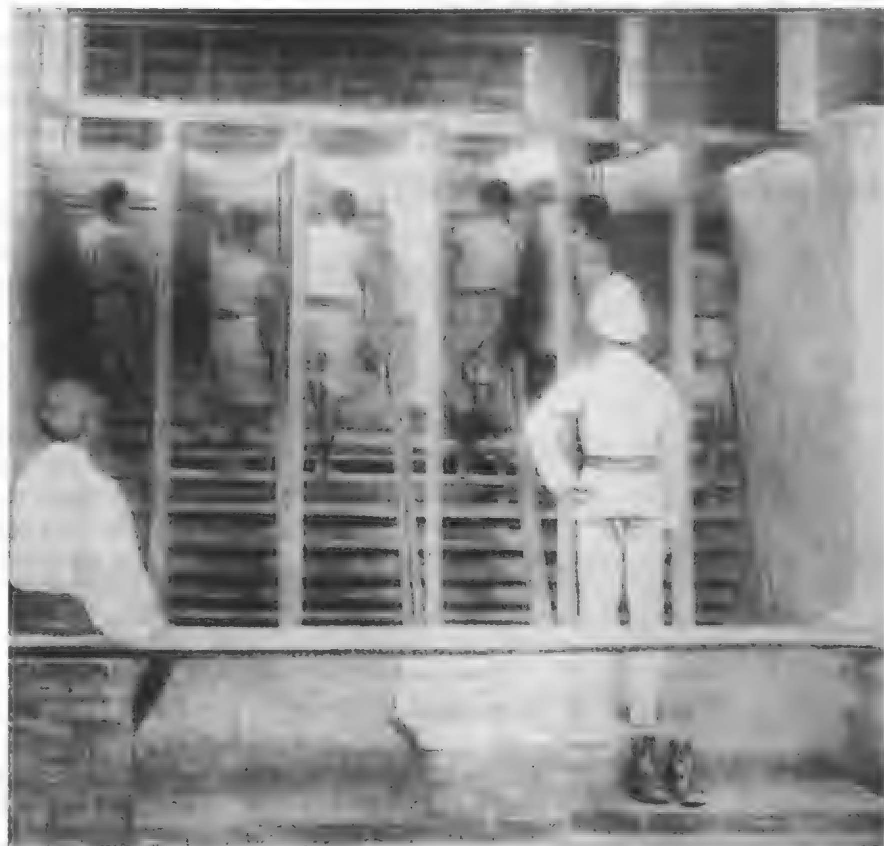
„Die Konkurrenz“, auf die sich der SPIEGEL bezieht, hat die verkaufte Auflage von „Sports“ unvollkommen recherchiert. Von der Dezember-Auflage wurden über 100 000 Exemplare verkauft.

Hamburg ROLF WICKMANN
Gruner + Jahr
Unternehmensbereich Zeitschriften

Extrem besetzt

(Nr. 4/1988, Apotheken: Boykott gegen Billig-Medikamente)

Das „Baff sein“ des Pharma-Unternehmers Siebein wird in Fachkreisen sicher keine Mitgefühle erwecken. Der deutsche Arzneimitteldschungel quillt über von Plagiaten. Was die zahlreichen „glei-



Viktorianische Tretmühle: Hoffentlich keine Anregung



Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit:

Geben Sie

Arbeitslosigkeit geht uns alle an. Deshalb bitte ich Sie, die Verantwortlichen in Betrieben und Verwaltungen, nennen Sie dem Arbeitsamt Ihre offenen Stellen. Auch wenn Sie Anzeigen aufgeben oder Ihren Bedarf am Werktor anschlagen, sollten Sie immer auch das Arbeitsamt einschalten.

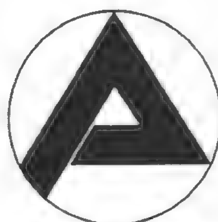
Werden Sie Ihrer sozialen Verpflichtung gerecht. Geben Sie auch den Arbeitslosen eine Chance. Jede dem Arbeitsamt genannte offene Stelle kann helfen, Arbeitslosigkeit zu beenden.

den Arbeitslosen

Davon abgesehen lohnt es sich, offene Stellen über das Arbeitsamt anzubieten. Das belegen wenige nüchterne Zahlen: Das Arbeitsamt besetzt vier von fünf der ihm genannten Stellen, insgesamt etwa zwei Millionen im Jahr.

Es kann auch immer mehr Fachkräfte anbieten. Hierzu hat die Qualifizierungsoffensive beigetragen. In den letzten zwei Jahren haben sich mit Hilfe des Arbeitsamtes über eine Million Menschen beruflich qualifiziert. In diesem Jahr werden es wieder über eine halbe Million sein.

eine Chance



Arbeitsamt

chen" Arzneimittel betrifft, so möchte ich anmerken, daß der billigste Kaffee nicht unbedingt das gleiche Aroma hat wie das bekannte Qualitätsprodukt. Und wenn man verschiedenen „Bäckern" die gleichen Zutaten gibt, so kommt nicht stets ein guter Kuchen aus der Backröhre; auch wenn jeder behaupten darf, es sei das gleiche drin. Wie sagte doch Minister Blüm: „Die Kranken werden geheilt." Und ich füge hinzu: „Auch wenn ihnen dabei schlecht wird."

Bad Bergzabern (Rhld.-Pf.) MANFRED TOMBERGER

Von dem Wirkstoff Nifedipin, der bei koronaren Herzkrankheiten verordnet wird, sind allein zwölf Mitgliedsfirmen des Bundesverbands der Pharmazeutischen Industrie (BPI) mit insgesamt 42 Darreichungsformen als Anbieter vertreten. Bei Rheumamedikamenten mit dem Wirkstoff Diclofenac sind es allein 22 Anbieter innerhalb des BPI mit einem Vielfachen an Darreichungsformen. Nicht mitgezählt sind die zahlreichen Präparate von Branchenneulingen, die dem Verband nicht angehören. Es muß also nicht an einer Verschwörung von Apothekern und der Konkurrenz liegen, sondern womöglich am extrem besetzten Markt, wenn Newcomer Probleme bei der Markteinführung haben.

Frankfurt THOMAS POSTINA
Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie
Abteilung Presse und Information

Man verschone uns damit, daß jeder ausgediente IBM-Manager zu den ungefähr 60 Adalat-Generics (inklusive aller Packungsgrößen wahrscheinlich über 200) noch eins in den Handel bringt!

Augsburg JÜRGEN LEHMANN
Apotheker

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 110 420
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telephon (040) 3007-0, Telex 2 162 477, Telefax (040) 3007-247,
Telegramm Spiegelverlag
Postgiro-Kto. Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20

HERAUSGEBER

Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION

Erich Böhme, Dr. Werner Funk

REDAKTION

Ariane Barth, Rolf Becker, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Ulrich Bieger, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Werner Dageför, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Nikolaus von Festenberg, Dr. Michael Fischer, Uly Foerster, Klaus Franke, Angela Gatterburg, Hans Jakob Ginsburg, Henry Glass, Rudolf Glismann, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Siegesmund von Ilsemann, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dieter Kampe, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Hans Werner Kilz, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Klaus Kröger, Karl Heinz Krüger, Bernd Kühnl, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Heinz P. Lohfeldt, Andreas Lorenz, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Dr. Hans-Peter Martin, Gerhard Mauz, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Stephan Paetow, Rainer Paul, Christoph Peck, Jürgen Petermann, Norbert F. Pötzl, Joachim Preuß, Günter Rau, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rokkel, Kurt Röttgen, Valeska von Roques, Dr. Fritz Rumler, Marie-Luise Scherer, Peter Schille, Tom Schimmeck, Heiner Schimmöller, Arnd F. Schirmer, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep, Diethelm Schröder, Harald Schumann, Helmut Sorge, Lutz Spenneberg, Mareike Spiess-Hohnholz, Hans Gerhard Stephani, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Günther Stockinger, Peter Stolle, Willy Theobald, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Sibylle Weischenberg, Erich Wiedemann, Dr. Harald Wieser, Dr. Dieter Wild, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN

Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Jürgen Leinemann, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Hans-Jürgen Schlamp, Tina Stadlmayer, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53 Bonn, Tel. 26703-0, Telex 886 630

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

Berlin (West): Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Kurfürstenstraße 72–74, 1 Berlin 30, Tel. 26 10 61, Telex 184 704 · Berlin (DDR): Ulrich Schwarz, Leninallee 175, 16–06, DDR-1156 Berlin, Tel. 372 10 75 und 375 41 44 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Manfred Müller, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telex 8 582 737 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Stefan Baron, Wolfgang Bittner, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telex 413 009 · Hannover: Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3 Hannover, Tel. 32 69 39, Telex 922 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 75 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telex 7 825 471 · Kiel: Manfred Ertel, Dietrich Lachmund, Niemannsweg 18, 23 Kiel, Tel. 56 30 66, Telex 299 859 · Mainz: Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 65 Mainz, Tel. 23 24 40, Telex 4 187 507 · München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, Michael Schmidt-Klingenberg, Stuntzstraße 16, 8 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501 · Stuttgart: Dinah Deckstein, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577 und 363 6737, Telex 215 418 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 22 63 63, Telex 825 391 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, Residence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 6108 und 230 6217, Telex 25 294 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, shari' El-Fawakeh, Muhandisin, Kairo, Tel. 71 22 10 und 70 40 15 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Protea Assurance House, 31 Adderley Street, Kapstadt 8001, Tel. 45 57 57, Telex 520 393 und 524 955 · London: Hans Hielscher, Economist Building, 7th Floor, 25 St. James's Street, London SW 1 A 1 HA, Tel. 839 7666 und 930 1604, Telex 25 278 · Madrid: Elisabeth Guth, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 429 8964, Telex 45 383 · Mexiko: Armin Wertz, Alfonso Caso 278–7 bis, Col. Tlacopac, 01040 Mexico, D. F., Tel. 550 1297, Telex 1 773 310 (Presseclub) · Moskau: Jörg R. Mettke, Krutizkij Wal 3, Kw 36, Moskau, Tel. 274 00 09, Telex 413 288 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telex 237 723 · Paris: Lutz Krusche, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211 und 4256 1972, Telex 650 086 · Peking: Dr. Stefan Simons, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telex 22 736 · Rio de Janeiro: Walter Tauber, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telex: 2 130 706 · Rom: Birgit Kraatz, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telex 622 257 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41 · Tel Aviv: Henri Zoller, Harechesch Street 12, Tel Aviv (Afeka), Tel. 42 73 65, Telex 342 663 · Tokio: Dr. Tiziano Terzani, 3–31–9 Kamimeguro, Meguro-ku, Tokio, Tel. 791 8011 · Washington: Hans Hoyng, Dr. Martin Kilian, Suite 702, 1015 15th Street, N. W. Washington, D. C. 20 005, Tel. 347 5222, Telex 440 214 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, 1190 Wien, Tel. 36 15 92 und 36 35 37, Telex 115 888

ILLUSTRATION

Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Peter Nils Dorén, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Karin Kahlisch, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Walter Pomikalko, Monika Rick, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION

Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Karl-Heinz Körner, Heinz Kohl, Inga Lembcke, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Hans-Jürgen Vogt, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR

dieser Ausgabe für Panorama, Deutschlandpolitik, Kanzler, Abrüstung, DDR, Stolpe-Gespräch, SPD, Bundeswehr: Wolfram Bickerich; für Osthandel, Bundespost, Betrug, Manager, Handel, Energiepolitik, Steuerreform, Montan-Industrie, Trends, Konzerne: Peter Bölke; für Fernsehen, Affären, Geheimdienste, Hasselmann-Gespräch, Bundesländer, Verkehr, Parteien, Zeitschriften: Jochen Bölsche; für Österreich, Jugoslawien, USA, Israel, Südafrika, Panorama Ausland, Titelgeschichte (S. 135), Großbritannien, Panama, Italien, Frankreich, Kenia, Kuba: Dr. Romain Leick; für Titelgeschichte (S. 124): Fritjof Meyer; für Satire, Szene, Biographien, Bestseller, Film, Plakate, Fernseh-Vorausschau: Dr. Hellmuth Karasek; für Luftfahrt, Aids: Rolf S. Müller; für Automobile: Rudolf Glismann; für Sport, Spectrum: Kurt Röttgen; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Ulrich Bieger; für Titelbild: Rainer Wörtmann; (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION

Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Armin Dirks, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, Marianne Friedrichs, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Ilse Lange-Henckel, Walter Lehmann, Michael Lindner, Leonore Lohse, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Wolfhart Müller, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Peter Philipp, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Rolf-G. Schierhorn, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Christel Schulz, Werner Siegert, Margret Spohn, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Ursula Vollmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner

Leitung: Karl-H. Schaper, Harald Schütz

NACHRICHTENDIENSTE

AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, Newsweek, New York Times, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Büro des Herausgebers: Wolfgang Eisermann; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 4. Januar 1988, Abonnementspreise (Normalpost, inklusive USt.): Inland sechs Monate DM 104,–, zwölf Monate DM 208,–. Normalpost Europa: sechs Monate DM 135,–, zwölf Monate DM 270,–; Seepost Übersee: sechs Monate DM 140,20, zwölf Monate DM 280,40; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. (040) 30 07-445

Verlagsgeschäftsstellen: Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telex 8 382 737; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telex 411 977; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-1, Telex 2 162 477; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673

Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg, und Darmstadt

VERLAGSLEITUNG

Helmut Wallbaum, Christian Wenger

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Rudolf Augstein, Adolf Theobald





U-Boot vom Typ 209 der Kieler Howaldtswerft

„Vielleicht ist da ein Versehen passiert“

In der U-Boot-Affäre mit Südafrika gibt es neue Aktenfunde, die den alten Verdacht bestärken, daß ein zur U-Boot-Herstellung dringend notwendiges Modell doch an den Apartheidstaat geliefert worden ist.

Aus Firmenunterlagen, die seit dem Frühjahr 1987 in dem Tresor eines Bonner Anwaltsbüros liegen, geht hervor: Die Kieler Howaldtswerft (HDW) und das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) hatten mit Südafrika nicht nur den Zeitpunkt vereinbart, zu dem das U-Boot-Modell fertig sein sollte („nicht früher als der 1. Juli 1986“). Auch der Liefertermin stand seit langem fest: Dezember 1986.

Auf ein querliegendes DIN-A4-Blatt hatten HDW und IKL für ihren südafrikanischen Vertragspartner einen Zeitplan für im Vertrag vereinbarte Leistungen gezeichnet. Im Abschnitt 1986 taucht unter dem 1.7. auch das Wort „model“ auf. Ein Pfeil verweist auf den Dezember, den Zeitpunkt der Lieferung („deliveries“).

Der Vertragstext, der dem Bonner Untersuchungsausschuß vorliegt, enthielt diesen Hinweis nicht. Deshalb hatte die Oberfinanzdirektion (OFD) Kiel auch ihre Ermittlungen gegen HDW und IKL eingestellt. Genehmigungspflichtig, so argumentierte OFD-Präsident Svend Olav Hansen, wäre nur der Export eines funktionstüchtigen U-Bootes oder solcher Unterlagen gewesen, die den Bau eines U-Bootes erst möglich machten. Ohne das Plastik-Modell im Maßstab 1:5 seien aber die Ingenieure am Kap ratlos. Sie bräuchten die Miniaturausgabe, um das Original herstellen zu können.

Als bekannt wurde, daß HDW eine Fracht, bestehend aus einer laut Zollpapier 1804 Kilogramm schweren Kiste, am 15. Dezember 1986 auf den Weg nach Israel gebracht hatte, kam diese Nachricht den OFD-Beamten höchst ungelegen. Die Ausfuhr von damals, so beteuerte OFD-Sprecher Manfred Budrat, habe mit dem Südafrika-Geschäft „nichts zu tun“ gehabt – aber was drin war in der Kiste, will er auch nicht sagen: „Das ist Geschäftsgeheimnis.“

Manches andere auch: Warum die Unterlagen der angeblich für Israel bestimmten Sendung überhaupt in die Südafrika-Ordner der HDW gerieten? Wieso das verräterische Aktenblatt, wenn es mit dem U-Boot-Geschäft nichts zu tun hatte, weder von OFD-Leuten in Kiel noch von Beamten des Bonner Finanzministeriums entdeckt und ausgesondert wurde? Warum man es statt dessen „geheim“ stempelte? Budrat: „Vielleicht ist da ein Versehen passiert.“

Weniger Devisen

Um sechs Prozent wollte die DDR ihren Außenhandel im vergangenen Jahr steigern – statt dessen gab es ein Minus von 3,3 Prozent. Besonders schlimm für die Ost-Berliner Wirtschaftsplaner: Der Rückgang von 182 Milliarden auf 176 Milliarden Mark wurde fast ausschließlich durch den geringeren Warenaustausch mit den westlichen Industriestaaten verursacht. Der Handel mit den kapitalistischen Ländern, unentbehrlicher Devisenbringer und überaus wichtig für die Entwicklung der DDR-Industrie, sackte um über elf Prozent. Einer der Hauptgründe für die Ausfuhrflaute: zu geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit von in der DDR gefertigten Produkten.

Teure Lehrstelle

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) fing sich einen Tadel des Bundesrechnungshofes ein, weil er einem anderen Tadel entgehen wollte. Den Rechnungsprüfern in Frankfurt mißfällt, daß der Minister die wohl teuerste Lehrstelle der Republik finanziert. Bangemann hat einem Ministerialbeamten seines Hauses, Peter Franzke, eine viermonatige Blitzlehre bei der bundeseigenen Lastenausgleichsbank verordnet. Während dieser Zeit zahlt das Ministerium dem Beamten die Bezüge (monatlich rund 10 000 Mark) weiter. Das Manöver war notwendig geworden, weil FDP-Mann Franzke, früher schrieb er Reden für Bundespräsident Walter Scheel, auf einen 200 000-Mark-Job im Vorstand der Berliner Industriebank gehievt werden soll. Diese Institution verwaltet und verteilt ERP-Mittel. Doch weil das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen die Berufung des im Bankengeschäft unerfahrenen Aufsteigers schon monierte, wurde Franzke zum jetzt getadelten Schnellkurs verdonnert.

Urlaubsreise nach Afrika?

Im Bonner Regierungslager bahnt sich neuer Streit um die Südafrika-Politik an. Ohne Wissen des Auswärtigen Amtes reiste vorige Woche die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, Liselotte Berger (CDU), auf Einladung des Apartheidregimes ans Kap. Frau Berger, die eigentlich für Berlin-Fragen zuständig ist, reise „nicht im amtlichen Auftrag", hieß es im Kanzleramt, sondern befinde sich auf einer „Urlaubsreise". Offenbar mit politischem Hintergrund: Die CDU-Politikerin traf mit Zulu-Häuptling Gatsha Buthelezi zusammen. Der schwarze Homeland-Führer, der ebenso wie die Burenregierung in Pretoria westliche Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ablehnt, gilt wegen seiner gemäßigten Haltung unter deutschen Christdemokraten als „Lieblingsschwarzer".



Liselotte Berger

Ost nach Brüssel?

Bundeskanzler Helmut Kohl stehen womöglich neue Besetzungssorgen ins Haus. Er muß nicht nur sein Kabinett umbilden, weil Verteidigungsminister Manfred Wörner als Nato-Generalsekretär nach Brüssel geht. Auch Kohl-Sprachrohr Friedhelm Ost trägt sich mit Abwanderungsgedanken in die belgische Hauptstadt – er möchte den dortigen ZDF-Korrespondenten Gustav Trampe ablösen, der in den nächsten Monaten seinen Platz räumen wird. Für den Regierungssprecher und Ex-ZDF-Mann Ost wäre die Rückkehr zum Fernsehen auch finanziell interessant: In ZDF-Diensten könnte sich Ost als Vortragsreisender ein Zubrot verdienen – was ihm als Beamter nicht erlaubt ist.



Ost

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

CDU: Abschied von alten Einheits-Träumen

Die CDU will ihr deutschlandpolitisches Programm entrümpeln. Die Wiedervereinigung, so heißt es in einem neuen CDU-Papier, sei auf unabsehbare Zeit nicht zu erreichen. Die Bundesregierung müsse daher das „heute Mögliche und Verantwortbare" tun. Die Kontakte zur DDR sollten „auf allen Ebenen" ausgebaut werden; auch Gespräche mit der Volkskammer und den Ost-Parteien, bisher strikt abgelehnt, seien möglich.

Der erste Test einer neuen Deutschlandpolitik der CDU fand auf ausländischem Boden statt. Bei einem Vortrag in Paris äußerte Dorothee Wilms, CDU-Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, wie nebenbei einige Selbstverständlichkeiten, die für viele Parteifreunde nicht selbstverständlich sind und vom geltenden CDU-Programm schwerlich gedeckt werden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands, so Frau Wilms, werde es in überschaubarer Zukunft nicht geben; davor liege ein geschichtlicher Prozeß von nicht abzusehender Dauer: „Dies kann und wird nach Lage der Dinge nur dadurch geschehen, daß sich der Ost-West-Konflikt seiner Struktur nach in einem historischen Prozeß verändert."

„Der Nationalstaat um seiner selbst willen, das ist weder der Auftrag des Grundgesetzes noch entspricht dies unserem politischen Bewußtsein", so die Ministerin weiter. Da die nationale Frage primär eine Frage der Selbstbestimmung sei, „betrachten wir" – Ostgebiete ade – „den territorialen Aspekt als nachgeordnet".

Die Rechte daheim jaulte auf. „Die Überwindung der Teilung Deutschlands ist auf den Sankt-Nimmerleins-Tag gerückt", tadelte die rechtskonservative Bonner „Welt" und warnte die Bundesregierung, sie „sollte mit eigenwilligen Auslegungen des Grundgesetzes vorsichtig sein".

Die „FAZ" machte sich zum Sprachrohr der deutschlandpolitischen Vereinigung der CDU in Schleswig-Holstein: Die Ministerin habe sich nun „endgültig disqualifiziert". Ihre Behauptung, die Wiederherstellung der staatlichen Einheit sei nicht Selbstzweck, erweise sich als verfassungsrechtlich unhaltbar.



Deutschlandpolitiker Honecker, Kohl (in Bonn): „Den Dialog intensivieren"

Deutsch-deutsche Grenze (bei Herleshausen): „Die Teilung kann nicht überwunden werden"





DDR-Besucher Strauß, Waigel, Diepgen, Gastgeber Honecker: „Kontakte mit der DDR auf allen Ebenen"

Selbst aus dem eigenen Haus kam Kritik. CDU-Mann Ottfried Hennig, Parlamentarischer Staatssekretär im Wilms-Ministerium, zugleich Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, ermahnte die Chefin öffentlich: „Abwarten ist keine uns erlaubte Politik."

Die Kritiker werden sich noch wundern. Denn was Frau Wilms in Paris verkündete – und einiges mehr –, soll neue deutschlandpolitische Linie der Christdemokraten werden.

Die Ministerin ist Mitglied einer Kommission des Bundesvorstands, die unter Leitung von Generalsekretär Heiner Geißler in aller Stille das Programm der CDU entrümpeln will. Geißler, auf Öffnung seiner Partei auch für traditionelle SPD-Wähler bedacht, möchte ideologischen Sperrmüll loswerden – auf die Gefahr hin, am rechten Rand Stimmen zu verlieren.

Die Papiere der Kommission will Geißler in dieser Woche der Öffentlichkeit vorlegen. Sie sollen zur Grundlage eines Leitantrages für den CDU-Parteitag Mitte Juni in Wiesbaden gemacht werden. Krach mit jenen, die am Gestern hängen, ist programmiert.

Statt wie bisher recht unbestimmt davon zu reden, die deutsche Wiedervereinigung sei nur „im Rahmen einer europäischen Friedensordnung" möglich, heißt es im Kommissionspapier eindeutig: „Das Ziel der Einheit ist von den Deutschen nur mit Einverständnis und

„Wir müssen auf der Treppe stehen"

Helmut Kohls freie Rede auf der Wehrkundetagung in München

Im Bonner Presseamt erlauben sich Beamte von Zeit zu Zeit, Originalzitate des Kanzlers als „Null-Ton Kohl" zu bezeichnen. Jetzt wurden die Sammler wieder fündig.

„Die Weltmächte", belehrte Helmut Kohl seine „amerikanischen Freunde", unter ihnen Verteidigungsminister Frank Carlucci, auf der Wehrkundetagung in München, „waren nie in der Geschichte Weltmeister in Psychologie; die Deutschen waren ja nur für einen kurzen Abschnitt in diesem Feld tätig, und unsere Psychologie war miserabel."

Und was zählt heute zu den „psychologischen Gegebenheiten" im geteilten Deutschland? – Kohl: „Im vergangenen Jahr waren fünf Millionen Besucher aus der DDR bei uns. Das waren ungefähr dreieinhalb Millionen Menschen." Und wenn Alfred Dregger vor einer atomaren „Sonderbedrohung" der Deutschen warne, dann sei er doch der „allerletzte, der Überläuferpsychologie verbreitet".

Überhaupt, mit der Psychologie hat's der Kanzler neuerdings: „Ein stures Verharren in einer Art von Renaissance kalter Kriegspsychologie nützt uns jetzt nichts. Das andere nützt uns aber genausowenig."

Auf junge Leute, „es sind übrigens auch unsere Kinder", gelte es „psychologisch Rücksicht" zu nehmen. Das heiße, „in einem Moment, wo die halbe Welt sagt, da ist ein neuer Friedensengel in Moskau erschienen, daß wir den jungen Leuten sagen, erstens, es ist kein Friedensengel erschienen, und zum zweiten ist es zwingend notwendig, daß wir Frieden und Freiheit verteidigen".

Beruhigend immerhin, was der Kanzler über die Friedens- und Freiheitsverteidiger weiß: „Das, was jetzt an deutschen Rekruten in unseren Kasernen ist, gehört mit zu der besten Generation, die in diesem Jahrhundert geboren wurde. Es sind unerhört sensible und offene, aber bereite junge Leute."

Europa, belehrte der Kanzler, habe „einen Teil des Anschlusses" verschlafen. Deshalb gebe es jetzt technologischen „Nachholbedarf" gegenüber Japan und Amerika. „Aber wir kommen wieder." Denn „die Zahl der grauen Zellen ist bei uns genauso groß und so klein wie etwa in anderen Ländern".

Kohls „sehr persönlicher" Ehrgeiz ist es, „daß dieses Land am Ende dieses Jahrhunderts auf alle Fälle in einem olympischen Wissenschaftsvergleich auf der Treppe steht, wobei mir völlig gleich ist, ob es Gold, Silber oder Bronze ist. Aber wir müssen auf der Treppe stehen".



Pentagon-Chef Carlucci, Kohl
„Nie Weltmeister in Psychologie"

Am Ende seines Auftritts in München ging der Historiker mit dem Psychologen durch: „Wer heute über 80 ist, der hat die Erinnerung an zwei Weltkriege. Hier geht keine alte Frau abends ins Bett, wenn sie durch ihr Wohnzimmer geht, ohne Bilder zu sehen von Gefallenen aus zwei Weltkriegen. Das steckt uns, wenn Sie so wollen, im weitesten Sinn moralisch noch in den Knochen."

In der jüngeren Geschichte habe es „praktisch keine Generation" gegeben, die „nicht wenigstens einen Krieg" erlebt habe: „Es gab eine Periode, die galt bisher als die längste Periode des Friedens, in der kein Krieg war, 1871 bis 1914. Wenn Sie es nachrechnen, wissen Sie, 1945 bis 1988, das sind wiederum die gleichen Jahreszahlen, die wir erreichen."

Unterstützung ihrer Nachbarn in West und Ost zu erreichen."

Soll heißen: Die Union muß Abschied nehmen von ihren Träumereien. Die Ostgebiete sind verloren, die Grenzen in Europa sind nicht zu verändern, die deutsche Einheit ist auf unabsehbare Zeit nicht zu erlangen.

Folgerichtig geht es weiter im Text: „Solange der Ost-West-Konflikt andauert, kann die Teilung Europas und damit Deutschlands nicht überwunden werden." Die Verantwortung der Deutschen bestehe darin, das „heute Mögliche und Verantwortbare" zu tun, um den Ost-West-Konflikt zu mildern und auf seine Überwindung hinzuwirken.

Die CDU soll endlich ja sagen zu den Ostverträgen und zur Anerkennung der Nachkriegsgrenzen: „Zu den Grundlagen unserer Deutschlandpolitik gehören" – neben Grundgesetz, Deutschlandvertrag und Verfassungsgerichtsurteil, die beiden deutschen Staaten seien kein Ausland – „der Moskauer und Warschauer Vertrag von 1970, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin von 1971, der Grundlagenvertrag von 1972".

Die CDU wolle den „politischen Dialog mit der DDR intensivieren", sie „will ihre Kontakte in der DDR auf eine breite Basis stellen. Dazu gehört der Dialog mit den Kirchen, aber auch mit anderen Gruppen und Institutionen".

Hinter diesen harmlos klingenden Sätzen verbirgt sich ein erbitterter Streit in der Kommission, ob die C-Partei, wie die SPD, offizielle Gespräche mit der SED oder der – gleichgeschalteten – Ost-CDU führen soll. Vorsitzender Geißler, in der Wolle gefärbter Anti-Kommunist, sträubte sich: „Mit denen setze ich mich nicht an einen Tisch." Die jetzt verabschiedete Formulierung – ja zum Dialog „mit politischen Gruppen und Institutionen" – schließt den SED- und Ost-CDU-Kontakt jedoch nicht aus.

Um so klarer ist der Bruch mit einem anderen Tabu bisheriger Unionspolitik: „Kontakte mit der DDR auf allen Ebenen können solche zwischen dem Deutschen Bundestag und der DDR-Volkskammer einschließen."

Trotz aller Vorbehalte – der Berlin-Status müsse unberührt bleiben, Berliner Bundestagsabgeordnete dürften nicht diskriminiert werden, die Volkskammer besitze keine demokratische Legitimation – wäre dies für die CDU ein großer Schritt vorwärts. 1986 noch hatte Volkskammer-Präsident Horst Sindermann nur auf Einladung der SPD zum Besuch nach Bonn kommen können.

Vorgeschlagen werden: Ausbau der – lange Zeit von der CDU bekämpften – deutsch-deutschen Städtepartnerschaften und des Sportverkehrs auch auf kommunaler Ebene, Austausch von Lehrlingen und Volontären, eine gemeinsame Hochschul-Stiftung für die Begegnung von Studenten und Professoren, „Förderung des beiderseitigen touristischen Reiseverkehrs".



Ministerin Dorothee Wilms
„Territorialer Aspekt nachgeordnet"

Zur neuen Zusammenarbeit auf allen Ebenen zählt das Geißler-Papier „turnusmäßige Gespräche der Bundesregierung mit der Regierung der DDR auch auf Fachministerebene", „neue Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit, zum Beispiel bei der gemeinsamen Führung von Betrieben (Joint-ventures)" und „bundesweite Empfangsmöglichkeiten des DDR-Fernsehens", etwa über Kabel; entsprechend sollte West-Fernsehen in der DDR empfangen werden können.

Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, so das CDU-Papier, sei nur möglich, wenn „Berlin in diese Zusammenarbeit voll einbezogen ist"; entsprechend wird der „Ausbau beider Teile Berlins als internationale Konferenzstadt" und eine „Öffnung" Berlins für den Flugverkehr gewünscht.

Erich Honecker begegnete einem Christdemokraten letzte Woche mit Avancen, die das CDU-Papier rechtfertigen: West-Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen gab er das Versprechen für mehr Kontaktmöglichkeiten und die Zusage, West-Berliner dürften künftig auch im Ost-Teil übernachten.

Ministerin Wilms hat inzwischen in Ost-Berlin vorfühlen lassen, ob sie der DDR einen offiziellen Besuch abstatten könne. Im Politbüro sind die Meinungen geteilt. Die einen, immer noch ängstlich auf Betonung der DDR-Eigenstaatlichkeit bedacht, wollen das Innerdeutsche Ministerium weiterhin ignorieren. Die Entspannungsfreunde hingegen wollen den Wandel durch Annäherung bei der CDU honorieren. Sie votieren für den Empfang der Dame. Schließlich habe sie ja auch an den Gesprächen mit Honecker in Bonn teilgenommen.

ABRÜSTUNG

Garantiert sicher

Bonns Hoffnungen auf eine weltweite Ächtung der chemischen Waffen schwinden: Amerikaner und Franzosen legen sich quer.

Das Kompliment kam aus Moskau. Zufrieden las Außenminister Hans-Dietrich Genscher am Mittwoch vergangener Woche in einem vertraulichen Telegramm der Bonner Botschaft, daß ihm sein sowjetischer Amtskollege Eduard Schewardnadse „großen Respekt" gezollt habe.

Das Lob, das der Kommunist gegenüber CDU-Ministerpräsident Lothar Späth zu Protokoll gab, galt Genschers Einsatz für ein Abkommen zur weltweiten Ächtung und Vernichtung chemischer Waffen. Der Vertrag ist seit Monaten so gut wie unterschriftsreif – doch Bonns Verbündete in Washington und Paris legen sich quer.

Schon bei seinem Besuch in Bonn vor vier Wochen hatte Schewardnadse gefragt, warum ausgerechnet die USA Hindernisse aufbauten, die „garantiert sicher sind, daß diese Waffen nicht auf ihrem Territorium zum Einsatz kommen". Die Bonner mußten die Antwort schuldig bleiben. Sie konnten sich selbst nicht erklären, warum die Amerikaner jetzt von dem in der Nato fest verabredeten C-Waffen-Verbot abrücken.

Die christliberale Koalition ist sich mit der Opposition und ausnahmsweise sogar intern einig, daß die „Menschenvernichtungsmittel" (Genscher) so schnell wie möglich beseitigt werden müssen. Während ihres USA-Besuchs diese Woche wollen Genscher und Kanzler Helmut Kohl in seltener Einigkeit für ein weltweites Verbot als „besonderen Schwerpunkt" (Kohl) der Bonner Politik werben und das am Freitag gemeinsam US-Präsident Ronald Reagan ans Herz legen.

Bei ihrem beharrlichen Drängen auf ein Abkommen können die Bonner sich auch auf viele Nato-Partner stützen. Genscher hofft daher, Washington werde doch noch einlenken, wenn erst das amerikanisch-sowjetische Abkommen über den Abbau der Mittelstreckenwaffen den US-Senat passiert habe.

Doch diese Hoffnung trügt. Denn selbst wenn Washington nachgäbe, müßten noch die französischen Sonderwünsche für ein C-Waffen-Abkommen erfüllt werden. Paris will sich, solange weltweit nicht alle C-Waffen vernichtet sind, eine eigene „Sicherheitsreserve" aus binären Kampfmitteln* zulegen. Auch die anderen Signatarstaaten eines künftigen Abkommens sollen sich Reserven schaffen dürfen, „sofern sie dazu in der Lage sind".

Die Amerikaner haben schon im vergangenen Dezember mit der Produktion von Binär-Granaten begonnen. Und einen Tag nach Wiederaufnahme der Genfer C-Waffen-Verhandlungen gab die US-Regierung – zum Entsetzen ihrer westlichen Verbündeten – den Bau der binären 250-Kilo-Bombe „Big Eye" frei.

„Mich würde es eher überraschen", bekannte der Genfer US-Unterhändler Max L. Friedersdorf, „wenn es noch dieses Jahr zu einem Vertrag käme."

Denn die amerikanischen Militärs, das Pentagon und die chemische Industrie,

* Binäre Kampfmittel bestehen aus zwei Komponenten, die erst durch ihre Verbindung das tödliche Gas entwickeln.



C-Waffen in US-Depot: „Es ist eine Unverschämtheit"

die in Wahrheit nie ein C-Verbot wollten, haben sich in Washington durchgesetzt. Bereits Ende Januar machte der neue Verteidigungsminister Frank Carlucci bei Genschers Blitzvisite in Washington kein Hehl aus seiner Abneigung; wenige Tage später bekamen es die Bonner auf vertraulichen Kanälen sogar schriftlich.

Washington verlangt – wie Paris – „Sicherheitsreserven", solange nicht sämtliche Staaten auch in der Dritten Welt auf den Bau chemischer Waffen verzichten. Überdies sei ein Produktionsverbot weltweit nicht zu überprüfen. Diese Bedenken sind neu.

Als US-Vizepräsident George Bush im April 1984 den amerikanischen Vertragsentwurf für ein C-Waffen-Abkommen präsentierte, war er sicher, daß die Sowjets niemals zustimmen würden. Das Pentagon hatte allzu strenge Kontroll- und Inspektionsforderungen formuliert.

Zur Verblüffung des Westens gingen die Sowjets, die mit 300 000 Tonnen chemischer Kampfstoffe mengenmäßig den Amerikanern weit überlegen sind, auf die Forderungen ein und stellten ihre Spionagefurcht hintan. Um so massiver wurden die Widerstände gegen rigorose Vor-Ort-Inspektionen bei den Bossen der chemischen Industrie in Amerika und Teilen Westeuropas.

Amerikanische Generäle, darunter Nato-Oberbefehlshaber John Galvin, fordern inzwischen sogar, die neuen Granaten schon zu Friedenszeiten in Europa, vor allem in der Bundesrepublik, zu stationieren. Das verstößt gegen eine Vereinbarung, die Kohl und US-Präsident Ronald Reagan im Mai 1986 in Tokio getroffen hatten.

Als Friedersdorf jetzt sogar in Frage stellte, daß diese in mehreren Briefwechseln „verbindlich" (Genscher) festgehaltene Vereinbarung Reagans Amtsende überdauern werde, wurden die Verbündeten am Rhein zornig. Sie zitierten den amerikanischen Gesandten James Dobbins ins Auswärtige Amt und beschwerten sich über die neuen Zumutungen.

Ein Genscher-Gehilfe über die Amerikaner: „Es ist eine Unverschämtheit, wie die mit uns umspringen."

DDR

Positive Leistungen

Immer mehr DDR-Bürger begehren die Ausreise. SED-Chef Erich Honecker gerät in Schwierigkeiten.

Der letzte Dissident war noch nicht weg, da ließ sich Erich Honecker schon feiern.

Die erste Seite des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" („ND") füllte am vergangenen Dienstag eine Jubel-Arie über ein Treffen des Parteichefs mit den Berufsjugendlichen von der FDJ. Die Zusammenkunft, so schwärmte das „ND", habe sich „zu einem leidenschaftlichen Bekenntnis der jungen Generation zu ihrem sozialistischen Vaterland und zur Politik der SED" gestaltet.



Demonstranten-Festnahme in Ost-Berlin*: „Erst kriminell werden"

Ganz so heil, wie die SED-Medien verkündeten, war die realsozialistische Welt in der vergangenen Woche noch nicht. Das Ende der Affäre um die nach der Luxemburg-Demo am 17. Januar verhafteten Bürgerrechtler und Ausreiser hat ausgerechnet jene geschockt, die dem Regime am treuesten ergeben sind: die braven Genossen in Betrieben und Behörden.

Denen müssen die Agitatoren aus der Zentrale erst verklaren, was passiert ist: daß die Staatsmacht die angeblichen Landesverräter Bärbel Bohley und Werner Fischer sowie das Ehepaar Templin am vorletzten Wochenende außer Landes ließ – versehen mit einem DDR-Reisepaß nebst Dauervisum, das nach spätestens sechs Monaten die stetige Ein- und Ausreise garantiert. „Du mußt erst kriminell werden", so der bittere Kommentar eines SED-Intellektuellen, „bevor unser Staat dich so hofiert."

Für Honecker stand Wichtigeres auf dem Spiel. Er hatte, verschreckt durch diplomatische Interventionen, der Stasi Order gegeben, bis zum Wochenende klar Schiff zu machen – wie auch immer.

Die Genossen von der Sicherheit versuchten es zunächst auf bewährte Art: Falls sie nicht „freiwillig" aus der DDR verschwänden, teilten sie den noch Inhaftierten mit, die auf Verbleiben in der DDR bestanden, sei die Alternative nur Gefängnis, acht Jahre Minimum. Als die Drohung nicht bei allen half, entschlossen sich die „Organe" (offizieller SED-Jargon) zu einer unerhörten Konzession: Sie boten den renitenten vier Pässe, Dauervisa und das Recht zum Pendeln an.

Das half: Die Templins nahmen das von der westdeutschen evangelischen Kirche vermittelte Angebot an, für zwei Jahre einen „Studienaufenthalt" in der Bundesrepublik zu absolvieren. Bärbel Bohley und ihr Lebensgefährte Werner Fischer entschieden sich für eine Offerte der anglikanischen Kirche.

Nur die beiden Jüngsten unter den Eingesperrten, der 17jährige Till Böttger und der 19jährige Andreas Kalk, durften zu ihren Familien nach Hause. Die letzten vier Einsitzenden, die am 19. Januar ihre Solidarität mit den Inhaftierten durch einen Hungerstreik bekundet hatten, wurden Mitte letzter Woche westwärts in Marsch gesetzt.

Formaljuristisch ist die Kulanz der Behörden in Ordnung – wenn auch grotesk. Beim „Absehen von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit" berief sich die Generalstaatsanwaltschaft auf den Paragraphen 25 des DDR-Strafgesetzbuches:

> Von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit ist abzusehen, wenn der Täter durch ernsthafte, der Schwere der Straftat entsprechende Anstrengungen zur Beseitigung und Wiedergutmachung ihrer schädlichen Auswirkungen oder durch andere positive Leistungen beweist, daß er grundlegende Schlußfolgerungen für ein verantwortungsbewußtes Verhalten gezogen hat und deshalb zu erwarten ist, daß er die sozialistische Gesetzlichkeit einhalten wird.

Das Risiko, daß die SED ihr Versprechen auf Heimkehr der Abgeschobenen tatsächlich einlösen muß, ist nicht sonderlich groß. Für die Stasi arbeitet die Zeit: Die vier mit DDR-Paß führten in den letzten Jahren im Osten ein Außenseiter-Leben. Der Geisteswissenschaftler Wolfgang Templin verlor seinen Job an

* Beim Diepgen-Besuch vor Bonns Ständiger Vertretung.

der Akademie der Wissenschaften schon 1984 und schlug sich seither mit Gelegenheitsarbeiten durch. Die Malerin Bärbel Bohley hatte, seit sie sich in der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung engagiert hatte, keine Chance mehr, als Künstlerin Anerkennung zu finden.

Aus dem Schneider sind Erich Honekker und das SED-Politbüro dennoch nicht. Denn neben dem neuen Ärger mit den Genossen haben sie auch den alten Brassel mit den Ausreisern am Hals.

Der nahm letzte Woche zu: Obwohl die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg ihr Angebot, ein eigenes Zentrum zur Beratung und „seelsorgerlichen Begleitung" von Ausreisewilligen zu eröffnen, zurückgezogen hatte, bevor das Büro richtig eröffnet war, standen Anfang letzter Woche vor dem Gemeindehaus der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg Hunderte von Bürgern aus dem ganzen Land Schlange.

Kirche wie SED verschreckte der Ansturm gleichermaßen. Das SED-Lokalblatt „Berliner Zeitung" veröffentlichte am vergangenen Mittwoch – höchst ungewöhnlich – eine Stellungnahme des evangelischen Generalsuperintendenten Günter Krusche, in der es heißt: „Die Bearbeitung und Entscheidung von Ausbürgerungsanträgen kann ausschließlich bei den Staatsorganen erfolgen." Die Kirche sei aber, so Krusche, „auf Wunsch der Betroffenen zur seelsorgerlichen Begleitung bereit".

Die Ost-Berliner Pastoren können sich seither vor Ausreisewilligen nicht retten, darunter Menschen, die bereits seit zehn Jahren auf ihren Westtrip hoffen. Viele warten stundenlang vor den Sprechzimmern und sind selbst dann nicht enttäuscht, wenn der Pfarrer ihnen mitteilt, Tips zur schnelleren Ausreise habe er leider auch nicht. „Die sind schon froh", so ein Geistlicher, „daß ihnen mal einer geduldig zuhört und sie nicht anschreit."

Nicht alle. In der DDR-Provinz nahmen Volkspolizei und Stasi letzte Woche zahlreiche DDR-Bürger fest, die – animiert durch die Luxemburg-Demo – auf eigene Faust daheim für ihren Antrag in die Öffentlichkeit gingen. In Ost-Berlin griff die Stasi am vergangenen Mittwoch vorsorglich eine Reihe von Ausreisern weg, die einen Tag später beim Besuch des West-Berliner Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen bei Erich Honecker auf sich aufmerksam machen wollten – mit aufgespannten Schirmen, auf denen das Datum ihres ersten Ausreiseantrags stehen sollte. Am Besuchstag zogen Polizeitrupps mehrere Protestanten aus dem Verkehr.

Der Stellung des SED-Generalsekretärs, dafür mehren sich die Hinweise, sind die Querelen der letzten Wochen nicht bekommen. Erstmals zirkulieren in der SED offen Spekulationen, Honecker könnte einen Teil seiner Macht abgeben, bevor er es selber will: das Generalsekretariat. Den Nachfolger im Amt als SED-Chef nennen die Genossen gleich mit: Werner Felfe, 60, im Politbüro zuständig für Landwirtschaft.

„Wir brauchen die Kultur des Meinungsstreits"

Der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe über das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR



Kirchenpolitiker Stolpe (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Quer zum Normalablauf der DDR"

Manfred Stolpe

gilt als Krisenmanager der evangelischen Kirche in der DDR. Der 51jährige Stettiner, seit 1959 im Kirchendienst, ist seit 1982 Vize-Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen, des Zentralbüros der protestantischen Gliedkirchen in der DDR. Als Präsident des Konsistoriums (Verwaltungsamt) der Kirche von Berlin-Brandenburg ist Stolpe einer der Architekten der „Kirche im Sozialismus" und verfügt über vorzügliche Kontakte zur DDR-Regierung und zur SED.

SPIEGEL: Herr Stolpe, ist die evangelische Kirche der DDR neuerdings ein Reisebüro für landesmüde Ausreisewillige?

STOLPE: Nein. Wir haben seit den fünfziger Jahren den Menschen in diesem Lande – und in besonderer Weise unseren Gemeindemitgliedern – die Aufgaben genannt, die sie hier haben. Jeder wird hier gebraucht, jeder sollte hier auch seine Chancen erproben, und eine Ausbürgerung kann nur eine allerletzte Möglichkeit unter ganz besonders schwierigen Umständen sein. Wir sind kein Ausreisebüro.

SPIEGEL: Vor diesen besonders schwierigen Umständen sahen sich noch Anfang letzter Woche offenbar viele Bürger. Hunderte standen vor den Türen eines von Ihnen eingerichteten Kontaktbüros.

STOLPE: Ja, in der Tat: Es hat ein ganz bedauerliches Mißverständnis gegeben. Im Angesicht der Bedrängnisse von Menschen, die in ihrer Ungewißheit über langjährige Ausbürgerungsanträge in den letzten Wochen in die Kirchen geströmt waren, hat der Generalsuperintendent von Berlin an unsere seelsorgerliche Verantwortung diesen Menschen gegenüber erinnert und daran, daß in all unseren Gemeinden Pfarrer und Mitarbeiter zu solchen seelsorgerlichen Gesprächen bereit sind. Diese Information, dieser Hinweis, dieses Vermittlungsangebot von Seelsorge ist ein bißchen falsch verstanden worden, als wolle die Kirche nun ein Büro zur Vermittlung von Ausreiseanträgen sein.

SPIEGEL: War da nicht auch bewußt etwas falsch formuliert? Generalsuperintendent Krusche hat diese Ankündigung

* Mit Redakteuren Wolfram Bickerich und Ulrich Schwarz in seinem Ost-Berliner Büro.



Fürbitte-Gottesdienst in der Ost-Berliner Gethsemane-Kirche: „Ein Angebot, die spürbare Erregung aufzufangen"

in einem Gottesdienst in der Gethsemane-Kirche vor 3000 bis 4000 Zuhörern gemacht, von denen viele ausreisen und einige nach dem Gottesdienst draußen demonstrieren wollten. Sollte da nicht Dampf abgelassen werden?

STOLPE: Ein Angebot, die spürbare Erregung und Unruhe aufzufangen, ist es sicher gewesen, aber keine bewußte Irritierung. Es war wohl zu spüren, daß viele Menschen durch die Unsicherheit über die Behandlung ihres Ausbürgerungsantrages in großer innerer Erregung und Ratlosigkeit sind, die sie zu Verhaltensweisen führen könnten, die ihre Lage noch mehr verschlechtern würde. Deshalb unser Angebot: Ihr braucht faire Gesprächspartner.

SPIEGEL: Die vielen hundert aus allen Teilen der DDR wollten keine Seelsorge, sondern handfesten Rat.

STOLPE: Diese Beobachtung haben wir auch gemacht. Die Menschen wollten direkt, ganz handfest einen heißen Tip haben, wie man schnell ihr Ausbürgerungsanliegen befördern kann. Das haben wir erkannt – und mußten ganz eindeutig passen. Nichts ist schlimmer, als jetzt falsche Hoffnungen zu wecken und dann riesige Enttäuschungen auszulösen, die die Bedrängnis noch erhöhen.

SPIEGEL: Worin sehen Sie den Grund, daß der Staat dem Wunsch nicht entgegenkommt, Ausreisemöglichkeiten zu schaffen beziehungsweise auf eine rechtliche Basis zu stellen?

STOLPE: Staatliche Regeln für die Handhabung von Wünschen auf Verlassen der DDR gibt es de facto, aber nicht de jure, wenn ich einmal von der 83er Heiratsverordnung absehe. Das geht seit den sechziger Jahren so. Für den Staat gibt es ein entscheidendes Kriterium, nämlich die Beharrlichkeit und die Eindeutigkeit eines solchen Wunsches. Wir halten das für gerechtfertigt; denn es gibt Fälle, wo sehr spontan und kurzschlußartig ein Ausbürgerungsantrag gestellt wird, insofern ist eine Prüfung sinnvoll. Es wäre sicher auch sinnvoll, wenn dann in einem überschaubaren Zeitraum, der sich sicher nicht über drei Jahre hinziehen dürfte, eine Bearbeitung solcher Vorgänge erfolgen würde, bei denen keine zwingenden Hinderungsgründe wie Geheimnisträger oder ähnliches vorliegen.

Uns kommt es auf die Praxis an. Eher zweitrangig scheint die Frage, wie dann die Regeln für die Betroffenen durchschaubarer gemacht werden können – ob sie im Gesetzblatt veröffentlicht oder auf andere Weise für verbindlich erklärt werden. Die Ungewißheit über Jahre zerstört Persönlichkeiten und macht aus ruhigen Bürgern hysterische, die sich und die Gesellschaft gefährden.

SPIEGEL: Sehen Sie Anzeichen, daß der Staat nachgeben könnte?

STOLPE: Ich sehe keine Anzeichen, sondern eine Tendenz, die heißt: Wo eine eindeutige Beharrlichkeit ist, eine Endgültigkeit von Entscheidungen, da wird man dieser Entscheidung Rechnung zu tragen haben in Zeiträumen, die für die Gesellschaft, für die Arbeitsstelle, für das Umfeld, aber auch für den betroffenen Menschen zumutbar sind. Dieser Zeitraum wird ein Kompromiß zwischen den Belangen der einzelnen und den Interessen der Gesellschaft sein müssen.

Denn eines ist, glaube ich, ganz eindeutig: Man kann in dieser Frage der DDR nicht zumuten, daß jeder, der heute danach fragt, in kurzer Zeit die Übersiedlung bekommt.

SPIEGEL: Gibt es Kontakte zwischen Kirche und Staat, künftig mehr Transparenz zuzulassen?

STOLPE: Unsere Kirchen haben seit Jahren Beobachtungen, die sie zu gesamtgesellschaftlichen Fragen gemacht haben, den Staatsorganen vorgetragen und Anregungen gegeben. Sie haben auch Fragen der Ausbürgerung auf den verschiedensten Ebenen vorgebracht und gebeten, daß man zu durchschaubaren, menschenfreundlichen, humanitären Regelungen einerseits kommt, zum anderen aber auch natürlich etwas stärker nachdenkt über Ursachen und Zusammenhänge.

SPIEGEL: Wie hoch schätzen Sie die Zahl der Ausreisewilligen? Im Westen beziffert man sie zuweilen auf 500 000.

STOLPE: Ich halte diese Zahl für maßlos übertrieben. Ich würde mindestens eine Null bei dieser Zahl streichen.

SPIEGEL: Wenn die Kirche, wie wir hören, kein Reisebüro ist, versteht sie sich als Hort oder als Zentrale einer DDR-internen Opposition?

STOLPE: Wir sind als Kirche eigenständig und unabhängig. Wir sind also etwas anderes als die gesellschaftlichen Einrichtungen, die sonst in diesem Lande in Parteien und Massenorganisationen bestehen, weil wir eine andere Bindung haben. Insofern liegen wir von unserem Selbstverständnis her quer zu dem, was in den Normalabläufen einer

sozialistischen Gesellschaft der DDR vor sich geht. Ich denke aber, daß die Gesellschaft sich darauf eingestellt hat, daß sie eigenständige Kirchen hier hat, daß sie sich auch darauf eingestellt hat, daß diese Kirchen von ihrem Auftrag her handeln und bestimmte Aufgaben in der Gesellschaft wahrnehmen. Dies tut die Kirche aber nicht, um ein Widerpart des Staates zu sein, sondern um von ihrer Verantwortung her mitzudenken für das Ganze.

SPIEGEL: Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die Kirche, ob sie will oder nicht, mehr geworden ist: eine Art gesellschaftliche, moralische Gegenmacht zur offiziellen Staatsmacht der DDR.

STOLPE: Ich würde den Begriff „Macht" vermeiden wollen, weil er absolut mißverständlich ist. Jeder Kenner der DDR-Verhältnisse weiß, wie machtlos wir sind. Denken Sie nur an unsere totale Überforderung mit einem solchen kleinen Seelsorge-Vermittlungsbüro wie das bei der Generalsuperintendentur! Was wir nie bestritten haben und wo wir in der Tat auch unsere Funktion sehen, ist, daß wir von unserer eigenen Verantwortung her Stellung nehmen zu Fragen der Gesellschaft und den Menschen zur Verfügung stehen, wenn sie ihrerseits Fragen haben oder wenn sie in Bedrängnis sind. Das kann sich in der Tat so darstellen, daß die Kirche etwas anderes und manchmal auch gegenteilig Wirkendes tut als das, was die offizielle Gesellschaft macht – das ist aber Ergebnis, Auswirkung ihres eigenständigen Auftrages. Ich denke, daß eine Gesellschaft, auch eine sozialistische Gesellschaft, ganz gut damit leben kann.

SPIEGEL: Jene Erwartungen der Menschen, von denen Sie sprechen, verpflichten Sie doch auch. Da sind Sie als moralische Autorität gefordert.

STOLPE: Ja, wir wissen uns in doppelter Weise in gesellschaftlichen Zusammenhängen verpflichtet – durch unseren Auftrag zur Wahrheit. Wir müssen uns sicher hüten, uns zu allem und jedem zu äußern; aber es gibt Situationen, wo wir unmißverständlich Position beziehen müssen zu gesellschaftlichen Zusammenhängen. Das kann für die Gesellschaft angenehm sein, etwa in Friedensfragen oder Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit. Das kann aber auch für die Gesellschaft weniger angenehm sein.

Wir sind zum zweiten als Kirche herausgefordert, wenn es darum geht, Menschen zu helfen, einzelnen oder Gruppen.

SPIEGEL: Manche von denen werden jetzt von Ihnen enttäuscht sein. Viele tausend kamen zu Solidaritätsveranstaltungen in die Kirchen, die seit vorletzter Woche auf Weisung der Kirchenleitung nicht mehr stattfinden. Sie vergeben damit eine große Chance, Leuten geistiges Obdach zu bieten, die mit Ihnen bisher nicht viel im Sinn hatten.



Liedermacher Biermann, Krawczyk*
„Die sogenannte Künstlerlösung"

STOLPE: Wir sehen das Problem, auch die Chance. Wir haben uns bemüht, dies in den Fürbittandachten zu praktizieren. Die hatten immer zwei Teile: den geistlich orientierten Andachtteil und den Informationsteil, in dem Stellung genommen wurde zu brennenden Tagesfragen. Wir denken darüber nach, ob dieses Angebot der Kirche nicht auf neue Weise in neuem Turnus fortzusetzen ist. Der ganz aktuelle Anlaß, die Inhaftierungen, ist beendet, und deshalb hat die Kirchenleitung einer Anregung der Koordinierungsgruppe stattgegeben, zunächst mal auszusetzen.

* Am 6. Februar in West-Berlin; im Hintergrund die ausgewiesenen Bürgerrechtler Ralf Hirsch, Freya Klier.

SPIEGEL: Über diese Anregung war die Kirchenleitung offenbar sehr froh; nicht mal eine Dankandacht hat mehr stattgefunden. Hat der Staat Druck auf die Kirche ausgeübt, diese Andachten schleunigst einzustellen?

STOLPE: Wir haben hier im Berliner Raum keinerlei Hinweise staatlicherseits in dieser Richtung gehabt. Die Schnelligkeit hängt damit zusammen, daß in den Gruppen der Eindruck entstand, es werde vor allem über neue Inhalte diskutiert – wie kommen wir am schnellsten aus der DDR raus? Diese Frage hat doch alle sehr verunsichert. Es bestand die Gefahr der Überfremdung.

SPIEGEL: Sind Sie selber dafür, diese Art von Gottesdiensten und Andachten fortzusetzen?

STOLPE: Ich kann hier nur meine persönliche Meinung sagen: Wir sollten sehr ernsthaft prüfen, ob wir diese Arbeitsmöglichkeit weiter betreiben können. Wir brauchen dazu tragfähige Mehrheiten in der Kirche, nicht nur in der Kirchenleitung.

SPIEGEL: Die haben Sie nicht?

STOLPE: Fragen Sie nächste Woche nach. Da sind wir vielleicht klüger.

SPIEGEL: Glauben Sie, daß der Staat das auch so freundlich sieht wie Sie? Diese Gottesdienste waren ja etwas Unerhörtes – Versammlungen, die eigentlich unter den Paragraphen der „Zusammenrottung" fallen würden, wenn sie nicht in der Kirche gewesen wären.

STOLPE: Danke für den Nachsatz. Das waren in der Tat kirchliche Veranstaltungen mit eindeutig religiösem Charakter. Die Frage, die jetzt ansteht, ist, ob man für eine Stadt wie Berlin nicht in einem gewissen Turnus solche Möglichkeiten schafft, Themen anzuschneiden, die sicher unbequem sind in der Gesellschaft, aber auch Antworten aus verschiedenen Richtungen zulassen. Es ginge darum, ein Stück Meinungsstreit einzuüben. Der Grundgedanke wäre, daß unterschiedliche Positionen zum Tragen kommen. Wir haben ein paar Veranstaltungen gehabt, die waren mir einfach zu einseitig staatskritisch und hatten Töne dabei, die nur noch als ausgesprochen staatsfeindlich verstanden werden konnten. Das hilft auf Dauer nicht weiter.

SPIEGEL: Können Sie sich vorstellen, daß an einem kirchlichen Fürbittgottesdienst demnächst ein hoher Funktionär der SED teilnimmt und seine Meinung sagt?

STOLPE: Wenn Sie „demnächst" nicht zu eng sehen, würde ich es schon für denkbar und wünschenswert halten.

SPIEGEL: Noch in diesem Jahrtausend oder erst im nächsten?

STOLPE: Ganz sicher noch in diesem Jahrtausend.

SPIEGEL: Und die Prämisse ist nicht immer der religiöse Charakter der Veranstaltung?

STOLPE: Ich denke doch. Wir müssen dabei bleiben, daß auf der Basis der geistlichen Sammlung an brennende Fragen gelassener herangegangen werden kann.

SPIEGEL: Der Staat hat mit Ihnen kein Gegengeschäft vereinbart: Die Verhafteten kommen frei, die Andachten werden abgesagt?

STOLPE: Ich kann nur versichern, daß es solche Absprachen oder Geschäfte nicht gegeben hat. Es ist auch eigentlich allen deutlich geworden, daß die vermutlich von Herrn Honecker getroffene Entscheidung, die eine politische Lösung zum Ziel hatte, bereits viele Tage vorher – nämlich Anfang vorletzter Woche – gefallen ist.

SPIEGEL: Von Herrn Honecker persönlich?

STOLPE: Ich vermute es, ja.

SPIEGEL: Warum hat die Kirche dabei mitgemacht, daß die Bürgerrechtsbewegung aufgeweicht wurde? Die kleinen Leute wurden in die DDR entlassen, die führenden Köpfe ausgewiesen, das mittlere Personal darf sich im Besitz blauer DDR-Pässe auf eine Rückkehr am Sankt-Nimmerleins-Tag freuen.

STOLPE: Die Kirche hat von Anfang an, nämlich vom 18. Januar an, in allen Gesprächen mit Vertretern des Staates darum gebeten, daß es zu angemessenen Entscheidungen im Blick auf die Menschen kommen möge – im Rahmen der Rechtsordnung, aber unter Berücksichtigung der gesamtpolitischen Situation, außen- wie innenpolitisch, und daß es nicht zur Verbüßung von Freiheitsstrafen kommen möge. Wir wollten eine Gleichbehandlung, ja.

SPIEGEL: Die hat es nun gerade nicht gegeben.

STOLPE: Es gab von vornherein eine Differenzierung. Es gab eine unterschiedliche strafrechtliche Einschätzung; einigen wurde der Paragraph 217 vorgeworfen . . .

SPIEGEL: . . . die „Zusammenrottung“ . . .

STOLPE: . . . anderen „landesverräterische Beziehungen“. Uns wurde bald deutlich, daß hier besondere Belastungen im Blick auf Stephan Krawczyk und Freya Klier zusammengetragen worden waren. Nach Gesprächen mit Vertretern der Regierung und der Staatsanwaltschaft hatten wir den Eindruck, daß eine Fülle von Belastungsmaterial vorlag.

SPIEGEL: Wie kann das denn ausgesehen haben?

STOLPE: Als Jurist in diesem Lande muß ich sagen: Ich habe den Atem angehalten, weil dieses Material noch vor zehn Jahren ausgereicht hätte, um zu Verurteilungen zu kommen, bei denen Freiheitsentziehung von mehreren Jahren mit Sicherheit zu erwarten gewesen wäre.

SPIEGEL: Bei den Gesetzen dieses Landes, wo selbst die Weitergabe von *nicht der Geheimhaltung unterliegenden* Nachrichten ein Verbrechen sein kann, wenn der Staat es will, ist es einfach, Material zusammenzutragen, das zum Vorwurf des Landesverrats ausreicht.



Frankfurter Allgemeine Zeitung

STOLPE: Ich würde Ihnen abraten, das Strafrecht schärfer zu interpretieren, als es die Organe hier tun. Das nützt nichts. Offenbar haben die Freunde, die nach dem 17. Januar in Haft kamen, die Brisanz der Situation unterschätzt, und zwar im Blick auf die Rechtslage wie auf die Beweislage, was das Sammeln oder Entgegennehmen von Materialien aus Berlin-West und ähnliches bedeutet.

SPIEGEL: Was raten Sie einem DDR-Bürger, der ausreisen will? Muß er nicht vorgehen wie jene, die jetzt ausgebürgert worden sind, um den begehrten Ausreisestempel zu kriegen, also öffentlich Krach schlagen?

STOLPE: Sie spielen wieder auf die differenzierte Entscheidung an. Ich will Ihnen dazu sagen, daß ich diese Entscheidung außenpolitisch für richtig, für menschenfreundlich gegenüber den Betroffenen, aber innenpolitisch für kompliziert halte. Natürlich hat die Entscheidung außenpolitisch eine Entkrampfung und Entlastung bedeutet, zumal sie einigen die Chance bietet, in die Gesellschaft der DDR zurückzukehren. Ich glaube fest an die Redlichkeit dieser befristeten Ausreise.

SPIEGEL: Wir werden Sie in einem halben Jahr daran erinnern.

STOLPE: Ich weiß nicht, ob allen eine solche Rückkehr-Möglichkeit eröffnet wurde, bevor sie die DDR verließen. Ich muß hinzufügen: Ich halte diese Entscheidung innenpolitisch für riskant, aber für verantwortbar, wenn in greifbaren Zeiten – und jetzt meine ich „greifbar“ enger, als wir es vorhin angesprochen haben – erkennbar wird, daß sie in einem Trend liegt, bei dem *Besuchsreise*möglichkeiten besser und verläßlicher werden und bei dem auf ein beharrliches und entschiedenes *Ausbürgerungs*bemühen durchschaubarer geantwortet wird.

Ich habe persönlich die Hoffnung, daß die sicher insgesamt durchaus gewagte Entscheidung auch ein Signal für mehr Beweglichkeit bedeutet. Es wäre schön, wenn das auf erkennbare Verbesserungen für alle zielt. Alle müssen ihren Wünschen näher kommen können. Sie dürfen nicht im Alltag die Erfahrung machen, daß Reisen sogar noch komplizierter wird, etwa in die ČSSR. Für einen Zentraleuropäer ist reisen so wichtig wie Zeitung lesen.

SPIEGEL: Stephan Krawczyk wirft Ihnen vor, die Kirche habe mit dem Staat zusammengearbeitet, um die Bürgerrechtler, die dieses Land nicht verlassen wollten, zur Ausreise zu pressen.

STOLPE: Das muß ich mit Betroffenheit zurückweisen; gerade diejenigen, die in Haft gewesen und jetzt im Westen sind, müßten wissen, daß die Dinge anders gelaufen sind. Wir haben uns zuallererst eingesetzt für die Entlassung aller, mit der Freiheit der Wahl des Aufenthaltsortes. Wir haben bedauert, daß dies nicht in allen Fällen durchführbar war. Wir waren im Falle Stephan Krawczyk und Freya Klier voller Besorgnis, ob es überhaupt gelingen könne, die Rechtspflegeorgane von einem Strafverfahren mit mehrjähriger Haft abzubringen. Da haben wir die Anwälte ermächtigt, mit zu überlegen, ob nicht die sogenannte Künstlerlösung möglich wäre.

SPIEGEL: Ein Dauervisum für kritische Intellektuelle, wie es Künstlern zugestanden wurde, die 1976 gegen die

Ausbürgerung Wolf Biermanns protestiert hatten?

STOLPE: Das Modell wird seitdem immer wieder praktiziert. Da haben wir den Anwälten übermittelt: Wenn die Bereitschaft da ist, auf ein Strafverfahren und eine Verurteilung zu Freiheitsstrafe ohne Bewährung zu verzichten, dann sollte eine Lösung gefunden werden, bei der die Menschen aufgefangen werden können. Darum ging es. Wir wissen, daß das Belastungsmaterial mehrere Jahre Freiheitsstrafe ohne Bewährung hergab und daß es nicht wenige Leute hier im Lande gibt, die es gern gesehen hätten, wenn es zu solchen Entscheidungen gekommen wäre.

SPIEGEL: Hat der 17. Januar die DDR auf mittlere Sicht verändert, oder kann die Staatsführung nach westdeutschem Muster locker aussitzen, was an diesem Tag und seitdem passiert ist?

STOLPE: Der 17. Januar ist schon ein Signal für die Gesellschaft dieses Landes, eine Erinnerung an anstehende Fragen. Ich bin sicher, daß die Verantwortlichen diesen Fragen mit größerem Ernst nachgehen werden, als es in den Wochen und Monaten vorher spürbar gewesen ist, und zwar in mehreren Aufgabenfeldern: Wir sprachen schon über die Fragen des Reiseverkehrs. Ich denke aber auch an die Notwendigkeit, in diesem Lande die Kultur des Meinungsstreites zu pflegen, an die Notwendigkeit, mit unterschiedlichen Positionen umzugehen.

Unser Land befindet sich seit zehn, fünfzehn Jahren in einem langsamen, behutsamen Veränderungsprozeß, für den wir auch keine Fremdworte brauchen.

SPIEGEL: Sie denken an „Pluralismus“?

STOLPE: Das Wort brauchen wir nicht und auch kein russisches Fremdwort. Der Prozeß läuft, und er geht weiter. Er muß weitergehen. In diesem Veränderungsprozeß ist ein ganz wichtiges Element der Meinungsstreit, eine Kultur des Meinungsstreits. Diesen Veränderungsprozeß sollte man nach meiner Meinung jetzt nicht belasten mit Elementen und Momenten, die diese Gesellschaft noch nicht verkraftet.

SPIEGEL: Öffentliche Proteste?

STOLPE: Ich meine demonstrative Elemente, Vorgänge, die sich auf Straßen und in Aktionen äußern. Es ist durchgängige Überzeugung in der Kirchenleitung, daß hier eine Überforderung vorliegt. Der 17. Januar wird für die Staatsführung ein Erinnerungspunkt bleiben, den Veränderungsprozeß behutsam, aber eindeutig fortzusetzen; und für die Kirchen, Gruppen und Bürger ein Erinnerungspunkt, das Moment der Geduld zu beachten. Ungeduld und Beharrungsstreben sind die Hauptfeinde einer positiven Entwicklung in diesem Lande.

SPIEGEL: Herr Stolpe, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

OSTHANDEL

Auftrag von oben

Lothar Späth und die ihn begleitenden Unternehmer wurden in Moskau umworben – die Sowjets wollen deutsches Know-how.

Die respektvolle Vorzugsbehandlung, die Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth in Moskau genoß, verdankte er nicht zuletzt seiner Begleitung – einem Troß von 30 deutschen Unternehmern. „Wir sind“, stellte Berthold Leibinger, Chef der Maschinenbau-Firma Trumpf, selbstbewußt fest, „das Salz in Späths Suppe.“



Ostreisender Späth (2. v. l.), Gastgeber*: Nie Trödelkram verkauft

So sah es wohl auch der Gastgeber. Generalsekretär Michail Gorbatschow selbst erklärte dem Gast, wie er sich die Zukunft seines Landes und den Beitrag deutscher Unternehmer vorstellt.

Es müsse ein Ende haben mit der alten Praxis der Sowjet-Union, Rohstoffe in den Westen zu verkaufen und dafür fertige Maschinen und Anlagen zu erwerben. „Wir werden die Importpest ausrotten“, so der erste Mann im Kreml. Statt dessen sollten die Deutschen mit sowjetischen Firmen kooperieren, mit ihrem Wissen und ihrer Technik die sowjetische Wirtschaft modernisieren.

„Aber bitte“, warnte Gorbatschow unter den Kristallüstern des Katharinensaals im Kreml, „die Sowjet-Union ist kein Flohmarkt, Trödelkram brauchen wir nicht.“ Baden-Württemberg, antwortete der Gast aus Stuttgart pikiert, habe noch nie Trödelkram verkauft.

Der Herr im Kreml ist unter Druck. Glanz und Erfolge in der Außenpolitik werden Gorbatschow nichts nützen, wenn es ihm nicht gelingt, die sowjetische Wirtschaft in Schwung zu bringen.

Hinter der von Gorbatschow gegeißelten Importpest verbirgt sich das ganze Dilemma der sowjetischen Planwirtschaft. Ohne Druck, sich dem internationalen Wettbewerb zu stellen, haben die sowjetischen Betriebe jahrzehntelang vor sich hin produziert. Kosten und Qualität spielten so gut wie keine Rolle.

Wenn neue Technologien nötig waren, so wurden sie als ganze Anlagen aus dem Ausland eingeführt. Die nötigen Devisen erbrachte der Verkauf von Rohstoffen, vor allem Öl und Erdgas. Seit Öl und Dollar an Wert verlieren, schrumpft der Außenhandel. Hinzu kommen Engpässe in der heimischen Produktion.

„Wir haben viele Fehler gemacht“, gestand Gorbatschow ein. Um so eifriger ist er jetzt bemüht, seinen neuen Kurs auch in den Wirtschaftsbeziehungen zum Westen durchzusetzen.

Was Gorbatschow will, hat sich inzwischen in der vielschichtigen Planbürokratie der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft herumgesprochen. Wo immer die Unternehmer vergangene Woche auch verhandelten, sowjetische Minister und Wirtschaftsplaner nannten ihr neues englisches Zauberwort – Joint venture.

Auch die Sowjets haben nun entdeckt, daß es nützlich sein kann, sich mit kapitalistischen Unternehmern zusammenzutun, um so moderne Produktion, Kalkulation und den Vertrieb auf den Welt-

* In einer Leningrader Turbinenfabrik.

„Des isch unwahrscheinlich g'wäse"

SPIEGEL-Reporter Hans-Joachim Noack über Lothar Späth in Moskau und Leningrad

Daheim in Stuttgart ist er, wie jeder weiß, ein Mann der fixen Zunge, doch im fernen Moskau scheint es ihm vorübergehend die Sprache zu verschlagen. Anderthalb Stunden nach seiner politischen Tour d' horizon mit Michail Gorbatschow lädt der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth am Dienstag letzter Woche zur Pressekonferenz ein. Fazit: Nicht ein einziger Satz kommt ihm über die verkniffen schmalen Lippen, der sich auch nur halbwegs verwerten ließe.

Duckmäuserisch, seltsam versunken, fast verschüchtert sitzt er da in der bundesdeutschen Botschaft hinter den Mikrophonen. Wie macht man das: nichts preisgeben zu wollen und dennoch den Eindruck eines hochkarätigen Gesprächsresultats zu erzielen?

Lothar Späth sucht sein Heil in einem Wust von Allerweltsformeln, deren Bedeutung er dadurch steigert, daß er sie feierlich-gravitätisch und mit bebender Stimme vorträgt: Er und der Generalsekretär hätten vereinbart – „in dieser historischen Situation" –, „die Komponente des Konstruktiven zu stärken".

Die verkrampfte Bemühung des ersten Mannes Baden-Württembergs, aus seinem Dialog mit dem ersten Mann der UdSSR nicht mehr als Platitüden in Umlauf zu setzen, hat eine Vorgeschichte. Das Stichwort dazu heißt Franz Josef Strauß, dessen lärmende Metamorphose nach seinem Kremlbesuch Ende 1987 den deutschen Diplomaten vor Ort noch in irritierender Erinnerung geblieben ist.

Folglich wird Lothar Späth behutsam gemahnt, nicht in ähnliche Euphorie zu verfallen. Seine Reserve gibt der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende erst auf, als er erfährt, daß die Gastgeber über ihre Nachrichtenagentur TASS längst in die vollen gegangen sind.

Da, um Mitternacht, sieht es nun auch der hochemotionalisierte Schwabe nicht mehr ein, weshalb er seine tatsächlichen Empfindungen überdecken soll. Aufgewühlt tritt er dem Jubelchor jener bei, die schon vor ihm dem charmant-agilen Generalsekretär wie dessen „neuem Denken" gebührend gehuldigt haben.

„Hin und her gerissen" schmeckt der Christdemokrat über einer Büchse Bier seine Erlebnisse vom Tage nach. Rückhaltlos preist er den Kommunisten, den sein Kanzler Kohl ehedem den raffiniertesten Public-Relations-Manager seit Joseph Goebbels gescholten hatte. „Also wirklich, des isch . . . des isch unwahrscheinlich g'wäse", entfährt es ihm.

Der „Realpolitiker" (Späth über Späth) auf Gorbi-Trip. Auch wenn er selbstverständlich die prinzipiell vorhandenen Unterschiede nicht verschleiert habe, so eröffnet er nun seinen Begleitern, sei er mit einer festen Überzeugung aus dem Kreml zurückgekehrt: Kein Zweifel, daß der KP-Chef „ein Mann ist, der die Dinge tatsächlich verändern will".

Erkennbar wird, daß die Zuversicht, die der lodernd ehrgeizige Pragmatiker aus Sigmaringen während seiner viertägigen Moskau- und Leningrad-Visite allzeit verströmt, sozusagen zwangsläufig „der dynamischste und tüchtigste" zu sein.

Lothar Späth Superstar: ein Hexer fast, der „blitzschnell reagiert und konstruktive Lösungen findet". Von Walentin Falin, der ihn als einen Mann charakterisiert, „der denkt, bevor er redet", bis hin zu Außenminister Eduard Schewardnadse – keine Sowjetgröße findet sich da zu schade, dem Besucher den besten Leumund anzudichten.

Und Michail Gorbatschow, der mit einem Gespür für protokollarische Fein-



Gorbatschow, Späth, Gastgeschenk (Pfeil)*: „Realistisch geschäftsmäßig"

ist. Denn von Anfang an hat er den Erfolg seiner Mission, zumindest ökonomisch, regelrecht suggeriert.

Eine auf Perestroika und Glasnost sich gründende Sowjetgesellschaft, so sein Kalkül, könne gar nicht anders, als sich dem gesammelten Sachverstand des bundesdeutschen High-Tech-Musterländles anzunähern. Keine Umgestaltung des rückständigen Kolosses im Osten ohne das Know-how aus Deutsch-Südwest – und die Gastgeber glauben es ihm nur allzugern.

Anerkennend wie zuvor kein anderer Politiker aus der Republik wird der Stuttgarter Landesherr umgurrt. Schwärmerisch eilt ihm der in der „Literaturnaja gaseta" festgeschriebene Ruf voraus, unter den regierenden Christdemokraten

heiten ausgestattet ist, setzt noch einen drauf, indem er dem deutschen Provinzfürsten bereitwillig das Allerheiligste öffnet. Nicht in irgendeinem Arbeitszimmer konferiert er mit Späth, sondern unter den schweren Lüstern im altehrwürdigen Katharinensaal des Großen Kremlpalastes.

Solcherart immerhin für zwei Stunden und 23 Minuten auf ein unbestreitbares Weltniveau angehoben worden zu sein schmeichelt dem schwäbischen Unterhändler. Und noch im nachhinein läuft ein Lächeln über das strapazierte Spitzmausgesicht, in dem sich alle Genugtuung darüber sammelt.

* Im Katharinensaal des Kreml; mit Fischertechnik-Roboter.



Späth, Begleiter auf dem Roten Platz: „Zuerst kommt Baden-Württemberg"

Verrückte Welt, in der ein Politiker, der daheim zu kämpfen hat, um bei den Landtagswahlen am 20. März die bedrohte Mehrheit zu sichern, in einem fort als der „mögliche Bundeskanzler" hochgejazzt wird. Das wehrt er zwar pflichtschuldigst ab, um dann aber amüsiert hinzuzufügen, er habe da „gewiß schon Schlimmeres einstecken müssen".

Was soll's auch. Im Vergleich zu Franz Josef Strauß, der, wie nun peu à peu durchsickert, seinen Auftritt im Kreml zu einem phasenweise ungezügelten Egotrip nutzte, und dem in Moskau geringgeschätzten Bonner Regierungschef fühlt Späth sich allemal als die vernünftigere personelle Alternative. Und schon im Vorfeld ist ihm signalisiert worden, daß ihm dies seine sowjetischen Gesprächspartner auch bestätigen würden.

Zum neuen Denken nämlich gehört, wie der Deutschland-Kenner Falin herausstreicht, „nicht mehr so sehr auf Parteien, sondern auf Personen zu setzen". Auf Späth beispielsweise, dem der Generalsekretär schließlich über TASS dafür dankt, wie „realistisch und geschäftsmäßig" er seinen Job betreibe.

Allem voran aber wird der Schwabe von höchster Stelle belobigt, mit welchem „Schwung" er an den Wandel im Wirtschaftsverkehr heranzugehen gewillt sei. Denn Sicherheitspolitik hin, Menschenrechtsfragen her – der Knackpunkt ist für Gorbatschow noch allemal „das Ökonomische", und das sagt er auch.

Lothar Späth – sprichwörtlich „das Cleverle" – bietet sich so die Chance, den erwartungsfrohen Kremlherrn mit einem symbolträchtigen Schnickschnack zu überraschen. Als Gastgeschenk schleppt er eine Kombination aus sowjetischem Personalcomputer und deutschem Miniroboter, Marke Fischertechnik, im Reisegepäck mit. Daß das Spielzeug nun gar zur Gaudi der Photographen im feinen Katharinensaal aufgebaut wird, bereitet den traditionsbewußteren Russen zwar Unbehagen. Gleichwohl: Der Generalsekretär hat's gebilligt und freut sich und will sich das kleine Wunderwerk „später erklären lassen".

Wandel durch Handel; aus der Sicht der Gastgeber insbesondere durch Know-how-Transfer. Späth ergötzt sich an den Möglichkeiten, doch er wittert wohl auch die Gefahren, die in einem einseitigen Ausverkauf liegen. Hans Peter Stihl, der designierte Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, preist ihn ob seiner Detailkenntnis: Man habe sich „jederzeit geborgen" bei ihm gefühlt.

Denn so sehr es der kleine Stratege aus Stuttgart genießt, auf seinem Höhenflug in „das Große und Globale" einbezogen zu werden, verliert er doch die Heimat nie aus dem Blick. Moskau ist schön und wichtig, hört man ihn fröhlich-dreist, aber „zuallererst kommt natürlich Baden-Württemberg". In Wahrheit zielt seine Reise ins Landesinnere. Stets kalkuliert Späth die Effekte, die sie in Böblingen und Göppingen auslösen soll.

Gewiß ahnen das auch die Russen, daß hier ihrer eigenen Inszenierung das Konzept eines Lokal- und Regionalmatadors gegenübersteht. Gennadij Gerassimow, Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, findet das in Ordnung so: Es sei doch „nicht das Schlechteste", sagt er gönnerhaft, wenn Politiker der Bundesrepublik „neuerdings nach Moskau fahren, um zu Hause ihre Wahlen zu gewinnen".

märkten zu erlernen. In Baden-Württemberg gibt es besonders viele Unternehmen, die auf hohem technischen Stand Produkte anbieten, wie sie zur Modernisierung sowjetischer Anlagen dringend benötigt werden.

Die Russen hätten erkannt, so die Erfahrung Günther Fahrs vom Stuttgarter Maschinenbauer Werner & Pfleiderer, daß sie wirtschaftlich auf dem Weg in die Katastrophe gewesen seien. Fahr: „Jetzt haben die den Auftrag von oben, sprecht mit den Leuten aus dem Westen, die bringen euch alles bei."

Die stürmische russische Umarmung, von Späth zu persönlichem Verhandlungserfolg umgemünzt, ist allerdings vielen Unternehmern eher unheimlich. Als die Sowjets in einem gemeinsamen Memorandum über „den Ausbau der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen insbesondere auf dem Gebiet des Maschinenbaus" detailliert die Zusammenarbeit zwischen Baden-Württembergern und Sowjet-Unternehmen festschreiben wollten, bremsten die Wirtschaftsleute.

Es könne nicht einfach so mir nichts dir nichts „gejoint-ventured" werden, nörgelte der designierte Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stihl. Der Waiblinger Sägenproduzent: „Wir von der Wirtschaft haben darauf geachtet, daß die Politik nicht zu viele Versprechungen macht."

Vergleichsweise reibungslos läuft die neue Zusammenarbeit dort an, wo es um einfache Produkte geht. So unterschrieb Salamander-Schuhfabrikant Franz Josef Dazert vergangene Woche bereits seinen zweiten Joint-venture-Vertrag. Salamander wird nicht nur in Leningrad, sondern nun auch in Witebsk Schuhe aus russischem Leder produzieren.

Auch mobile Kräne, wie sie der baden-württembergische Maschinenbauer Liebherr-Ehingen auf die ausrangierten Lafetten der SS-20-Raketen bauen soll, erfordern noch kein ausgeklügeltes Management. Zwei Lafetten sollen jetzt umgerüstet werden, dann in einem Joint-venture die übrigen 400 bis 500.

Da gäbe es, witzelten Gorbatschow und Späth, ja noch reichlich zu tun. Die Firma Liebherr hat 1987 mit der „Produktionsvereinigung für Schwerkranbau Januaraufstand" in Odessa ein gemeinsames Unternehmen zur Herstellung von Autokränen gegründet.

Dort allerdings, wo Gorbatschows besondere Interessen liegen, im High-Tech-Bereich, beginnen die Probleme. Mehrere Stunden etwa verhandelte Leibinger über seine Präzisionsprodukte. Die Sowjets wollen eine der lasergesteuerten Maschinen und die Lizenz für das hochwertige Lasergerät kaufen. Leibinger winkte zunächst ab.

Wenn schon Lizenzbau, so der Unternehmer, dann wolle er zunächst einmal selbst einiges verkaufen. Mindestens 100 der teuren Laser müßten ihm die Sowjets schon abnehmen, ehe sie sein Know-how zum Nachbau nutzen dürften. ◆

Ins Rampenlicht

SPD-Vize Oskar Lafontaine verlangt von seiner Partei und den Gewerkschaften ein Umdenken in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die FDP horcht auf.

Es war auf einer Kölner Schickeria-Fete am letzten Sonntag im Monat Januar. Im „Deutschen Bierhaus" drängelten sich achthundert Gäste: Promis, Schickis und Mickis, von Katja Ebstein bis Hans-Jochen Vogel, von Gabriele Henkel bis Joschka Fischer.

Zwei fanden einander besonders sympathisch und zogen sich zu kühlem Kölsch und weißem Wein in eine ruhige Ecke zurück: Gerhart Baum (FDP) und Oskar Lafontaine (SPD).

„Mit großer Aufmerksamkeit" verfolge er seit einiger Zeit, was Lafontaine zum besten gebe, schmeichelte der einstige Innenminister der Schmidt-Regierung. Besonders spannend finde er – und so ergehe es auch Hans-Dietrich Genscher – die neuen, moderaten Töne zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Im übrigen – Baum geriet ins Schwärmen – sei er sehr angetan gewesen von den Erzählungen des Außenministers über das Treffen Ende September vorigen Jahres in New York. Genscher und Lafontaine hatten damals, auf dem Tiefpunkt der Barschel-Affäre, verabredet, sich als Moderatoren für ein zweites sozialliberales Bündnis nach Hamburg bereitzuhalten, wenn die Nord-Liberalen nicht mehr an ihrer Koalitionsaussage für die schleswig-holsteinische Union festhalten könnten.

Dieses Spiel ohne (Koalitions-)Grenzen auch über Schleswig-Holstein hinaus setzte Genscher Anfang des Jahres fort: Es sei bemerkenswert, wie kooperationsbereit die Sozialdemokraten in der Außen- und Sicherheitspolitik seien; mit „großem Interesse" beobachte er, wie Lafontaine auch in der Wirtschaftspolitik seinen Traditionsverein zu neuen Ufern dirigiere.

Lafontaine, geschäftsführender Vorsitzender der SPD-Programmkommission, meldet sich, wie Genscher bemerkt hat, in letzter Zeit immer häufiger mit Kritik am wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs seiner Partei zu Wort. Anfang Dezember warnte er die SPD davor, zur „Partei des moralischen Zeigefingers und der Lehrmeister einer asketischen Lebensweise" zu verkümmern. Er wies dem „Marktmechanismus", nicht einer zentralen staatlichen Kommandozentrale, die Aufgabe zu, für Dynamik in der Wirtschaft zu sorgen.

Lafontaine will mit sozialdemokratischen Tabus aufräumen; er kalkuliert Krach mit Genossen und Gewerkschaften ein. Er geht damit ans Eingemachte sozialdemokratischer Politik und stellt den künftigen Stellenwert von Vollbeschäftigungspolitik, Erwerbsarbeit und Mitbestimmung zur Diskussion. Mehr Individualisierung, weniger Kollektiv; viel Markt, weniger Staat; Freiheit statt Institutionalismus – das sind die Stichworte für den Marsch durch die letzte Dekade dieses Jahrtausends.

In der langen Geschichte der Arbeiterbewegung haben SPD und Gewerkschaften Seite an Seite Mitbestimmungs- und Schutzrechte der Arbeitnehmer erkämpft, so die These des SPD-Vize. Doch als in den siebziger Jahren die Periode des Wiederaufbaus und die goldenen Jahre stetigen Wachstums zu Ende gingen und sich Stagnation und Rezessionen einstellten, hätten Roten wie Schwarzen überzeugende Konzepte gefehlt. Sozialdemokraten riefen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nach dem Staat, Konservative und Liberale vertrauten auf Markt und Unternehmer – getreu der alten Zauberformel aus Ludwig Erhards Zeiten: Gewinne gleich Investitionen gleich Arbeitsplätze.

Dem Saarländer ist der Irseer Programmentwurf Erhard Epplers zu düster in der Tonlage, zu traditionalistisch in seinen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Teilen geraten. Lafontaine bekennt sich zu einer „aufgeklärten Form des Fortschritts", bejaht die technische Innovation, auch wenn sie auf Dauer industrielle Arbeitsplätze vernichtet.

Den vom IG-Metall-Chef Franz Steinkühler im Irseer Entwurf untergebrachten Leitgedanken sozialdemokratischer Arbeitspolitik – „nicht die Befreiung *von* Arbeit, sondern die Befreiung *in* der Arbeit" – lehnt er ab. Für Lafontaine bringt es die technologische Entwicklung einfach mit sich, daß auch die Befreiung des Menschen von der Arbeit „fortschreiten muß", wenngleich auch die „Befreiung in der Arbeit fortschreiten soll und kann".

Aus diesem Widerspruch zum traditionellen Verständnis der SPD und der Gewerkschaften zieht der Saarländer eine Reihe von Konsequenzen, für die er im eigenen Lager auf Widerstand, bei den bürgerlichen Parteien aber auf Verständnis stoßen wird.

Lafontaine paßt es zum Beispiel nicht, daß im Irseer Entwurf wiederum die Erwerbsarbeit in den „Mittelpunkt unseres Ringens um Reformen" gerückt worden ist. Sie könne, so heißt es dort bündig, „durch nichts ersetzt", ihre Mängel könnten „nicht anderswo wettgemacht" werden.

Das sieht Lafontaine anders. Er will nicht länger hinnehmen, daß Menschen, die nicht in Lohn und Brot stehen, einfach als arbeitslos gelten.



Sozialdemokraten Lafontaine, Vogel: „Nicht in Langeweile ersticken"

Deshalb fordert der Programmdenker eine „Neudefinition der Arbeit" – mit einem deutlichen Seitenhieb auf die eigenen Genossen: „Es ist überflüssig zu erwähnen, daß die langjährige Fixierung des Arbeitsbegriffes auf die Erwerbsarbeit, also auf bezahlte Arbeit, eine Ungerechtigkeit gegenüber den Menschen darstellte, die eine unbezahlte gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit geleistet haben und immer noch leisten."

Neben das sozialdemokratische Ziel, die durch Rationalisierung abnehmenden Erwerbsarbeitsplätze mittels Arbeitszeitverkürzung gerechter zu verteilen, müsse mithin das der Aufwertung unbezahlter Tätigkeit treten. Diesen erweiterten Arbeitsbegriff will Lafontaine materiell absichern: Sozialhilfe, Ausbildungsförderung, Arbeitslosengeld und Rente sollen um eine „soziale Grundsicherung" für alle ergänzt werden.



Rappe



Steinkühler



van Haaren

Lafontaine-Kritiker
Von der FDP abgeguckt

Der Widerstand der Traditionsgenossen ist dem flinken Vordenker gewiß. Voller Mißtrauen fragt IG-Chemie-Chef Hermann Rappe, ob Lafontaines Ideen etwa den bei den Freidemokraten diskutierten Grundsicherungsmodellen nahekämen: „Es muß in einem Programm der SPD natürlich die erwerbsorientierte Arbeit im Mittelpunkt stehen.“

Rappes Denkansatz ist dem Lafontaines konträr: Nicht die Aufwertung informeller Tätigkeit könne die Antwort auf die Strukturprobleme des Arbeitsmarktes sein, sondern vielmehr die „Erweiterung der sozialversicherten Erwerbsarbeit“ – und das „im knallharten Verteilungskampf“ um die Rationalisierungsgewinne.

Postkollege Kurt van Haaren bläst ins gleiche Horn. Die Erwerbsarbeit sei die Quelle, aus der „Konsum, aber auch informelle Arbeit, Hausarbeit, Freizeit, Kunst und Kultur finanziert werden“.

IG-Metall-Chef Steinkühler sekundiert: „Für die meisten Menschen ist es heute wie morgen der Regelfall, daß *nur* derjenige materiell und sozial abgesichert ist, der Erwerbsarbeit hat.“

Auch wenn es Krach mit der Gewerkschaft gebe, meint Lafontaine, „eine platt formulierte Vollbeschäftigungspolitik können wir nicht mehr durchhalten, sie ist absolut unzeitgemäß“. Mit den Mitteln der nationalen Wirtschaftspolitik sei Vollbeschäftigung schon gar nicht zu erreichen. Die weltweite Wirtschaftsverflechtung mache dieses Ziel zur Farce.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, wo er steht und was er will, hat Lafontaine jetzt ein Buch geschrieben: „Die Gesellschaft der Zukunft – Reformpolitik in einer veränderten Welt“. (Auszüge siehe Seite 34).

Daß der Sozi „ausgerechnet jetzt mit solchen Sachen komme“, vertraute Lafontaine-Fan Genscher („Den mag ich“) dieser Tage einem internen Zirkel an, überrasche ihn überhaupt nicht. Wenn einer die Partei öffnen könne, sei es der Saarländer. Ein Kanzlerkandidat Lafontaine könne nicht mehr auf ein rotgrünes Bündnis spekulieren, er müsse sich an neuen Partnern ausrichten.

Genscher, der die FDP auch ohne Vorsitzenden-Mandat führt, denkt zwar gegenwärtig nicht an Kündigung der Bonner Koalition, er träumt aber, wie Vertraute wissen, von einem idealen Resultat bei den Bundestagswahlen 1990. Die FDP müsse soviel Sitze erhalten, daß sie rechnerisch mit Union oder SPD mehrheitsfähig werden kann. Die Liberalen hätten dann nicht nur die Macht gerettet; sie wären im Besitz einer Option, irgendwann nach 1990, mitten in einer Legislatur, den Partner wechseln zu können.

Oskar Lafontaine weist Vermutungen, es gehe ihm bei seinen Aktivitäten um Macht und Koalitionen, nicht um Reformen und Visionen, pflichtgemäß mit der gebotenen Empörung zurück.

Unübersehbar aber sei, meinen Lafontaine-Freunde, daß der mit 44 Jahren Jüngste im Spitzentrio der SPD neben Hans-Jochen Vogel, 62, und Johannes Rau, 57, allmählich ins Rampenlicht der Bundespolitik rückt. Unüberhörbar ist auch, daß Lafontaine seine neuen Thesen mit wachsender Lautstärke propagiert, während der Vorsitzende Vogel immer wieder die alte Weise variiert, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sei der Graben zwischen SPD und FDP „noch tiefer“ geworden.

Es war relativ still geworden um den Enkel Oskar, der vor knapp einem Jahr nach dem Rücktritt Willy Brandts die Chance ausschlug, den Generationswechsel an der Spitze der 125 Jahre alten Partei zu vollziehen und Nachfolger des SPD-Patriarchen zu werden. Statt dessen überließ er Vogel das Zepter an der Spitze von Partei und Fraktion. Die SPD machte seither bei Landtagswahlen Boden gut und hat sich in den Umfragen der Demoskopen wieder an die Vierzigprozentmarke herangerobbt. Mit eisernem Regiment zähmte Vogel – anstrengend bis zur Erbarmungslosigkeit, penibel bis zur Pedanterie – die einst so ungestümen roten Garden zu einer Mustertruppe. Würde nicht gelegentlich ein Parteisprecher das Handtuch werfen, kein Laut dränge durch die verschlossenen Türen der einst so streitlustigen Parteigremien.

Oskar Lafontaine hat nun die Parole ausgegeben: „Wir dürfen nicht in Langeweile ersticken.“ Was nutzt, so fragt er, die intelligenteste Programmdiskussion, wenn kein Bürger sie wahrnimmt, wenn Kontroversen nicht die Ernsthaftigkeit und Bedeutung der Themen beleuchten.

Mit seinem neuen Buch versucht er daher, die Stellung des tätigen Menschen in der „dritten industriellen Revolution“ zu bestimmen.

Lafontaine sieht im Prozeß der Industrialisierung zugleich einen „Prozeß der gesellschaftlichen Individualisierung“. Dem zunächst negativen Ergebnis – Zerfall der traditionellen Familien- und Berufsstrukturen, Verelendung der Proletarier auf einem unregulierten Arbeitsmarkt – habe die Arbeiterbewegung schließlich die Systeme sozialstaatlicher Sicherung entgegengestellt. Diese Errungenschaften gelte es zu erhalten.

Inzwischen aber, fährt Lafontaine fort, habe die Individualisierung, die sich im Zeitalter der Mikroelektronik und Telekommunikation noch beschleunigen werde, eine „völlig andere Qualität gewonnen“. In der heutigen Gesellschaft des materiellen Überflusses werde sie von vielen „positiv empfun-

den", als „Gewinn an persönlicher Autonomie und Selbstbestimmungsmöglichkeiten". Diesen Bewußtseinswandel habe die SPD zu spät bemerkt; sie sei in den „Strickmustern ihres überkommenen sozialstaatlichen Wachstumsmodells" verfangen.

Um auf ihrem ureigenen Feld wieder die Meinungsführerschaft zu gewinnen, müsse die SPD die Sozialpolitik „weiter demokratisieren". Zwar dürfe an einer „grundsätzlichen staatlichen Garantie und Kontrolle der sozialen Sicherungssysteme" nicht gerüttelt werden, doch es gelte, *in* den Institutionen den „Freiraum für die Selbstbestimmung der Betroffenen" zu erweitern und „Formen der sozialen Sicherung zu finden, die über die anonyme bürokratische Zuteilung von finanziellen Mitteln hinaus eine aktive, menschliche Solidarität vermitteln können" – beispielsweise in „staatlich unterstützten Selbsthilfegruppen".

Von da ist es nur ein kleiner Schritt zur Frontalattacke auf die wuchernden Sozialbürokratien. Der individualistische Saarländer geht ihn konsequent: „Der Gedanke einer sozialen Grundsicherung für alle diejenigen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen können und kein anderes Einkommen haben, ist allein schon deshalb richtig, weil eine solche Sicherung mit einem geringen bürokratischen Aufwand zu organisieren ist."

Auch von den Gewerkschaften verlangt Lafontaine, den technischen Wandel fest im Blick, ein neues Denken: „Die entscheidende Frage ist nicht, ob und inwieweit die überkommenen Berufsstrukturen, die gewachsenen Institutionen der Interessenvertretung und der demokratischen Partizipation gestört werden, sondern die, ob und inwieweit das Aufbrechen der gegebenen Strukturen in sozialen Fortschritt umgemünzt werden kann."

Und sozialer Fortschritt heißt für Lafontaine allemal: intelligentere, anspruchsvollere Arbeit und mehr individuelle Entfaltungsmöglichkeiten; bezogen auf Gewerkschaftsarbeit heißt das: mehr Mit- und Selbstbestimmung am Arbeitsplatz. „Manche herkömmlichen Formen der gewerkschaftlichen Mitbestimmung", prophezeit der SPD-Vize, „werden durch den technologisch bedingten Umbruch der Erwerbsstruktur nicht mehr möglich sein."

Den fälligen Auseinandersetzungen in der Programmdebatte sieht Lafontaine mit gewohnter Streitlust entgegen: „Die Konflikte müssen ausgetragen werden – schließlich ist die SPD keine Partei der Gewerkschaften, die deren Beschlüsse einfach übernimmt." Bei allen Widrigkeiten, auf die sich der Autor Lafontaine gefaßt macht – sein Ziel, die Sozis mit Hilfe der Liberalen wieder an die Macht zu hieven, verliert der mögliche nächste SPD-Spitzenkandidat nicht aus dem Auge.



Ex-Parteichef Brandt, Vize Rau: Chance ausgeschlagen

Voller Genugtuung berichtete er dieser Tage in Bonn, wie angetan der FDP-Wirtschaftssprecher Otto Graf Lambsdorff sich kürzlich über die Kohle- und Stahlpolitik der roten Saarregierung verbreitet habe.

Und als FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann für einen „gestuften Ausstieg" aus der Kernenergie plädierte, war Lafontaine mit Lob zur Stelle; die CDU-Koalitionäre dagegen tadelten nur. Für eine Ausstiegspolitik müsse sich die FDP, so der forschungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Christian Lenzer, „einen anderen Partner suchen". Na bitte, Oskar.

AE 16/87 PC

Erfolg hat viele Gesichter.

Das beste *Erfolgs zept* ist der Erfolg. Ihm folgt z. B. auch *die Karte von American Express.* Und die gibt Ihnen nicht r finanzielle Unabhängigkeit, die sich in kürzester Zeit bezahlt macht, sondern auch den nötigen ielraum, um stets mit Erfolg Sie selbst zu sein. Kein Wunder, daß diese Karte weltweit ebenso akzep ert wird wie die Menschen, die sie besitzen.



Informationen unter: Tel. 069/720016



Die American Express Karte. Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.

„Arbeitslosen- oder Freizeitgesellschaft?“

Über Reformpolitik in einer veränderten Welt / Von Oskar Lafontaine

Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, 44, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD. Der SPIEGEL veröffentlicht Auszüge aus dem neuesten Lafontaine-Buch*:

Die mittlere Wochenarbeitszeit ist von 85 Stunden im Jahre 1850 auf unter 40 Stunden gesunken, und das allgemeine Wohlstandsniveau hat sich beträchtlich erhöht. Die mittlere Lebenserwartung der Menschen hat sich seit Mitte des vorigen Jahrhunderts mehr als verdoppelt. Derzeit streben wir eine mittlere Arbeitszeit von 35 Stunden in der Woche an. Technik ersetzt also in größerem Umfang menschliche Arbeit – besonders im Bereich der Erwerbsarbeit.

Die Sozialdemokratie war immer die Partei des technischen Fortschritts. Produktivitätssteigerung ist selbst dann noch ein grundsätzliches Ziel ihrer Politik, wenn durch technische Rationalisierungsmaßnahmen menschliche Arbeitskraft eingespart wird. Allerdings kann sie einer Politik der Produktivitätssteigerung nur unter der Bedingung zustimmen, daß der Gewinn der Technik gerecht aufgeteilt wird, daß alle gleichermaßen in den Genuß des technischen Fortschritts kommen, daß alle seine negativen Begleiterscheinungen solidarisch mittragen.



Autor Lafontaine: „Arbeit und Bildung verbinden“

Die Aufteilung des Gewinns der Technik hängt von der Aufteilung des Produktivitätszuwachses zwischen Lohnempfängern und Investoren ab. Da die Produktivitätssteigerung bei konstantem Auslastungsgrad nicht zu einem Rückgang, sondern zu einem Anwachsen des nationalen Volkseinkommens, zu einer Vermehrung des allgemeinen Reichtums führt, ist nicht einzusehen, warum es in einem funktionierenden Sozialstaat Opfer dieser Entwicklung geben soll. Wenn ein Roboter, der die Arbeitskraft zweier Menschen ersetzt, viele Jahre funktionstüchtig bleibt und doch weniger als zwei Jahreslöhne der ersetzten Menschen kostet, dann ist es nur eine Frage der Umverteilung, auch die arbeitslos gewordenen Menschen mitzuernähren. Denn was sie zum Volkseinkommen beigetragen haben, produziert spätestens nach zwei Jahren der Roboter.

Man kann die Produktivitätszuwächse so aufteilen, daß es auf der einen Seite viele Opfer und auf der anderen Seite wenige große Gewinner des technischen Fortschritts gibt, oder so, daß auf Dauer keine Opfer zurückbleiben, dafür aber um so mehr an den Gewinnen teilhaben.

Wer eine gerechtere gesellschaftliche Aufteilung des Produktionszuwachses erreichen will, darf die Frage nach der Lohnhöhe und der Arbeitszeit nicht mikroökonomisch zu lösen versuchen, sondern sozialstaatlich vermittelt. Eine nennenswerte Verkürzung der mittleren gesellschaftlichen Arbeitszeit wird in absehbarer Zeit nicht mehr zu umgehen sein. Heute müssen wir uns fragen: Führt die dritte industrielle Revolution in die Gesellschaft der Arbeitslosigkeit oder in die Gesellschaft der Freizeit? Wird sie den Menschen von verkrüppelnder Arbeit befreien, oder wird sie ihn noch mehr verkrüppeln, indem sie ihn zu erzwungener Untätigkeit verdammt? Muß der Mensch zu seiner Identitätsfindung, zu einer selbstverantwortlichen Existenz unbedingt einer Erwerbsarbeit nachgehen?

Jacques Julliard sieht in der Arbeitslosigkeit keine wirtschaftliche, sondern eine soziale Krise:

> Machen wir uns doch nichts vor: Die derzeitige Krise hat mit den Wirtschaftskrisen der Vergangenheit wenig gemein. Sie nimmt weder die Form der Überproduktion noch die der Unterkonsumtion an; sie ist weniger eine ökonomische oder finanzielle, sondern im wesentlichen eine soziale Krise, die die Verteilung der Arbeit in unserer Gesellschaft in Frage stellt. Die Vollbeschäftigung kann nicht durch die Flucht nach vorn in eine sinn- und maßlose Produktivität wiedererlangt werden, sondern nur durch eine Neudefinition der Arbeit, in die auch andere Kriterien als die des kapitalistischen Systems aufgenommen werden müssen. Neugestaltung der konkreten Arbeit, Aufwertung der nicht produktiven Arbeit, Wiedereinführung der schöpferischen Dimension der Arbeitstätigkeit – das ist heute nicht nur eine moralische Forderung, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit und für den auf Abwege geratenen Sozialismus ein Mittel, seine ursprüngliche Idee wiederzufinden und damit eine neue Bedeutung für die heutige Zeit zu gewinnen.

In der Tat, der Arbeitsbegriff hat sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Die Arbeit dient den Menschen heute nicht mehr allein dazu, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie wird auch nicht mehr in dem Ausmaß wie früher zur Begründung ihres Status in der Gesellschaft herangezogen. Die Menschen wollen sich in ihrer Arbeit selber verwirklichen. Sie wollen auch eine gesunde Arbeit haben. Sie sind auch nicht mehr bereit – wie die Arbeitslosenstatistiken und die Statistiken über die Zahl der offenen Stellen zeigen –, jede beliebige Arbeit anzunehmen. Der chronische Mangel an Arbeitskräften in der Bauwirtschaft und in der Gastronomie ist Beleg dafür.

Und noch etwas: Zwei Linien trennen die Arbeitsgesellschaft. Die erste trennt diejenigen, die bezahlte Arbeit haben, von denen, die keine haben; die zweite trennt diejenigen, die eine interessante und schöpferische Arbeit ausüben, von denen, für die Arbeit in erster Linie Sicherung des Lebensunterhalts bedeutet. Und wir dürfen auch nicht vergessen, daß Arbeit nicht nur ihre Objekte formt, sondern auch ihre Subjekte.

Die von Julliard verlangte Neudefinition der Arbeit kann an der beschriebe-

* Oskar Lafontaine: „Die Gesellschaft der Zukunft“. Erscheint Anfang März im Verlag Hoffmann und Campe; 267 Seiten; 36 Mark.

nen Funktionsverschiebung nicht vorbeigehen. Es ist überflüssig zu erwähnen, daß die langjährige Fixierung des Arbeitsbegriffs auf die Erwerbsarbeit, also auf die bezahlte Arbeit, eine Ungerechtigkeit gegenüber den Menschen darstellte, die eine unbezahlte, gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit geleistet haben und immer noch leisten. Alte Menschen müssen versorgt, Kranke müssen gepflegt und Kinder müssen großgezogen werden.

Auch die Forderung nach Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft verlangt, die starre Trennung von bezahlter Erwerbsarbeit und Familienarbeit aufzuheben. Der Begriff der Arbeit sollte daher in Zukunft seine Bestimmung und Bewertung nicht in erster Linie aus der damit verbundenen Bezahlung erhalten, sondern daraus, inwieweit die Arbeit gesellschaftlich nützlich ist und inwieweit sie dem einzelnen Chancen zur Selbstverwirklichung, zur Emanzipation bietet. Die Forderung nach Selbstverwirklichung und Emanzipation führt dazu, daß Arbeit und Bildung wieder in stärkerer Form miteinander verbunden werden, wie dies der Tradition der Arbeiterbewegung entspricht. Ein solches Konzept bietet auch die Möglichkeit, die beiden genannten Trennungslinien zu überwinden.

Für die konkrete Utopie der Gesellschaft der Zukunft heißt das zum ersten: Ausbau der sozialen Grundsicherung; zum zweiten: gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit; und zum dritten: Die Neudefinition der Arbeit hebt den Begriff der Arbeitslosigkeit auf, indem Weiterbildung und Umschulung als Tätigkeit begriffen werden für die Selbstverwirklichung des Menschen.

★

Da man heute noch zwischen Arbeit und Tätigkeit unterscheidet, zwischen fremdbestimmter, notwendiger Erwerbsarbeit und selbstbestimmter Kultur- und Freizeitaktivität, gehört zur Selbstverwirklichung des Menschen in der Arbeit auch die in der Tätigkeit. Will die Sozialdemokratie für die gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit werben, die von Menschen außerhalb des Erwerbssektors geleistet wird, dann muß sie die Begriffe „Arbeit" und „Tätigkeit" wieder zusammenführen. Mit einem Wort: Sie braucht diesen erweiterten Arbeitsbegriff, um der technologischen Herausforderung sinnvoll begegnen zu können. Man kann nicht gleichzeitig die Arbeit als Mittel der menschlichen Selbstverwirklichung definieren und in der Befreiung von der Arbeit ein progressives Ziel sehen.

★

Die Gesellschaft muß Herrin der Technik bleiben, damit nicht einzelne gesellschaftliche Gruppen sich ihrer bedienen können, um über andere unlegitimiert zu herrschen. Gerade weil die



Bunte

„Vorwärts Genossen, so stark waren wir schon lange nicht mehr!"

Technik so überaus gesellschaftlich ist, gerade weil sie konstitutiv ist für die Gesellschaft und ihre Zukunft, gerade weil sie unlöslich an gesellschaftliche Einrichtungen und menschliche Eigenschaften geknüpft ist, gerade deshalb muß sie Gegenstand der Politik sein. Wie konnte die Politik diese simple Tatsache vergessen? Wie konnte vor allem eine sozialdemokratische Reformpartei, die doch stets den sozialen Wandel zum Besseren steuern wollte, vergessen, auch den technischen Fortschritt zum Besseren zu steuern, obwohl sie ja immer gewußt hat, wie entscheidend er den sozialen Wandel prägt?

Ein Politikum ersten Ranges ist die Technik nicht nur, weil sie gesellschaftlich organisiert ist und weil mit dieser gesellschaftlichen Organisation Herrschafts- und Machtinteressen verbunden sind, sondern vor allem deshalb, weil nichts anderes die Gesellschaft so nachhaltig verändert. In einer parlamentarischen Demokratie ist es Aufgabe der Politik, den sozialen Wandel demokratisch zu gestalten. In dem Maße, wie die Politik die Kontrolle der Gesellschaft über die Technologie demokratisch organisiert, ist eine in den technischen Bereich lenkend eingreifende Politik legitim. In einer repräsentativen Staatsverfassung aber wird die Politik in den Parlamenten sanktioniert. Demnach muß die gesellschaftliche Mitgestaltung der Technik auch Sache des Parlaments sein.

★

Die Freiheit bedarf einer materiellen Basis. Für einen Menschen, der Hunger leidet, bedeutet Selbstverwirklichung vor allem anderen, satt zu werden. Erst wenn er satt ist, wird er seine Entfaltungsräume zu erweitern suchen. Ebenso stellt eine satt gewordene Gesellschaft andere Sicherheitsansprüche als eine hungernde. Was also gegen Ende des 19. Jahrhunderts für die arbeitenden Menschen das Optimum zu sein schien, nämlich die sozialstaatliche Absicherung gegen die Willkür des Arbeitsmarktes und die Zeiten eigener Arbeitsunfähigkeit, ist gegenwärtig dem erweiterten Bedürfnis nach immaterieller Selbstverwirklichung nicht mehr so recht angemessen.

Geprägt durch die jahrhundertealte Erfahrung der Individualisierung als ne-



Yeah! Für alle, die gern obenauf sind.

BRITAIN *ist* GR

(Im Gras mit einer Tüte „Scones" = lekkere englische Rosinenbrötchen.)

***Mann** (räkelt sich im Gras):* „Mount Snowdon spür' ich noch ganz gut in den Beinen."

Frau: „Wer immer hoch hinaus will, muß auch mal was für den Körper tun."

Mann: „Wieso? Ich fühl' mich topfit." *(Beißt herzhaft in einen frischen Scone.)*

Frau: „Deshalb machen wir morgen das Gleiche noch mal, nur mit dem mountainbike."

Mann: „Mountainbike!" *(leckt sich ein paar Krümel von den Fingern)* „Warum nehmen wir nicht mal das Cabrio? Damit kommen wir doch auch an die Luft."

Frau: „Aber nicht auf Touren. Dafür können wir Friday ein bißchen kürzer treten, da hab' ich nur den Tennisplatz gebucht."

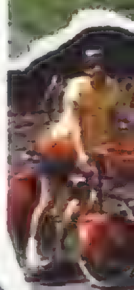
***Mann** (schluckt und nimmt noch einen Bissen):* „Die Tennisschläger haben übrigens nicht mehr in den Kofferraum gepaßt. Aber meine Angelausrüstung ging noch rein. Vielleicht können wir ja auch mal eine ruhigere Kugel schieben."

Frau: „Dann spielen wir eben Golf. Und am Weekend machen wir zur Abwechslung mal eine richtig schöne Wanderung mit einem kleinen Picknick."

Mann: „Richtig schönes Picknick und eine kleine Wanderung wäre mir offengestanden lieber."

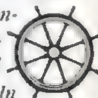
Frau: „Also gut, aber nur wenn Du auch meine Vollkornkekse probierst."

Aufsteiger der Woche:
Barbara S. aus Bottrop.











gativem Ergebnis des Kapitalismus und des Individualismus als seiner heimtückischen Waffe, geprägt auch durch eine ebenso alte Fixierung auf kollektive Solidarität und staatlichen Interventionismus, bemerkte die Sozialdemokratie zu spät, daß die Systeme der sozialen Sicherheit, die sie selber für die Menschen erkämpft hatte, der geänderten Zeit und dem geänderten Zeitgeist nicht mehr ganz gerecht wurden. In gewisser Weise hatte die Neuformulierung des sozialpolitischen Konzepts durch den Brain-Trust der CDU für die „Wende" einen ähnlichen Effekt wie dreizehn Jahre zuvor die Neuformulierung der Ostpolitik für das Zustandekommen der sozial-liberalen Koalition: Sie war Katalysator für die Zustimmung jener Wähler der Mitte, die von Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen" zur Sozialdemokratie gezogen worden waren. Jetzt fielen sie aber wieder von ihr ab, nachdem die SPD selber die Dynamik der „Demokratisierung aller Lebensbereiche" abgebrochen und sich ihr Reformprojekt verstaatlicht hatte.

War es gegen Ende der sechziger Jahre die CDU, die von den Fesseln ihrer traditionellen Denkstrukturen daran gehindert wurde, die Notwendigkeit einer neuen Ostpolitik einzusehen und das Ausmaß ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung richtig einzuschätzen, so war es gegen Ende der siebziger Jahre die SPD, die, in den Strickmustern ihres überkommenen sozialstaatlichen Wachstumsmodells verfangen, die gesellschaftliche und politische Sogwirkung des postmaterialistischen Individualismus verkannte.

So gelang es den Christdemokraten sogar, vorübergehend auf dem klassischen Terrain der Sozialdemokratie die politischen Begriffe zu prägen und den Zeitgeist zu besetzen. „Entstaatlichung" hieß die neue Losung.

Freilich darf sich die Sozialdemokratie durch die Tatsache, daß das neue sozialpolitische Konzept der Unionsparteien nicht gehalten hat, was es versprach, nicht davon abbringen lassen, ihre eigene Sozialpolitik weiter zu demokratisieren. An einer grundsätzlichen staatlichen Garantie und Kontrolle der sozialen Sicherungssysteme kann und darf niemand rütteln. Privatisierung kommt nicht in Frage. Doch in den staatlichen Organisationen muß der Freiraum für die Selbstbestimmung der Betroffenen erweitert werden. Eine Deklassierung der hilfsbedürftigen Menschen zu passiven Almosenempfängern ist nicht der richtige Weg.

Auch im Rahmen staatlicher Organisationen ist es möglich, Formen der sozialen Sicherung zu finden, die über die anonyme bürokratische Zuteilung von finanziellen Mitteln hinaus eine aktive menschliche Solidarität vermitteln können. Die unterschiedlichen Erfahrungen, die derzeit viele staatlich unterstützte Selbsthilfegruppen auf diesem Gebiet sammeln, könnten durchaus zu einem sozialpolitischen Konzept gebündelt und verallgemeinert werden. Der Gedanke einer sozialen Grundsicherung für alle diejenigen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen können und kein anderes Einkommen haben, ist allein schon deshalb richtig, weil eine solche Sicherung mit einem geringen bürokratischen Aufwand zu organisieren ist.

Allerdings sollte man sich weiter überlegen, wie auch eine Grundsicherung mit Organisationsformen unmittelbarer menschlicher Solidarität und individueller Selbstbestimmung verbunden werden könnte. Besser ist es, elternlosen Kindern die Geborgenheit in einer Pflegefamilie zu ermöglichen, als sie in Kinderheime zu überweisen. Besser ist es, durch öffentliche Hilfsmaßnahmen alten Menschen das Verbleiben in der Familie zu ermöglichen, als sie in Altersheime abzuschieben.



Neue Osnabrücker Zeitung

„Fragen Sie mich, wenn Sie nicht weiter wissen, Herr Studienrat!"

Die Sozialpolitik hat immer noch zu sehr einen defensiven Charakter, ist versichernd und reparierend, ist nachträglich und wenig vorsorgend. Vernunft und Verantwortungsbewußtsein aber gebieten Vorsorglichkeit in allen Bereichen der Politik. Genauso wie eine fortschrittliche Technopolitik auf den bewußten gesteuerten Wandel der Gesellschaft zum Besseren ausgerichtet sein muß, genauso muß die Sozialpolitik auf eine positive Veränderung der Gesellschaft zielen, um progressiv zu sein – Sozialpolitik gleichsam als vorsorgliche Gesellschaftspolitik. Vorsorgen bedeutet, die gesellschaftlichen Ursachen beseitigen, die den Versicherungs- oder den Fürsorgefall wahrscheinlich, die Versicherung oder die Fürsorge nötig machen. Vorsorgen also bedeutet, die Gesellschaft zu verändern.

Wer gegen die Arbeitslosigkeit wirklich vorsorgen möchte, der sollte seine Denk- und Tatkraft weniger auf die Organisation und Finanzierung eines Arbeitslosen-Versicherungssystems konzentrieren als vielmehr auf die Gestaltung der Arbeitsorganisation selber und des Arbeitsmarktes. Das aber heißt, die wirtschaftlichen Strukturen zu verändern, die Gesellschaft zu verändern.

★

Wenn es stimmt, daß die Benachteiligung der Frauen strukturell in der Industriegesellschaft angelegt ist, daß deren System gar nicht funktionieren kann, ohne Frauen zu benachteiligen, dann kann der politische Schlüssel zur Lösung der Frauenfrage nur in einer Veränderung der industriellen Strukturen liegen. Entscheidend dabei ist die Neudefinition des Begriffs der Arbeit und ihre Bewertung in der Gesellschaft. Die notwendige gesellschaftliche Arbeit setzt sich immer aus der Haus- und Familienarbeit, die Versorgung und Erziehung der Kinder eingeschlossen, und der Arbeit zur Herstellung der lebensnotwendigen Güter zusammen. Heute wissen wir, daß es im Prinzip völlig gleichgültig ist, wer welche Arbeit leistet, ob die Frauen diese, die Männer jene oder umgekehrt oder beide gemeinsam oder je zur Hälfte oder zu welchem Anteil immer. Es hat sich gezeigt, daß Männer und Frauen gleichermaßen fähig sind, sowohl diese wie auch jene Art von Arbeit zu verrichten.

★

Das Umdenken sollte mit den Begriffen „Arbeit" und „Familie" beginnen.

In ihrer herkömmlichen Bedeutung sind die beiden Begriffe unzeitgemäß geworden. „Arbeit“ kann, wie bereits ausgeführt, heute nicht mehr nur Berufsarbeit und organisierte Arbeit heißen. Der zeitgemäß definierte Arbeitsbegriff umfaßt die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit, die organisierte wie die nicht organisierte. Dasselbe gilt für alle gesamtwirtschaftlichen Berechnungen des tatsächlichen Arbeitsvolumens in der Gesellschaft und für die Fragen, wieviel Arbeit insgesamt zu leisten und zu verteilen ist. Die übliche Art, die geleistete Arbeit zu berechnen, gibt ein irreführendes Bild unserer wirklichen Arbeitswelt wieder. Es wird dabei nur ein Teil der geleisteten Arbeit gezählt, der andere wird nicht zur Kenntnis genommen. Diese Art der Berechnung verleitet zu der irrigen Annahme, die gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit werde allein während der geregelten Erwerbsarbeitszeit erbracht. Die Nichtberücksichtigung eines großen Teils der notwendigen gesellschaftlichen Arbeit, der informellen Arbeit, führt darüber hinaus zu falschen Einschätzungen des Arbeitsbedarfs beziehungsweise der Arbeitsnachfrage.

Eine der gravierendsten Folgen dieser Nichtberücksichtigung ist, daß sich in der organisierten Arbeitswelt eine familienfeindliche Struktur herausbildet – eine Struktur, die, solange Familienarbeit fast ausschließlich von Frauen geleistet wird, auch frauenfeindlich ist. Denn die Arbeitswelt ist grundsätzlich für Menschen eingerichtet, die nicht Familienarbeit zu leisten haben. Um es einmal kraß auszudrücken: Für den gefragten Arbeitnehmer-Prototyp ist Familie nur als Freizeit-, Feierabend- und Wochenendgestaltung vorgesehen, nicht aber als alltägliche Lebensform und Arbeitsanforderung.

Soll die Struktur der organisierten Arbeitswelt und damit die Struktur unserer Gesellschaft tatsächlich frauengerechter werden, dann muß sie in erster Linie familienfreundlicher werden. Das kann nur gelingen, wenn das heute gültige Leitbild des typischen Arbeitnehmers umgeformt und die organisierte Arbeitswelt umgestaltet wird. Es ist der Erwerbstätige, der ohne Rücksicht auf Kinder und einen ebenfalls berufstätigen Partner seinem Beruf nachgehen, Überstunden leisten und beliebig seinen Arbeitsort wechseln kann. Das Leitbild des arbeitenden Menschen in der Gesellschaft der Zukunft hingegen ist der (Berufs-)Tätige, der alleinerziehend oder mit einem (berufs-)tätigen Partner gemeinsam auch Haus- und Familienarbeit verrichtet.

Ähnlich einem neuen Arbeitsbegriff muß auch ein neuer Familienbegriff die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben fördern. Unter den gegebenen Verhältnissen ist das Modell der isolierten Kleinfamilie für einen der beiden Partner – de facto ist es die Frau – berufsfeindlich. Eine familienfreundliche Organisation der Berufswelt und eine berufsfreundliche Veränderung des Familienlebens hingegen werden auf lange Sicht das gestörte gesellschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen und die beiden Bereiche der gesellschaftlich notwendigen Arbeit funktional aufeinander abstimmen. Die Politik kann durch Reformen einem neuen Familienbegriff zum Durchbruch verhelfen und ihm durch öffentliche Diskussionen die notwendige Zustimmung verschaffen.



Kölner Stadt-Anzeiger

Der Denker



Auf eine vernunftgeleitete Wirtschafts- und Strukturpolitik werden wir warten müssen, bis anstelle der marktwirtschaftlichen Permissivität das Prinzip Verantwortung getreten ist. Nicht der Mensch hat sich den Belangen der Wirtschaft unterzuordnen, sondern die Wirtschaft den menschlichen Bedürfnissen. Dies ist durchaus kein Plädoyer für eine bürokratische Planwirtschaft. Es gibt kein System, das die menschlichen Bedürfnisse besser befriedigt hätte als die Marktwirtschaft. Das Prinzip Verantwortung soll also den Marktmechanismus keineswegs aushebeln, es soll ihn vernünftigen Regeln aussetzen. Statt die Angebote des Marktes daraufhin zu prüfen, ob sie menschlichen Zwecken entsprechen, wäre es sinnvoller, zunächst die menschlichen Zwecke zu bestimmen und dann erst entsprechende Angebote über den Markt zu machen.

Im Grunde genommen würde dies nichts anderes bedeuten, als die auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Marketingmethoden, die in den Entwicklungsabteilungen großer Unternehmen gang und gäbe sind, auf gesellschaftliche und politische Zielsetzungen hin zu verallgemeinern. Das Prinzip Verantwortung in die Marktwirtschaft einzuführen müßte nicht unbedingt „mehr Staat“ bedeuten. Es wäre zu wünschen, die Wirtschaft selber träfe ihre Entscheidungen nicht nur in betriebswirtschaftlicher, sondern sehr viel stärker auch in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Noch aber ist es nicht soweit, noch bedarf der Markt des regelnden Ausgleichs durch den Staat, noch brauchen wir den Sozialstaat und mehr denn je auch eine staatliche Korrektur des Marktes.



Mit der stärkeren Beteiligung der einzelnen an der Gestaltung der Gesellschaft hat der Prozeß des gesellschaftlichen Fortschritts eine neue Stufe der Emanzipation erreicht. Diese fordert nicht den unselbständigen Lohnempfänger, dem Staat, Unternehmerschaft oder Gewerkschaft alle Entscheidungen abnehmen, sondern den kompetenten, selbstbewußten, mündigen Mitarbeiter als Mitunternehmer, der zwar eines verbindlichen Rahmens gesellschaftlich organisierter Solidarität niemals wird entraten können, der nichtsdestoweniger jedoch in diesem Rahmen seine Arbeit sowie seinen Berufs- und Lebensweg weitgehend selber verantwortet.

Eine Partei, die zur bestimmenden politischen Kraft der Zukunft werden will, wird, für jedermann deutlich sichtbar, ihre Politik an diesem Leitbild ausrichten. Im Zentrum ihrer Bemühungen, die Arbeit zu humanisieren, wird die Idee der Selbstverwirklichung des Individuums stehen. ◆

Ein Beitrag der Informationsreihe »Die außergewöhnliche bulthaup Kücheneinrichtung«

Die Farbe Minzgrün – eine der neuen Küchenfarben von bulthaup

Mit welcher Sorgfalt und Sensibilität man im Hause bulthaup nicht nur mit der Form, sondern auch mit der Farbe umzugehen versteht, zeigten die neuen Küchen, die auf der Internationalen Möbelmesse 1988 in Köln vorgestellt wurden.

Das appetitliche Minzgrün auf den Frontflächen der abgebildeten Küche ist ein einleuchtendes Beispiel für das Farbfinden und Farbempfinden der Leute von bulthaup. Ihre Palette umfaßt neun Beiztöne, fünf Mattlackfarben, drei Hochglanzlackfarben und als Herausforderung an Innenarchitekten und farbenfreudige Kücheninteressenten – 138 RAL-Farben!

Vielseitiger und kreativer können Sie Ihre persönliche Vorstellung von »Farbe in der Küche« kaum verwirklichen. Ob »Ton-in-Ton« oder in kühnem Kontrast und selbstverständlich auch in Alpinweiß, Geograu oder Graphit.

Für bulthaup speziell entwickelte Verfahrenstechniken der Oberflächenbehandlung garantieren absolut gleichmäßige Pigmentlackierung, hochglänzend oder seidenmatt, bestechend durch Brillanz und Tiefe. Dazu gehört die Sicherheit, Küchen auch nach Jahren farbtreu ergänzen zu können.

Die Türen und das Beiwerk der Küchen aus ausgesuchten Hölzern werden in traditioneller handwerklicher Technik gefertigt, bei den Top-Programmen sogar »aus einem Stamm« furniert, sorgfältig gebeizt, in Patina-Wischtechnik oder in Sandstrahltechnik behandelt.

Die Küchen von bulthaup sind zusätzlich mit einem Spezial-Klarlack, der frei ist von Formaldehyd, gegen alle Gebrauchseinflüsse zuverlässig geschützt. Lebensmittel und bulthaup-Küchen vertragen sich ausgezeichnet miteinander!

Doch der schönste Beweis für die einzigartige Qualität und den hohen Gebrauchswert einer Küche von bulthaup liegt in diesen drei kleinen Worten: fünf Jahre Garantie!

Bei bulthaup hat man viel Verständnis für den Wunsch nach außergewöhnlichen Lösungen und Leistungen. Darum wendet sich diese Veröffentlichung an Leute, die Ansprüche zu stellen wissen. An Leute, die ihre persönliche Umwelt empfindsam, kritisch und sorgfältig gestalten. An Leute schließlich, mit denen man auch über eine minzgrüne Küche sprechen kann.

Claus A. Froh

Verlorene Zeit

Rüde Vorgesetzte und die schlechte Stimmung bei den Soldaten alarmieren Bundeswehr-Führung und Wehrbeauftragten.

Wenn Willi Weiskirch, der Wehrbeauftragte des Bundestages, über die Zustände in den Streitkräften spricht, erinnert er gern an eine rote Broschüre aus dem Jahr 1953. Titel: „Nie wieder Kommiß!"

Auf 64 Seiten prangerte die Schrift vor der Wiederaufrüstung Mißstände in Hitlers Wehrmacht an: rüpelhaften Kasernenhofton, unnötige Schleifereien. Das Heftchen warnt davor, die Uniform als „Ehrenkleid der Nation" zu verherrlichen und Paraden zu kultischen Handlungen ausarten zu lassen.

„Niemals", so Weiskirch, hätte er sich „träumen lassen", daß einstige „08/15-Methoden" in der Bundeswehr einreißen könnten. Inzwischen weiß er, daß die Schleifer wieder auf dem Vormarsch sind, daß Soldaten von ihren Vorgesetzten schikaniert, angepöbelt und drangsaliert werden.

Jüngstes Beispiel: Zwei Offiziere und vier Feldwebel der 3. Kompanie des Fallschirmjäger-Bataillons 251 im württembergischen Calw wurden ihrer Posten enthoben, wegen „entwürdigender Behandlung von Untergebenen". Sie hatten zugelassen, daß Unteroffiziere neu angekommene Rekruten eigenhändig kahlschoren und krank geschriebene Soldaten „freiwillig" Gefechtsdienst leisteten. Gegen weitere Ausbilder laufen Disziplinar-Ermittlungen.



Geländeübung der Bundeswehr: „Ein guter Soldat beschwert sich nicht"

Selbst einem konservativen Militär wie Henning von Ondarza gehen die Unsitten allmählich auf die Nerven. Der Generalleutnant, seit 25. September Inspekteur des Heeres, mahnte in einem Brandbrief an die Truppe „Selbstverständlichkeiten" an: Offiziere und Unteroffiziere sollten ihren Untergebenen gefälligst mit „Gerechtigkeit" und „korrektem, menschlich ansprechendem Umgangston" begegnen.



Wehrbeauftragter Weiskirch, Minister Wörner
„Zunehmende Kälte in der Armee"

Die neue Ruppigkeit in der Bundeswehr kann sich auch Weiskirch nicht recht erklären. Fest steht nur: Konservative Geister, die „traditionelle soldatische Tugenden" wie absoluten Gehorsam, Härte und Todesmut predigen, haben Oberwasser, seit Weiskirchs Parteifreund Manfred Wörner (CDU) auf der Bonner Hardthöhe regiert.

Unter Wörners Regentschaft wurde es chic, „kriegsnahe Ausbildung" zu propagieren. Die „Wende" von 1982, so brüstet sich Wörner heute, habe sich bei der Bundeswehr darin niedergeschlagen, „daß die Leute in der Armee wieder von Härte reden und von Erziehung".

Klagen über rüde und mithin „menschenunwürdige" (Weiskirch) Behandlung hingegen gelten im größtenteils konservativen und unionsnahen Offizierskorps als unfein und unangebracht. Gängige Parole heute wie einst: „Ein guter Soldat beschwert sich nicht."

So war es auch bei der Fallschirmjägereinheit in Calw, die sich selber zu den Elitetruppen zählt. Keiner der Rekruten wagte es, sich bei den Vorgesetzten über die Schikanen zu beklagen.

Die Zahl der – auf dem Dienstweg eingereichten – Beschwerden junger Soldaten über Vorgesetzte hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Es grassieren Angst um Karrierechancen und Furcht vor Repressalien.

Der Wehrbeauftragte dagegen erhält jedes Jahr mehr Eingaben – 1987 über 8500. Die Soldaten, die bei ihren Vorgesetzten keine Gerechtigkeit finden, wenden sich lieber ohne Wissen der Vorgesetzten direkt an ihn. Er verspricht aus Sicht der Schikanierten Anonymität – und vor allem Hilfe.

Alarmiert beklagt Weiskirch auch die „zunehmende Kälte in der Armee". Sein Lagebild: Es drohe eine „Gefährdung der Kameradschaft".

Nicht minder kritisch schätzt Ondarza die Situation in seinem 340 000 Mann starken Heer ein. Gerade von „leistungsbereiten Wehrpflichtigen" kämen „zunehmend negative Schilderungen", die Moral sinke.

Noch mehr beunruhigt den General aber eine Herbst-Umfrage, wonach die Zielgruppe für Freiwilligenwerbung – die 14- bis 18jährigen Jungbürger – die

Streitkräfte negativer beurteilt als je zuvor. 41 Prozent der Befragten halten die Bundeswehr für „nicht so wichtig, überflüssig“ oder gar „schädlich“. Vor einigen Jahren standen noch 67 Prozent der Bundeswehr positiv gegenüber.

Daß junge Soldaten kaum ein gutes Haar an der Armee lassen, weiß die Hardthöhe auch aus einer 132-Seiten-Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Danach hat nur jeder fünfte Wehrpflichtige Vertrauen zu seinen Vorgesetzten, fast die Hälfte beklagt den „autoritären Führungsstil“. Die schlimmste Aussage der Untersuchung, die sofort unter Verschluß genommen wurde: Mehr als 70 Prozent halten den Dienst für „verlorene Zeit“.

In dieser Lage, so Ondarza, werde es äußerst schwierig, mehr Freiwillige anzuheuern, um im nächsten Jahrzehnt die Folgen des Pillenknicks auszugleichen. Wenn die Streitkräfte aber nicht mehr Zeit- und Berufssoldaten finden, bricht Wörners Personalplanung zusammen.

Alarmierend wirkte bei Ondarza deshalb die Erkenntnis der Hardthöhen-Statistiker, trotz flauen Arbeitsmarkts, der vor einigen Jahren noch zu Andrang bei den Annahmestellen geführt hatte, sinke die Zahl der Bewerber: Für eine Offizierskarriere beim Heer meldeten sich im vorigen Jahr sieben Prozent weniger junge Männer als 1986. Bei den Unteroffiziersaspiranten gab es sogar ein Minus von elf Prozent.

„Verpflichtungsprämien“, wie sie künftig wieder als eine Art Kopfgeld bezahlt werden sollen, lösen das Problem nicht. Ondarza: „Wir müssen den Dienst attraktiver gestalten.“

Noch aber überwiegen die Schreckensmeldungen à la Calw. Als der Wehrbeauftragte einige Wochen vor den skandalösen Vorfällen unangemeldet bei einer anderen Fallschirmtruppe, der Luftlande-Pionierkompanie 250 im niederbayrischen Passau, erschien, mußte er sich wieder einmal anhören, wie rüde Rekruten behandelt werden. Ein Zugführer empfing die Neuankömmlinge in der Kaserne: „Meine Freunde nennen mich Stinki, aber ich habe keine Freunde.“ Soldaten gelten als „Verfügungsmasse“ und – weit harmloser – „Arschlöcher“.

In Passau, die „Schleifer von Nagold“ aus den sechziger Jahren lassen grüßen, war Soldaten sogar empfohlen worden, aus dem Fenster zu springen.

Weiskirch empfindet es als besonders bitter, daß er bei seinem Kampf gegen solche Unarten „gegen eine Mauer läuft“: „Das ist die größte Enttäuschung meiner Amtszeit.“ Denn er hält es mit dem Satz in der Broschüre von 1953, „die Kaserne, einst der Inbegriff der Willkür und des Zwangs, muß zum Begriff der Freiheit und der Menschenwürde werden“. Autor des roten Heftchens, das er so gerne zitiert: Willi Weiskirch.

FERNSEHEN

Unser liebstes Kind

In Duisburg wird ein spezielles Stahlarbeiter-Fernsehprogramm gesendet – Stoff für politischen Streit zwischen SPD und FDP.

Seine Video-8-Kamera hatte sich Erich Speh, 47, eigentlich zugelegt, um Urlaubsfreuden filmen zu können. Seit ein paar Wochen jedoch läßt der Duisburger die Kamera laufen, um Szenen aus dem Kampf der Stahlkocher um ihre Arbeitsplätze aufzuzeichnen.

Ob Malocher mit Fackelzügen gegen Betriebsstillegungen protestieren, ob sie Mahnwachen auf der Duisburger „Brükke der Solidarität“ abhalten – Hobby-Reporter Speh „drückt Knöppken“. Die ersten Aufnahmen zeigten er und andere filmende Kollegen noch feierabends in der Stammkneipe im Stahlarbeiter-Stadtteil Rheinhausen und tagsüber in den Schaufenstern der Fußgängerzone. Neuerdings lassen sich die manchmal verwackelten, aber immer authentischen Speh-Filme auf dem Bildschirm daheim betrachten – dank eines bemerkenswerten Fernsehexperiments.



Duisburger Stahlarbeiter-Fernsehen
Fackelzüge nach der Tagesschau

Die Amateur-Aufnahmen werden per Kabel über einen „Offenen Kanal“ (OK) verbreitet. Zuschauen können rund 3700 Stahlarbeiterfamilien, die in Gebäuden der gemeinnützigen Krupp Hüttenwerke Wohnungsbau GmbH in Rheinhausen leben und allesamt mit Kabelanschluß ausgestattet sind.

Das gesellschaftseigene Kabelnetz ermöglicht, auf Kanal 6, montags bis freitags pünktlich nach der Tagesschau den OK-Empfang. Juristische Grundlage ist Nordrhein-Westfalens neues Rundfunkgesetz, das Betreiber von Groß-Kabelanlagen verpflichtet, „auf Verlangen“ Offene Kanäle einzurichten.

Verlangt worden war ein OK für Duisburg kurz vor Weihnachten von einer Medien-Arbeitsgemeinschaft des DGB, nachdem die Video-Vorführungen in Kneipen und Schaufenstern schnell begeisterte Anhänger gefunden hatten. Das Anliegen der Kanal-Arbeiter brachte die neugegründete Landesanstalt für Rundfunk (LfR) in Verlegenheit: Der Antrag der Rheinhausener war der erste, den sie zu bearbeiten hatte, das Gesetz war erst wenige Tage alt.

Um „interessierte Bürger zu ermutigen und nicht zu entmutigen“, aber auch wegen der „gesellschaftspolitischen Brisanz“ duldete der Vorsitzende der Rundfunkkommission, Helmut Hellwig (SPD), Probesendungen in Duisburg – eine vorläufige Entscheidung ohne das vorgeschriebene Genehmigungsverfahren, die prompt für einen landespolitischen Eklat sorgte.

Am lautesten schimpfte Achim Rohde, 51, Chef der FDP-Landtagsfrak-



Fernseh-Organisator Nikodem: Rheinhausen live vom Dachboden

und Sommer entwickelt), die das gewünschte Klima zuverlässig steuert. Daß es – als einziges – einen Innenraumluftfilter hat, der weder Straßenstaub, Ruß noch Ölpartikel (0,002-0,005 mm) ins Wageninnere läßt. Daß es einen Kofferraum hat, der durch Umklappen der Rückbank von 625 auf 1600 Liter wächst. Daß es kompakt ist, aber einen Innenraum bietet, dem die verwöhnten Amerikaner nach ihrer EPA-Norm das Prädikat „large car“ (großes Automobil) verliehen haben.

Und deshalb ist unser Slogan nicht irgendeine Aneinanderreihung von Worten, sondern eine logische Schlußfolgerung.





Auf langen Strecken zu Hause. **SAAB 9000**

tion. Die nordrhein-westfälischen Liberalen, ohnehin keine Freunde des Jedermannfunks, halten die Duldung des Testbetriebs für eine Folge „reiner politischer Willkür". Sozi Hellwig arbeite, urteilt Rohde-Referent Ulrich Marten, „Hand in Hand" mit filmenden „SPD-Sympathisanten" in Rheinhausen.

Provisorisch wie die Rechtsgrundlage ist die geliehene technische Ausstattung des Duisburger OK. Als Funkhaus dient der Speicher eines Krupp-Mietshauses im Ortsteil Rheinhausen. Die Laien-Sendungen hält Klaus Nikodem, 31, einer der Studio-Organisatoren, für eine Art „Flugblatt auf anderer Ebene".

Bislang lebt das OK-Programm vor allem vom Mitteilungsbedürfnis der Stahlkocher – und vom guten Willen ehrenamtlicher Helfer: Die LfR hat über finanzielle Hilfe noch nicht entschieden. Doch die Rheinhauser können mit Geld aus der Anstaltskasse rechnen – zehn Millionen Mark hat die LfR für die Förderung offener Sender eingeplant.

Auch andernorts senden Offene Kanäle, anders als in Rheinhausen allerdings unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle:

▷ In Ludwigshafen kann seit gut vier Jahren jeder Bürger sein eigener Radio- und Fernsehproduzent sein. Im Rahmen eines Kabelpilotprojekts gestartet und aus Landesmitteln finanziert, erreicht der Bürgerkanal fünfmal wöchentlich über 70 000 Haushalte.

▷ In Neustadt an der Weinstraße sendet seit dem 6. Dezember ein Offener Kanal, der aus Mitteln einer Landesstiftung finanziert wird.

▷ In West-Berlin ist seit 1985 Volksfernsehen zu empfangen. Gut ausgerüstet und mit einer Million Mark im Jahr großzügig gefördert, ist der „Sonderkanal 8" heute zur vielgenutzten TV-Attraktion avanciert.

▷ Fast gleichzeitig startete in Dortmund ein Offener Kanal unter Federführung der öffentlich-rechtlichen Landesanstalt WDR, die auch den größten Teil der Kosten übernahm.

Der Dortmunder Versuch läuft Ende März dieses Jahres aus, aber die Macher sind so begeistert von ihren Sendungen, daß sie bei der LfR eine Verlängerung der Betriebserlaubnis beantragt haben. Ein Medienstaatsvertrag stellt seit letztem Dezember den Bundesländern frei, ob sie Offene Kanäle fördern wollen.

Im hohen Norden und im tiefen Süden, in Kiel und in München, sind Bürgerkanäle gesetzlich nicht vorgesehen; Baden-Württemberg hat sogar verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet. Im Saarland indes soll spätestens im nächsten Jahr ein Offener Kanal aufblenden, die „Hamburgische Anstalt für neue Medien" eröffnet im Juni Kanäle für Radio- und Fernsehamateure.

Unter günstigen Umständen finden die Offenen Kanäle – das Beispiel Rheinhausen belegt es – lebhafte Resonanz. Furore machte in den Stahlarbeiterquartieren beispielsweise das Erstlingswerk („Rheinhauser Gespräche") der Altenpflegerin Renate Jekubczik, 49, die den Tankwart, den Pfarrer und die Frauen von der Mahnwache am Hüttentor vor die Kamera geholt hatte. Hinterher registrierten die Fernsehmacher stolz „400 Anrufe", dazu „Berichte in Zeitungen aus ganz Europa" und sogar eine Grußadresse aus dem fernen Korea.

Wenn die Hobby-Moderatorin Jekubczik live auf Sendung geht, wird es im ungeheizten Dachboden-Studio in der Beethovenstraße warm: Die Nachbarin aus dem dritten Stock bringt Feuerwasser, Renates Kegelschwester Edelgard leistet moralischen Beistand.

So ähnlich hatte sich Ministerpräsident Johannes Rau den OK-Betrieb wohl auch vorgestellt: „Vielfältige Kommunikationschancen" wollte der Sozialdemokrat seinen Landsleuten mit den



Amateurfilmer Speh
Kanal-Arbeit mit Urlaubskamera

Offenen Kanälen bieten. Die Angriffe der Landes-FDP auf das OK-Experiment lassen Rau ebenso kalt wie den LfR-Direktor Klaus Schütz, ehemals Berliner Bürgermeister. Schütz meint sogar, „daß trotz vieler Widerstände der Offene Kanal Rheinhausen unser liebstes Kind wird".

Am Mittwoch dieser Woche entscheidet sich, ob das frühgeborene Wunschkind legalisiert wird: Die Düsseldorfer Rundfunkkommission wird über die Zulassung des Duisburger Kanals befinden; der beratende Ausschuß hat die Genehmigung bereits einstimmig empfohlen.

Wenn der Antrag angenommen wird, kann das unausgewogene Programm der sendungsbewußten Stahlfunker mit höchstamtlicher Billigung über die Duisburger Bildschirme flimmern – unangreifbar auch für die erzürnte FDP. ◆


Londoner Uran-Symposium 1987: Börse für geheime Geschäfte

Uran-Schwindel: „Atome tragen keine Flagge“

Führende deutsche Nuklear-Unternehmen verletzen in geheimem Zusammenspiel mit Europa-Behörden und Bonner Ministerien seit Jahren internationale Verträge. Mit weltweiten Uran-Schiebereien werden, wie dem SPIEGEL vorliegende Dokumente belegen, Handelsauflagen von USA und UdSSR, Kanada und Australien umgangen und Millionengewinne erzielt. Im Mittelpunkt auch dieser Affäre: die Hanauer Skandalfirma Nukem.

Londons Polizei war alarmiert wie beim jährlichen Ausritt der Queen. Sicherheitskräfte bewachten die altehrwürdige „Guildhall“ und das noble „Savoy Hotel“. Am Charing Cross Pier verständigten sich Uniformierte per Walkie-talkie über jede verdächtige Gestalt, die sich dem Vergnügungsschiff „Elizabethan“ näherte.

Scotland Yard fürchtete einen Bombenanschlag auf eine Gesellschaft, die selber mit Bombenstoff hantiert.

Das „Uranium Institute“ hatte für die erste September-Woche 1987 Mitglieder und Gäste zum 12. Jahressymposium geladen, und es kamen alle, die in der westlichen Welt Uran abbauen, transportieren, umwandeln, anreichern oder verbrennen und sich darüber austauschen wollten.


Themse-Schiff „Elizabethan“: Schleichweg für Spaltstoffhändler

Insgesamt 381 Manager, von der australischen Western Mining Corporation wie vom deutschen Atommeiler Obrigheim, hörten Vorträge über „Wirtschaftlichkeit und Sicherheit des Atomstroms“ und diskutierten, wie das „öffentliche Vertrauen“ in die Kernenergie verbessert werden könne.

Die Uran-Gemeinde applaudierte lebhaft einem Kurzfilm, der in bunten Bildern suggerieren sollte, wie harmlos der tägliche Umgang mit dem Spaltstoff sei. Titel: „Die Radioaktivität und Du“.

Das Programm des dreitägigen Treffens in London verdeckte geheime Aktivitäten am Rande des Symposiums, die von erheblicher Brisanz waren: Bei Banketten und an Bord des Schiffes, das von westdeutschen Atomfirmen gechartert worden war, suchten Uran-Händler und Atomstromhersteller nach Schleichwegen, auf denen nuklearer Brennstoff billig und schnell zu beschaffen ist – hinweg über internationale Handelsbeschränkungen und Auflagen.

Immer wieder war von „Swap“ die Rede. Das englische Wort, das ursprünglich den Tausch von Pferden und später auch von Devisen beschrieb, haben Spaltstoffhändler für eine ebenso simple wie fragwürdige Schieberei übernommen: Verbieten Herkunft oder Auflagen den Vertrieb oder die Verarbeitung eines Postens Uran, dann wird dieses Hindernis gleichsam weggetauscht.

Am Rande der Londoner Tagung, an einer heimlichen Uran-Börse, heckten Manager beispielsweise einen Weg aus, der einem amerikanischen Nuklearbetrieb aus der Klemme half. Das Unternehmen besaß 67 000 Kilogramm Natururan aus Südafrika und Namibia, das wegen des US-Embargos gegen das Apartheid-Regime nicht angereichert werden durfte. Das bundesdeutsche Energieversorgungsunternehmen PreussenElektra, Betreiber des Kernkraftwerks Brokdorf, hatte eine gleiche Menge Uran mit US-Ursprung auf Lager.

Der Dreh: Die Unternehmen vereinbarten, die Herkunft der beiden Uran-Chargen auf dem Papier gegeneinander auszutauschen. Der Swap schlug sich in den Büchern der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) nieder. Der Eti-

Eine der erfolgreichsten Familienserien...



BM/ 43/88



Abb. Camry Limousine GLi 2,0, ab DM 28.550,–*. Camry Limousine XL 2,0 Turbo Diesel, ab DM 27.640,–*. *Unverbindliche Preisempfehlung (ohne Überführung).

kettentausch – Südafrika-Ursprung raus, US-Ursprung rein und umgekehrt – ist nur einer von vielen Coups, die seit Jahren weltweit abgewikkelt werden. Papiere von Nuklearunternehmen und vertrauliche Protokolle von Euratom, die dem SPIEGEL vorliegen, geben erstmals Einblick in die geheimen Machenschaften der Uran-Branche.

Das höchste europäische Atomamt, das mit Hilfe einer eigenen Versorgungsagentur in Brüssel den Uran-Bedarf der EG-Länder decken soll und dessen Luxemburger Sicherheitszentrale zugleich über die korrekte Abwicklung des Spaltstoff-Flusses zu wachen hat, ermöglicht die Manipulationen.

Die Europa-Behörde tauscht Sicherheitscodes aus, unterläuft Abkommen mit Uran-Abbauländern und erlaubt, daß Natururan vertragswidrig zu waffenfähigem Material angereichert wird.

Als wären die jüngst publik gewordenen Schmiergeldzahlungen in Millionenhöhe und die massenhafte Falschdeklaration von Atommüllfässern nicht genug – der Swap-Skandal beweist, wie wenig ernst die Atombranche staatlich verfügte Kontrollmechanismen nimmt, wenn es um die Mehrung von Gewinnen geht.

NUKEM | Notiz | 26.11.1986 bt/eu 20 52

Eingang

über
[X] Telefongespräch [ ] Besuch [ ] Besprechung [ ] Reise
mit/von Herrn Andres, RWE
am 25.11.1986 um in

Kopie an
Betr.:

Tk
gr. M.
BT-Akte
Sb, PW,
RK, Hf,

für BMFT ca 165000 lbs

1. Ursprungstausch

a) Für einen Ursprungstausch hat RWE noch ca. 200 MTU als Natur UF6 (äquiv. ca. 522.000 lbs U308) bei Urenco bis März 1987 zur Verfügung. + die ca 250000 lbs BRA/Arg. U_3O_8 bei Comurhex. Verwendung: EVS – BMFT
RWE würde den brasil. Urspung gegen Code P Material tauschen (eine Tauschgebühr ist noch festzulegen), um den negativen Code P Stand bei Urenco auszugleichen. z.B. SA (EVS)

b) Einen Ursprungstausch CAN (NUKEM) gegen AUS (RWE) steht nichts im Wege (eine Tauschgebühr ist noch festzulegen). Einzige Ausname: Es darf kein Nachteil für SMDC entstehen.

2. Tails

RWE hat in Weisweiler ca. 2.500 t Tails lagern (fast ausschließlich kanad. Ursprung, zurück von TSE Anreicherung). Ca. 1.500 t werden mit der Zeit zur Cogéma für die Endbeseitigung geliefert. Ca. 1.000 t werden noch mind. 10 Jahre in Weisweiler lagern.

Für Swaps irgendwelcher Art steht dieses Material zur Verfügung.

B. Tonino

B. Tonino

Nukem-Aktennotiz*: „Im Auftrag der Bundesregierung"

D 101-76	08/86	Swap 67.000 kg U in UF6 (SA/Namibia) gegen US origin von PreussenElektra s. D 188-02 für D 101-79	
D 101-77	10/86	Diverse Origin Swaps für Malapai durch NUKEM (D 100-86-27)	o.A.
D 101-78	05/87	Verkauf 325.000 kg U308 (551.500 lbs U308) an Nukem (D 100-87-14) für BAG (D 800-03)	Pn

Nukem-Computer-Ausdruck (Ausriß): Trick mit Tausch

Der Trick mit dem Tausch bringt erheblichen Nutzen: Mögliche Versorgungsengpässe werden vermieden, Kosten verringert und Natururan-Lieferungen, die mit Ein- und Ausfuhrbeschränkungen belegt und deshalb billiger sind, auf den Weltmarkt geschleust.

An den Falschdeklarationen verdienen weltweit Unternehmen wie die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) oder die amerikanische Nuexco. Im Geschäft ist auch die Siemens-Tochter Advanced Nuclear Fuels. Den größten Gewinn aber streicht die Hanauer Nukem ein.

Für Nukem und deren hundertprozentige US-Tochter Nukem Inc. in White Plains im US-Staat New York arbeiten rund zwei Dutzend Broker, die laut Geschäftsbericht ein Drittel des Firmengewinns erwirtschaften. Nach eigener Darstellung beherrscht Nukem den weltweiten Uran-Spotmarkt.

Diplomatische Verwicklungen sind absehbar, wenn erst einmal das ganze Ausmaß der Manipulationen aufgedeckt ist: Hintergangen fühlen müssen sich Schürfländer wie die USA, Kanada oder Australien, die ihre Exporte nach Europa mit strengen Auflagen versehen, um zu verhindern, daß daraus mißbräuchlich waffenfähiges Material fabriziert wird.

So hat sich beispielsweise Australien in einem Abkommen mit Euratom eine begrenzte Verwendung des Basisstoffes ausbedungen. Der Weiterverkauf des nach Europa exportierten Urans an Nicht-EG-Länder und die Anreicherung auf mehr als 20 Prozent U-235-Anteil, so steht im Vertrag vom September 1981, ist nur „mit schriftlichem Einverständnis" möglich.

Mit Sondergenehmigungen, das hatte die europäische Uran-Branche mehrfach erfahren müssen, geizte die australische Administration, die sich auch den Umweg über den Etikettentausch verbat. Dieses Konzept, notierte die Euratom-Versorgungsagentur in Brüssel enttäuscht, sei von den Australiern „nicht akzeptiert worden", obwohl die Europäer sich „sehr um entsprechende Erziehung und Aufklärung bemüht" hätten.

Auch ohne australisches Okay praktizieren die Europäer das Wechselspiel weiter. Mit von der Partie sind Makler, Energieversorger und Euratom, wie Fälle aus dem vergangenen Jahr belegen.

So leierte beispielsweise die Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU) mit Schreiben vom 26. März an die Reaktor-Brennelemente Union (RBU) einen Swap an, der erstmals Hinweise auf die merkwürdigen Usancen lieferte. 2646 Kilogramm schwach angereichertes Uran, die bei der RBU für das Kernkraftwerk Philippsburg bei Karlsruhe lagerten, sollten ihren australischen Ursprung verlieren – und mit ihm die harten Auflagen. Der Code-Tausch, schrieb KWU, solle „der Anpassung an den Bedarf" dienen.

Der Deal war nur einer von vielen, die Machart zumeist gleich. Das politische Interesse der Herkunftsländer, den Fluß ihres Materials zu kontrollieren, wird dabei rigoros übergangen. Besonders kraß, bis hin zum Bruch bilateraler Abkommen, zeigte sich das bei einem Geschäft, das die Broker-Abteilung der Hanauer Nukem im vergangenen Jahr durchzog. Betroffen war wiederum Australien, und sogar Beamte der Euratom-Kontrollbehörde in Luxemburg machten mit.

Das europäische Forschungsinstitut „ILL" in Grenoble benötigte nuklearen Brennstoff, der zuvor in den Anlagen des US-Energieministeriums auf 93 Prozent angereichert und damit praktisch waffentauglich werden sollte. Die Hanauer Firma hatte 1289 Kilogramm schwach angereichertes U-235 in Form von Uranhexafluorid bei Transnuklear auf Lager, allerdings mit dem Makel australischen Ursprungs (Code S).

Das Hindernis sollte mit Hilfe der RWE beseitigt werden, die eine ebenso große Menge Uran-235 in Form von Uranylnitrat bei der Hanauer RBU vorrätig hielten. Dieser bereits konvertierte Stoff eignete sich nicht zur weiteren Anreicherung, hatte aber den Vorteil amerikanischen Ursprungs (Code A).

Nur dieser Bonus war von Interesse, nicht das Material. RWE zeigte sich mit Fernschreiben Nr. 1333 vom 29. Januar „einverstanden" und schlug Nukem vor, „einen Codetausch für die Produkturanmengen" bei Euratom zu beantragen.

Die Kontrollbehörde in Luxemburg erweckte anfänglich den Eindruck, der Deal sei ihr nicht ganz geheuer. Sie wollte von Nukem, so eine Telex-Anfrage vom 16. Februar, noch den „Zweck des beantragten Verpflichtungstausches" wissen. Tags darauf kam die Antwort aus

* Mit Bearbeiter-Vermerk „für BMFT . . ." (Bundesministerium für Forschung und Technologie).

...mit Happy-End.

Die Camrys – eine Serie mit durchweg positiven Kritiken. Combi und Limousine sind eindrucksvoll in Szene gesetzt: spritzig und kraftvoll mit 16 Ventilen, 3-Wege-Kat und 89 kW/121 PS (gegen Extra-Gage auch mit A.B.S. und Klimaanlage). Oder souverän und wirtschaftlich mit Turbo-Diesel und 62 kW/84 PS. Das vorbildliche Raum- und Komfortangebot gibt dem Regisseur alle Freiheiten. Apropos: Der Regiestuhl ist noch nicht besetzt. Wie wäre es mit Ihnen? Melden Sie sich bitte beim Produzenten.

TOYOTA

Nichts ist unmöglich



3,9 % effektiver Jahreszins. 25 % Anzahlung. Laufzeiten 12, 24 und 36 Monate über AKB Auto Kredit Bank. Abb. Camry Combi GLi 2,0, ab DM 30.050,– unverbindliche Preisempfehlung (ohne Überführung). Toyota Btx: *40063 #.

Hanau: „Aus zeitlichen Gründen können wir die notwendige Zustimmung der zuständigen australischen Behörden nicht einholen und weichen deshalb auf einen anderen Code aus."

Die Nukem-Leute waren skeptisch, ob die Kontrolleure in Luxemburg eine solche Begründung akzeptieren würden. „Vielleicht", so monierte ein Nukem-Mitarbeiter, „hätte man den Safeguardleuten die Angelegenheit noch etwas ausführlicher erklären sollen."

Die Sorge war grundlos. Am 6. März telexte Euratom-Luxemburg an die beteiligten Unternehmen Nukem, RWE, Transnuklear und RBU, daß der Code-Tausch „nach Prüfung der Angaben" genehmigt sei. Und die Euratom nahm den Firmen auch noch die Angst vor einer internationalen Überprüfung. Denn in Punkt drei des Fernschreibens, unterzeichnet von „E. Bevere", hieß es: „Im Falle einer diese Transaktionen betreffenden Inspektion werden Sie entsprechend benachrichtigt."

Die Umdeklarierung des australischen Urans, mit dem Euratom das Abkommen mit Canberra gebrochen hat, offenbart eine weitere Facette der Mauschelpraxis. Denn die Materialien, für die Sicherheitsauflagen und Ursprung getauscht werden, sind auch in ihrer Zusammensetzung nicht immer identisch. Neben der physikalischen Beschaffenheit – fest, flüssig oder gasförmig – weichen sogar die Anreicherungsgrade voneinander ab.

So standen 2176 Kilogramm Uran mit 2,25 Prozent U-235 bei RWE nur 1289 Kilogramm Uran bei Nukem gegenüber, die allerdings mit 3,8 Prozent U-235 angereichert waren. Der Trick, um auf einen Nenner zu kommen: Es wurde der in den beiden Chargen enthaltene U-235-Anteil hochgerechnet, das ergab jeweils 48,951 Kilogramm.

Bei diesem fragwürdigen Rechenspiel, so ein Kritiker der Euratom-Praxis, werden letztlich „Birnen gegen Äpfel getauscht, gleich ist nur der Vitamin-C-Gehalt".

In einem als „vertraulich" deklarierten Papier vom Juni 1986 hat Euratom festgehalten, wieweit auch Swaps unterschiedlicher Stoffe geduldet werden: Innerhalb der einzelnen Entwicklungsstufen des Urans – vom Erz über Niedrig- und Hochangereichertes bis zum Plutonium – seien „Tauschaktionen leicht", außerhalb der Kategorien „normalerweise" nicht möglich.

Ins Zwielicht gerät mit Euratom eine europäische Institution, zu deren Aufgaben es laut Gründungsvertrag zählt, für die „gerechte Versorgung" der EG-Staaten mit Erzen und Kernbrennstoffen zu sorgen und „durch geeignete Überwachung" eine mißbräuchliche Verwendung zu verhindern. Außerdem seien zu anderen Ländern „alle Verbindungen herzustellen, die geeignet sind, den Fortschritt bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie zu fördern".

So wie die Atombehörde trickst, ist eher anzunehmen, daß andere Nationen ihr die Zusammenarbeit aufkündigen. Auch wiederholte Proteste der Lieferländer gegen den „Flaggentausch" können die Atomgemeinschaft nicht von ihrem Kurs abbringen.

In einer vertraulichen Sitzung hob beispielsweise die „Arbeitsgruppe der Euratom-Versorgungsagentur" die „wirtschaftlichen Vorteile" der Tauscherei hervor. Die „Industrie innerhalb der Gemeinschaft" zeige „starkes Interesse" an dieser Methode.

Die Widerstände in Übersee sind den Europa-Versorgern dabei wohlbekannt. In einem Info-Schreiben („Persönlich") an die Mitglieder des Beratenden Ausschusses vom 19. November 1987 weist die Euratom-Versorgungsagentur darauf hin, daß „die Legalität" von Ursprungs-Swaps „zuweilen in Frage gestellt" worden sei. „Spezielle Besorgnis", hieß es schon in einem früheren internen Euratom-Protokoll, gelte dem Problem, „die öffentlich nachweisbare ‚Wäsche' von Material zu vermeiden".

Allein eine andere Wortwahl, glaubten die Euratom-Leute, könne bereits die Widersacher ablenken. Da „der Begriff ‚Flaggenswap' für Außenstehende einen Beiklang von Nationalität und Ursprung haben könne", so die Überlegung, sei „der Begriff ‚Austausch der Auflagen' womöglich vorzuziehen".

Aus physikalischen Gründen, argumentierten die Euratom-Experten, sei die Tauscherei ohnehin nicht weiter schlimm, da „die Uranatome nach Bearbeitung ohnehin vermischt" seien und ihr „Ursprung mithin nicht mehr identifiziert werden" könne.

Während europäische Handelskammern beim Vertrieb argentinischer Steaks oder in Thailand genähter Jeans penibel auf deren Herkunftszeugnis achten, will Euratom bei den heiklen Uran-Importen den Ursprung für bedeutungslos erklären: Denn der Bombenstoff sei ohnehin „ein fungibles Material", also austauschbar.

Hartnäckig versucht Euratom, die überseeischen Handelspartner von den Vorzügen des Tauschverfahrens zu überzeugen. Doch die Erfolge sind bescheiden. Kanada stimmte, so notierte eine Euratom-Arbeitsgruppe im Mai 1986 enttäuscht, nur „zwei aktuellen Fällen" zu. Es handelte sich um Swaps zwischen Materialmengen, so das Protokoll, „die in der Form identisch und in der Menge gleichwertig" waren.

Die kanadische Position wurde von Euratom „als nicht befriedigend erachtet". Vielmehr sei „eine Lockerung" anzustreben mit dem Ziel, „den Umfang der annehmbaren Swaps zu verbessern".

Doch die Regierung in Ottawa wurde Euratom gegenüber nur noch mißtrauischer. Das lag auch daran, daß die Kanadier, die am 1. Oktober 1986 ein Embargo gegen alle Uran-Einfuhren aus Süd-



Fieke Vercauteren. Alter: 9 Grundschülerin, sieht gern Nachrichten für Kinder, Flötenspielerin, Briefeschreiberin, möchte eine Superhockeyspielerin werden.

afrika und Namibia verhängt hatten, damals – zu Recht – argwöhnten, die Europäer würden ihnen per Etikettenschwindel südafrikanisches Uran unterschieben.

Als sich die EG letztes Jahr um die kanadische Zustimmung für zwei Flaggen-Swaps bemühte, wollte Ottawa zunächst wissen, ob das in Europa gelagerte Material etwa südafrikanischen oder namibischen Ursprungs war. Diese Auskunft, so heißt es in vertraulichen Euratom-Unterlagen, wurde „verweigert, obwohl das betreffende Material in einem Fall ursprünglich aus keinem dieser beiden Länder stammte“.

Das brüskierende Verhalten erklärt die Europa-Behörde mit dem Hinweis, daß in ihrem Codesystem grundsätzlich nicht das Ursprungsland zähle, sondern allein die anonymisierte Sicherheitsauflage. Dahinter steht freilich die Absicht, zu verschleiern, welche Uran-Mengen tatsächlich gewaschen werden. „Die betroffenen Firmen“, notierte Euratom, mußten „andere Lösungen suchen“.

Euratom findet fast immer einen Ausweg, wenn es um die Umdeklarierung auflagenbehafteter Uran-Posten geht. Die Gemeinschaft, sagt ein westdeutscher Uran-Händler, ist „für das Uran die Black box“.

Vielfach getäuscht durch die amtliche europäische Uran-Wäsche wurden ausgerechnet die Vereinigten Staaten, traditionell besonders pingelig bei der Deklarierung von Strahlstoffen. Doch zwei Ereignisse, beinahe zeitgleich im Sommer 1986 eingetreten, steigerten die Gewinnerwartungen der internationalen Uran-Dealer derart, daß sie auch das Risiko nicht scheuten, die westliche Führungsmacht massiv zu hintergehen:

- Im Juni 1986 entschied ein US-Distriktsgericht in Denver, das Energieministerium, unter dessen Aufsicht Konvertierung und Anreicherung von Uran stehen, habe die Verarbeitung ausländischen Urans für den Inlandsgebrauch einzustellen; der Richterspruch sollte die heimische Montanindustrie schützen.
- Im gleichen Jahr verbot die „Anti Apartheid Act“ die Einfuhr von südafrikanischem und namibischem Uran; mithin konnten auch ausländische Kunden des US-Energieministeriums den Südafrika-Stoff nicht mehr in den Staaten bearbeiten lassen.



Australisches Uran-Bergwerk*: „Entsprechende Erziehung nicht akzeptiert“

Amerikanischen Reaktorgesellschaften fehlte plötzlich heimischer Brennstoff, dessen Preis kräftig anzog. Südafrika-Material hingegen erlitt einen Preisverfall – eine Situation, die hohe Gewinne für den Fall versprach, daß es gelänge, den Amerikanern Südafrika-Uran unterzuschieben.

Es gelang in großem Stil. Im August 1986 verkaufte die amerikanische Nukem-Tochter dem US-Atomunternehmen Malapai die stattliche Menge von 2,5 Millionen US-Pfund Natururan-Konzentrat für 17,80 Dollar das Pfund. Die Menge, die 1,13 Millionen Kilogramm entspricht, sollte selbstverständlich als „US origin“ geliefert werden, war aber auf dem Markt nicht verfügbar.

Kein Problem für die Brennstoffhändler: Sie deckten sich einfach in Südafrika mit Uran-Konzentrat ein – zum günstigen Preis von 16,25 Dollar je US-Pfund. Als die ersten Partien dieser boykottierten Ware am Jahresende 1986 dem amerikanischen Käufer geliefert wurden, waren sie – amtlich gestempelt und besiegelt – als „US origin“ deklariert.

Das lief so: Die Uran-Broker der deutschen Mutterfirma von Nukem Inc. erkundeten in Europa, welche Kernkraftwerke noch über Natururan amerikanischer Herkunft verfügten und bereit waren, einen Ursprungstausch vorzunehmen. Die Tätigkeitsberichte der Nukem-Gruppe belegen, daß die Hanauer Händler vielfach fündig wurden – unter anderem bei zwei deutschen Stromversorgern, den RWE und den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen (VEW).

Beide Firmen hatten seinerzeit US-Uran in Europa gelagert. Die VEW verfügten über 19 550 Kilogramm, RWE gar über 79 578,6 Kilogramm, wie die Nukem-Buchführung ausweist.

Während die entsprechende Menge Südafrika-Uran noch auf Schiffen im Atlantik schwamm, genehmigte Euratom den Ursprungstausch des Materials: In den europäischen Bestandslisten wurde das amerikanische Uran ab sofort von RWE und VEW als „origin SA“ geführt, wurde also plötzlich südafrikanisch, während das echte Südafrika-Material auf den Schiffen und in den Büchern der Nukem-Gruppe mit einem Federstrich den Status „origin US“ erhielt.

In den Unterlagen der Nukem Inc., vom Computer am 30. September 1986 ausgedruckt, ist nachzulesen, daß sich die kleine Umbuchung lohnte. Weil sie es ermöglicht hatten, daß Südafrika-Uran unterwegs in amerikanisches umgewandelt werden konnte, wurden die deutschen Stromversorger großzügig entlohnt: Laut Vertragstext erhielten VEW 25 000 Dollar und RWE 64 455,51 Dollar als Vergütung, fällig „30 Tage nach Vollzug“.

Mit dem Etikettenschwindel unterläuft Euratom den nahezu weltweiten Wirtschaftsboykott Südafrikas. Die EG-Behörde, gleichsam eine gigantische Waschstraße, schleust große Mengen südafrikanischen Urans in die boykottierenden Länder. Folge: Immer mehr Nuklearbrennstoff, der in Europa lagert, bekommt zwangsläufig ein neues, südafrikanisches Zeugnis verpaßt.

Sorge bereitet der Atombehörde seit langem, daß die US-Regierung hinter den Umfang der Schiebereien kommen könnte. Ein Bekanntwerden würde, so eine Protokollnotiz aus dem Mai 1987, „wahrscheinlich zu einer Vereitelung solcher Operationen führen“.

Dennoch wird die profitable Uran-Wäsche bis heute weiterpraktiziert. Längst schon kann die Brüsseler Atombehörde nicht mehr behaupten, die US-Auflagen seien nicht präzise genug formuliert. Die Euratom-Beamten selber notierten, das US-Außenministerium habe „bekanntgegeben, daß jeder Versuch, in Südafrika abgebautes Uran

---

* „Mary Kathleen“, Queensland.


Das wäre unser
Benzin: ohne reinigende
Zusätze (Additive),
aber nach DIN-Norm


Shell mit M 2000.

durch einen Ursprungs-Swap in die Vereinigten Staaten zu importieren, als betrügerischer Akt betrachtet wird".

Wie trefflich der Bruch politischer Vorgaben mit Sondergewinnen der Atomwirtschaft einhergeht, zeigt sich auch bei den Geschäften der westeuropäischen Nuklearbranche mit der Sowjet-Union. Die Moskauer Staatsfirma Tecsnap-Export (TSE) hatte in den achtziger Jahren begonnen, die Anreicherung von Uran zu reaktortauglichem Material weltweit anzubieten – zu Dumpingpreisen. Ein ganzes Geflecht von politischen Auflagen war die Antwort auf die „Liebesgrüße aus Moskau", so die Fachzeitschrift „Nuclear Fuels".

Die Vereinigten Staaten verboten die Lieferung von US-Material in die Sowjet-Union völlig, Kanada und Australien verhängten kostspielige Auflagen für ihr Uran. Die beiden Länder gestatteten zwar eine Anreicherung im Osten, doch die „Tails" – das sind große Mengen des bei der Anreicherung abgetrennten und nicht spaltbaren Uran-238, dem noch rund 0,3 Prozent Spaltstoff U-235 anhaften – müssen dann mit großem finanziellen Aufwand wieder in den Westen geschafft und dort langfristig gelagert werden.

Auch Moskau selber verhängte einen politischen Boykott: Uran, das von schwarzen Arbeitern in den Minen Südafrikas und Namibias geschürft wurde, darf die Grenze zur Sowjet-Union nicht passieren. In ihrem Südafrika-Boykott also sind USA und UdSSR sich einig. Und die Europäer hintergehen die Sowjet-Union in großem Stil.

Ständig und zum „wirtschaftlichen Vorteil" (Euratom) der Atombranche fließt Material aus den USA, Australien, Kanada und auch aus Südafrika in die Sowjet-Union, nachdem es, so das Eingeständnis der Brüsseler Atombehörde, „über die bekannten Mechanismen" umdeklariert worden ist.

Die deutsche Atomindustrie ist an den interkontinentalen Uran-Umleitungen besonders kräftig beteiligt. Und ihre Manager finden nichts dabei.

Auch Rolf-Peter Randl, als Referatsleiter im Bonner Forschungsministerium (BMFT) für den nuklearen Brennstoffkreislauf zuständig, billigt „das Umswitchen des Materials". Schließlich „läuft alles voll über Euratom", und nur „Spinner" könnten in dem Etikettenschwindel Verwerfliches sehen: „Zum Bedauern mancher Leute tragen die Atome noch keine Flagge."

Die Bonner Bundesregierung selber ist gleich auf mehrfache Weise in Transaktionen verwickelt, die gegen die einschlägigen Vorschriften befreundeter Nationen verstoßen.

Eine zentrale Rolle spielt das BMFT, das bei den Hanauer Atomfirmen eine „strategische Brennstoffreserve" unterhält: 642 Tonnen Uran in unterschiedlichen Anreicherungsgraden und ursprünglich amerikanischer Herkunft.



Nukem-Produktionsanlage: „Birnen gegen Äpfel"

Die Bestände sind seit den sechziger Jahren vom Bund in den USA nach und nach zusammengekauft worden – im Zuge eines Devisen-Abkommens („Offset-Vertrag"), mit dem die Dollar-Verluste ausgeglichen werden sollten, die Washington mit der Stationierung seiner Streitkräfte in Deutschland entstehen.

Die Hanauer Nukem verwaltet das Lager für den Bund – und bezieht, ebenso wie die Energiekonzerne Steinkohlen-Elektrizitäts AG und RWE, die Bestände in ihre weltweiten Geschäfte ein. Die Firmen handeln nicht einmal heimlich, sondern stets im Einvernehmen mit dem BMFT, das den Deals damit einen offiziellen Anstrich gibt.

Die letzte Lieferung des amtlich als „Offset-Material" bezeichneten Stoffs belegt, wie Bonns Uran manipuliert und weltweit herumgeschoben wird: Regierungseigener Brennstoff amerikanischer Herkunft wurde auf dem Umweg über ein kanadisches Etikett schließlich zu südamerikanischem Material umgestempelt – und am Ende sogar zur Anreicherung bei Tecsnap-Export in die Sowjet-Union verfrachtet.

Bei dieser Transaktion kassierte zunächst die Nukem-Gruppe. Denn die exakt 62 428 Kilogramm Bonner Uran amerikanischen Ursprungs, die Ende 1986 in den Vereinigten Staaten bereitgestellt wurden, waren auf dem nordamerikanischen Markt höchst begehrt. Für „mindestens 165 000 Dollar", so eine Experten-Schätzung, überließen die Nukem-Broker dem kanadischen Konzern „Eldorado" den US-Ursprung des Stoffes, im Gegenzug nahmen sie mit kanadischem Uran vorlieb.

Die Bundesware, nunmehr kanadisch, wurde sodann nach Europa verschifft. Am 21. Mai vergangenen Jahres, so steht es in den offiziellen Fernschreiben, traf die Ladung „im Lager der Transnuklear in Leese" ein. In dem niedersächsischen Ort, nahe Nienburg, unterhält die umstrittene Hanauer Transportfirma auf dem Gelände einer Bundeswehrkaserne ein Brennstofflager.

Der Bonner Stoff war dort schon sehnlichst erwartet worden, denn bereits Ende 1986 hatten die Atomdealer ihn weiter verplant: In einem Telephongespräch am 26. November, über das anschließend eine Notiz gefertigt wurde, erfuhr ein Nukem-Broker vom Brennstoff-Chef der RWE, daß der Stromversorger „für einen Ursprungstausch" südamerikani-

HONDA Fortschritt ist unser Anspruch.

Die neue Qualität der Kompaktklasse.



CIVIC

Honda-Triebwerke haben es dem Williams/Honda-Team ermöglicht, die Formel-1-Konstrukteurs-Weltmeisterschaft aufeinanderfolgend 1986 und 1987 zu gewinnen. Technologie mit der absoluten Kraft zur Spitze. 1988 werden Honda-Triebwerke dem Lotus- und McLaren-Team helfen, ganz vorne mitzufahren. Und zu gewinnen.

Gerade ist der neue Honda Civic 1.4 L mit dem „Goldenen Lenkrad" ausgezeichnet worden! Die neue Honda Civic-Reihe macht von sich reden – denn sie setzt neue Maßstäbe für die attraktive Kompaktklasse! Diese neue Generation repräsentiert mit individuellen, innovativen und leistungsfähigen Automobilen Fahrzeuge, die sich durch ungewöhnliche Qualität und Fahrvergnügen auszeichnen. Dafür sorgen alleine schon die neuentwickelten, abgasgereinigten 16-Ventil-Triebwerke, die durch ihr ausgezeichnetes Ansprechverhalten vitalen Fahrspaß und beispielhaften Fahrkomfort bieten. Diese kraftvollen 16-Ventil-Aggregate verbinden in jeder Modell-Version bemerkenswerte Motorleistung mit äußerst wirtschaftlicher und abgasoptimierter Kraftstoff-Ausnutzung. Ein weiterer Pluspunkt: die neue, maßgeschneiderte „Double-Wishbone"-Radführung an allen 4 Rädern. Sie gewährleistet ein in jeder Disziplin vorbildliches Fahrwerkverhalten und besticht durch ihre kompakte, platzsparende Konstruktion. Und schließlich ist es auch das äußerst erfreuliche Design des Civic, das ästhetische, aerodynamische und leistungsorientierte Erfordernisse in perfekter Harmonie vereinigt. Der neue Civic verbindet hohe Produktqualität und modernes Styling auf vorbildliche Weise.

Drei verschieden motorisierte Versionen stehen beim Civic zur Wahl: der Civic 1.3 (schadstoffarm Stufe C, 55 kW/75 PS), der ausgewogene Civic 1.4 L (schadstoffarm Stufe C, 66 kW/90 PS) und der dynamische Civic 1.6i (mit geregeltem Katalysator und PGM-FI-Kraftstoffeinspritzung, 80 kW/109 PS).

HONDA
CIVIC

Honda Deutschland GmbH, Offenbach/M.



POWERED by HONDA

sches Material beim deutschen Uran-Konverter Urenco gelagert hat. Handschriftlich vermerkte der Händler dazu auf der Notiz: „Für BMFT“.

Drei Wochen später, am 19. Dezember, war das Geschäft fast perfekt. Nach einem erneuten Telephonat mit RWE notierte der Nukem-Broker, der Ursprungstausch von „circa 63 000 kg“, kanadisch gegen südamerikanisch „für BMFT-Geschäft“, sei vom Essener Stromkonzern „abgesegnet“ worden.

Diese Notiz belegt auch, daß die Mehrfach-Manipulation mit dem BMFT-Material von Beginn an darauf zielte, die kanadische und die sowjetische Regierung gleichermaßen zu täuschen. Der Broker hielt nämlich auch den wahren Grund für den neuerlichen Abstammungstausch fest: Als südamerikanisches Material sei das Bundes-Uran „idealer“ Stoff für „TSE-Geschäfte“, also für die preiswerte Anreicherung in Rußland – ideal deshalb, weil die gleiche Arbeit mit Kanada-Material mehr Geld gekostet hätte.

Der endgültige Vertrag über den Kanada-Südamerika-Tausch, der, so der Vertragstext, „unter der Mitwirkung der Euratom-Versorgungsagentur“ zustande kam, wurde schließlich am 20. August vollzogen. Der Vorgang ist unter dem Aktenzeichen AGN/761 in den Brüsseler Akten abgelegt. Die RWE kassierten für die Hergabe des Südamerika-Etiketts, so hatte es Nukem vorab schriftlich bestätigt, „für jedes getauschte Kilogramm Uran US-Dollar 0,20“ – mithin 12 485,60 Dollar.

Gezögert hatten nur die Sicherheitskontrolleure der Euratom. Doch auch sie gaben klein bei, als ihnen mit Nukem-Fernschreiben Nummer 2233 mitgeteilt wurde, der „Ursprungs- und Code-Tausch“ geschehe „im Auftrag der deutschen Bundesregierung“.

BUNDESPOST

Innige Beziehung

Verliert Volkswagen bald seinen besten Stamm-Kunden?

Einen solchen Käufer wünscht sich jeder Autohersteller: Er bestellt Jahr für Jahr rund 8000 Wagen, zahlt pünktlich und wechselt nie zur Konkurrenz.

Bislang hatte in Deutschland nur VW einen solch angenehmen Kunden – die Deutsche Bundespost, die ihre Briefboten und Fernmelder seit Kriegsende mit den Wagen aus Wolfsburg ausstattet. Vor gut einem Jahr noch, als Postminister Christian Schwarz-Schilling den 200 000. VW persönlich abholte, lobte er die Zusammenarbeit und versprach: „So soll es bleiben.“

Nun soll es aber doch anders werden. Die angenehme Geschäftsverbindung wird von zwei Seiten bedroht.

Der Bundesrechnungshof moniert, die Post müsse stets das beste und billigste Auto kaufen; sie dürfe nicht, nur weil das schon immer so war, automatisch bei VW nachbestellen. Und die EG-Behörden in Brüssel drängen die Post, größere Aufträge international auszuschreiben und so auch anderen Autoherstellern eine Chance zu geben.

Schwarz-Schilling konnte sich nicht länger zieren: Erstmals ließ er einen Auftrag über insgesamt 3000 Fahrzeuge im Amtsblatt der EG ausschreiben. Beworben haben sich, neben VW, auch Opel und Ford.

Es scheint, als würde nun tatsächlich die Marktwirtschaft das bisherige Hoflieferantentum ablösen. Bevor Schwarz-Schilling sich für einen der Bewerber entscheidet, werden die Postler jeweils



Wagenpark der Bundespost (VW Golf): „So soll es bleiben“

zehn Wagen mehrere Monate lang testen.

Tatsächlich aber sind die Chancen in diesem Rennen sehr ungleich verteilt. Selbst Ford- und Opel-Manager glauben kaum, daß sie den VW-Konzern verdrängen können. Zu lang und eng ist die Verbindung zwischen dem Staatsbetrieb und der Autofirma, an der die Bundesregierung immerhin mit 20 Prozent beteiligt ist.

Begonnen hat das für VW so einträgliche Geschäft mit dem 25 PS starken Käfer, dem ein Blechkasten für den Brieftransport aufgesetzt worden war. Damals hatte die Post kaum eine andere Wahl: Der Käfer war nach dem Krieg als erster auf dem Markt. Die Fabriken von Opel oder Ford lagen noch in Trümmern.

Später fuhren einige Postler mal ein Goggomobil, das noch billiger als der Käfer war. Doch reumütig kehrten sie zum VW zurück. Als in den Siebzigern der Golf den Käfer ablöste, wechselte auch die Post auf das neue VW-Modell. Das Bundesunternehmen blieb den Wolfsburgern treu, obwohl es damals schon ernsthafte Konkurrenten gab. Nur als Pakettransporter setzte es auch das Auto eines anderen Herstellers ein, Kleinlaster von Daimler-Benz.

Dem Volkswagen-Konzern bringt das Geschäft mit der Post nicht nur Umsatz und Gewinn. Wie die Taxen für Daimler, so fahren auch die Postwagen für VW kostenlos Reklame: Autos, die täglich so hart belastet werden, müssen wohl gut sein.

VW konnte viel von der Post lernen. Die Fahrer beschwerten sich über die unpraktischen Flügeltüren am Transporter, bis sie durch Schiebetüren ersetzt waren. Der Hochraum-Kastenwagen, inzwischen von vielen anderen VW-Kunden sehr gefragt, wurde nur entwickelt, weil Postler dies verlangten: Im alten Transporter war der Laderaum so niedrig, daß die Paketzusteller gebückt hineinsteigen mußten und viele über Kreuzschmerzen klagten.

Gelegentlich kann VW die Brief- und Paketboten sogar als Testfahrer einsetzen. So probten Schwarz-Schillings Leute, ob sich der Rußfilter beim Polo-Diesel im Dauerbetrieb bewährt.

Bei so innigen Beziehungen wird es Opel und Ford sehr schwerfallen, sich dazwischenzudrängen. Es genügt keineswegs, wenn ihre Wagen beim Vergleichstest besser abschneiden und auch noch billiger sein sollten. Schwarz-Schilling muß in seine Kalkulation auch die Kosten für Reparaturen und Ersatzteile einbeziehen. Und da hat Volkswagen einen unschlagbaren Vorteil.

Das Personal der rund 300 Post-eigenen Werkstätten wurde bei VW geschult. Im Lager müssen bislang nur die Ersatzteile von Volkswagen vorrätig gehalten werden. Sollte eine andere Automarke hinzukommen, ist zusätzlicher Lagerraum und mehr Bevorratung erforderlich.

Japanische Hersteller könnten diesen Nachteil durch konkurrenzlos niedrige Autopreise möglicherweise ausgleichen. Doch die Manager von Honda oder Toyota haben sich gar nicht erst um den Postauftrag bemüht. Sie wissen wohl, daß sie keine Chance hätten. Ein Beamter im Postministerium: „Bevor wir mit japanischen Autos fahren, kriegt jeder Postler einen Daimler."

BETRUG

Dummer Zufall

Mit gefälschten Dokumenten sollen deutsche Vieh-Exporteure die Geldquellen der EG angezapft haben.



Imex-Chef Wetzstein (r.)*: Heißer Tip von der Münchner Rennbahn

Die Imex Deutsche Zucht- und Nutzvieh Im- und Exportgesellschaft mbH, erinnert sich ein alter Mitarbeiter, „hat auf nichts so geachtet wie auf ihren guten Ruf".

Wie peinlich war es doch einst den Münchner Viehhändlern, wenn die Taxifahrer wichtige Kunden aus dem Ausland statt zur Firmenzentrale bei der Oktoberfest-Wiese zum „Imex-Haus" in Schwabing chauffierten – einem stadtbekannten Bordell, das seinen Namen einer früher dort ansässigen Textil-Im- und Exportfirma verdankte. Je nach Temperament reisten die Zuchtvieh-Interessenten angesichts der Freudenmädchen empört wieder ab oder bedankten sich bei der richtigen Imex für den erstklassigen Sonder-Service.

Doch jetzt ist der gute Ruf ruiniert, und die Firma auch. Seit Ende Januar sind zwei Imex-Mitarbeiter wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug in Untersuchungshaft, die Gesellschaft meldete Konkurs an.

Mit gefälschten Papieren soll sich die Imex seit 1983 Zahlungen der Europäischen Gemeinschaft für Schlachtvieh-Exporte „in Millionenhöhe" erschlichen haben, so der Münchner Leitende Oberstaatsanwalt Heinz Stocker. Die Hamburger Zollbehörde, zuständig für die Auszahlung der Subvention, forderte vergangenen Monat zunächst 12,5 Millionen Mark zurück und stoppte alle laufenden Exporterstattungen an die Imex. Insgesamt, vermuten die Ermittler inzwischen, kassierte die Gesellschaft 80 Millionen Mark mit falschen Urkunden.

Ganz unbemerkt im alltäglichen Wahnsinn des EG-Agrarmarktes soll die Viehhandels-Gesellschaft jahrelang den Brüsseler Geldstrom angezapft haben. Wie bei den meisten Agrargütern liegen auch die Schlachtvieh-Preise in der EG weit über dem Weltmarkt-Niveau. Die Gemeinschaft zahlt deswegen Händlern, die Schlachtvieh in Länder außerhalb der EG exportieren, beträchtliche Beträge zu. Bei einem schönen Mastbullen kommen so schon mal 1000 Mark über, etwa

* Mit dem Geschäftsführer der Handelsfirma Plodimex, Alexander Kriwenko, 1985 nach der Unterzeichnung eines Vertrages über die Lieferung von 2300 Zuchtrindern in die Sowjet-Union.

HANS BRINDFORS WERBEAGENTUR

IKEA Contract: Die neue schwedische Arbeitsplatzpolitik.







Stellen Sie sich vor, Sie kommen morgens ins Büro. Und anstelle Ihres alten, langweiligen Büros erwartet Sie das hier:

Ein angenehmes Arbeitsklima. Funktionelle Möbel. Mit gutem Design.

Setzen Sie sich ruhig mal auf den Schreibtisch. Der hält, wie alles hier, eine Menge aus.

Ihr Arbeitssessel ist ergonomisch geformt. Damit unterstützt er Sie bei der Arbeit.

Schauen Sie sich um. Vermissen Sie etwas? Vielleicht Pflanzen? Regale und Lampen? Daran haben wir auch gedacht.

Hier ist für alles Platz. Hier motiviert Sie alles. Vor allem der Preis. Nur 7.096 DM. Für dieses komplette Büro.

Sie möchten mehr über IKEA Contract wissen? Besuchen Sie uns doch einfach. IKEA Contract gibt es in allen IKEA Häusern.

Hier informieren wir Sie gerne. Hier erfahren Sie alles über unsere umfangreichen Service-Leistungen für Firmenkunden.

Sie werden sehen: die neue schwedische Arbeitsplatzpolitik bietet Ihnen viele Vorteile.

Herzlich willkommen!

NATUR Bücherregal, 2 St. à 280.–

IKEA FÜRS BÜRO.





Gratis für Sie: Der 64seitige IKEA Contract-Katalog. Rufen Sie uns an: 0 61 21/46 10 85. Oder schicken Sie uns den Coupon.

FIRMA ____________________

VORNAME, NAME ____________________

STRASSE, POSTFACH ____________________

PLZ, WOHNORT ____________________

TEL. ____________________

3



IKEA Deutschland, Verkaufs GmbH,
Am Wandersmann 2–4, 6238 Hofheim-Wallau.

Hofheim-Wallau b. Frankfurt, Walldorf b. Heidelberg, Fürth b. Nürnberg, Bous b. Saarbrücken, Stuttgart, Eching b. München, Freiburg. IKEA-Versand. Tel. 0 57 32-89 80.

die Hälfte des Einkaufspreises. Die Rechtfertigung für die Subvention: Die Ausfuhr in diese Drittländer baut den EG-Fleischberg ab. Freilich – mit den Exporterstattungen hält die EG das Preisniveau in der Gemeinschaft künstlich hoch und fördert so die weitere Überproduktion.

Um ans EG-Geld zu kommen, müssen die Viehexporteure amtliche Bestätigungen aus den Bestimmungsländern vorlegen, daß die Tiere dort auch eingeführt worden sind. In manchen Nahost-Ländern sind solche Ankunfts-Bescheinigungen nur mit viel Geduld und Bakschisch zu erhalten. So soll sich auch die Imex das Geschäft ein wenig erleichtert und die Bestätigungen selber hergestellt haben.

Bei einer Klischeeanstalt in Erlangen, so der Vorwurf der Staatsanwälte, ließ sie sich die Amtsstempel von Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien und dem Irak nachproduzieren. Aus Tunesien hatte sich die Imex sogar einen Original-Stempel organisiert. Eine Sekretärin in München versah sodann die Papiere mit den arabischen Hoheitszeichen.

Der Trick funktionierte offenbar bis zum vergangenen Jahr wunderbar. Die Beamten des Hauptzollamtes „Jonas“ in Hamburg können freilich nicht besonders genau auf die hausgemachten Ankunfts-Bescheinigungen der Imex geschaut haben. Die falschen Stempel unterschieden sich nämlich in markanten Details von den Originalen.

Beim nachgemachten ägyptischen Siegel fehlte zum Beispiel die arabische Inschrift im Staatswappen, die jordanische Fälschung hatte eine Umrandungslinie zu wenig. Beim saudischen Falsifikat, das die arabische Halbinsel abbildete, lag der Hafen Dschidda auf der falschen Seite des Roten Meeres.

Nur durch einen dummen Zufall kamen die Behörden auf den mutmaßlichen Millionenbetrug. Ein Münchner Kriminalbeamter mit einer Schwäche für schnelle Pferde schnappte auf der Rennbahn in Daglfing Gerüchte über dunkle Praktiken der Imex auf und gab den heißen Tip an die Kollegen von der Zollfahndung weiter.

Bei der Durchsuchung der Imex-Büros und der Wohnungen von Firmenmitarbeitern fanden die Fahnder nicht nur die verräterischen Stempel. Aus den sichergestellten Akten und Notizbüchern schlossen sie auch noch auf weitere Manipulationen. Auf wundersame Weise nämlich nahmen die Viecher auf ihrem Weg aus den deutschen Ställen zu ihren arabischen Bestimmungsländern mächtig an Gewicht zu. Das ist recht ungewöhnlich. Denn normalerweise verlieren die Schlachttiere auf dem langen Transport täglich fünf bis zehn Kilo.

Besonders nahrhaft war offenbar der kurze Aufenthalt auf der amtlichen Waage am Brooktor im Hamburger Hafen. Mit dem Ruf: „Rudi, heut' brauchen wir 140 Kilo mehr“, ließ ein Imex-Angestellter die Bullen-Transporter des Hausspediteurs Schenker auf die Waage rollen. Der „rote Rudi“, ein amtlich vereidigter Wäger, soll den Imex-Tieren mit gefälschten Wäge-Karten schlagartig zu einer knackigen Steigerung des Lebendgewichts verholfen haben. Inzwischen ist auch er in Haft.

Die Bescheinigung von der Hamburger Waage war für die Imex bares Geld wert. Denn nach dem dort festgestellten Gewicht bemißt sich die Exporterstattung gemäß EG-Verordnung 2730/79 – auf 1,70 Mark pro Kilo.

Das Geld konnte die Firma gut gebrauchen. Denn letztlich war der Umsatz beständig gesunken – von 337 Millionen Mark 1984 auf etwa 70 Millionen Mark im vergangenen Jahr. In drei Jahren machte die Imex mehrere Millionen Mark Verlust.

Bis Anfang der achtziger Jahre hatte sich die 1949 gegründete Imex eine mächtige Position im internationalen Zuchtvieh-Handel erobert. Gesellschafter der Firma waren die deutschen Zuchtvieh-Verbände. Über die Imex organisierten sie ihre Auslandsgeschäfte.

Die Imex hatte nahezu ein Monopol auf den Zuchtvieh-Export. Einige Jahre war die Firma sogar der größte Lebendvieh-Exporteur der Welt. Deutsche Rassetiere gingen in 90 Länder der Erde, in die USA ebenso wie in die Sowjet-Union und nach China.

Doch dann, so klagt der ehemalige Imex-Prokurist Karl Fraundorfer, „fing die Demoralisierung an“. Geschäftsführer Eberhard Wetzstein begnügte sich nicht mehr mit dem Export der edlen Zuchttiere. Verlockt von den lukrativen EG-Subventionen, stieg er groß ins Schlachtvieh-Geschäft ein.

Der Chef persönlich, so behauptet der ehemalige Imex-Mitarbeiter Georg Eger, habe ihm den Auftrag für die Stempel-Fälschungen gegeben. Wetzstein bestreitet dagegen entschieden, von den Manipulationen etwas gewußt zu haben.

Sein Münchner Anwalt Peter Borlein, zuvor auch Rechtsvertreter der Imex, sieht die wahren Schuldigen ohnehin ganz woanders. Mit dem EG-Agrarmarkt hätten die Politiker ein „realitätsfremdes Schutzgebilde“ aufgebaut. Eingedenk der Schwächen des Systems hätten manche Amtsträger den Subventions-Schmu gar wohlwollend geduldet.

„Kulant und tolerant“, so Borlein, seien die Behörden in Bayern mit den Fleischexporteuren umgegangen. So müssen wohl auf dem Kulanzweg auch blanko unterschriebene amtstierärztliche Bescheinigungen in die Imex-Büros gelangt sein – in Original-Ausführung.

Die Nachsicht der Behörden kann nun teure Folgen haben. Nach den EG-Bestimmungen muß nämlich die Bonner Regierung zu Unrecht ausgezahlte Subventionen an Brüssel zurückerstatten. Da bei der konkursreifen Imex nichts mehr zu holen ist, sind die deutschen Steuerzahler dran. ◆





Wenn Sie mehr erwarten:

Pan Am First Class. Ein himmlisches Vergnügen auch für 3-Sterne-Gourmets.

Was für ein Erlebnis. In 10000 Metern über dem Meeresspiegel. Internationale Spezialitäten, kreiert von renommierten Chefköchen, genießen. Erlesene Weine, Champagner und alles, was dazu gehört. Entspannt in bequemen Sleeperette®-Sesseln. Da vergehen die Stunden wie im Fluge. Natürlich nonstop z. B. nach New York, Washington, Los Angeles oder Miami. Die Pan Am First Class. First nur vom Feinsten. Zu buchen bei Pan Am oder in Ihrem Reisebüro.



MANAGER

In der Grauzone

Bei der Suche nach Fachkräften verlassen sich die Firmen mehr und mehr auf Personalberater. Deren Tricks sind nicht immer fein.

Die Frau am Telephon, Typ erfahrene Vorzimmerdame, machte einen seriösen Eindruck. Sachlich und präzise, vor allem aber überzeugend brachte sie ihr Anliegen vor. Artig bedankte sie sich anschließend für die erhaltenen Informationen.

Die waren viel Geld wert: Namen und Funktion der wichtigsten Forscher des Unternehmens, die – so die freundliche Anruferin – von der Fraunhofer-Gesellschaft ein Verzeichnis ihrer jüngsten Forschungsberichte erhalten sollten. In Wahrheit hatte sich ein Personalberater die Namen der Forscher besorgt, damit er ihnen ein Angebot der Konkurrenz unterbreiten konnte.

Im Geschäft der Personalberater, die Fach- und Führungskräfte vermitteln, sind inzwischen offenbar alle Tricks erlaubt. Hermann Henke von der Bundesanstalt für Arbeit nennt es „ein sehr schillerndes Gewerbe“ – und einträglich scheint es auch. Bei der Suche nach qualifizierten Mitarbeitern verlassen sich viele Personalchefs schon längst nicht mehr nur auf Fingerspitzengefühl.

Personalberater ist, wer sich so nennt. Die Bezeichnung wird nicht geschützt, der Zugang zum Beruf nicht geregelt. Oft glauben ehemalige Manager, auf diese Weise ihre alten Kontakte versilbern zu können. Mehr als 2000 Personalberater jagen inzwischen tüchtigen Leuten hinterher, die Konkurrenz wird größer, die Methoden werden unfeiner.

Was sie treiben, ist strenggenommen illegal. Selbst die Seriösen des Gewerbes bewegen sich in einer Grauzone. Arbeitskräfte nämlich, so steht es im Gesetz, darf nur die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit vermitteln.

Ausnahmen vom Monopol sind enge Grenzen gesetzt: Personalberater, darauf einigte sich 1970 das Gewerbe mit der Bundesanstalt und den Arbeitgebern, dürfen Unternehmen nur bei der Suche nach Führungskräften unterstützen. Und auch das nur per Inserat.

Das „headhunting“, die Kopfjagd nach Spitzenkräften, ist damit ausgeschlossen. Nur wenige sind im Geschäft mit den ganz großen Köpfen dabei. Solche hochbezahlten Spezialisten vermitteln etwa Daniel Goeudevert an die Spitze der deutschen Ford-Werke oder bringen Kajo Neukirchen vom Kugellagerproduzenten SKF in den Vorstand des Maschinenbaukonzerns KHD.

Bei den anderen macht die Masse das Geschäft. Doch auch hier setzt sich – trotz des Verbots – immer mehr die direkte Ansprache eines Kandidaten als wirksame Abwerbemethode durch. Die Direktsuche, sagt auch Norbert Küster, Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater (BDU), sei der Suche per Zeitungsanzeige überlegen. Vor allem aber hätten die Auftraggeber ein Interesse daran.

Tatsächlich versagt die Stellenanzeige, wenn der Markt leergefegt ist, wenn Fachkräfte aus Forschung und Entwicklung nicht zu finden sind. Großunternehmen suchen bisweilen ganze Hundertschaften von Ingenieuren per Annonce, meist mit geringer Resonanz. Da fragen sie nicht lange, wenn Adressen potentieller Mitarbeiter angeboten werden.

Besonders beliebt sind bei Personalberatern die Teilnehmerlisten von Fachkongressen. Da sind meistens sogar die Privatanschriften nebst Telephonnummern zu finden.

„Ein Drecksgeschäft“, schimpft der Sindelfinger Unternehmens- und Personalberater Karl Baumgartner, der vornehmlich die klassische Anzeigensuche betreibt, über solche Methoden. Doch seltsam: Allenfalls „hin und wieder“ (Henke) treffen bei der Bundesanstalt Beschwerden betroffener Unternehmen ein. Auch Verbandsfunktionär Küster kommen selten Klagen zu Ohren.

Das mag daran liegen, daß viele Unternehmen zugleich Opfer und Auftraggeber von Personalberatern sind. Am Ende, rechtfertigt Küster die Zunft, gebe es immer Leute, die Adressen beschaffen müßten. Das sei auch den Unternehmen klar.

Daß Berater aber unter falschem Namen mit erfundenen Angaben arbeiten – das sei „nicht BDU-like“, meint Küster. In den hehren Grundsätzen, die sich die Verbandsmitglieder gegeben haben, steht davon freilich nichts geschrieben. Das Problem, heißt es, sei neueren Datums als das Papier.



Personalberater Baumgartner: „Ein Drecksgeschäft“

Als besonders ergiebige und dabei leicht anzuzapfende Quelle haben sich jedoch die Telephonzentralen und Sekretariate erwiesen. Mit der passenden Ausrede kommen fast alle gewünschten Informationen frei Haus.

Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Welcher Telephonistin oder welcher Sekretärin kommen schon Zweifel, wenn eine vermeintliche Kollegin aus dem Vorstandssekretariat von Daimler-Benz anruft?

Ihr Chef, so klagt die Anruferin beispielsweise ihr Leid, habe auf einer Reise einen wichtigen Forschungsmann des Unternehmens kennengelernt und wolle diesem jetzt einige Unterlagen zukommen lassen. Leider habe sie, die Sekretärin, den Namen des Herrn vergessen. Natürlich wolle sie ihren Chef nicht danach fragen, das sei zu peinlich. Aber wenn die Kollegin ihr die wichtigsten Männer der Forschungsabteilung nenne, falle ihr der Name bestimmt wieder ein. Da hilft doch jeder.

Rein rechtlich läßt sich ihm nicht beikommen. Die Nürnberger Bundesanstalt verteidigt ihr Vermittlungsmonopol schon lange nicht mehr. Im Gegenteil: Die Nürnberger überlegen, „ob und inwieweit die Grundsätze modifiziert werden können“ (Henke). Die Rechtslage soll den Realitäten angepaßt, die Direktsuche, wenn auch mit Einschränkungen, legalisiert werden.

An der Praxis wird auch ein neues Papier nichts ändern. Wer mit Tricks arbeitet und unter falschem Namen auftritt, ist ohnehin nicht zu fassen. Fraglich auch, ob in solchen Fällen ein Betrug vorliegt. Dazu müßte das betroffene Unternehmen einen Vermögensschaden nachweisen. Doch die Firmen sind in der Regel nicht einmal bereit, die Namen der listigen Kopfjäger preiszugeben. ◆

1. DISZIPLIN: FAHRBAHNWECHSEL

AM 15. 5. STELLT SICH DER OMEGA ZUM DUELL. WIR SUCHEN AUGENZEUGEN.



Kleiner Dienstweg

Sind das Bundeskriminalamt und der niedersächsische Verfassungsschutz in ein Mordkomplott in Nordafrika verstrickt?

Im Dezember 1977 empfing Antonio Cubillo in Algier einen Besucher.

Aus dem algerischen Exil betrieb Cubillo, Chef der Befreiungsbewegung für die Kanarischen Inseln (MPAIAC), die Loslösung der Sonneninseln im Atlantik vom spanischen Festland. Der Besucher, ein Jugoslawe, der sich „Hugo" nannte, schlug ihm vor, Kinder deutscher Touristen auf den Kanaren zu entführen, um die Kassen der MPAIAC zu füllen. Cubillo lehnte ab.

Vier Monate später, am 5. April 1978, wurde der Separatist im Hausflur seines algerischen Quartiers von zwei Männern überfallen. Messerstiche trafen ihn in Brust und Rücken, doch er überlebte. Einer der Täter wurde gefaßt und packte bei der Polizei aus: Für drei Millionen Peseten sei er von dem spanischen Geheimdienst-Agenten Espinoza Pardo, Deckname „Paco", für das Attentat angeheuert worden.

Was Cubillo nicht wußte: Auch „Hugo" war von „Paco" geschickt worden, allerdings in höherem Auftrag. „Hugo" fungierte als V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes, sein Klarname war Željko Susak. Der Jugoslawe sollte deutsche Terroristen aufspüren, die sich angeblich im algerischen „Camp Cherchell" militärisch ausbilden ließen. Cubillo, so die Überlegung der deutschen Behörden, sollte dem V-Mann Zugang zum Camp verschaffen.



Multi-Agent Mauss
Mission auf den Sonneninseln

Über Terroristen erfuhr Susak nichts. Aber er meldete, per Luftpost am 28. Februar 1978, seiner Dienststelle in Hannover das geplante Mordkomplott gegen Cubillo – sein Verbindungsmann „Paco" hatte ihn eingeweiht.

Fest steht, daß die hannoverschen Dienst-Männer nichts unternahmen, um den Anschlag zu verhindern. Ob darüber hinaus ein deutscher Agent nicht nur informiert, sondern auch – mittelbar – beteiligt war, hat nun ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Hannover zu prüfen.



Attentatsopfer Cubillo
Messerstiche im Hausflur

Angeschoben worden war die bizarre Nordafrika-Mission der deutschen Geheimleute von dem mysteriösen Privatdetektiv und Versicherungsagenten Werner Mauss, dessen Spezialität Grenzüberschreitungen sind. Zuvor hatte Mauss die entflohenen Gewaltverbrecher Alfred Lecki und Helmut Derks in Spanien hochnehmen lassen und in Jugoslawien die Räuber des Kölner Domschatzes ausgehebelt.

Privatmann Mauss agierte meist in doppeltem Auftrag: Versicherungen bezahlten den Detektiv für die Aufklärung von Verbrechen, um eine Schadensbegleichung zu vermeiden. Behörden statteten Mauss mit Tarnpapieren aus. Der Mann für alle Fälle nahm ihnen dafür das Grobe ab.

Auch das algerische Abenteuer hatte mehrere Sponsoren: Versicherungsunternehmen sowie deutsche und spanische Behörden.

Zunächst konnte Mauss einem Freund und Konfidenten im niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz, dem Kriminalhauptkommissar Manfred Borrak, einen Gefallen erweisen. Der im Referat „Terrorismus" tätige Beamte stand unter Erfolgsdruck, weil, wie er dem Untersuchungsausschuß schilderte, „die Angst bei den Politikern immer größer" wurde.

Der Verfassungsschützer suchte für seine „im Hauruck-Verfahren" (Borrak) aus dem Boden gestampfte Terror-Abteilung einen „intelligenten Straftäter", der als V-Mann in die terroristische Szene eingeschleust werden konnte. Mauss war, auf Anfrage, behilflich.

Er empfahl den ehemaligen Sportlehrer Željko Susak, einen Jugoslawen, der als Fassadenkletterer in Deutschland kriminelle Karriere gemacht hatte. Mauss hatte Susak 1973, wie der Autor Stefan Aust in seinem jetzt erschienenen Buch über den Multi-Agenten dokumentiert, nach tagelangen Gesprächen im Gefängnis zu einem umfassenden Geständnis gebracht*. Susak wurde zwar verurteilt, hatte aber bei Mauss noch etwas gut.

An ihn erinnerte sich Mauss, als Borrak um Hilfe bat. Der Agent konnte sich den Jugoslawen, Spitzname „Django", einen Mann mit langem Lockenhaar und freakigem Habitus, gut auch als Terror-Sympathisanten vorstellen.

Ende 1974 bekam Susak in einem hessischen Gefängnis von Borrak seine erste Unterweisung im Geheimdienstfach. 1976 wurde er, ohne große Umstände, von der Haft beurlaubt, dann tauchte er ins Sympathisantenmilieu ein. Mal bespitzelte Susak in Frankfurt den „Gefangenenrat", mal die Kommune „Wildes Huhn" in Salzgitter. Für einige Zeit war er sogar eingeschaltet in eine niedersächsische Staatsaktion, die in dem behördlichen Sprengstoffanschlag auf die Celler Gefängnismauer gipfelte.

Weil V-Mann Susak, trotz aller Wendigkeit, keine greifbaren Erfolge brachte, suchte Borrak nach „neuen Möglichkeiten für einen erfolgversprechenden Einsatz". Die fand Mauss. In Algerien, so wußte er zu berichten, hielten sich deutsche Untergrundkämpfer zum Terror-Training im „Camp Cherchell" auf – an die sollte Susak herangespielt werden. Mauss wußte auch, wie: über den spanischen Geheimdienst, der hinter Cubillo und seiner MPAIAC her war. Der abenteuerliche Plan hatte schnell einen Tarnnamen: „Operation Neuland".

Die Aktion schien so wichtig, daß der oberste Terroristenjäger im Bundeskriminalamt (BKA), Gerhard Boeden, Mauss an den niedersächsischen Verfassungsschutz „auslieh". Die operative Leitung für „Neuland" lag beim hannoverschen Geheimdienst, berichtete Boeden, inzwischen Verfassungsschutz-Präsident, kürzlich vor dem Untersuchungs-

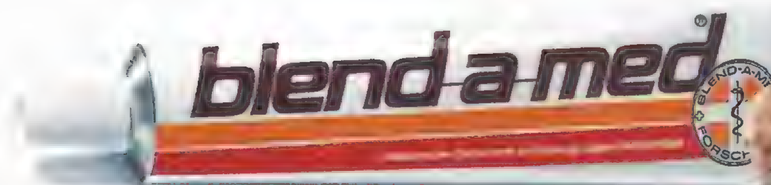
* Stefan Aust: „Mauss – ein deutscher Agent". Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg; 390 Seiten; 39,80 Mark.

Der blend-a-med Unterschied:





Was mit Zahnfleischbluten beginnt, kann mit Zahnausfall enden: Parodontose! Gut zu wissen, daß es eine Zahncreme gibt, die Zahnfleischerkrankungen wirksam vorbeugt: blend-a-med! Mit ihrer speziellen Zusammensetzung unterstützt blend-a-med die natürliche Schutzschichtbildung des Zahnfleisches. So bleibt es fest und gesund. Damit Sie auch morgen noch kraftvoll zubeißen können.





DIE MEISTEN ZAHNÄRZTE GEBEN IHRER FAMILIE BLEND-A-MED.

ausschuß. Für die Finanzierung des Unternehmens sorgte der Verband der Sachversicherer in Deutschland: Mauss bekam 15 000 Mark im Monat, Spesen extra.

Das Engagement der Versicherungsbranche machte Sinn. Mauss hatte gleichzeitig einen weiteren Auftrag: Er sollte „spanische Behörden" dabei „unterstützen", schrieb Mauss niedersächsischen Parlamentariern Anfang Januar, Niederlassungen deutscher Firmen „vor Terroranschlägen extremistischer bzw. terroristischer Gewalttäter zu schützen".

Möglicher Hintergrund: Deutsche Reiseveranstalter wie die Touristik Union International und Neckermann waren 1977 von der MPAIAC bedroht worden. Sprengstoffanschläge auf Teneriffa ließen die Touristik-Unternehmer um ihr Kanaren-Geschäft bangen. Sie informierten das Bonner Außenministerium, die Sicherheitsbehörden wurden eingeschaltet.

Im Juli 1977 reisten Borrak und Mauss samt Ehefrauen nach Madrid, um mit dem spanischen Inlandsgeheimdienst erste Absprachen zu treffen. In den darauffolgenden Monaten flogen Borrak, sein Referatsleiter Harald Wiehe und der niedersächsische Verfassungsschutz-Chef Hellmut Jüllig mal nach Madrid, mal nach Gran Canaria – immer, umsonst, im Privatflugzeug des Detektivs Mauss, der den „Türöffner" (Boeden) bei den spanischen Behörden spielte.

Bonner Diplomaten vor Ort wurden ebenso übergangen wie die Innen- und Außenministerien in Bonn und Madrid. Alles lief auf dem „kleinen Dienstweg", wie Ex-Verfassungsschutz-Chef Jüllig später flapsig bemerkte.

Für Mauss hatte die „Operation Neuland" mehrerlei Nutzen: Er diente seinen Geldgebern von der Versicherungswirtschaft, half dem spanischen Geheimdienst bei der Jagd auf Separatisten, hatte Verwendung für den Jugoslawen „Hugo" und war dem hannoverschen Verfassungsschutz behilflich, auf dessen Unterstützung er wiederum in anderen Fällen bauen konnte.

Viel Erfolg allerdings versprach die „Operation Neuland" nicht. Der Hinweis auf das Terroristennest „Cherchell" in Algerien war äußerst windig. Womöglich hatte Mauss als einzigen Anhaltspunkt eine Meldung aus „Bild am Sonntag", die sich in den Akten des Untersuchungsausschusses findet.

Denn „Cherchell" ist eine Truppenschule der algerischen Armee, Terroristen sind dort nie geortet worden. Anfang 1978 stellte auch die geheime Reisegruppe aus Deutschland ihre Nachforschungen offenbar ein, kein Hinweis auf das Operationsziel „Cherchell" findet sich mehr in den Akten.



Mauss-Kontaktmann Boeden: Hinweis nicht ernst genommen

Gleichwohl wurde Željko Susak, angeleitet von dem spanischen Geheimdienstler „Paco", in einem Gefängnis auf den Kanaren an einsitzende MPAIAC-Leute herangespielt – Kontakte, auf die er sich später bei seiner Cubillo-Visite in Algier beziehen konnte.

„Paco" hatte Susak die Empfehlung mit auf den Weg gegeben, einen „CIA-Mann in Algier" aufzusuchen, „falls was schiefläuft". Susaks Versuch, über Cubillos MPAIAC an deutsche Terroristen in Algerien heranzukommen, blieb, was Wunder, ohne Erfolg. Einzig greifbares Resultat der Mission: die Schilderung der Mordpläne gegen Cubillo.

Doch dieses Komplott interessierte die deutschen Behörden nicht. Boeden: „Das haben wir nicht ernst genommen." Führer von Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegungen seien schließlich ständig attentatsgefährdet.

Am 5. April 1978 wurde Cubillo in Algier niedergestochen – am selben Tag, als sich in Hannover die Verfassungsschützer Jüllig, Wiehe und Borrak mit dem Ehepaar Mauss und BKA-Mann Boeden trafen, um weitere Details der „Operation Neuland" zu besprechen. Wo Susak sich an jenem Tag aufhielt, ist nicht bekannt.

Teilnehmer der geheimen Runde in Hannover geben heute an, erst Tage später über den Mordanschlag informiert worden zu sein – von Mauss.

Susak – der zwischendurch mal in Rom, mal auf den Kanaren, mal in Jugoslawien war, wo sein Schwager für den dortigen Geheimdienst arbeitete – flog im Juli 1978, widerwillig, ein letztes Mal nach Algier. Dort wurde er von algerischen Sicherheitsbehörden als Spion verhaftet und, wie er berichtet, „mißhandelt". Der Agent gestand den algerischen Behörden seine wahre Identität, seinen Auftrag und die Hintermänner und wurde, nach sechswöchiger Haft, wieder abgeschoben.

In Hannover berichtete Susak über sein algerisches Geständnis. Referatsleiter Wiehe notierte besorgt: „Hat VM Paco reingerissen?" Paco, spanischer Verbindungsmann von Susak und Drahtzieher des Attentats auf Cubillo, wurde 1978 von einem algerischen Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Attentatsopfer Cubillo, der noch immer an Krücken gehen muß, praktiziert heute als Anwalt auf Teneriffa. Der Politiker, der bei Wahlen mit eigener Partei antritt, vermutet hinter der Affäre auch die amerikanische CIA, die, wie die Nato, an den Kanaren wegen der strategisch günstigen Lage vor der westafrikanischen Küste starkes Interesse hat.

Die MPAIAC, so Cubillo zum SPIEGEL, habe 1978 kurz vor der offiziellen Anerkennung durch die Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) gestanden. Womöglich habe die CIA seinen geplanten Auftritt vor der Uno im April 1978 verhindern wollen. Susaks Hinweis auf einen CIA-Kontaktmann in Algier bestärkt Cubillos Verdacht.

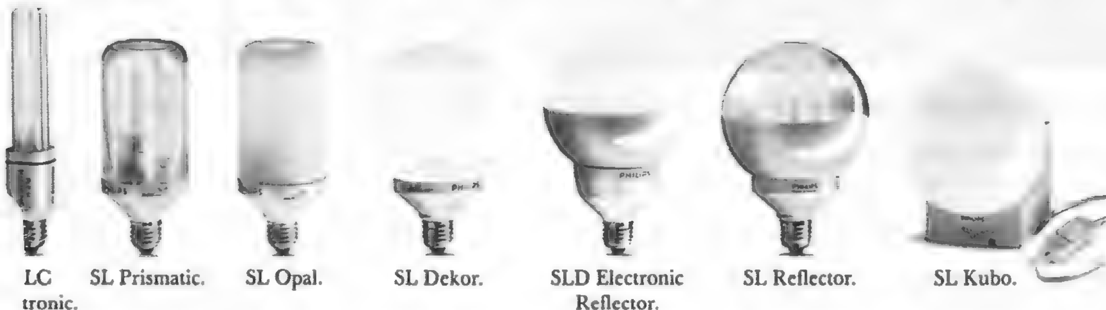
Dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Hannover hat der Anwalt Ende letzter Woche seine Zusammenarbeit angeboten: Er möchte als Zeuge aussagen. Zudem erwägt Cubillo, eine Klage wegen des erlittenen Schadens gegen das Land Niedersachsen anzustrengen.

Weil Landesbehörden von dem geplanten Verbrechen wußten und ein V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes womöglich, mittelbar oder unmittelbar, bei dem Komplott mitgemischt hat, rechnet sich der kanarische Anwalt gute Chancen aus.

Wieviel Energie können Sie jetzt sparen?

Baader, Lang, Behnken

80%, mit Energiesparlampen von Philips.



LC tronic. SL Prismatic. SL Opal. SL Dekor. SLD Electronic Reflector. SL Reflector. SL Kubo.

Und wo kann man sparen? Natürlich überall, weil sich jede unserer Energiesparlampen in jede herkömmliche Schraubfassung (E 27) einsetzen läßt. Und wenn sie dann drin ist, hält sie auch noch 6mal länger als eine Glühlampe. Noch mehr Informationen gibt es im Farbprospekt, den wir Ihnen gerne schicken. Schreiben Sie an Philips GmbH, UB Licht, Steindamm 94, 2000 Hamburg 1.

PLC Electronic.

nur **7 W** statt 40 W
nur **11 W** statt 60 W
nur **15 W** statt 75 W
nur **20 W** statt 100 W





SL Opal.

nur **9 W** statt 40 W
nur **13 W** statt 40 W
nur **18 W** statt 60 W
nur **25 W** statt 75 W



SL Dekor.

nur **9 W** statt 40 W
nur **13 W** statt 60 W
nur **18 W** statt 100 W





D I E · W E L T · D E S · L I C H T S

PHILIPS

SPIEGEL *Gespräch*

„Mauss ist seit langem abgeschaltet"

Niedersachsens Innenminister Wilfried Hasselmann (CDU) über Presse, Verfassungsschutz und Polizeiaffären



Hasselmann (M.), SPIEGEL-Redakteure*: „Mich stören Journalisten nie"

SPIEGEL: Herr Minister, wie fänden Sie es, wenn wir ein von Ihnen nicht autorisiertes Protokoll dieses Gesprächs hinter Ihrem Rücken dem Verfassungsschutz zuspielten?

HASSELMANN: Ich fände es nicht gut, wenn Sie so mit mir umgingen. Verfassungsfeindliche Aktivitäten aber sollte der Staat kennen.

SPIEGEL: Sie halten es doch für „lobenswert", wenn Journalisten heucheln, wenn sie so tun, als ginge es ihnen nur um öffentliche Berichterstattung, während sie in Wahrheit ihre Informanten auch aushorchen, um den Verfassungsschutz zu spicken.

HASSELMANN: Ich finde, Journalisten sollten grundsätzlich nicht heucheln. Ich halte es nicht für Heuchelei, wenn ein Journalist, der Informationen über Aktivitäten bekommt, die den freiheitlichen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland bedrohen, diese, wie jeder andere Bürger auch, an den Verfassungsschutz weitergibt. Journalisten sind keine exterritoriale Einrichtung, sondern Bürger wie wir alle. Und sie haben wie alle anderen das Recht, sich an den Verfassungsschutz zu wenden.

SPIEGEL: Darum geht es nicht. Sie wollen, daß Journalisten als „besonders gute Gelegenheitsinformanten" angeworben werden.

HASSELMANN: Sie wollen mich einfach nicht verstehen. Ich will Journalisten nicht anwerben.

SPIEGEL: . . . das ist aber neu . . .

HASSELMANN: Journalisten können von sich aus, aus Sorge um den Rechtsstaat, Erkenntnisse an den Verfassungsschutz weitergeben. Das hat auch mein Verfassungsschutz-Chef Joachim Bautsch sinngemäß gesagt, und so trage ich das voll mit.

> **Wilfried Hasselmann**
>
> *war schon niedersächsischer Landwirtschaftsminister und Minister für Bundesangelegenheiten, bevor er 1986 das Innenministerium in Hannover übernahm. Der gelernte Landwirt, Reserveoberst der Bundeswehr, ist seit nahezu 20 Jahren CDU-Vorsitzender in Niedersachsen, seit bald zehn Jahren Stellvertreter des Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Hasselmann, 63, gehört dem Bundesvorstand der CDU an. Gegenwärtig amtiert er als Vorsitzender der Innenministerkonferenz der Länder.*

SPIEGEL: Wie viele journalistische Schlepper beschäftigt der niedersächsische Verfassungsschutz?

HASSELMANN: Zunächst sollten Sie in Ihrer Frage nicht solche Milieubegriffe verwenden. Es gehört zu den Regeln des Verfassungsschutzes, daß er auf Fragen zu Informanten – wie auch die Presse – grundsätzlich keine Antwort gibt. Dabei bleibt es auch jetzt.

SPIEGEL: Der freidemokratische Landtagsabgeordnete Rudolf Fischer will ein Dutzend Fälle kennen. In dem internen Dienstbericht eines Verfassungsschützers sind Namen genannt. Die Figuren interessieren uns weniger. Aber darüber, in welchem Ausmaß die niedersächsische Presse unterwandert ist, hätten wir gern eine verbindliche Auskunft.

HASSELMANN: Es gibt keine Unterwanderung. Ich stehe hier in der Verpflichtung, das Interesse des Staates und auch das Interesse einer ausführenden Behörde nicht zu unterlaufen oder zu gefährden. Deshalb habe ich meiner eindeutigen Aussage nichts hinzuzufügen.

SPIEGEL: Sie können offenbar nicht dementieren.

HASSELMANN: Es geht nicht um ein Dementi. Wir sagen stets zu solchen Fragen weder ja noch nein. Sie können daraus überhaupt keine Schlüsse ziehen.

SPIEGEL: Mindestens in einem Fall steht fest, daß ein Journalist im Sold des Verfassungsschutzes gestanden hat. Er war bei der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" beschäftigt. Ihm ist gekündigt worden.

HASSELMANN: Der Bericht kommt Ihnen wohl sehr gelegen.

SPIEGEL: Er scheint symptomatisch.

HASSELMANN: Hier ist ein Journalist entlassen worden, weil er, vertraglich nicht abgesichert, Nebentätigkeiten ausgeführt haben soll. Mehr weiß ich nicht.

SPIEGEL: Wie kommen Sie auf die Idee, daß Presse und Geheimdienst an einem Strang ziehen sollten?

HASSELMANN: Das ist Ihr Resümee. Alle sind aufgefordert, unsere Verfassung zu schützen und zu verteidigen. Dazu kann jeder einzelne freiwillig seinen Beitrag leisten.

* Axel Jeschke und Jürgen Hogrefe im hannoverschen Innenministerium.

SPIEGEL: Sie tasten die Grundlage aller journalistischen Arbeit an. Viele Bürger werden sich jetzt vermutlich nicht mehr vertrauensvoll mit Informationen an die Presse wenden, weil sie befürchten, daß sie beim Verfassungsschutz denunziert werden.

HASSELMANN: Denunziert wird nicht. Darum stimmt Ihre Unterstellung nicht. Wir müssen die Freiheit der Journalisten genauso schützen wie die Freiheit jedes anderen Bürgers.

SPIEGEL: Und wenn der nun beispielsweise gerade über den Verfassungsschutz etwas mitzuteilen hätte?

HASSELMANN: Dann werden Sie das schreiben, ohne jede Gnade. Warum auch nicht? Sie werden den Informanten nicht preisgeben.

SPIEGEL: Wir nicht. Doch uns interessiert Ihr Grundverständnis von Journalismus. Einerseits wollen Sie Journalisten für geheimdienstliche Aktivitäten einspannen. Andererseits lassen Sie Redakteure der dpa und des „Stern" beispielsweise observieren . . .

HASSELMANN: Nun begreifen Sie doch endlich, zu solchen Fragen sage ich weder ja noch nein.

SPIEGEL: Welchen Auftrag, glauben Sie eigentlich, hat die Presse?

HASSELMANN: Die Presse hat zu berichten und zu kommentieren, jeder nach seinem Duktus. Sie ist nicht die vierte Gewalt im Staat. Die Gesetze haben auch für sie Gültigkeit. Mich stören Journalisten nie. Sie können zu jeder Zeit kommen.

SPIEGEL: Die Presse hat unter anderem die Pflicht, Staatsorgane im Interesse der Bürger kritisch zu beobachten – und zwar auch den Verfassungsschutz. Der Verfassungsschutz dagegen soll den Staat vor „Bestrebungen" schützen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten. Das sind doch prinzipiell unterschiedliche Aufgaben.

HASSELMANN: Zwar gibt es hier einen prinzipiellen Unterschied, aber keinen Gegensatz. Eine freiheitliche Presse leistet ihren Beitrag zur Demokratie wie der Verfassungsschutz den seinen. Nach dem Gesetz wird der Verfassungsschutz von einer parlamentarischen Kommission kontrolliert. Insofern habe ich eine ganz klar umrissene Vorstellung als verantwortlicher Minister. Aber ich bin ja nicht einer von denjenigen, die da sagen, Verfassungsschützer, Minister, Politiker seien fehlerfrei. Wir leben nicht in einer erlösten Welt. Da bleibt, ganz abgesehen von der Rechtslage, für Journalisten ein weites Feld.

SPIEGEL: Unsaubere Machenschaften haben den niedersächsischen Verfassungsschutz berühmt gemacht. Woran liegt es, daß sich die Sicherungen bei Ihrem Geheimdienst so gelockert haben – bis hin zum Bombenanschlag in Celle? Waren es die Vorgaben der politischen Spitze, wie beim Umgang mit Journalisten, oder hat sich der Apparat verselbständigt?

HASSELMANN: Ich halte diese Art der Interpretation, der Fragestellung für anmaßend. Gut, es sind einzelne Vorwürfe erhoben worden. Wir gehen dem nach, selbstverständlich auch im Interesse der Beamten, vor die ich mich zunächst einmal loyal stelle. Ich bin sicher, daß die Bevölkerung das honoriert: Der Hasselmann greift die Fälle auf. Er will Klarheit darüber, daß er mit einer sauberen Apparatur arbeitet.





Hannoverscher Verfassungsschutz-Chef Bautsch, Amtssitz: „Saubere Apparatur"

SPIEGEL: Genau das scheint zweifelhaft. Zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse sind eingesetzt worden, um Mißstände in Ihrem Hause aufzuhellen. Der erste Ausschuß hat bereits Rechtsbrüche festgestellt.

HASSELMANN: Der hat einen Schlußbericht gemacht mit einem Mehrheits- und einem Minderheitsvotum. Dazu äußere ich mich überhaupt nicht. Das ist Sache des Untersuchungsausschusses. Er wird seine Arbeit gewissenhaft erledigt haben.

SPIEGEL: Immerhin haben Sie bereits Konsequenzen gezogen. Der speziell für Verfassungsschutz und Polizei zuständige Staatssekretär Friedrich Höse ist kürzlich ausgewechselt worden. Beamte wurden entlassen oder versetzt. Ministerpräsident Albrecht hat einen Sonderstaatsanwalt beauftragt, im Sicherheitsbereich aufzuräumen.

HASSELMANN: Dies ist keine Konsequenz aus den zwei Untersuchungsausschüssen. Den Oberstaatsanwalt habe ich geholt. Ihm stehen keine staatsanwaltschaftlichen Befugnisse zu. Er soll prüfen, ob Berichte über Mißstände beim Verfassungsschutz und im Landeskriminalamt zutreffen oder nicht. Dabei kann zweierlei herauskommen: Stimmen die Vorwürfe, werden wir mindestens disziplinarrechtlich durchgreifen; erweisen sich die Anwürfe als falsch, sind sie womöglich leichtfertig erhoben worden, wird das ebenfalls Folgen haben, eben für die, die Berichte verfaßt haben. Im übrigen tut es mir ausgesprochen leid, daß ein ganzes Amt in den Schmutz gezogen wird, weil möglicherweise einige Mitarbeiter Verfehlungen begangen und andere das nach draußen getragen haben.

SPIEGEL: Warum hat sich Ihr Geheimdienst auf kriminelle V-Leute eingelassen und darüber hinaus noch auf den windigen Agenten Werner Mauss? Das konnte doch nur schiefgehen.

HASSELMANN: Ich stehe natürlich in der Kontinuität der Verantwortung als Innenminister. Ich habe persönlich mit all diesen Jahre zurückliegenden Dingen nichts zu tun gehabt. Und Sie wollen doch bitte mal zur Kenntnis nehmen, daß damals bei Bundesregierung, Landesregierungen, bei den Diensten, unter Kriminalbeamten nach neuen Wegen der



Untersuchungsausschuß des Niedersächsischen Landtags zum Celler Loch: „Ein ganzes Amt in den Schmutz gezogen"

Bekämpfung terroristischer Organisationen gesucht werden mußte. Denken Sie doch nur an die Morde an von Drenkmann, Ponto, Schleyer.

Speziell zu Mauss: Der soll von mir aus gerne vor dem Untersuchungsausschuß aussagen. Da stehe ich nicht im Wege. Und wenn der Untersuchungsausschuß es verlangt und er in Niedersachsen ist, soll er vorgeführt werden.

SPIEGEL: Niedersächsische Spezialität scheint es zu sein, daß zwischen Polizei und Verfassungsschutz nicht, wie geboten, strikt getrennt wird. Immer wieder arbeiten V-Leute gleichzeitig für beide Behörden, die davon nicht einmal etwas wissen. Schon der Doppel-V-Mann kann folglich die Ämter gegeneinander ausspielen.

HASSELMANN: Ein V-Mann hat natürlich allen Stellen gegenüber zu verschweigen, daß er für den Verfassungsschutz arbeitet. Daraus ergibt sich, daß auch die Polizei nicht erfährt, ob der Verfassungsschutz einen V-Mann in einer Organisation hat. Das ist keine niedersächsische Spezialität. Verfassungsschutz und Polizei halten sich auch in Niedersachsen an die geltenden Gesetze.

SPIEGEL: Stimmen Sie mit uns überein, daß im Idealfall V-Leute nicht gleichzeitig für Polizei und Verfassungsschutz arbeiten sollten?

HASSELMANN: Ja.

SPIEGEL: Und wie sieht in Niedersachsen die Realität aus?

HASSELMANN: Es wäre denkbar, daß Polizei und Verfassungsschutz zufällig denselben V-Mann haben und daß beide nicht darüber unterrichtet sind.

SPIEGEL: Sicherheitsbeamte amüsieren sich gemeinsam mit V-Leuten in Puffs, sind in Straftaten verstrickt. Haben sich die Verhältnisse bereits so verkehrt, daß V-Leute ihre Führer häufig in der Hand haben?



Untersuchungsobjekt Celler Loch
„Alles lange her"

HASSELMANN: Es wird behauptet, daß es Polizeiführer geben soll, die sich in Bordellen in der Südheide herumgetrieben haben sollen. Ich würde auch gern wissen, ob Wahres hinter dem Gerücht steckt. Angeblich ist die Liste der Beteiligten ja bei einem Notar hinterlegt. Die möchte ich nun mal sehen.

SPIEGEL: Ihr Sonderstaatsanwalt kennt sie doch längst.

HASSELMANN: Dann ist es ja gut.

SPIEGEL: Die Zustände in Ihrem Verfassungsschutz sind so desolat, daß eine Observationstruppe zur Zeit die eigenen Kollegen bespitzeln muß.

HASSELMANN: Ihr Vokabular ist voll von Unterstellungen. Es ist selbstverständlich, daß auch der Verfassungsschutz intern überprüft wird. Das geschieht seit Jahren . . .

SPIEGEL: . . . mit verdeckt operierenden Beamten, die außerhalb der Zentrale residieren und den dort Bediensteten unbekannt sind.

HASSELMANN: Zu internen Vorgängen sagen wir weder ja noch nein.

SPIEGEL: Niedersächsische Sicherheitsbeamte reisen bewaffnet in die Schweiz. In Südfrankreich leisten sie sich einen illegalen Lauschangriff. Auf den Kanarischen Inseln bohren sie Löcher in Hotelwände. Warum treibt sich Ihr Inlandsdienst eigentlich dauernd wider seinen gesetzlichen Auftrag in der Weltgeschichte herum?

HASSELMANN: Das ist alles lange her und erklärt sich aus den Gegebenheiten der damaligen Situation. In meiner Amtszeit ist dergleichen nicht mehr vorgekommen.

SPIEGEL: War es gesetzlich gedeckt?

HASSELMANN: Damit beschäftigt sich noch der parlamentarische Untersuchungsausschuß. Ich will dem Ergebnis nicht vorgreifen.

SPIEGEL: Hinter Auslandsaktivitäten bis zu dem von vornherein abwegigen Versuch, einen V-Mann in ein angeblich terroristisches Ausbildungslager in Algerien einzuschleusen, steckte Ihr Superagent Mauss – ausgestattet mit mindestens 30 Tarnpapieren von niedersächsischen Behörden. Ist Mauss immer noch Ihr Mann?

HASSELMANN: Eindeutig nein. Er ist nie mein Mann gewesen.

SPIEGEL: Unterhält der niedersächsische Verfassungsschutz gegenwärtig noch Kontakte zu Herrn Mauss?

HASSELMANN: Er handelt niemals in unserem Auftrag. Er ist seit langem abgeschaltet. Das genaue Datum kann ich nicht nennen.

SPIEGEL: Im Zuge der von Mauss angeschobenen Operation „Neuland“, durch die Ihr Verfassungsschutz im Ausland terroristische Gruppen infiltrieren wollte, ist es zu einem Mordversuch gekommen. Ein V-Mann aus Niedersachsen war im Bilde. Wie weit wollen Sie es noch kommen lassen?

HASSELMANN: Im niedersächsischen Verantwortungsbereich ist so etwas nicht geschehen. Der Untersuchungsausschuß mag herausfinden, wer das zu vertreten hat. Ich habe mit Befehlen oder Handreichungen zu einem geplanten Mordkomplott nichts zu tun.

SPIEGEL: Ihr Geheimdienst scheint uns reichlich aufgebläht. Sie beschäftigen rund 400 Verfassungsschützer. Wie wäre es mit einer Radikalkur? Könnten Sie nicht einen großen Teil der Beamten einer anderen, sinnvolleren Verwendung zuführen?

HASSELMANN: Die Zahl 400 kann ich nicht bestätigen. Aber daß auch dort Personal eingespart werden muß, steht außer Zweifel. Dabei kann man auch auf die Idee kommen, strukturell etwas zu verändern. Geben Sie mir die Chance, darüber nachzudenken. Aber natürlich ist der Verfassungsschutz nicht entbehrlich, wie die Grünen meinen.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Sozialdemokrat von Dohnanyi: Fundament in Gefahr

BUNDESLÄNDER

Schöner Aufwasch

Neue Pläne gegen das Nord-Süd-Gefälle: Hamburg debattiert über einen Nordstaat, Niedersachsen fordert eine Koalition der armen Länder.

Für Jürgen Echternach, den CDU-Vorsitzenden in Hamburg, fielen Weiberfastnacht und Rosenmontag auf einen Tag: „Schlechter Faschingsscherz“, erregte er sich, „unrealistische Gedankenspielereien.“

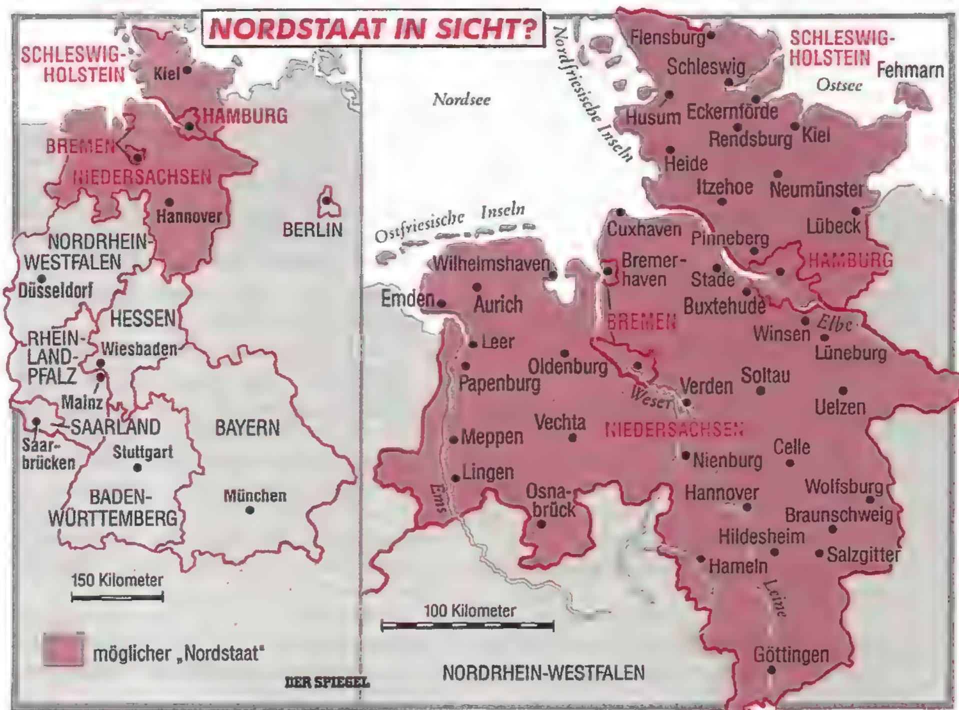
In Niedersachsen glaubte Wirtschaftsminister Walter Hirche, FDP-Landesvize, gleichfalls, ein „Phantom“ zu sehen. Und in Bremen drohte letzte Woche der sozialdemokratische Regierungschef Klaus Wedemeier gar mit dem Bundesverfassungsgericht, um dem Spuk ein Ende zu machen.

Doch mit den tollen Tagen hatte die Aufregung nichts zu tun. Wie alle Jubeljahre war urplötzlich wieder einmal die Diskussion darüber entbrannt, ob angesichts der neuerlichen deutschen Teilung – in einen bettelarmen bundesrepublikanischen Norden und einen steinreichen Süden – das Bundesgebiet nicht endlich so gegliedert werden sollte, daß jedes Land imstande ist, seine Aufgaben, wie es seit je im Grundgesetz steht, „wirksam erfüllen zu können“.

Letzte Woche machten sich Hamburger Politiker erneut über das geopraphische Puzzle her, an dem Experten schon seit Jahrzehnten tüfteln. Werde das „Ungleichgewicht“ nicht schnell beseitigt, verlautbarte der Senat, habe Hamburgs „Eigenstaatlichkeit kein ausreichendes materielles Fundament mehr“.

Das Signal brachte die Sozialdemokraten des Ersten Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi in Konfusion. Die einen, voran Ex-Finanzsenator Horst Gobrecht, tischten den Plan auf, alle vier norddeutschen Länder – Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen – zu vereinigen (siehe Schaubild). Die anderen, voran Dohnanyi, favorisierten, womöglich mit dem Marzipanort Lübeck als Hauptstadt, in der „fernen Perspektive“ die Vereinigung von Hamburg und Schleswig-Holstein.

Durcheinander gerieten auch die hanseatischen Christdemokraten. Während Landeschef Echternach „die theoretische Diskussion“ als ungeeignet zur Bewältigung der „praktischen politischen Probleme“ abkanzelte, hielt CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau die Sache doch für „sinnvoll“. Und der Liberale Ingo von Münch, Zweiter Bürgermei-



ster, wußte bereits, der „Freistaat Plattdeutschland" (so die alternative „Tageszeitung") sei nunmehr „auf dem Vormarsch". Das nun nicht. Aus Schleswig-Holstein wurde vom amtierenden Regierungschef Henning Schwarz (CDU) lediglich „Gesprächsbereitschaft signalisiert", Innenminister Karl Eduard Claussen dagegen erklärte: „Aus mehreren schwächeren Ländern wird noch kein starkes Land entstehen." Im Rathaus zu Bremen glaubte ein Stadtpolitiker an „einen Witz": „Wenn mal jemand ein Ei loslegen will, fängt er an, vom Nordstaat zu reden."

Und auch in Hannover sah die Regierung von Ernst Albrecht „überhaupt keine Veranlassung, die Idee eines Nordstaates wiederaufleben zu lassen": „Niemand hätte Verständnis dafür, wenn gewachsene Strukturen nun wieder zerschlagen würden." Nordlicht Albrecht: „Bei gutem Willen können die Nordlichter gemeinsame Probleme auch grenzüberschreitend lösen."

Das sehen die wissenschaftlichen Planer vom Baseler „Prognos"-Institut nicht anders. „Die unglaubliche finanzielle Bedrängnis" (von Münch) der nördlichen Bundesländer werde, meint Prognos, um so länger anhalten, je mehr sie „dazu neigen, das große Jammerlied zu singen", statt „neue Ideen und Konzepte" zu entwickeln.

Das Jammerlied freilich ist gerechtfertigt. Die armen Länder, zu denen neben dem Nord-Quartett mittlerweile auch Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Rheinland-Pfalz gezählt werden, haben jährlich 30 Milliarden Mark weniger zur Verfügung, als sie bei gleicher Ausstattung pro Einwohner wie in Süddeutschland haben würden.

Die „Wirkungskette", an die sie gelegt sind, haben die Finanzminister und -senatoren der Armen im Norden in einem 19-Blatt-Papier beschrieben. Zum Nord-Süd-Gefälle summieren sich demnach

- ▷ im Norden – einwohnerbezogen – insgesamt 3,7 Milliarden Mark weniger Steuereinnahmen als im Süden, um 6,4 Milliarden höhere Schuldzinsen und 4,1 Milliarden größere Sozialausgaben sowie
- ▷ im Süden 14,1 Milliarden Mehraufträge von Bahn, Post und Bundeswehr sowie 2,3 Milliarden Mark höhere Forschungsaufträge des Bundes.

Wie unaufhaltsam es im Norden abwärtsgeht, verdeutlichte letzten Monat Hinrich Seidel, Vorsitzender der Westdeutschen Rektorenkonferenz und Präsident der Uni Hannover: „Zwei gute, finanzstarke süddeutsche Bundesländer", Bayern und Baden-Württemberg, seien Nutznießer eines „brain drain", eines Exodus von „guten Leuten". Seidel: „Die gesamte Wissenschaftselite marschiert in diese Richtung."

Von der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet", wie sie sich die Verfassung wünscht, kann da in der Tat keine Rede mehr sein. Zu aller Zufriedenheit hatte es freilich von Anfang an nicht gelangt. Anlaß zur Korrektur der Verwaltungsgrenzen, die Engländer, Amerikaner und Franzosen in ihren Besatzungszonen hinterlassen hatten, sah der Bundestag schon, kaum daß das Grundgesetz geschrieben war.

Doch was immer sich Bonner Parlamentsausschüsse und Sachverständigenkommissionen ausdachten – geändert wurde nichts. Einig waren sich die Gremien stets darüber, daß es im Norden


Christdemokrat Albrecht: Jammerlied im Quartett

nicht so bleiben dürfe, wie es war. Bereits 1951 wurde vorgeschlagen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen zu einem Land, hilfsweise zu zwei Ländern, zu vereinigen.

Einmal war es schon so weit, daß Hannover, das sich als Hauptstadt des Nordens auserkoren glaubte, Entwürfe für ein Regierungsviertel vorlegte. In Prospekten aus dem Rathaus wurde damit geworben, daß „in einer Stunde Autofahrt 31 Skilifts" zu erreichen seien.

Dabei blieb es – ohne Krieg sind Grenzen nur schwer neu zu ziehen. In Niedersachsen etwa, das sich allem finanziellen Abstieg zum Hohn unverdrossen als „Aufsteigerland" empfiehlt, pocht die Staatskanzlei auf das „Landesbewußtsein", das sich in Heide und Harz „inzwischen längst entwickelt" habe. Vor allem sind davon die Landespolitiker ergriffen, denen es in einem Nordstaat an den Kragen gehen würde.

Denn nicht weniger als 41 Minister samt Ministerialbürokratie stünden in den vier Ländern zur Disposition, 449 Abgeordnete aus Landtagen und Bürgerschaften müßten um Diäten und Karriere bangen. „Wer soll denn das beschließen?" fragte Reinhard Scheibe, SPD-Fraktionsgeschäftsführer im niedersächsischen Parlament. „In einem schönen Aufwasch" will Ernst Albrecht in Hannover das leidige Problem deshalb auf andere Weise lösen. Der etwas matt gewordene einstige CDU-Strahler will nicht Grenzen verschieben, sondern den Fluß des Geldes umleiten.

In Windeseile besprach Albrecht seinen Plan auf einer „Konferenz Norddeutschland", nicht nur mit den Kollegen Regierungschefs Klaus Wedemeier (Bremen, SPD), Klaus von Dohnanyi (Hamburg, SPD) und Henning Schwarz (Schleswig-Holstein, CDU). Albrecht reiste auch zu Johannes Rau (SPD) nach Nordrhein-Westfalen, zu Bernhard Vogel (CDU) nach Rheinland-Pfalz und zu Oskar Lafontaine (SPD) ins Saarland, um eine „Koalition der Armen" auf Trab zu bringen.

Alle schworen mitzumachen. Kern des Albrecht-Modells zur „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland": Künftig soll sich der Bund zur Hälfte an den Sozialleistungen beteiligen, die Länder und Gemeinden bislang allein aufbringen müssen – 19,3 Milliarden Mark im Jahr 1987. Im Gegengeschäft sollen die Länder auf fünf Milliarden Mark aus ihrem Anteil an der Mehrwertsteuer zugunsten des Bundes verzichten.

Der Effekt wäre erheblich. Allein Niedersachsen würde um 716 Millionen Mark entlastet werden, Nordrhein-Westfalen gleich um 1,73 Milliarden Mark. Dafür würde die Armen-Koalition sogar in Kauf nehmen, daß auch die reichen

Die Bausparkasse.



Und: Die Bank.



Und: Die Lebensversicherung.









Zum Glück berät Sie Wüstenrot.

Bayern um 179 Millionen und die Geldprotze in Baden-Württemberg um 225 Millionen besser dastünden. Wenn keiner abspringt, will die überparteiliche Arme-Länder-Koalition unverzüglich im Bundesrat eine entsprechende Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes beantragen.

Inzwischen ist der Optimismus gedämpft worden: Bundeskanzler Helmut Kohl hat wissen lassen, er wolle das Nord-Süd-Problem nunmehr zu seiner „eigenen Aufgabe und Angelegenheit" machen.

VERKEHR

Eine Art Symbiose

Mit Steuergeldern will der Stuttgarter Daimler-Benz-Konzern in Mannheim eine Omnibus-Teststrecke bauen.

Der Witz ist nicht mehr ganz neu, aber die Pointe stimmt, und deshalb wird er seit Jahren in Essen erzählt: „Das Ding ist weder Bus noch Bahn und fährt trotzdem – wenn auch doppelt so teuer."

Der respektlose Kalauer gilt einem in der Bundesrepublik bislang einmaligen Pilotprojekt, dem Spurbus, auch „Omnibus-Bahn" oder kurz „O-Bahn" genannt. Das Nahverkehrsmittel, ein Zwitter aus Bus und Straßenbahn, rollt seit September 1980 auf ausgewählten Strekken der größten Stadt im Kohlerevier.

Um nicht mit Autos im Stau steckenzubleiben, fahren die Busse in einem Betontrog. Für den nötigen Halt sorgen an der Vorderachse angebrachte Spurrollen, die das Fahrzeug an die seitlichen Leitschienen drücken. Außerhalb der Ballungszone verläßt die O-Bahn ihr Betonbett, klappt die Lenkhilfen ein und wird so zum gewöhnlichen Vorortbus.



Mannheimer Spurbus-Freund Widder
„Wir wären doch töricht"

Obwohl die Bundesregierung den Modellversuch bislang mit rund 60 Millionen Mark gefördert hat, erwies sich der vom Stuttgarter Daimler-Benz-Konzern entwickelte Spurbus als Flop. Da die meisten Großstädte inzwischen über ein U-, S- oder Straßenbahnnetz verfügen und lieber billiger das vorhandene Nahverkehrssystem ausbauen, blieb das Unternehmen auf seinem Ladenhüter sitzen.

Einzig im australischen Adelaide hatten die schwäbischen Fahrzeugbauer Erfolg. Dort donnern die Schnellbusse mit 100 Stundenkilometern auf einem brachliegenden Autobahnabschnitt aus den nordöstlichen Vororten in die City.

Das flaue O-Bahn-Geschäft kommt den Daimler-Managern denkbar ungelegen. Denn, ähnlich wie den meisten Konkurrenten, mangelt es auch dem Untertürkheimer Weltkonzern in seinem Mannheimer Omnibuswerk an Aufträgen. Erst kürzlich wurden 450 Kollegen ins 50 Kilometer entfernte Lastwagenwerk nach Wörth versetzt.

Damit die O-Bahn allmählich in Fahrt kommt, will Daimler-Benz den Absatz seines Vorzeigemobils nun künstlich anheizen. Der Stuttgarter Konzern, weltweit einziger Anbieter von Spurbus-Systemen, möchte vor den Toren seiner Mannheimer Omnibusfabrik eine zehn Kilometer lange O-Bahn-Linie bauen, die das Zentrum mit der im Norden gelegenen Gartenstadt verbinden soll.

Mit der Teststrecke, argumentiert Omnibusproduktionschef Siegfried Sobotta, „können wir in Mannheim, wo die Busse gebaut werden, eine Referenz nachweisen" und „interessierten Stadtverwaltungen und Verkehrsministerien" gleich ganze „Problemlösungen anbieten, was den Verkauf erleichtert".

Doch die 55-Millionen-Offerte des Omnibusproduzenten an seine Heimatstadt hat einen Schönheitsfehler: Das Vorführprojekt bezahlen sollen nämlich der Bund (60 Prozent), das Land Baden-Württemberg (25 Prozent) und die hochverschuldete Stadt Mannheim (15 Prozent).

Obgleich die Daimler-Benz-Hausstrecke hauptsächlich der Verkaufsförderung dienen und Besucherdelegationen den umständlichen Transfer ins ferne Essen ersparen soll, will der kapitalkräftige Automobilkonzern nicht mal einen Zuschuß geben. „Es ist kein guter Referenzfall", rechtfertigt Buswerber Sobotta die Null-Lösung, „wenn Sie verkaufen wollen, was Sie vorher verschenkt haben." Und Mercedes-Sprecher Hans-Georg Kloos pflichtet bei: „Schließlich leben Daimler-Benz als größter Arbeitgeber in Mannheim und die Stadt in einer Art Symbiose."

Wie gut das Zusammenspiel des großen Steuerzahlers mit den Politikern funktioniert, zeigte sich im vergangenen Sommer, als Daimler-Mitarbeiter das Spurbus-Projekt gemeinsam mit dem Mannheimer SPD-Oberbürgermeister Gerhard Widder im Eiltempo durch den Gemeinderat schleusten. SPD-Stadtrat Herbert Lucy, gleichzeitig Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Daimler-Benz, warb erfolgreich um Verbündete, indem er einen satten Zuschuß seines Arbeitgebers in Aussicht stellte. Ohne Gegenvorschläge zu diskutieren, votierten sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Grü-



Essener Spurbus-Pilotprojekt: Rückwärtsfahren unmöglich

nen, für den Betonbus. „Nicht nur in Rastatt oder Boxberg erhält Daimler-Benz vom Staat bereitwillig Millionen-Subventionen", empört sich der Mannheimer Grünen-Stadtrat René Leicht, „jetzt wird dem Autokonzern auch noch in Mannheim mit Steuergeldern eine Vorführstrecke hingestellt."

Protestierende Anlieger („Spurbus – nein danke") beanstanden außerdem die ungeschickt gewählte Trasse, die den am Fabrikgelände gelegenen Herzogenriedpark vom dazugehörigen Wohngebiet abschneidet. Ein Anschluß der Gartenstadt ans vorhandene Straßenbahnnetz sei billiger und umweltfreundlicher.

Weil zudem der Essener Versuch noch nicht beendet ist und sich dort erst im vergangenen Frühjahr wieder ein schwerer Unfall ereignet hat, plädieren die Kritiker dafür, zunächst den abschließenden Erfahrungsbericht der Ruhrstadt abzuwarten.

Tatsächlich sind in Essen gravierende Mängel des O-Bahn-Systems auch nach sieben Jahren Probelauf nicht beseitigt. So mußten die Spurführungsrollen immer wieder umgemodelt werden, weil sie abbrachen oder den Fahrer außerhalb der Trasse behinderten. Rückwärtsfahren ist so gut wie unmöglich, da die Busse dabei leicht entgleisen.

Auch im Winter kann die O-Bahn mit den handgelenkten Modellen nicht konkurrieren. An verschneiten Steigungen dreht der Spurbus in seiner Trasse so lange auf der Stelle, bis eine dicke Eisschicht entstanden ist.

Mehr noch als die technische Problematik stört viele Menschen die Optik der betonverschalten PS-Ungetüme. Denn anders als herkömmliche Straßenbahnschienen, die das Stadtbild nicht verschandeln, wirkt der Spurbus-Unterbau als häßlicher Fremdkörper.

Wo die Fahrrinne, wie zum Beispiel in Adelaide, auf dicken Querbalken ruht, blockiert die Betonbarriere zudem den übrigen Verkehr. In belebten Innenstädten müßten die Busse daher in teuren Tunneln verschwinden oder die Trasse verlassen.

Mannheims Oberbürgermeister Widder läßt derlei Bedenken nicht gelten. Ihn interessieren vor allem die Arbeitsplätze in der 300 000 Einwohner zählenden Großstadt, die sich immer stärker zum Armenhaus des Musterländles (Arbeitslosenquote: 7,8 Prozent) entwickelt. „Der Spurbus rettet zwar nicht den Omnibusbau von Daimler-Benz", meint der sozialdemokratische Oberbürgermeister, „aber wir wären doch töricht, wenn wir diesen Werbeeffekt für Daimler-Benz-Omnibusse nicht nutzen würden."

Auch um die Finanzierung des neuen Transportmittels ist dem zupackenden Rathauschef nicht bange. Weil Mannheim in den vergangenen Jahren „unterdurchschnittlich" vom Nahverkehr-Etat des Bundesverkehrsministeriums profitiert habe, rechnet Widder fest mit den Bonner Millionen.

Die sind der nordbadischen Metropole allerdings noch keineswegs sicher. „Bei uns", stellt ein Sprecher des Bundesverkehrsministers klar, „geht es nicht nach dem Windhundverfahren, sondern danach, ob ein Projekt sinnvoll und wirtschaftlich vernünftig ist."

Gegendarstellung

Im SPIEGEL 5/1988 heißt es auf Seite 77: „Gremliza habe ‚aus Geltungssucht' (ein Kollege) enthüllt, daß ... er, Gremliza, den Wallraff-Bestseller ‚Ganz unten' verfaßt habe."

Diese Behauptung ist falsch: Ich habe niemals behauptet, den Wallraff-Bestseller „Ganz unten" verfaßt zu haben. Ich habe dieses Buch auch nicht geschrieben.

Hamburg, 2. Februar 1988
Hermann L. Gremliza

In der Ausgabe des SPIEGEL 5/1988 vom 1. Februar 1988 werden auf den Seiten 74 und 77 unwahre Behauptungen aufgestellt:

1. Sie schreiben: „Der Linkszeitschrift ‚Konkret' geht mit den Lesern auch das Kapital aus."

Der dadurch erweckte Eindruck ist unrichtig: „Konkret" hat seit 2 Jahren eine konstante Auflage mit – in jüngster Zeit – steigender Tendenz. Die finanzielle Lage des Verlags ist sicher.

2. Sie behaupten sodann: „Herausgeber Gremliza macht alles allein."

Das ist unrichtig. Außer Gremliza sind bei „Konkret" 9 weitere Mitarbeiter fest angestellt.

3. Sie behaupten schließlich, „Konkret" erscheine zum Jahreswechsel „mit verringertem Umfang".

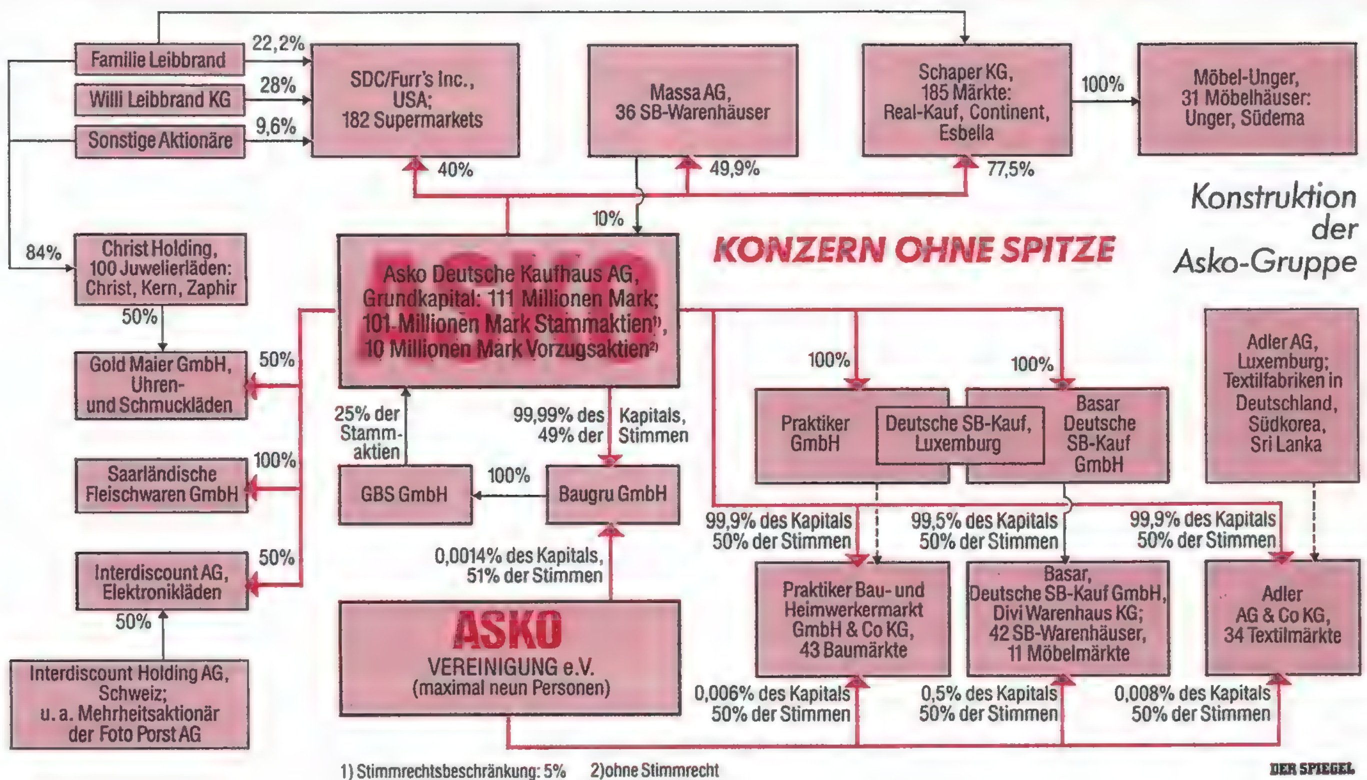
Diese Behauptung ist unrichtig. Der Heftumfang der beiden ersten Ausgaben des Jahres 1988 hat sich gegenüber dem Durchschnitt der einzelnen Hefte des Jahres 1987 nicht verringert.

Hamburg, 2. Februar 1988
Hermann Gremliza
(Neuer Konkret Verlag GmbH
Geschäftsführung)

Herr Gremliza hat recht. Er hat enthüllt, daß er den Wallraff-Bestseller „Der Aufmacher" selbst geschrieben habe, nicht aber „Ganz unten".

Auch Neuer Konkret Verlag Geschäftsführung hat recht. „Konkret" erschien nicht zum Jahreswechsel mit verringertem Umfang. Verringert hat sich der jährliche Gesamtumfang von „Konkret" im Lauf der letzten Jahre.

Die Kündigung seiner beiden letzten Textredakteure begründete Gremliza damit, „daß der Verlag zur Fortführung ihrer Festanstellung zu den Gehältern nicht mehr in der Lage war". -Red.



HANDEL

Ganz ausgebufft

Kein anderer Handelskonzern wuchs in den vergangenen Jahren so schnell wie die Saarbrücker Asko AG. Nun kommt auch noch der Verbrauchermarkt-Riese Massa dazu.

Das deutsche Wettbewerbsrecht fand Helmut Wagner, 57, nie besonders gelungen. „Die Kartellgesetze", klagt der Vorstandschef der Asko Deutsche Kaufhaus AG, „begünstigen die Großen und bremsen die Aufsteiger."

Manchmal jedoch profitiert auch ein Aufsteiger wie Wagners Asko von der gründlichen Arbeit des Kartellamts in Berlin. Wagner hat lange warten müssen, ehe er den Verbrauchermarkt-Riesen Massa, das jüngste Objekt seiner unternehmerischen Begierde, übernehmen durfte – doch das Warten hat sich gelohnt.

Seit Wagner im Spätsommer vergangenen Jahres seinen geplanten Einstieg bei Massa bekanntgab, hat sich der Wert des Papiers im Gefolge des Börsencrash nahezu halbiert. Nun zahlt Wagner, der den Asko-Anteil an Massa von 24,9 auf 49,9 Prozent erhöhen will, rund 150 Millionen Mark weniger.

Für den ehrgeizigen Asko-Chef ist der Kurssturz ein „reiner Glücksfall". Viel wichtiger ist ihm, daß nun „aus dem Konkubinat eine ordentliche Ehe wird". Nun könnten beide Unternehmen „ganz legal ein bißchen miteinander spielen".

Wagner hat wohl einiges mehr vor, als nur zu spielen. Denn sein Credo lautet:



Asko-Chef Wagner: „Wer überleben will, muß ein großes Rad drehen"

„Wer im Handel überleben will, muß ein großes Rad drehen."

Das hat Wagner auch jetzt wieder getan: Durch den Deal wachsen nicht nur zwei der größten Handelsunternehmen auf der grünen Wiese zusammen – der Einstieg bei Massa katapultiert die Asko auch in die Spitzengruppe des deutschen Einzelhandels.

Kein anderer Handelskonzern ist in den vergangenen 20 Jahren so schnell gewachsen wie der Aufsteiger aus dem Saarland. Mit einem Umsatz von gut zehn Milliarden Mark hat die von Wagner regierte Handelsgruppe inzwischen die weitaus bekannteren Warenhaus-Konzerne Kaufhof und Hertie überholt und rangierte 1987 unter den Handelsgiganten schon an achter Stelle. Zusammen mit Massa rutscht die Asko unter die ersten sechs.

Begonnen hatte der Poker um die Herrschaft bei Massa vor etwa einem Jahr. Der hemdsärmelige Firmengründer Karl-Heinz Kipp wollte sich mit 63 Jahren aus dem Geschäft zurückziehen. Da der Alte seinem Sohn Ernst-Ludwig, 38, nicht die Führung des Konzerns zutraute, suchte er nach einem Käufer für das Massa-Paket, das er nach der Bör-



seneinführung des Unternehmens im April 1986 behalten hatte.

Wagner erkannte seine Chance. Trotz eines Angebots, das um einige Millionen Mark niedriger war als eine Offerte der Metro, gewann er das Gefeilsche um die Massa-Anteile. Für rund 330 Millionen Mark erwarb die Asko 24,9 Prozent der Massa-Aktien. Dann nahm Wagner auch auf dem Vorstandssessel von Karl-Heinz Kipp Platz. Der Massa-Patriarch hatte sich, wie einst Helmut Horten, in die Schweiz zurückgezogen.

Der unkonventionelle Machtwechsel war nicht das einzige, worüber die Branche staunte. Kaum hatte Wagner in Alzey die Führung übernommen, sorgte er dafür, daß sich Massa seinerseits mit zehn Prozent an der Asko AG beteiligte.



Asko-Filiale (in Hamburg): „Wo sich die Kunden die Ärsche reiben"

Dafür gab Wagner als Massa-Chef 235 Millionen Mark aus, die er als Asko-Chef dem Saarbrücker Unternehmen gutschreiben konnte.

Zwar betonte Wagner damals, die Asko habe kein Interesse, ihren Massa-Anteil über die kartellrechtlich heikle Schwelle von 24,9 Prozent anzuheben. Aber die mißtrauisch gewordenen Wettbewerbshüter leiteten ein Fusionskontroll-Verfahren ein. Da gab der wendige Asko-Stratege die Tarnung auf und beantragte die Zustimmung zur Übernahme von 49,9 Prozent.

Es wurde ein Sieg auf der ganzen Linie. Unter der Bedingung, daß die Asko ihr Einkaufszentrum in Neustadt an der Weinstraße abstößt, teilten die Kartellwächter am 11. Januar mit, wollten sie keine Einwände gegen die Fusion erheben. Wagner kam der Auflage schnell nach. Der umstrittene Markt wird an die saarländische Firma Globus Handelshof verkauft.

Unkonventionelle Ideen und Strategien sind die Spezialität des Asko-Lenkers, der ursprünglich gar keine Handelskarriere einschlagen wollte. Der gebürtige Mainzer, Sohn eines Filialleiters der Frankfurter Ladenkette Latscha, hatte nach einem Studium der Volkswirtschaft zunächst beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) als hauptamtlicher Funktionär angeheuert.

Ende der Fünfziger entsandte der DGB seinen frisch promovierten Wirtschaftsreferenten in die Aufsichtsräte der Dillinger Hütte und der traditionsreichen Konsumgenossenschaft Allgemeine Saar Konsum (Asko). Die 1880 als Saarbrücker Eisenbahn-Consum-Verein gegründete Genossenschaft war damals mit ihren 330 Tante-Emma-Läden (80 Millionen Mark Umsatz) schon nicht mehr recht konkurrenzfähig gegen die aufkommenden Selbstbedienungsläden.

„Um zu beweisen, daß auch Sozialisten mit Geld umgehen können", ließ sich Wagner breitschlagen, vom Aufsichtsrat in den Asko-Vorstand zu wechseln. Da begann, was Wagners Frau später als „die schönste Liebesaffäre seines Lebens" bezeichnete. Mit einem Monatsgehalt von 2100 Mark übernahm der Gewerkschafter 1960 das Ressort Personal. Wagner: „Ich war sicher der teuerste Lehrling im ganzen Laden."

Der Jungsozialist auf dem Vorstandsposten kapierte schnell die Spielregeln der Marktwirtschaft, und als er 1966 zum Vorstandschef ernannt wurde, rationalisierte er rigoros. Gewerkschafter beschimpften den Genossen bald als „ganz ausgebufften Kapitalisten mit wenig Skrupeln".

Wagner ließ sich davon nicht beeindrucken. Für ihn gab es nur ein Ziel: „Ich wollte die Asko groß machen – was sollte ich sonst tun, nachdem ich mit 29 bereits einen Vorstandsposten hatte." Anfang der Siebziger, als reihum die Konsumgenossenschaften fußkrank wurden, sagte sich Wagner deshalb von der Kollektiv-Ideologie los. Er wandelte die Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft um.

Von den Fesseln des Genossenschaftsgesetzes befreit, schaltete Wagner auf Expansion. Das Geschäft der Zukunft sah er vor allem im Discount. In den Billigläden am Stadtrand, erkannte Wagner, würden sich „die Kunden in den achtziger Jahren die Ärsche reiben".

Folgerichtig stieß er die kleinen Läden ab und spezialisierte sich auf großflächige Verbrauchermärkte (Basar). Er stieg ins Heimwerker-Geschäft (Praktiker-Märkte) ein und übernahm das Textilunternehmen Adler, das seine in Deutschland, Korea und Sri Lanka produzierte Ware in eigenen Billigläden absetzt.

Mit diesen Aufkäufen jagte Wagner den Umsatz der Asko-Gruppe binnen zehn Jahren von rund 300 Millionen auf 1,6 Milliarden Mark hoch. Doch noch war Asko eine ausschließlich im Saarland und dem Südwesten der Republik bekannte Größe. Im übrigen Deutschland war die gleichnamige finnische Möbelhaus-Kette weitaus bekannter.

Auch zeichnete sich nun eine Finanzkrise ab. Das „Management by Kangaroo – große Sprünge, leerer Beutel" (Wagner) war auf Dauer nicht zu verkraften. Da war es fast zwangsläufig, daß der ehrgeizige Asko-Lenker die Finanzierung über den Kapitalmarkt ins Visier nahm.

Das war zunächst nicht einfach. Den Regional-Matador wollten damals in den Großbanken „allenfalls die Prokuristen empfangen", wie sich Wagner erinnert. Doch auf Vermittlung von Hermann Josef Abs, mit dem sich Wagner in den fünfziger Jahren den Vorsitz im Aufsichtsrat der Dillinger Hütte geteilt hatte, gelang es ihm schließlich, bis zu den Spitzen der Deutschen Bank vorzustoßen.

Als „Papier für risikobewußte Anleger" brachte die Deutsche Bank 1984 die Asko-Aktien unters Börsenpublikum. Danach war Wagner, der für seine Aktien überall auf der Welt, in Zürich und Tokio sowie in London und New York,



Hier klebte eine Infokarte über die 4 Urlaubsprogramme der Finnjet-Silja Line: Autorundreiseurlaub □ Ferienhausurlaub □ Camping- u. Jugendherbergsurlaub □ Caravanurlaub. Gezielte Informationen können Sie bei der Finnjet-Silja Line *anfordern:* Zeißstr. 6, 2400 Lübeck 1. Tel.: 0451/589 92 22 und 040/32 13 84.

Sehnsucht nach dem finnischen Sommer.

Die See ist ruhig. Eine Brise trägt das Rufen der Möwen. Einen Tag und eine Nacht bewegender Seemeilen. Der Aufbruch, bestimmt von Meer und Wind, findet sein Ziel in Helsinki. Und vielleicht wird es eine Geschichte wie diese...

Wie das Auslaufen der Kutter ist der gemächliche Abschied von der norddeutschen Küste. Gelassenheit und Stille. Der Koffer steht in der Kabine des großen Schiffes. Die Ferne ist nah. Das Land der Freiheit und Sehnsucht, das erdige Moos, das Harz der weiten Wälder ist in jedem Stück zarten Rentierschinkens und milden Lachses, die der zuvorkommende Ober serviert. Der schimmernde Wein im Glas läßt das Bild sonnendurchfluteter Seen entstehen. Das Welle um Welle rollende Stoben der Maschinen läßt das große Schiff majestätisch gleiten. Die Körper wiegen sich im Tanz auf Deck 9. Der Blick an der Reling läßt Unendlichkeit erahnen. Es ist eine Nacht mit Träumen, die ihre Auflösung finden in der Kaminglut des Holzhauses und bei der sich biegenden Angel im Boot auf dem stillen See.

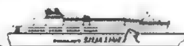
Mächtig schiebt sich die FINNJET durch die Schären. Vom weißen Dom Helsinkis werden die Ankommenden begrüßt. Mit dem Prickeln der Abenteuerlust verlassen sie den Kai, um auf den eigenen vier Rädern ihre Erwartungen zu stillen und mit dem Entschluß, Finnland nie mehr auf einem anderen Weg als geradewegs mit der FINNJET über die Ostsee zu erreichen.

Das ist eine Passage von Travemünde direkt nach Helsinki, erlebt auf der FINNJET.



Diese schöne Geschichte kann Ihre eigene sein. Ihre Seereise in den finnischen Sommer.

Vielleicht reisen Sie aber auch mit einem der anderen vier Schiffe der weißen Flotte von Stockholm nach Turku oder Helsinki, um Ihre Sehnsucht in Schweden und in Finnland zu stillen.



Reklame macht, seine Finanzierungssorgen weitgehend los: Bis zum Börsenkrach im Oktober vergangenen Jahres konnte er mehrmals das Aktienkapital erhöhen und die neuen Papiere zu stolzen Kursen verkaufen.

Da das strenge deutsche Baurecht es fast unmöglich machte, zusätzliche Märkte zu errichten, nutzte Wagner die neue Geldquelle zielstrebig für weitere Firmenkäufe: So kamen im Laufe der Jahre die Veba-Tochter Deutsche SB-Kauf und der SB-Warenhaus-Riese Schaper unter das verschachtelte Dach der Asko-Gruppe, die nun in ganz Deutschland vertreten ist.

Alles in allem zählte die Asko Ende vergangenen Jahres 346 Filialen mit insgesamt 1,4 Millionen Quadratmeter Verkaufsfläche. Mit ihren jeweils rund 90 SB-Warenhäusern und Baumärkten ist die Asko nun die Nummer eins auf der grünen Wiese und der zweitgrößte Anbieter im Heimwerkermarkt.

Die 42 Möbelmärkte (Unger) sichern eine Spitzenstellung unter den Einrichtungshäusern, und mit den 34 Adler-Märkten belegt die Asko einen der vorderen Plätze im Textilgeschäft. Das Asko-Sortiment reicht damit vom Anzug bis zum Auto (Marke Austin), vom Frischfisch bis zum Fertighaus.

Weitere Aktivitäten sind geplant: Gemeinsam mit seinem Freund Klaus Wiegandt, dem Chef der Rewe-Leibbrand, will Wagner eine Kette von Uhren- und Schmuckläden betreiben. Mit der schweizerischen Interdiscount AG, dem Mehrheitsaktionär von Photo Porst, soll das gesamte Sortiment der Unterhaltungselektronik vermarktet werden. Über die Zukunft der Geschäftsbeziehungen, die Wagner mit dem Schweizer Firmenaufkäufer Werner Rey (Omni Holding, Inspectorate) aufgenommen hat, schweigt sich der Asko-Lenker allerdings noch aus.

Weniger zurückhaltend sind die Asko-Manager im Umgang mit ihren Lieferanten. Sie werden oft per Telex mit präzisen Datums- und Zeitangaben zu sogenannten Abstimmungsgesprächen beordert, um neue Rabatte und Preise auszuhandeln. „Das liest sich wie ein Einberufungsbefehl", urteilt ein Asko-Lieferant.

Von einem Konditionen-Diktat, über das viele Lieferanten klagen, will Wagner jedoch nichts wissen. „Die Asko", behauptet er, sei „kein Konzern, sondern eine Holding autonomer Unternehmen".

In der Tat ist die Asko-Gruppe inzwischen so verschachtelt (siehe Graphik Seite 93), daß selbst Insider kaum noch den Durchblick haben. Kritiker mäkeln, der Konzern sei „total atomisiert" – selbst für einzelne Abteilungen, etwa Lager und Fuhrpark oder Personal- und Rechtsabteilung, hat Wagner eigene Tochtergesellschaften gegründet. Dabei bleibt teilweise auch die betriebliche Mitbestimmung auf der Strecke.

Selbst einst begeisterte Aktionäre beschleicht heute die Sorge, Wagners großes Rad könne möglicherweise schon bald zum Stillstand kommen. Sie bemängeln, daß der Konzern bislang keine konsolidierte Bilanz vorgelegt hat, und ehemalige Anteilseigner sind heute „heilfroh, das Risikopapier los zu sein".

Noch deuten die von der Asko veröffentlichten Zahlen nicht auf eine Krise hin. Doch sicher ist, daß der Erfolg der Asko ungewöhnlich eng mit der Person Wagner verknüpft ist. „Der hat eine Machtfülle", meint ein Aufsichtsrat, „wie sie sich andere Vorstände nicht einmal in ihren kühnsten Phantasien erträumen."

Der Asko-Chef will zwar in zwei, drei Jahren einem – noch unbekannten – Nachfolger Platz machen. Aber Wagner-Kenner meinen, auch nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand werde sich der Saarbrücker keineswegs auf seine Hobbys (Blockflöte und Reiten) beschränken.

Wagner könnte auch künftig die Zügel bei der Asko in der Hand behalten. Bei der Umwandlung der Genossenschaft in eine AG hatte Wagner ein Gremium gegründet, das in anderen Aktiengesellschaften undenkbar wäre: einen Verein, der mit geringsten Finanzmitteln die gesamte Konzernholding beherrscht.

Derzeit ist die aus neun Personen bestehende Asko Vereinigung e.V. mit Freunden und ehemaligen Weggefährten des Konzernchefs besetzt, die diesen schalten und walten lassen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand wäre Wagner ein Platz in dem einflußreichen Kränzchen sicher – und das für viele Jahre. Laut Satzung endet die Mitgliedschaft in der Vereinigung „mit Vollendung des 75. Lebensjahres".

PARTEIEN

Gebratener Ochse

Die SPD hat sich in Sachen Parteienfinanzierung verkalkuliert: Bei dem sogenannten Chancenausgleich schneidet sie schlechter ab als alle anderen Parteien.

Der bayrische SPD-Landesvorsitzende Rudolf Schöfberger fühlt sich an Pointen aus einem „mittelalterlichen Schwank" erinnert: Sozialdemokraten „wollten mal Schlaumeier spielen und haben sich selbst geprellt".

„Einfach bühnenreif" findet Schöfberger bestimmte Auswirkungen des Bonner Gesetzes über die Neuregelung der Parteienfinanzierung vom 22. Dezember 1983: Ein sogenannter Chancenausgleich sollte Parteien mit schwachem Spendenaufkommen, beispielsweise der SPD,



Einnahmen	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne
Beiträge	108,8	88,2	14,3	8,2	4,5
Spenden	21,5	37,5	18,1	14,2	10,9
Wahlkampfkosten-Erstattung	55,3	48,0	21,8	8,3	10,5
Chancenausgleich	0	3,9	3,7	1,1	1,7
Zinsen und Sonstiges	13,5	14,5	2,3	1,3	2,7
Ausgaben					
Personal	60,8	62,1	11,3	6,2	3,8
Verwaltung	33,0	42,9	8,0	7,1	5,0
Politische Arbeit	109,4	108,2	36,5	17,8	17,1
Zinsen und Sonstiges	3,0	8,3	3,1	2,1	1,7

einen Bar-Ausgleich vom Staat verschaffen.

Bei Modellrechnungen, die von Wissenschaftlern mit Computerhilfe simuliert worden waren, kamen die Genossen damals gut weg: Der Rechner ermittelte für die SPD zusätzliche Geldspritzen zwischen 1,5 und neun Millionen Mark jährlich.

Doch die Realität sieht ganz anders aus: Zwar bekommen die Sozis immer noch vergleichsweise wenig Spenden, bei den Ausgleichszahlungen jedoch gehen sie nahezu leer aus.

Lediglich im vorigen Monat wurden der SPD für das Vorjahr 1,9 Millionen Mark überwiesen. Finanzexperte Dieter Spöri, der 1983, ebenso wie Schöfberger, dem Gesetz nicht zustimmen mochte, hatte es geahnt: „Wir bekommen die Currywurst und die anderen den gebratenen Ochsen."



SPD-Schatzmeister Klose
Stellen abgespeckt

Die Union hat seit 1984 immerhin rund 13,5 Millionen Mark kassiert. Die von den Kommandozentralen der Wirtschaft großzügig alimentierte FDP, die 1986 exakt 42,7 Prozent ihrer Einnahmen aus Spenden bezog, bekam rund sieben Millionen Mark.

Dennoch haben CDU und FDP ebenso große finanzielle Sorgen wie die Genossen – weil die Parteien allesamt schlecht gewirtschaftet haben. „In den Zeiten stark wachsender Einnahmen", kritisiert der Speyrer Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, „hat man das Geld mit vollen Händen ausgegeben."

Am schlechtesten dran ist nun die CDU, die vor Beginn der Spendenaffäre die mit Abstand reichste Partei gewesen war. Die CDU-Parteizentrale hat es in den drei Jahren von 1984 bis 1986 auf ein Minus von rund 53 Millionen Mark gebracht.

Allein 1986 häufte die CDU mehr als 29 Millionen Mark Schulden an. Die



CDU-Schatzmeister Kiep
Schulden angehäuft

Partei habe, räumt Schatzmeister Walther Leisler Kiep ein, in den letzten Jahren „weit über den angesetzten Kosten gelegen".

So groß ist mittlerweile die Geldnot, daß der letzte CDU-Parteitag in der dafür zu kleinen Bonner Beethovenhalle stattfinden mußte und nur einen Tag dauern durfte. Kiep entschuldigte sich bei den Delegierten für „die Unbilden" und „wegen der Enge".

Dem Kassenwart Kiep ist mittlerweile sogar der Sicherheitsaufwand bei Wahlveranstaltungen mit „besonders gefährdeten Mitgliedern der Regierung" zu teuer geworden. Diese Kosten, forderte er, müßten vom Staat erstattet werden, sie hätten sich „in einem unerträglichen Maß gesteigert".

Die SPD, die in den letzten Jahren wegen Geldmangel schon über hundert Stellen abgespeckt hat, folgt einer Doppelstrategie. Nach außen stellt Schatzmeister Hans-Ulrich Klose – der den Vorwurf fürchtet, die „Sozialdemokraten könnten nicht mit Geld umgehen" – die Kassenlage rosiger dar, als sie in Wirklichkeit ist. In internen Zirkeln dagegen wehklagt er über die Finanzmisere.

Durch die „äußerst schwierige Finanzentwicklung", erklärte Klose im SPD-Präsidium, stünden für den nächsten Bundestagswahlkampf nur noch 38 Millionen Mark zur Verfügung; mindestens 60 Millionen Mark müssen es nach Berechnungen von Experten sein. Sogar die Forderung nach einer unpopulären Erhöhung der Bonner Wahlkampfkostenerstattung, derzeit fünf Mark für jeden Wahlberechtigten, schloß Klose vor den SPD-Spitzen nicht aus.

Die FDP, die in früheren Jahren dauernd in kriminelle Spendenaktivitäten verstrickt war, wies für ihre Parteizentrale im letzten Rechenschaftsbericht Bankkredite auf, die mehr als doppelt so hoch waren wie die gesamten Vermögenswerte. Lediglich durch das gute Abschneiden der Liberalen bei der letzten Bundestagswahl hat sich die Finanzlage ein wenig gebessert.

Allerdings droht den Liberalen jetzt neues Ungemach von der Staatsanwaltschaft: Gleich ein halbes Dutzend FDP-Akquisiteure muß in den nächsten Monaten mit Strafbefehlen und Anklagen rechnen.

Gut sieht es lediglich in den Kassen der Grünen und der CSU aus. Beide Parteien bekamen bisher mit 10,6 Millionen und sieben Millionen Mark die höchsten Chancenausgleich-Zahlungen. Ebenso wie die Alternativen, die 1986 immerhin auch rund elf Millionen Mark Spenden holten, schloß die CSU mit einem positiven Saldo (siehe Graphik Seite 98).

Das Finanzdesaster der Großen ist eigentlich erstaunlich. Denn in keiner anderen Demokratie lassen sich die Parteien so üppig vom Steuerzahler aushalten wie in der Bundesrepublik:



Gesetzeskritiker Schöfberger
„Einfach bühnenreif"

- ▷ Rund 690 Millionen Mark kommen in jeder Legislaturperiode als Wahlkampfkostenerstattung herein – je rund 230 Millionen für Bundes- und Landtagswahlen und alle fünf Jahre noch einmal 230 Millionen für Europawahlen.
- ▷ Etwa 50 Millionen Mark jährlich schöpfen die Parteien von den Diäten ihrer Abgeordneten ab – in Form von Fraktionsbeiträgen „und ähnlichen regelmäßigen Beiträgen" (von Arnim).
- ▷ Über 120 Millionen Mark im Jahr erhalten allein die Bundes- und Landtagsfraktionen als Staatszuschuß, obwohl diese Zahlungen möglicherweise verfassungswidrig sind.
- ▷ Mit rund 400 Millionen Mark pro Jahr bedienen sich die Stiftungen von SPD, FDP, CDU und CSU, die der jeweiligen Partei mit vielerlei kostenlosen Diensten behilflich sind.

Dazu kommen weitere Beträge, deren Höhe kaum zu schätzen ist: Gelder, die Regierungsparteien in Bund und Ländern aus Steuertöpfen für die Öffentlichkeitsarbeit von Staatskanzleien und Ministerien zugute kommen oder die der Staat als Steuervergütung für Spenden an Parteien und Stiftungen zuschießt. Überdies sind die Parteien von der Körperschaft- und Vermögensteuer befreit, und auch für Schenkungen und Erbschaften brauchen sie nichts abzuführen.

Ihren Anspruch auf öffentliche Gelder leiten die Parteien aus einem einzigen Satz des Grundgesetzes her. „Die Parteien", heißt es in Artikel 21, „wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit."

Was mit den Millionen geschieht, erregt immer wieder Anstoß. „Warum der manische Griff in die Kasse?" fragte der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger. Die „Millionen-Etats der Parteien", rügte er, würden „hauptsächlich zur Produktion von Müll" verbraucht – Unmengen von Propagandamaterial.

Der Speyrer Parteifinanzexperte von Arnim wundert sich über die „derzeitige Finanzmisere". Die Einnahmen der Parteien, vor allem die Mitgliedsbeiträge, seien sogar stark gestiegen. 1980 beispielsweise kassierten CDU, CSU, SPD und FDP insgesamt 134,5 Millionen Mark aus Beiträgen ihrer Mitglieder, 1986 waren es 220 Millionen Mark.

Um die Verrechnung der Mitgliedsbeiträge ist jetzt unter den Parteien ein Streit entbrannt. Die am 1. Januar 1984 in Kraft getretene Neuregelung der Parteienfinanzierung berücksichtigt beim Chancenausgleich ausdrücklich die Mitgliedsbeiträge. Als Maßstab dient die Partei mit dem günstigsten Verhältnis von Spenden- und Beitragsaufkommen zu ihren Wählerstimmen. Die anderen Parteien erhalten, je nach ihren eigenen Spenden und Beiträgen und dem Anteil von Zweitstimmen bei der letzten Bundestagswahl, Chancenausgleich-Zahlungen. Bislang war, mit einer Ausnahme, stets die SPD die Maßstabspartei.

Der Erfinder der Regelung mit dem Ausgleichsbetrag ist der Staatsrechtler Hans-Peter Schneider aus Hannover, ein Sozialdemokrat. Er gehörte einer fünfköpfigen Sachverständigen-Kommission an, die im Auftrag des Bundespräsidenten in über 13monatiger Detailarbeit das Finanzierungsmodell ausgearbeitet hat. Schneider heute überrascht: „So haben wir uns das eigentlich nicht vorgestellt."

Die Experten hatten bei ihrer Rechnerei nicht vorausgesehen, daß die Genossen mit ihren Wahl-Prozenten einmal tief in den Keller sacken und die bürgerlichen Parteien viel weniger Geld als vor der Spendenaffäre erhalten würden. Schneider, der ursprünglich die Beiträge nicht dazuzählen wollte, räumt einen „Systemfehler" ein. Beiträge bis zu 2400 Mark jährlich bei Verheirateten sollen jetzt wieder aus der Ausgleichsrechnung genommen werden.

In einem vertraulichen Schreiben hat Klose seinen Parteichef Hans-Jochen Vogel bereits aufgefordert, notfalls beim Verfassungsgericht gegen die Mischrechnung zu klagen. Die CDU, die ebenfalls hohe Mitgliedsbeiträge hat, würde sich am liebsten anschließen. „Der Chancenausgleich ist für uns", sagt Uwe Lüthje, Generalbevollmächtigter des CDU-Schatzmeisters, „ein Lotteriespiel."

Doch die Schatzmeister-Runden, in denen früher solche Probleme gelöst wurden, finden seit dem gescheiterten Versuch einer Amnestie für Spendensünder nicht mehr statt. Und die klammen Christdemokraten allein trauen sich die Korrektur nicht zu.

Denn wenn die CDU die Berechnungsgrundlagen zu ihren Gunsten ändern will, droht ihr Krach gleich an zwei Fronten: nicht nur mit der CSU, sondern auch mit der FDP.

Voller Verständnis

In der Bonner Koalition wird über den Atomkurs in der Energiepolitik gestritten.

Die Liberalen im Bonner Kabinett, von Helmut Kohl sonst stets umschmeichelt, fühlten sich vom Kanzler brüskiert. Ohne jede Absprache legte Wolfgang Schäuble, des Kanzlers wirkungsvoller Exekutor, dem Kabinett am Donnerstag vergangener Woche ein Atompapier zum Beschluß vor. Inhalt: eine knallharte Bestätigung der geltenden Nuklearpolitik.

Den Text, so Schäuble, habe er in einem Telephonat mit dem FDP-Vorsitzenden und Wirtschaftsminister Martin Bangemann bis ins einzelne abgesprochen. Der Kanzler ergänzte, nach den Kernenergie-Diskussionen der letzten Tage sei es unabdingbar, die Regierungsposition noch einmal mit einer Stimme darzustellen.



FDP-Politiker Haussmann, Bangemann: Den Kanzler verärgert

Der Hieb, das war jedem klar, galt dem FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann. Der hatte Anfang der Woche auf der Grundlage früherer Parteitagsbeschlüsse der FDP publikumswirksam vorsichtige Zweifel am Ewigkeitswert der Kernenergie, an Brüter, Wiederaufarbeitung und Endlager geäußert.

Die eher harmlosen Plaudereien des FDP-Managers, auf die nächsten Landtagswahlen gezielt, schreckten den Bonner Regierungschef auf. Verärgert erkannte Kohl ein Strickmuster wieder, nach dem die Freidemokraten der Union schon manche Stimme abgejagt hatten: In der Regierung treiben die Liberalen gemeinsam mit der CDU/CSU Brüter und Wiederaufarbeitung voran; außer-



Baustelle der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf: Vorsichtige Zweifel am Ewigkeitswert der Kernenergie

halb des Kabinetts empfiehlt sich die FDP dagegen als der nachdenkliche Teil der Koalition, der die Ängste der Bürger ernst nimmt.

Kohl wird mit dieser FDP-Strategie automatisch ins Lager der Betonköpfe versetzt. „Da müssen wir reingehen", empfahl daher ein Vertrauter seinem Kanzler. Kohl tat, wie ihm geheißen.

Fast wäre der Coup auch gelungen, hätte nicht Hans-Dietrich Genscher frühzeitig Witterung bekommen. Das Durchmarsch-Papier von Schäuble, schimpfte der Außenminister im Kabinett, enthalte nur alte Positionen. Kein Wort sei darin zu finden von der Übergangsnatur der Kernenergie, kein Wort von einer Zukunft ohne Atomstrom, die CDU-Minister Klaus Töpfer in Interviews und Reden propagiere.

Arbeitsminister Norbert Blüm und Familienministerin Rita Süssmuth sprangen Genscher bei. Man müsse den Alternativenergien in dem Papier mehr Aufmerksamkeit widmen, forderten sie.

Kohl brach die Debatte schließlich ab und ordnete an, ein Redaktionskomitee solle mit einem neuen Entwurf den Bedenken Rechnung tragen. Kohls Vorgabe für die Ministergruppe: „Keine Infragestellung der Kernenergie, aber Zeigen von Sensibilität." So geschah es, und wenige Stunden später verkündete der Regierungssprecher, das Kabinett sei voller Verständnis für diejenigen, die eine andere Energiepolitik wollten, aber es bleibe alles beim alten.

Beendet ist der Streit über den Energiekurs damit nicht. Viele Freidemokraten, unter ihnen auch Genscher, schäumen über den Versuch, eine Äußerung ihres Generalsekretärs zwei Tage später per Kabinettsbeschluß zur Makulatur zu erklären. „Ein unglaublicher Vorgang", empört sich Umweltsprecher Gerhart Baum, „wir werden überlegen, ob wir künftig Äußerungen Geißlers durch Kabinettsbeschluß zurückweisen."

Die Liberalen können sich nicht vorstellen, daß ihr eigener Vorsitzender Bangemann, der vergangene Woche Indonesien bereiste, aus Fernost an dem Bubenstück mitgewirkt haben soll. Im Präsidium am Montag hatte Bangemann seinen Generalsekretär schließlich ausdrücklich zu dem Atomvorstoß ermuntert.

Der Argwohn belegt, wie schlecht das Koalitionsklima in Bonn tatsächlich ist. Die aufgeregten Reaktionen beweisen zugleich, daß die feinfühligen Taktierer in der Union und in der FDP das Thema Kernenergie nach Harrisburg, Tschernobyl und Hanau für wahlentscheidend halten.

Weil Atomdogmatismus womöglich Wähler kosten kann, hatte die Bonner Regierung bereits Mitte 1987 eine verbale Kurskorrektur vorgenommen. Per Kabinettsbeschluß wurde der Atomstrom vom unerschöpflichen Born zur Übergangserscheinung degradiert.

Von einer „Übergangsenergie" reden inzwischen alle im Regierungslager – die einen, weil sie hinter diesem Nebelschleier weitermachen wollen wie bisher; andere, weil sie darauf setzen, daß dieses Wort irgendwann Wirkung haben wird; manche auch, weil sie einfach nur unsicher geworden sind.

Doch selbst die, die wirklich an die Notwendigkeit einer Energiewende glauben, wagen es noch nicht, offen die notwendigen Schritte zu fordern. Denn wenn Atomkraft wirklich nur eine Übergangserscheinung sein soll, dann müßte schleunigst umgesteuert werden: Statt Milliarden für den Schnellen Brüter in Kalkar und die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf auszuwerfen, müßte Bonn auf Energiesparen und alternative Energien setzen.

Im FDP-Präsidium am Montag versuchte Gerhart Baum die allgemeine Unsicherheit zu nutzen. Weil seine Partei im Wahlkampf ist, so sein Kalkül, müßte ein erster Versuch, den Übergang in die Nach-Atom-Zeit zu konkretisieren, jetzt Chancen haben.

Der liberale Querkopf bekam dann auch tatsächlich den Auftrag, für die nächste FDP-Bundesvorstandssitzung Ende Februar die Voraussetzungen für den Wandel zu skizzieren. Sein Mindestziel: Wenigstens beim Energiesparen soll die FDP bald was vorzeigen können.

Gemeinsam mit den Umweltexperten seiner Partei hat Baum bereits einen Katalog zusammengestellt, der vielen in der Koalition als Teufelsliste erscheinen wird. Der Freidemokrat will, genau wie Töpfer, den Umweltschutz im Energiewirtschaftsgesetz verankern. Der Staat hätte dann mitzureden, ob etwa ein Kernkraftwerk gebaut oder ob das Fernwärmenetz erweitert wird. Der Umweltschutz soll den Ausschlag geben.

Weitere Punkte:

- ▷ ein neuer Stromtarif, der zum Sparen reizt;
- ▷ neue Vorschriften für Vermieter, mit dem Ziel, den Heiz-Energieverbrauch einzudämmen;
- ▷ Zinsvergünstigungen für Energiespar-Maßnahmen im und am Haus;
- ▷ Erhebung einer Energiespar-Abgabe.

Ob solche systemkritischen Vorschläge eine Chance haben, steht dahin. Bislang läßt vor allem die Schlinger-Politik des Vorsitzenden Bangemann im Wirtschaftsministerium eher eine Fortsetzung des alten Kurses bei der FDP erwarten.

Erst vor 14 Tagen sperrte sich der FDP-Abgeordnete Karl-Hans Laer-

mann, als ihn eine Gruppe von Unionsabgeordneten ansprach, gemeinsam einen Vorstoß zugunsten alternativer Energien zu starten. Laermann: „Das macht Lambsdorff nie mit." Verbittert vernahmen die Unionspolitiker in der vergangenen Woche, wie Haussmann von Wind- und Sonnenenergie säuselte.

Die Christdemokraten sorgen sich, daß sie am Ende als letzte und einzige Atomfans übrigbleiben. Auch ein Helmut Kohl kriegt mit, daß die Stromindustrie nur noch verhalten für den Brüter und für Wackersdorf ficht; und daß die katholische Kirche immer kritischer reagiert.

Und Kohl merkt, daß mehr und mehr Abgeordnete irritiert sind, weil sie in Argumentationsnot geraten. „Übergangsenergie" einerseits, Brüter und Wiederaufarbeitung andererseits – das paßt nun einmal nicht zusammen, und das sei deshalb auch nicht zu erklären, zürnt zum Beispiel der Kalkar-Abgeordnete Heinrich Seesing (CDU) immer häufiger vor Freunden.

Beim Mittagessen mit DGB-Chef Ernst Breit am Dienstag kam Kohl ins Sinnieren. Breit wollte wissen, ob Wiederaufarbeitung und Endlagerung des Atomabfalls unabdingbar zusammengehörten. Der Kanzler rettete sich in ein längliches Lamento über die Unzuverlässigkeit von Wissenschaftler-Aussagen. Sein Fazit: „Die wissen es natürlich auch nicht."

ZEITSCHRIFTEN

Zerfetzte Jungs

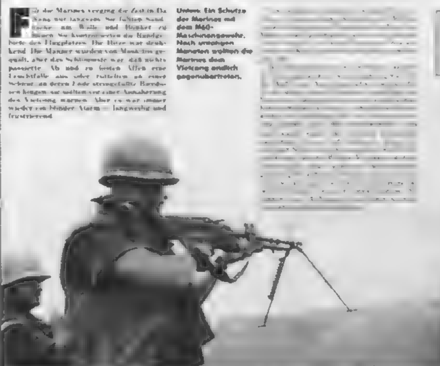
Eine international verbreitete Heftreihe beutet das Geschäft mit Kriegsgreueln aus. Popularisiert wird „das Vietnam-Abenteuer".

Es ist so schön, Soldat zu sein: „Vor Tagesanbruch waren wir schon wieder auf den Beinen", berichtet ein Oberst von der vordersten Front, ein Posten „erzählte flüsternd, daß voraus einige Hütten lagen". Weiter in heroischer Stammtischmanier:

> Wir trafen den Feind völlig unvorbereitet. Sie hatten keine Sicherungsposten aufgestellt und sahen uns erst, als wir nur noch zehn Meter entfernt waren ... Als aber einer von ihnen nach seinem AK-47-Gewehr griff, zogen die Einheimischen auf unserer Seite den Abzug ihrer Maschinenpistolen durch. Ich rief zwar sofort: „Feuer einstellen!", aber neun Feinde waren schon tot.

Kriegsverherrlichende Pfadfindergeschichten wie diese („Unteroffizier Young und ich verwischten unsere Spuren mit Zweigen") bietet eine Heftreihe in aufwendigem Buntdruck, die Ende Januar bundesweit an die Kioske kam – unter dem merkwürdigen Kurztitel „Nam". Das Kürzel aus dem amerikanischen Veteranenslang übersetzt der Untertitel in beschönigendem Deutsch:





ERSTES BLUT BEI DEN MARINES

Als die Marines endlich mit der Operation „Starlite" in Aktion traten, erzielten sie einen schnellen Sieg. War das für den Vietcong jedoch eine hilfreiche Erfahrung?

1965

„Nam"-Erstausgabe: „Wir hatten sechs Tote"



„Die Vietnam-Erfahrung 1965-75". Das Heftthema ist, im Klartext, der Vietnamkrieg.

Im Vorwort der ersten Ausgabe, der 18 Nummern folgen sollen, hieß es verniedlichend: „Gerade in Deutschland kann man darüber streiten, ob detaillierte militärische und menschliche Analysen der Aufklärung dienen. Die Darstellung des Vietnamkriegs aus amerikanischer Sicht erfolgt jedoch mit der notwendigen Selbstkritik."

Aber nicht Analyse und Selbstkritik sind die Schwerpunkte der beiden bisher erschienenen Hefte, sondern Action-Photos von Kriegsberichterstattern, meist in opulenter Farbe: qualmende Jeeps, blutende Verwundete, zerfetzte Leiber, Menschen unter der Folter, sterbende Soldaten. Dazu gibt's, genießerisch ausgeschmückt für den privaten Hausgebrauch, Schlachtszenen satt:

> Auf 200 Meter bot die Straße ein Bild schrecklichen Leidens. Wir hatten sechs Tote und 19 Verwundete, und es sah schlimm aus. Klumpen sich windender Körper, zerfetzte Jungs, die einfach dalagen, die Glieder in merkwürdigen blutigen Winkeln verrenkt, mit weißen, spitz hervorstehenden Knochen.

Die kunterbunte Vermarktung exotischer Kriegsgreuel ist ein Zeichen dafür, daß der weltweite Vietnamprotest der sechziger und siebziger Jahre, die „Ho-ho-ho-Tschi-minh"-Rufe revoltierender Studenten, nur noch blasse Erinnerung sind. Die Aufwertung des Kriegs und der Krieger im Ramboland des Ronald Reagan, durch öffentliche „Lobeshymnen" und „viel Beifall" (ein „Nam"-Veteran), beginnt auf Europa auszustrahlen.

Amerikanische Kämpfer, Kriegsberichter und Interpreten steuern ihre Heldensagen und Schauergeschichten für die voyeuristische Nachlese bei. Die versprochenen Analysen lesen sich so: „Amerikanische Streitkräfte konnten es mit den besten Truppen des Feindes aufnehmen. Gefechtsentscheidend war die Mobilität auf dem Feld, erreicht durch den Einsatz von Hubschraubern."

Entwickelt wurde das Sammelwerk von dem Londoner Verlag Publicator, der dem italienischen Sachbuchverlag De Agostini gehört. Die Hefte, die auch in England und Italien herauskommen, erscheinen hierzulande alle 14 Tage für sechs Mark. Die deutsche Übersetzung besorgte der Hamburger Verleger Gerhard Sondermann, Mehrheitsbesitzer der Frankfurter Satirezeitschrift „Titanic", im Verein mit Oberstleutnant Frank S. Rödiger, Dozent an der Hamburger Bundeswehr-Führungsakademie. Die deutsche Auflage, schätzungsweise eine halbe Million, brachte der Inland Presse Vertrieb des Verlags Gruner + Jahr in den Handel.

Etwas mulmig ist dem Bundeswehr-Politologen Rödiger bei dem „vorrangigen Verlagsinteresse, Geld zu verdienen", schon. Denn es gebe, räumt er ein, „ein paar Probleme mit dem Heft". Doch „die sehr journalistische Aufmachung mit 'ner ganzen Reihe von Kampfbildern" werde aufgewogen durch zwei Erkenntnisse für die Leser: Auch konventionelle Kriege dürften „nicht mehr Mittel der Politik sein", und „mit Technik und Militär lösen wir die Probleme nicht mehr" (Rödiger).

Diesen Effekt bestreiten Pädagogen und Jugendschützer. So beschwerten sich in Stuttgart Lehrer, die den Vietnamkrieg im Unterricht durchnehmen, beim Jugendamt über die verharmlosende Wirkung des „gefährlichen Hefts".

Die amtlichen Jugendschützer erwägen nun einen Indizierungsantrag bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Doch eine „offensichtliche Kriegsverherrlichung", sagt die Amtsmitarbeiterin Margarethe Klingler-Lauer, sei „schwer nachzuweisen", denn das Heft sei „clever gemacht"; das Geschäft mit den Kriegsleiden gehöre ja zum Konzept. Eingestreut werden auch Berichte wie „Stop the war", eine Story über die Protestbewegung.

Auf welche Zielgruppe die geschäftliche Spekulation gerichtet ist, wurde bei der massiven „Nam"-Werbung in Presse, Funk und Fernsehen deutlich. „Ich sah Dinge mit 19, niemand sollte sie je sehen", verriet in einem Sendespot ein Soldat. Und auch ein Werbesprecher redete von „einem Krieg, dessen Soldaten im Durchschnitt 19 waren".

„Unterschwellig", sagt Jugendschützerin Klingler-Lauer, schwinge bei „Nam" die Botschaft an junge Männer mit, im Krieg könne sich der Soldat „in Gefahren, Dreck und Schwüle als Mann, als Held beweisen wie sonst nirgendwo".

Im Saarland, wo die Heftreihe vor der bundesweiten Verbreitung mehrere Wochen lang getestet wurde, hieß der „Nam"-Untertitel noch treffend: „Das Vietnam-Abenteuer". Scharfe Kritik im Saarländischen Rundfunk bewog Sondermann, einer Empfehlung Rödigers zu folgen: „Die Vietnam-Erfahrung".

Der Inhalt blieb derselbe.

STEUERREFORM

Geht so raus

Die Finanzierung der Steuerreform wird immer ungewisser.

Gerhard Stoltenberg ist ein großer Geheimniskrämer. Im Kabinett nervt der Finanzminister seine Kollegen ständig mit der Floskel: „Ich sage das außerhalb des Protokolls." Dann verkündet er mit bedeutender Miene Banales.

Auch im Ministerium hält der Chef viel von Diskretion. Die Beratungen für sein Meisterwerk, die für 1990 vorgesehene Steuerreform, organisierte er nach Geheimdienstregeln: Jeder, ob Hilfsreferent oder Abteilungsleiter, erfährt immer nur so viel, wie er zur Erfüllung der ihm zugewiesenen Spezialaufgabe unbedingt wissen muß.

Bei den Einzelgesprächen mit Stoltenberg hielten die beamteten Experten ihrem Minister in den vergangenen Wochen stereotyp immer wieder die gleiche Formel vor: „Ich habe verfassungsrechtliche Bedenken."

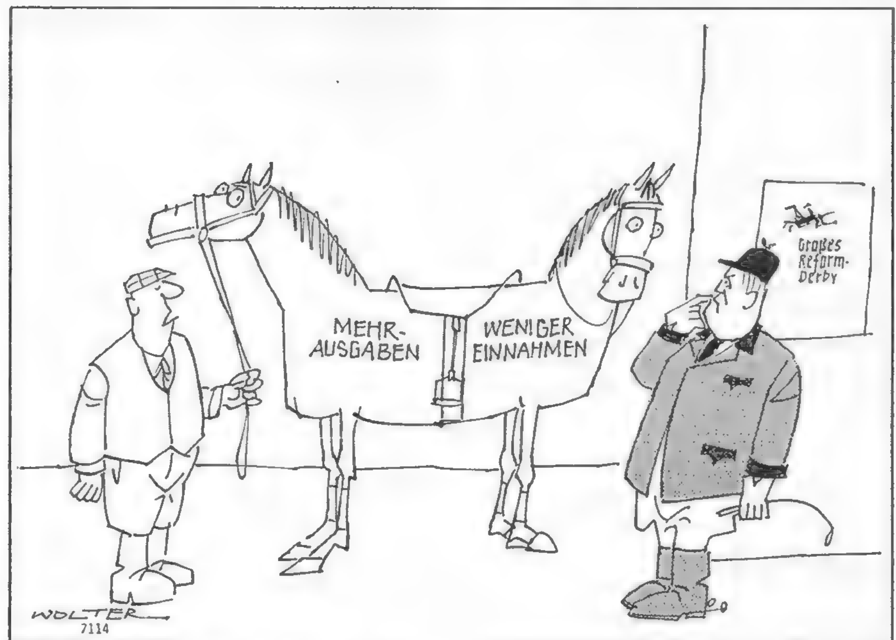
Mal erkundigte Stoltenberg sich dann, wie „intensiv" diese Bedenken seien. Mal teilte er seinen Bedenkenträgern mit: „Jawohl, ich habe Ihre Einwände gelesen, sie sind in sich schlüssig."

Immer aber lautete schließlich die letzte Entscheidung: „Das geht so raus."

Die lässige Abwehr der verfassungsrechtlichen Einwände durch den Minister, der um seine Reform fürchtet, veranlaßte den Leiter der Steuerabteilung, Adalbert Uelner, zu einem ungewöhnlichen Vorgehen.

Uelner legte den 423 Seiten starken Gesetzentwurf nicht wie üblich nur mit seiner Unterschrift vor; er bestand vielmehr darauf, daß der verantwortliche Verfassungsrechtler des Hauses, Abteilungsleiter Bruno Schmidt-Bleibtreu, ebenfalls unterschrieb. Sicher ist sicher.

Schon jetzt nämlich steht fest: Wird der Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung Gesetz, folgt eine Vielzahl von Prozessen – mit ungewissem Ausgang und mit zum Teil vielleicht schwerwiegenden finanziellen Folgen für die Gesamtreform.



„Herr, die Pferde sind gesattelt"

Die juristischen Zweifel beginnen bei der Amnestie für Steuersünder, die Stoltenberg seiner protestantisch-strengen Seele abgerungen hat. Die Amnestie soll es jenen Steuerhinterziehern, die seit Jahren ihre Zinsen am Finanzamt vorbeigemogelt haben, erleichtern, von jetzt an steuerehrlich zu werden. Sie sollen nicht nur die unausweichlichen zehn Prozent Quellensteuer, sondern zusätzlich ehrlich Einkommensteuer zahlen.

Der Gnadenakt hat einen Haken: Es ist nicht einzusehen, warum Zins-Hinterzieher beglückt werden, die Witwe aber, die Mieteinkünfte von Untermietern verschwiegen hat, bei Entdeckung weiterhin mit der ganzen Schärfe des Gesetzes rechnen muß.

Ähnlich fragwürdig ist die geplante Zusammenlegung von Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag sowie Werbungskostenpauschale, die 1,2 Milliarden Mark pro Jahr bringen soll. In nicht wenigen Fällen wird die Pauschale ganz durch Werbungskosten, wie etwa weite Fahrten zur Arbeit, aufgezehrt.

Für diese Steuerpflichtigen entfällt der bisherige Arbeitnehmerfreibetrag von 480 Mark ersatzlos. Der Bundesfinanzhof hat jedoch ausdrücklich festgestellt, daß diese Steuervergünstigung als Ausgleich für die besseren Steuersparchancen der Selbständigen anzusehen ist. Sie steht daher unter dem Schutz des Eigentumsartikels im Grundgesetz.

Bei seinem Abbau von Steuervergünstigungen kommt Stoltenberg auch unabhängig von juristischen Fangschlingen ins Gedränge. Er hat kaum noch Aussichten, die versprochenen 18 bis 19 Milliarden Mark einzubringen.

Immer wieder hat der Minister intern gemahnt, der geballten Macht der Verbände zu widerstehen. Wenn es den Betroffenen gelänge, nur einen einzigen wichtigen Baustein herauszubrechen, gerate das gesamte Gebäude ins Wanken.

Genau das aber ist bereits zweimal geschehen, und beide Male mit Hilfe des Kanzlers. Helmut Kohl hat, getrieben von Franz Josef Strauß, den Sparkassen das Privileg eines niedrigeren Körperschaftsteuersatzes erhalten. Der Finanzminister hatte diese Begünstigung gestrichen. Das allein kostet 200 Millionen Mark.

Im Koalitionsgespräch meldete daraufhin sogleich Otto Graf Lambsdorff seine Forderungen an: „Das wird Folgen haben, zum Beispiel für die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit." Im Referentenentwurf sind diese Folgen noch nicht zu erkennen, aber allen Experten ist klar: Wenn die Sparkassen

begünstigt werden, müssen alle anderen Institutionen, die bislang wie die Sparkassen behandelt wurden, ebenfalls begünstigt werden. Und schon wieder sind 200 Millionen Mark weg.

Ohne Stoltenberg lange zu fragen, stellte Kohl überdies den Kirchen in Aussicht, sie würden um die Quellensteuer herumkommen. Auch das hat Folgen, die Stoltenberg intern immer wieder bang beschworen hatte.

Auf die Kirchen folgen Stiftungen, Wohlfahrtsorganisationen, öffentliche Banken, Gewerkschaften und andere. Wieviel von den eingeplanten 4,3 Milliarden Mark Mehreinnahmen aus der Quellensteuer übrigbleiben wird, wagt kein Fachmann in Bonn zu prophezeien.

Daß bald nach neuer Deckung gesucht werden muß, ist auch den Unionsabgeordneten der Arbeitsgruppe Finanzen bereits aufgegangen. Sie haben ihren Minister aufgefordert, eine ganze Reihe weiterer Subventionen zu überprüfen.

Dazu zählen Kleinigkeiten wie die „Subventionierung der ausländischen Fluggesellschaften beim Treibstoff" oder die „Mineralölsteuerermäßigung für Forschungslabors".

Dazu zählen aber auch politisch heikle Posten. „Streichung des Kindergeldes für Höherverdienende bei Anhebung der Einkommensgrenzen", ist auf der Liste als Vorschlag vermerkt. Erwartet wird eine Einsparung von 500 Millionen Mark.

MONTAN-INDUSTRIE

Lange Liste

Hoffnung für Stahlarbeiter und Kumpel? Helmut Kohl will Vorschläge zur Rettung des Ruhrgebiets präsentieren.

Beim Mittagessen mit Gewerkschaftern fand Helmut Kohl viele schöne Worte für die Bahn, die sonst in Bonn nur wenig geachtet wird. Sie müsse, so der Kanzler am Dienstag vergangener Woche zu DGB-Chef Ernst Breit und seinen Stellvertretern, vor allem im Nahverkehr bevorzugt gefördert werden.

Damit kam Kohl gut an. Nun müsse auch, spann Breit das Thema fort, die zukunftsträchtige, superschnelle Magnetschwebebahn endlich auf die Strecke gehen, und zwar in Nordrhein-Westfalen, möglichst im Ruhrgebiet.

Kohl war, selten bei einer Gewerkschaftsforderung, begeistert: „Das wäre der Förderung wert."

Der Kanzler hat scheinbar sein Herz für das Industriegebiet an Rhein und Ruhr entdeckt. Er sammelt Vorschläge, wie der Region geholfen werden könnte. Eine Strecke für die Magnetschwebebahn „Transrapid", die bislang nur Proberunden im Emsland dreht, scheint ihm da besonders attraktiv.



Revierpolitiker Blüm*: „Wir müssen was bieten"

Am Mittwoch nächster Woche möchte Kohl dann die gesammelten Vorschläge medienwirksam präsentieren: Auf einer Konferenz über die Zukunft der Montanindustrie will sich der Kanzler als wahrer Freund der Stahlkocher und Kumpel profilieren. Ministerpräsident Johannes Rau und dessen SPD sollen als Versager dastehen.

Mehr als 40 000 Stahlarbeiter werden in den kommenden Jahren ihre Jobs verlieren, 100 000 waren seit Mitte der siebziger Jahre schon dran. In den Kohlezechen werden wahrscheinlich ebenso viele Arbeitsplätze vernichtet. Das hat Konsequenzen für Zulieferbetriebe, Handel und Dienstleistungsgewerbe. Insgesamt wird es an Rhein und Ruhr bald 200 000 Stellen weniger geben.

Bonn hat lange gezögert, dem bedrängten Nordrhein-Westfalen beizuspringen. Doch nun soll ein großes Palaver beginnen: NRW-Ministerpräsident Johannes Rau wird mit seinem halben Kabinett dabeisein, Stahlmanager und führende Unternehmer aus anderen Branchen, Verbandsvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte und Kommunalpolitiker diskutieren mit.

Arbeitsminister Norbert Blüm, Chef des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, hatte seinen Kanzler seit langem gedrängt, das Problem Ruhrgebiet nicht einfach mit Polemik gegen die sozialdemokratische Landesregierung abzutun. Blüm sorgt sich um seine Wähler.

Als der Kanzler und Wirtschaftsminister Martin Bangemann vor zwei Wochen die Koalitionspartner zu einem ersten Gespräch über das Ruhrgebiet zusammenriefen, saßen sie noch ohne Vorschläge da. Blüm beschwor den Chef, Rau nur ja nicht die Chance zu geben, die Bonner als Schwätzer abzuqualifizieren. Blüm: „Wir müssen was bieten, wie bei einer Tarifverhandlung."

Inzwischen jedoch ist Kohl, so ein Kanzler-Berater, „motiviert wie selten". Er hat eine lange Liste beisammen. Die zuständigen Ressorts wies er an, die Vorschläge „aktiv und konstruktiv zu prüfen".

So soll Forschungsminister Heinz Riesenhuber in Duisburg beim „Pilotprojekt Altlastensanierung" helfen: Verlassene, möglicherweise verseuchte Industriegrundstücke werden geräumt, entgiftet und zu Lasten des Riesenhuber-Etats für neue Ansiedlungen hergerichtet. Drei auswärtige Unternehmen hätten bereits ihre Bereitschaft erklärt, auf solchen Arealen zu investieren.

Auch für die Arbeiter des von der Schließung bedrohten Krupp-Stahlwerks Rheinhausen möchten die Bonner etwas tun. Eine vielleicht tausendköpfige Restmannschaft könnte dort auch nach dem letzten Stahlabstich in Lohn bleiben: Finanziert von Bund und Land, sollen sie die Gebäude abreißen, die Flächen sanieren.

Ein alter Wunsch der kommunalen Wirtschaft könnte ebenfalls in Erfüllung gehen. Im Duisburger Hafen soll – wogegen der Finanzminister sich seit Jahren sperrt – nun doch ein zollfreier Raum entstehen, in dem Firmen billig Exportwaren produzieren können. Zusätzlich soll Oscar Schneiders Bauressort mit Staatsgeldern die Revierstädte verschönern und damit Arbeit schaffen.

Die Stahlfirmen haben zugesagt, Geld, Grundstücke und Verbindungen in eine private Wirtschaftsförderungsgesellschaft einzubringen. Die Lehrwerkstätten im Hüttenwerk Rheinhausen sollen als überbetriebliches „Weiterqualifizierungszentrum" erhalten bleiben.

* Auf einer IG-Metall-Kundgebung zur Stahlkrise.

Ein Forschungsinstitut der Fraunhofer-Gesellschaft will Riesenhuber an die Ruhr vergeben, neue Straßen könnten gebaut werden, und – das ist des Kanzlers Herzenswunsch – die „Transrapid"-Magnetschwebebahn soll Essen mit Paris, ersatzweise wenigstens mit Frankfurt verbinden. Daß die Paris-Strecke von den beteiligten Regierungen und der Bahnführung längst abgelehnt wurde, daß die Schwebebahn überhaupt wenig Chancen besitzt, hat die Bonner bislang nicht gestört.

Die Schwebebahn ist nicht der einzige fragwürdige Punkt in Kohls Liste. „Bei der Konkretisierung der Projektideen", räumt ein Kanzler-Mitarbeiter ein, „bestehen noch erhebliche Defizite."

Über allem schwebe ohnehin „noch der Geist Gerhard Stoltenbergs", meint ein Beamter aus dem Wirtschaftsministerium. Der Finanzminister habe nämlich „zu all dem noch keinen Pfennig zugesagt". Stoltenbergs Leute hätten entsetzt abgewinkt, als sie, informell, von der Wunschliste erfuhren.

In dieser Woche möchte Kohl nun mit Stoltenberg den finanziellen Rahmen abstecken – „einige hundert Millionen sind wohl das Äußerste", so die Einschätzung im Lager des Wirtschaftsministers. Das aber ist weit weniger, als Johannes Rau von Bonn fordert. Zwei Milliarden Mark, verteilt auf vier Jahre, will die Landesregierung für ihre „Zukunftsinitiative Montanregionen" ausgeben.

Rau versammelt schon am Mittwoch dieser Woche die Fraktionsspitzen der Landesparteien, Ruhr-Unternehmer, Revierbürgermeister, Betriebsräte und regionale Kirchenvertreter um sich. Er möchte die wichtigsten Gruppen im Lande zur „Unterstützung für die Landesregierung" gewinnen, so sein Sprecher Helmut Müller-Reinig, damit „wir in Bonn geschlossen auftreten können".

Raus Absicht ist klar. Kommt auf der Ruhr-Konferenz in der nächsten Woche etwas Positives heraus, dann hat es die NRW-Regierung gegen Bonn durchgesetzt. Im Falle einer großen Pleite jedoch soll klar sein: Rau hat's versucht, aber Kohl hat blockiert.

Ob Rau mit dieser Taktik Erfolg hat, ist noch ungewiß. Die starke IG Metall jedenfalls hat er noch nicht gewonnen. Enttäuscht verließen Franz Steinkühler und Kollegen ein Vorgespräch beim Landesvater: Da sei „nun gar nichts an neuen Ideen" gekommen.

LUFTFAHRT

So ein Zischen

Blitzschlag? Vereisung? Gewitterböen mit Urgewalt? Der folgenschwere Flugzeugabsturz im Anflug auf Düsseldorf – 21 Tote – bleibt vorerst ungeklärt.

An einem Spätnachmittag Ende Januar befand sich ein Lufthansa-Airbus A 310 im Schlechtwetteranflug auf Hamburg, durch rabenschwarze Wolken und prasselnden Regen. Ein schmetterndes Krachen, begleitet von einem weißlich zuckenden Lichtblitz an der linken Tragfläche, ließ die Passagiere zusammenfahren. „Kein Grund zur Besorgnis", beruhigte der Pilot sogleich die Verängstigten, „wir hatten einen Blitzschlag, aber es ist nichts passiert, alle Instrumente sind heil geblieben."

Sieben Minuten später, das Flugzeug war sicher gelandet, entschuldigte sich der Flugzeugführer nochmals „für den Schrecken, den wir Ihnen zugefügt haben, aber wir sind selber immer wieder überrascht". Am Backbord-Triebwerk hatte der Blitz eine dicke schwarze Schmorstelle hinterlassen. Die Passagiere, so der Kapitän, wüßten ja aus der Physik, daß ihnen im Flugzeug, einem „Faradayschen Käfig", während des Fluges durch Blitze „nichts passieren" könne. Grundlose Ängste also?

Den 21 Insassen eines zweimotorigen Turboprop-Flugzeuges, das am Montag letzter Woche, aus Hannover kommend, im Gewitteranflug auf Düsseldorf in den Ruhrauen bei Mülheim zerbarst, passierte das Schlimmste. Mit einem „sehr hohen Grad an Wahrscheinlichkeit", so der untersuchende Staatsanwalt Gerd Unterberg, war es ein Blitzschlag, der die Katastrophe herbeiführte: Es war der folgenschwerste bundesdeutsche Flugzeugabsturz seit 17 Jahren, ein „Hammer von einem Großunfall", wie ein Unfall-Untersucher des Luftfahrt-Bundesamts (LBA) in Braunschweig formulierte.

Der Hammer traf, morgens kurz vor acht Uhr, ein mit zwei Propellerturbinen ausgerüstetes, für Allwetterflüge instrumentiertes und mit 19 Passagieren vollbesetztes Zubringerflugzeug vom Typ Swearingen Metro III (Hersteller: Fairchild, USA). In einer Höhe von knapp unter 1000 Metern, so rekonstruierte Karl-Heinz Krüger, Technischer Geschäftsführer der Flugzeugeignerin „Nürnberger Flug Dienst" (NFD), den Hergang, sei die Unglücksmaschine womöglich unter mißlichen Umständen in „wahnsinnige Turbulenzen" und bei „null Sicht" offenbar in eine unkontrollierte Fluglage geraten, aus der es kein Entrinnen gab.

Der Blitzschlag, so vermuten Geschäftsführer Krüger und Staatsanwalt Unterberg, habe das elektronische Bordsystem gelähmt und die ihrer Instrumen-



Metro-III-Absturzstelle bei Mülheim: „Runter wie ein Klavier"

te beraubten Piloten quasi „erblinden“ lassen.

Zwar hat jedes Passagier-Flugzeug eine Notstromversorgung, die bei Stromausfall wenigstens die allernotwendigsten Instrumente im Cockpit wieder zum Leben erweckt. Die NFD-Metro benötigt maximal 15 Sekunden für die Umschaltung auf Notstrom – das aber war bei dem Unglücksflug im tosenden Wintergewitter nach Ansicht des Staatsanwalts zu lange.

Augenzeugen berichteten, mit einem Geräusch „wie ein Lastwagen bei Vollgas“ sei das Flugzeug „in Korkenzieherbahnen“ vom Himmel gefallen – Beobachtungen, die den Verdacht nähren, die Maschine sei vor dem Absturz in einen „überzogenen“ Flugzustand mit Abriß der tragenden Anströmung geraten.

Was immer dazu geführt haben mag, daß die Maschine rund zehn Kilometer vor der Düsseldorfer Landebahn 24 zerschellte – es muß urplötzlich über den verantwortlichen Flugzeugführer Ralf Borsdorf, 36, und seine Copilotin Sibylle Heilmann, 29, gekommen sein. Unheimlich genug: Im Funksprechverkehr mit den Bodenstellen deutet nicht das geringste auf ein sich anbahnendes Desaster hin.

Im bruchsicheren „Cockpit Voice Recorder“, der alle Cockpitgeräusche der jeweils letzten 30 Minuten auf Tonband speichert, vernahmen die Unfall-Untersucher als letztes einen – zeitlich kurz vor dem Aufschlag abgehaltenen – Routine-Dialog zwischen der Copilotin und einer Bodenstation. Frau Heilmann, gebürtige Hamburgerin, verabschiedete sich dabei mit einem hanseatischen „Tschüs“. Danach ertönte laut Krüger nur noch „so ein Zischen“.

Für die amtlichen Untersucher in Braunschweig, die nicht zu voreiligen Schlüssen neigen, ist die Blitztheorie nur eine „von mindestens 25 anderen Möglichkeiten“. Das fünf Jahre alte, 18 Meter lange Flugzeug eines in über 700 Exemplaren gebauten und weltweit bewährten Typs mit 1900 PS Antriebsleistung war allem Anschein nach von den NFD-Mechanikern in ordentlichem Zustand gehalten worden.

Die Beamten wollen die aufgelesenen und numerierten Trümmer „erst mal vorsichtig waschen“, in der Halle auslegen wie am Fundort und dann mit ihrem detektivischen Puzzle beginnen. Besonders an die „völlig zusammengeklumpten Instrumente“ gehen sie behutsam ran wie Archäologen, um keine Spuren zu verderben.

„Vereisung, Explosion, Downburst, alles wird untersucht“, so einer der Braunschweiger Beamten. War nicht auch der Absturz einer italienischen ATR 42 im letzten Jahr am Comer See eine Zeitlang rätselhaft geblieben? Erst vor kurzem hat sich zweifelsfrei herausgestellt, daß die unglücklichen Piloten unter den damals herrschenden Flugund Wetterbedingungen offenbar der Enteisung nicht genügend Augenmerk geschenkt hatten. Über die Vereisungsgefahr zur Unfallzeit im Raum Mülheim soll daher ein angefordertes Gutachten der Meteorologen erste Aufschlüsse beisteuern.

Wertvolle Hinweise erwarten die Braunschweiger auch von der Auswertung des Flugschreibers, der die wichtigsten Flugdaten speichert. Leider hat sich bereits gezeigt, daß es offenbar schwierig ist, die nur unvollkommen aufgenommene „G-Spur“ zu deuten. Sie gibt Aufschluß über die Beschleunigungen, denen das Flugzeug zuletzt ausgesetzt war – wichtiges Indiz für die Belastungen, etwa durch eine plötzliche Fallbö („Downburst“) oder durch heftige, jäh die Richtung wechselnde Turbulenzstöße, die sogar für Großraumflugzeuge gefährlich werden können.

Die meisten Fachleute halten denn auch für möglich, daß die auffallend schlanke, kurzflüglige Nürnberger Maschine tatsächlich einem Blitz zum Opfer fiel – allerdings nur im Zusammenwirken mit anderen Gefahrenmomenten.

Starke elektrische Entladungen vor allem am Rand von Gewitterfronten können dazu führen, daß wichtige Fluginstrumente falsch anzeigen oder ganz ausfallen. Das zeigte sich vor einigen Jahren bei einem Jumbo-Anflug im Raum Düsseldorf.

Die Flugüberwachung hatte dem Kapitän die Erlaubnis zum Umfliegen einer schweren Wetterfront verweigert – so steuerte die Maschine direkt ins Zentrum eines Gewitters und wurde binnen Minuten von wenigstens fünf Blitzen getroffen. Die Folge: Alle Kompasse zeigten falsch an, die Fahrtmesser wiesen Abweichungen bis zu 70 km/h von der tatsächlichen Geschwindigkeit aus. Zudem wurde das Flugzeug durch Hagelschlag schwer beschädigt.

Das Unglücksflugzeug von Mülheim flog nach den Angaben der Unfalluntersucher „genau auf dem Strich“ des vorgegebenen Anflugkurses. Dabei hatte der Flugzeugführer vermutlich, wie in der Verkehrsfliegerei üblich, den „Autopiloten“ eingeschaltet.



NFD-Unglücksflugzeug Metro III: Im Notfall kein Notstrom?

Plötzlich auftretende Fallböen aber mit in rascher Folge abwechselnd schiebenden und bremsenden Horizontalströmungen, alles typisch für Gewitterlagen, kann der Autopilot nicht mehr zuverlässig bewältigen. So ist er beispielsweise darauf programmiert, bei zunehmender Geschwindigkeit des Flugzeugs die Leistung der Triebwerke zu drosseln – bei plötzlich drehendem und von rückwärts anströmendem Wind ist das eine verhängnisvolle Reaktion. Gefahr droht, wenn die Piloten nicht rechtzeitig zur manuellen Steuerung übergehen. Tückische Fallböen und Scherwinde haben sogar schon Riesenflugzeuge zu Boden gezwungen, deren Besatzungen vorher gewarnt worden waren.

So kann sich das Unglück von Mülheim durch eine Verkettung von mißlichen Umständen blitzschnell ereignet haben: Ausfall der Bordelektrik und der Instrumente in kritischer Fluglage – der Übergang in einen unkontrollierbaren Flugzustand wäre dann „eine Sache von Sekunden“ (so NFD-Manager Krüger).

In derartigen Situationen, erläuterte ein Lufthansa-Ingenieur, „muß einer nicht nur fliegen können – da muß auch alles funktionieren“. Im Gewitter von Düsseldorf, meint der LH-Mann, war das offenkundig nicht der Fall: „Strömung abgerissen – die sind runtergeknallt wie ein Klavier aus dem 7. Stock.“



Schmidt

VW-Prozeß ohne Schmidt?

Joachim Schmidt, mutmaßlicher Haupttäter in der VW-Devisenaffäre, sieht „gute Chancen", einem Prozeß in Deutschland entgehen zu können. Der ehemalige Frankfurter Devisenhändler, der seit November vergangenen Jahres in den USA in Haft sitzt, hatte nach seiner Festnahme zunächst erwogen, freiwillig nach Deutschland zurückzukehren, falls im Gegenzug die Staatsanwälte in Braunschweig einen Teil der ihm zur Last gelegten Straftatbestände fallengelassen hätten. Die Strafverfolger lehnten ab. Jetzt glaubt Schmidt-Anwalt Egon Geis, an dem Auslieferungsersuchen der deutschen Behörden, über das am 19. April verhandelt werden soll, einen „schweren Defekt" entdeckt zu haben. Die Strafverfolger in Braunschweig und beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden sind sich dagegen sicher: „Geis blufft. Schmidt wird ausgeliefert." Die Staatsanwälte stellen sich allerdings darauf ein, daß dies noch dauern kann. So planen sie derzeit, das Hauptverfahren gegen die mutmaßlichen Schmidt-Helfer um den ehemaligen VW-Devisenchef Burkhard Junger ohne Haupttäter Schmidt beginnen zu lassen.

MBB-Geschäft mit China stockt

Das Gemeinschaftsprojekt des deutschen Luftfahrt- und Rüstungskonzerns MBB mit der chinesischen Staatsfirma Catic für den Bau eines Flugzeugs für Mittelstrecken kommt nicht voran. Im Oktober hatte MBB in Peking den Vertrag unterzeichnet. Doch noch immer ist die Finanzierung der Entwicklungskosten von mehr als einer Milliarde Dollar nicht geklärt. Der Versuch, einen amerikanischen oder japanischen Partner zu gewinnen, blieb ohne Erfolg. „Ohne Finanzierung", klagt Erich Riedl, der Bonner Raum- und Luftfahrt-Koordinator, „ist alles Schall und Rauch."

Schleichwerbung für „Petra"

Immer unverhohlener lassen öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten Schleichwerbung in ihren Programmen zu. Jüngster Fall: In der Abendsendung „Mode '88" ließ das Frauenblatt „Petra" zur besten Programmzeit am Freitagabend im Zweiten Deutschen Fernsehen für sich Reklame machen. Mehrmals verwies die ZDF-Moderatorin der in Mexiko aufgezeichneten TV-Modenschau auf die „Petra". O-Ton: „Wenn Sie noch mehr über die neuen Trends erfahren wollen: Die Frauenzeitschrift ‚Petra' zeigt in ihrem Februar- und März-Heft, was im Modesommer '88 auf Sie zukommt." Hintergrund: Das ZDF hatte in Mexiko kostengünstig eine Mode-Reportage der im Hamburger Jahreszeiten-Verlag erscheinenden Zeitschrift mitfilmen dürfen

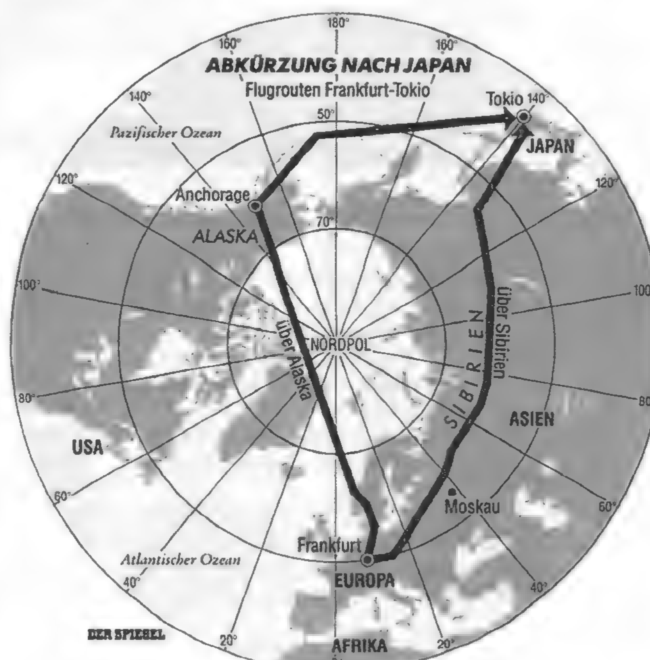


„Petra"-Modephoto aus Mexiko

(Produktionskosten: rund 300 000 Mark). Als Gegenleistung wurde dem Verlag die – umstrittene – Schleichwerbung für das Journal zugesagt.

Von Frankfurt über Sibirien nach Tokio

Japan rückt um einige Flugstunden näher. Am 1. April eröffnet die Lufthansa, nach jahrelangen zähen Verhandlungen des Bonner Verkehrsministeriums mit der Sowjet-Regierung, eine direkte Flugverbindung von Frankfurt über Sibirien nonstop nach Tokio. Die Flugzeit beträgt dann nur noch gut elf Stunden. Bisher dauerte der Umweg über Anchorage in Alaska fast 18 Stunden. Die direkte Strecke darf die Lufthansa allerdings nicht allein bedienen. Japan Airlines fliegt auf derselben Route, und auch die sowjetische Aeroflot will Passagiere und Fracht zwischen Frankfurt und Tokio befördern. Über den Aeroflot-Anteil am voraussichtlichen Verkehrsaufkommen wird allerdings immer noch zwischen Bonn und Moskau gerungen.



Geld verdient und verloren

Eine geschönte Bilanz verbreitet die Dresdner Bank. Für das Jahr 1987, so steht in ganzseitigen Anzeigen überregionaler Zeitungen, würde der Deutsche Investment-Trust (DIT) rund 700 Millionen Mark an die Anleger ausschütten. Daß die meisten Fonds kräftige Kursverluste verbuchten, erwähnt die Bank freilich nicht. Der DIT-Technologiefonds etwa fiel im vergangenen Jahr um 21 Prozent, Concentra um 26 und der DIT-Wachstumsfonds gar um 36,5 Prozent. „Wer im ereignisreichen Jahr 1987 für seine Anleger Geld verdient hat", lobt sich die Dresdner Bank, „verdient das Vertrauen auch für die kommenden Jahre."

Nur noch Waldheim hält Waldheim

Das moralische Urteil der internationalen Historikerkommission über den Bundespräsidenten lastet schwer auf Österreich. Aber diesmal verweigerte Waldheim die Pflichterfüllung: Er wollte auf keinen Fall zurücktreten. Der Druck auf das uneinsichtige Staatsoberhaupt wuchs, selbst seine ÖVP-Freunde rückten von ihm ab.

Wiederum schaffte es Kurt Waldheim scheinbar mühelos, die Realität zu verkennen. Um 22 Uhr, zwei Stunden nach Übernahme des Berichts einer internationalen Historikerkommission, stellte er sich am vergangenen Montag lächelnd der Fernsehkamera: Er sei „froh, weil sich bestätigt, was ich immer sage, daß ich in keine Handlungen verwickelt war, die als kriegsverbrecherisch bezeichnet werden können". Er betrachte das Historikerurteil als „umfassende Entlastung".

Die unerschütterliche Selbstgerechtigkeit des weltweit umstrittenen Staatsoberhaupts bestürzte alle, die sich wenigstens diesmal von Waldheim nachdenkliche Worte erwartet hatten.

Die Betroffenheit wurde noch größer, als das 202seitige Kommissionsgutachten am Dienstag publik gemacht wurde. Denn dort war der von Waldheim zitierte pauschale Freispruch nirgendwo zu finden.

Der Bericht nennt zwar in der Tat keine Beispiele einer persönlichen Beteiligung Waldheims an Kriegsverbrechen, verurteilt den Präsidenten jedoch eindeutig und „insgesamt". Es ergebe sich „das Bild einer je nach Dienststellung unterschiedlichen Nähe zu kriegsrechtlich inkriminierten Maßnahmen und Befehlen".

Trotz des niedrigen Dienstgrades sei Waldheim in seinen Stabsfunktionen auf dem Balkan „sicher weit mehr als nur ein zweitrangiger ‚Kanzleioffizier'" gewesen. Dank seiner Bildung und vor allem seiner Tätigkeit im zentralen Nachrichtendienst seiner Heeresgruppe habe er über umfassende Einblicke verfügt, welche „sich nicht nur auf die taktischen, strategischen und administrativen Anordnungen bezogen, sondern in einigen Fällen auch Handlungen und Maßnahmen einschlossen, die im Widerspruch zum Kriegsrecht und zu den Grundsätzen der Menschlichkeit standen".

Die Historiker sehen in Waldheim sogar „einen besonders gut orientierten Stabsangehörigen", beschäftigt auch mit der „konsultativen Unterstützung von Unterdrückungsmaßnahmen, etwa in der Form von Feindlageberichten, die im Zusammenhang mit ‚Säuberungsaktionen' standen".

Sie hätten, fügten die Experten erschwerend hinzu, „von keinem Fall Kenntnis erhalten, in welchem Waldheim gegen die Anordnung eines von ihm zweifellos erkannten Unrechts Einspruch erhoben, Protest geführt oder irgendwelche Gegenmaßnahmen ergriffen hat, um die Verwirklichung des Unrechts zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Er hat im Gegenteil wiederholt im Zusammenhang rechtswidriger Vorgänge mitgewirkt und damit deren Vollzug erleichtert".

Der Bericht der Militärgeschichtler, von Waldheim und der ihn stützenden ÖVP ursprünglich als Entlastung gedacht, erwies sich als bittere Anklage. Er demolierte das oft wiederholte Waldheimsche Gschichterl vom ahnungslosen Übersetzer und Fähnchenstekker, der so gut wie nichts über deutsche Kriegsgreuel und Judendeportationen gewußt habe – und bescherte Österreich die schwerste Staatskrise seiner jüngsten Geschichte.



Präsident Waldheim*
„Nähe zu kriegsrechtlich inkriminierten Maßnahmen"

Im krassen Gegensatz zur eigenen Interpretation stand das österreichische Staatsoberhaupt keineswegs rehabilitiert da, sondern in der Rolle eines moralisch anfechtbaren Mitwissers, Mithörers und gelegentlich willfährigen Helfers nazistischer Untaten.

„Die Frage des Mitwissens ist sehr deutlich dokumentiert", erläuterte das deutsche Kommissionsmitglied Manfred Messerschmidt den Befund. Der Brite Gerald Fleming versicherte, im Bericht seien „wirklich keine Rosinen drin, die man rauspflücken kann".

Noch einen Schritt weiter ging der israelische Historiker Jehuda Wallach: „In keiner Zeile steht, daß es kein persönlich schuldhaftes Verhalten Waldheims gab." Er meinte, das Material würde „sehr wohl ausreichen, Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung zu werden – was natürlich nicht zu den Aufgaben der Kommission gehört".

Daß Waldheim den Inhalt bewußt verdrehen konnte, ist einigen internen Gegensätzen zwischen den Waldheim-Prüfern zu verdanken. Das passierte so:

Schon bald nach dem Beginn der Kommissionstätigkeit am 1. September 1987 spaltete sich das eilig zusammengewürfelte internationale Team in milde und harte Examinatoren auf. Erstere

* Bei der Eröffnung des Opernballs am vergangenen Donnerstag.

führte der Schweizer Vorsitzende Hans Rudolf Kurz an, gestützt auf den Belgier Jean Vanwelkenhuyzen und vor allem auf den amerikanischen General a. D. James L. Collins. Die härtere Linie verfochten Wallach, Fleming und Hagen Fleischer von der Universität Kreta. Dazwischen bewegte sich der Deutsche Messerschmidt.

Als Kurz Anfang Dezember einen relativ konzilianten Entwurf für den Schlußbericht vorlegte und zur Reinwaschung des Staatschefs ansetzte („keine unmittelbare Beteiligung von Dr. Waldheim an rechtswidrigen Handlungen oder Befehlen"), sperrten sich Wallach und Fleming energisch. Empört darüber, daß „Waldheims Darstellung seiner militärischen Vergangenheit . . . in vielen Punkten nicht im Einklang mit den Er-

* Bei der Übergabe des Kommissionsberichts.



Historiker Kurz (r.), Kanzler Vranitzky, Vize Mock*: „Keine Rosinen drin"

„Ich höre davon zum erstenmal"

Aus der Anhörung Waldheims durch die Historikerkommission

Vier Stunden lang sprachen die Mitglieder der Internationalen Historikerkommission vor Fertigstellung ihres Berichts über die Kriegsvergangenheit des österreichischen Bundespräsidenten mit Kurt Waldheim. Sie wollten ihn zu ihren Erkenntnissen befragen, doch Waldheim wußte wieder von gar nichts. Der Kommissionsvorsitzende, der Schweizer Militärhistoriker Hans Rudolf Kurz, hatte den Eindruck, daß Waldheim alles Unangenehme gar nicht richtig wahrnahm. Und: „Er hat sich verteidigt, ohne daß wir ihn auch nur im entferntesten angegriffen hätten."

Manfred Messerschmidt (deutsches Mitglied der Kommission): Ist Ihnen das Dorf Distomon bei Delphi ein Begriff? Die SS-Einheit, die für Klisura verantwortlich ist, kommt beim Dorf Stiri unter Feuer. Sie richtet dafür in Distomon ein Massaker an. Die kriegsgeschichtliche Einvernahme geht an das OKW. Wissen Sie von der Sache?

Waldheim: Das ist erschütternd. Ich höre davon aber zum erstenmal.

Messerschmidt: Ist Ihnen Kalamata ein Begriff, es liegt im südlichen Peloponnes?

Waldheim: Davon weiß ich nichts. Es ist mir nicht bekannt, ob ein Bericht an die Heeresgruppe ergangen ist.

Messerschmidt: Die Berichte von Regimentern waren zum Teil sehr drastisch, was an die Heeresgruppe ging, war schon viel abstrakter. Hat die Heeresgruppe nicht erfahren, daß die männliche Bevölkerung ins KZ gebracht wurde?

Waldheim: Ich war damit nicht befaßt. Ich habe auf Landkarten Eintragungen vorgenommen, und zwar, wie Sie selbst sagen, aufgrund gefilterter Meldungen.

Messerschmidt: Nun zum Abtransport der Angehörigen der italienischen Armee aus Griechenland. Wo haben Sie geglaubt, daß diese Italiener hinkommen?

Waldheim: Ich habe in diesem Zusammenhang fallweise als Dolmetscher fungiert und angenommen, daß sie in ihre Heimat gebracht werden. Ich weiß nicht, wer den Befehl gegeben hat, die Italiener nach Deutschland zu schicken, und wann dieser gegeben wurde.

Hagen Fleischer (Ständiger Experte aus Griechenland): Die Frage des Waggons mit den Geiseln, die als Schutz gegen Sabotageakte dienen sollten, wurde bei der Chefbesprechung erörtert.

Waldheim: Ich habe das jetzt erst aus den Akten entnommen. Ich weiß nicht, inwieweit diese Sache wirklich durchgeführt wurde. Ich weiß nicht, ob ich bei der Diskussion dieser Frage noch anwesend war, hätte aber davon gehört, wenn ich dort gewesen wäre.

Fleischer: Nun zu den sogenannten Bandendörfern. Da Distomon vorhin erwähnt wurde: Der Fall ist durch die Abteilung Ic gelaufen. Doch noch eine Frage zum Dorf Chortiatis, circa sechs Kilometer von Arsakli entfernt. Dieses Dorf wurde am 3./4. 9. 1944 unter unvorstellbaren Grausamkeiten vernichtet. Ausführende Einheit war das sogenannte Bandenjagd-Kommando unter Feldwebel Schubert. Der Vorfall hat in Saloniki und Arsakli ungeheures Aufsehen erregt.

Waldheim: Der Vorgang ist mir unbekannt.

Messerschmidt: Ich habe zwei Karten gefunden, die die Lager in Banja Luka und Umgebung zeigen.

Waldheim: Die Orte und Lager sind mir nicht in Erinnerung.

Jehuda Wallach (Kommissionsmitglied aus Israel): Arsakli war nur einige Kilometer von Saloniki entfernt. Die jüdische Bevölkerung machte ein Viertel der Einwohner Salonikis aus. Zunächst mußten diese Leute den gelben Stern tragen, dann verschwanden sie. Ein Viertel der 200 000 Einwohner von Saloniki war also plötzlich weg. Wir haben gehört, daß man von Arsakli nach Saloniki hinunterging. Wie kann es sein, daß man nichts darüber weiß?

Waldheim: Ich war nicht dort zu dieser Zeit.

Wallach: Sie waren zum Teil dort.

Waldheim: Ich habe es wirklich nicht gewußt. Von November 1942 bis Anfang April 1943 war ich nämlich auf Studienurlaub in Wien und unmittelbar darauf in Tirana.

Wallach: Wir haben einen Stadtplan von Saloniki. Dort ist ein großer jüdischer Friedhof eingezeichnet, dessen älteste Grabsteine aus 1493 stammen. Dieser Friedhof wurde im Laufe des Jahres 1943 ausradiert. Das muß doch aufgefallen sein.

Waldheim: Ich selbst war zu dieser Zeit ständig unterwegs beziehungsweise auf Heimaturlaub und habe davon nichts gesehen. Ich bedaure diese Tragik zutiefst. Wie schon gesagt, ich habe mich nicht oft und immer nur kurz in Saloniki aufgehalten.

gebnissen der Kommissionsarbeit steht", verwarfen sie den Persilschein kategorisch und erzwangen Formulierungen, die zumindest einem moralischen Schuldspruch gleichkamen.

Doch am Ende konnte es sich der leicht gekränkte Eidgenosse nicht verkneifen, seine Überzeugung wenigstens mündlich vorzutragen. Ausgestattet mit einem halbseitig beschriebenen Notizzettelchen, marschierte er zur Übergabe des Abschlußdokuments in die Präsidentschaftskanzlei und verkündete dort die inzwischen revidierte Unschuldsthese.

Doch längst war es ziemlich nebensächlich geworden, wie viel oder wie wenig Kriegsschuld der einsame Mann in der Hofburg nachweislich auf sich geladen hat. Vielmehr ging es um die Doppelfrage, ob die kleine Alpenrepublik mit diesem geächteten Staatsoberhaupt weiterexistieren und ob die rotschwarze Regierung in Wien mit diesem ständigen Zankapfel weiterarbeiten kann.

„Der die Republik schwerstens belastende Fall Waldheim überragt alles, was es an Ungemach sonst noch gibt", beschrieb die ÖVP-nahe Grazer „Kleine Zeitung" die weitgehende außenpolitische Isolation. „Wir sind in einer Notlage, in der wir nicht mehr lang mit aller Welt diskutieren können. Die Bedrohung ist groß."

Nicht bloß Kurt Waldheim allein sitze auf der Anklagebank, ergänzte die gleichfalls bürgerliche „Presse", „sondern die Republik Österreich. Die politische Kriminalisierung dieses Landes und seiner Bevölkerung ist wieder einen Schritt weitergegangen".

Innenpolitisch wurde Waldheim zu einem kaum noch erträglichen Härtetest für die Koalition, die an allen Ecken krachte. SPÖ und ÖVP entzweiten sich mit jedem Tag mehr.

Eine Regierungskrise könnte allein der sofortige Abgang Waldheims abwenden, den Ende voriger Woche selbst die Langmütigsten forderten. Nicht nur Grüne, Kommunisten, Bruno Kreisky und die junge Generation der SPÖ verlangten vom Ex-Oberleutnant neuerliche „Pflichterfüllung" (so die sozialistische „AZ"). Auch Nazijäger Simon Wiesenthal, der Waldheim wiederholt gegen Kriegsverbrecher-Vorwürfe verteidigt hatte, forderte „einen großen versöhnenden Entschluß". Er deutete den Historikerbericht als „Aufruf an die geistige und kulturelle Elite Österreichs, sich zusammenzutun und den Bundespräsidenten zum Rücktritt zu veranlassen".

Doch diese Erleichterung war trotz wachsenden Drucks auch aus Kirche und Wirtschaft bis zum Wochenende nicht in Sicht. Der ehemals so flexible Waldheim, jetzt im 70. Lebensjahr, zeigte sich starrköpfig zum Ausharren entschlossen. Er denke „überhaupt nicht an Konsequenzen", wiederholte er ein ums andere Mal, er fühle sich verpflichtet, seine „ganze langjährige Erfahrung für das Land einzusetzen".

Am Montag vergangener Woche, als der Inhalt des Historikergutachtens schon durchsickerte, dieses aber noch nicht übergeben war, soll Waldheim (wie in Wien bekannt wurde) von der Regierung eine kategorische Zurückweisung des Berichts gefordert haben. Andernfalls könne er von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und die Regierung entlassen.

Die Bundesregierung, so Waldheim, habe ihm die ganze Historikerkommission „eingebrockt", weil sie sich nicht entschieden genug vor ihn gestellt habe. Das kritische Resümee der Historiker sei ja nicht überraschend, meinte der oberste Österreicher, da der Kommission auch drei Juden angehörten.

Der ehemalige Außenminister Karl Gruber, für den Waldheim kurz nach dem Krieg als enger Mitarbeiter tätig war, legte in einem Fernsehinterview noch eins drauf. Das deutsche Kommissionsmitglied Manfred Messerschmidt, so Gruber, „ist ein Sozialist, die anderen sind jüdischer Abstammung".

Inzwischen verdichteten sich aber die Hinweise, daß wichtige Politiker der beiden Regierungsparteien bereits über einen möglichen Nachfolger Waldheims verhandelten.

Eine Absetzung des Staatsoberhaupts schien jedoch praktisch unmöglich, weil die Verfassung den Präsidenten de facto zementiert. Nötig wären der Reihe nach eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat, ein Beschluß der Nationalversammlung (Nationalrat und Bundesrat) und obendrein noch eine Volksabstimmung. Ein hoher SPÖ-Funktionär: „Da wäre es noch einfacher, gleich einen Bürgerkrieg auszurufen."

JUGOSLAWIEN

Wundersame Wandlung

Auf Fälschung erkannten die Gutachter, deutsche wie jugoslawische. In Belgrad geriet das vom SPIEGEL veröffentlichte Waldheim-Telegramm in den politischen Grabenkampf.

Vorigen Dienstag im Belgrader Internationalen Presseclub. Die Redaktion der Parteizeitung „Borba" stellte ein neu aufgelegtes Sachbuch vor: „Register des Todes", die Namenslisten von 11 219 überwiegend serbischen Kindern aus dem Kozara-Gebirge in West-Bosnien, die durch deutsche Besatzer und deren faschistische kroatische Gehilfen ermordet wurden.



Belgrader Militärhistoriker Plenča: Zugang zu den Giftschränken?

In der anschließenden Pressekonferenz wurde nur nach einem gefragt: „Sind Sie bei Ihren Recherchen auch auf den Namen Kurt Waldheim gestoßen?"

Nach kurzem Zögern antwortete Jovan Kesar, Mitautor des Buches und Journalist bei der Abendzeitung „Večernje novosti": „Konkret haben wir danach nicht gesucht. Aber ... als Mitglied im Stab des verantwortlichen Generals Stahl konnte er sich nicht mit der Übersetzung von Goethe und Schiller beschäftigt haben."

Seit zwei Wochen beschäftigt die jugoslawische Öffentlichkeit nichts so sehr wie Waldheims Rolle während seiner Kriegsjahre auf dem Balkan.

Das jugoslawische Nachrichtenmagazin „Nin" hat eine Serie gestartet, die

sich mit den politischen Hintergründen der Waldheim-Biographie auseinandersetzt. In „Politika“ macht der langjährige Bonn-Korrespondent Božidar Dikič – gestützt durch Aussagen überlebender Zeugen – Waldheim als Mitwisser von Geiselerschießungen an der italienischen Front in Montenegro verantwortlich.

Kaum weniger deutlich fragt der außenpolitische „Borba“-Kommentator, Slobodan Pavlovič, ob es sich die Regierung Jugoslawiens leisten könne, in einer derart zentralen Frage „neutral“ zu bleiben.

Doch die „zentrale Frage“ blieb auch in der vorigen Woche unbeantwortet, nachdem die internationale Historikerkommission ihren für Waldheim vernichtenden Abschlußbericht vorgelegt hatte.

Die nimmt darin auch zu jenem umstrittenen Telegramm Stellung, das Waldheim erstmals persönlich – unter Namensnennung – zu belasten schien und das der SPIEGEL in Photokopie abgedruckt hatte (Nr. 5/1988).

„Die Echtheit des Dokuments“, so die Historiker am vorigen Montag, könne „nicht überprüft werden“. Die von der Kommission beauftragte Sachverständige für slawische Sprachen, Zora Otalora, habe jedoch befunden, daß der Text „in Übereinstimmung mit dem im Ustascha-Staat üblichen Sprachgebrauch“ stehe.

Ebenfalls noch am Montag erklärte Jugoslawiens Regierung, sie wolle sich zum Dokumentenstreit nicht äußern, das bleibe den Experten überlassen.

Im Auftrag des Hamburger „Stern“ hatte sich indes ein Fachmann besonderer Spezialität an die Arbeit gemacht: Bernhard Haas vom Stuttgarter Landeskriminalamt, ein international ausgewiesener Schreibmaschinen-Experte. Sein Vater Josef Haas hatte in mühsamer Kleinarbeit über 300 000 verschiedene Schriftbilder zusammengetragen – eine der größten Sammlungen der Welt.

Junior Haas fällte über das vermeintliche Waldheim-Telegramm das Urteil, „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ seien Datum, Adresse und Text des kroatischen Schriftstücks auf einer Schreibmaschine getippt worden, die erst von 1949 an in der Tschechoslowakei produziert wurde.

Schon wenige Stunden später begann die Hamburger Staatsanwaltschaft Ermittlungen, weil ein Anfangsverdacht gegen „Unbekannt“ wegen Betrugs und Urkundenfälschung sowie wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhaupts gegeben sei.

Der Höhepunkt im Streit um Echtheit oder Fälschung des Waldheim-Telegramms, eine Affäre in der Affäre Waldheim, schien erreicht. Da meldeten Donnerstag die Medien aus Belgrad, auch nach den Untersuchungen einer jugoslawischen Expertenkommission – von deren Existenz bis dahin niemand gewußt hatte – handle es sich bei dem Telegramm „höchstwahrscheinlich“ um eine Fälschung.

Bemühungen des SPIEGEL, mit Hilfe von jugoslawischen Regierungsstellen die Hintergründe des dunklen Spiels mit dem Waldheim-Telegramm aufzuhellen oder an das noch immer verschollene Original zu kommen, wurden abschlägig beschieden. Frau Malena Stojčev vom Bundesinformationsamt:

> Es ist völlig illusorisch zu glauben, daß hier irgend jemand noch offiziell zum Fall Waldheim Stellung nimmt. Wir Jugoslawen haben alles gesagt, was zu sagen war, und damit punktum.
>
> Zu den Ergebnissen der Untersuchung hat die Historikerkommission Stellung genommen. Herr Waldheim hat etwas dazu gesagt, und es wäre einfach geschmacklos, wenn jetzt wir noch etwas dazu bemerken. Wenn die Kommission glaubt, sie brauche noch Dokumente, dann soll sie kommen. Die Archive in Jugoslawien sind offen für jedermann.
>
> Frage des SPIEGEL: „Also dürfen auch wir hinein?“
>
> Antwort: Im Prinzip ja, aber ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß diese Prozedur fünf Tage dauert.



„Вечерње новости“ о случају Валдхајм

Пети доказ–непобитан

● У телеграму усташког пуковника Драгојлова од 22. јула 1942. „заповедништву првог горског усташког здруга“ истиче се да поручник Курт Валдхајм тражи да се 4.224 заробљеника са Козаре, углавном жена и деце упути у концентрационе логоре. — Да су подаци из „брзојавке“ усташког поглавника тачни потврђују и други документи

BRZOJAVKA

СНИМАК СА ОРИГИНАЛА: „Брзојавка“, упућена заповједништву 1. гр. здруга, којом поручник Курт Валдхајм тражи упућивање 4.224 заробљеника са Козаре у логоре у Грубишно поље и Земун

Извештај великог жупана

МЕСЕРШМИТ ДОЛАЗИ У ЈУГОСЛАВИЈУ

Umstrittenes Waldheim-Dokument in der „Borba“
„Nicht eines geriet in Verdacht“

Wieso, blieb unklar. Wie der Leiter des jugoslawischen Instituts für Zeitgeschichte, Professor Venceslav Glišić, berichtet, waren schon während Waldheims Präsidentschafts-Wahlkampf Anfang 1986 alle Waldheim betreffenden Dokumente aus den Landesteilen Jugoslawiens zentral nach Belgrad geholt worden. Glišić:

> Das war einfach notwendig geworden. Die jugoslawischen Journalisten glaubten, der Waldheim-Fall wäre so etwas wie Watergate, ein Suchspiel, an dem sich alle beteiligen können. Anfang 1987 wurde den jugoslawischen Journalisten von der Regierung untersagt, sich mit der Untersuchung von Waldheim-Dokumenten zu beschäftigen.



Belgrader Historiker Glišić
„Es waren ganze Packen“

Glišić, einer der angesehensten Historiker Jugoslawiens und wegen seines Hangs zur Gründlichkeit nicht jedermanns Freund, will die „Waldheim-Sammlung“ im Kriegshistorischen Archiv in Belgrad persönlich gesichtet haben: „Es waren ganze Packen.“

Gefunden, so der Historiker, habe er eine ganze Reihe von Dokumenten, „die im Zusammenhang mit Waldheim stehen“. Aber es sei nicht eines dabei gewesen, das Waldheim als Kriegsverbrecher belastet.

Auf die Frage nach der vom SPIEGEL veröffentlichten Kopie blieb Glišić dennoch vorsichtig: „Ob es echt ist oder gefälscht, läßt sich meiner Meinung an Hand einer Kopie oder gar einer Veröffentlichung nicht bestimmen.“

Diese Meinung teilt auch die Informationsamt-Funktionärin Stojčev: „Dazu braucht man das Original, und das ist bekanntlich nicht aufzufinden.“

Seltsam, denn kurz zuvor hatte ein anderer Informations-Funktionär noch erklärt: „Das Originaldokument ist gefunden“, eine Fälschung sei ausgeschlossen. Jetzt ging dieser Mann in Deckung. Worüber also brütete die ominöse jugo-

Wann lassen Sie Ihre Rente liften?

Das HYPO-Investmentsparen ist die Gelegenheit, jetzt mehr Rente für später günstig einzukaufen. Je nach Ihren Präferenzen können Sie aus unserer breiten Fonds-Palette wählen: Von Immobilienfonds bis zu den DIT-Fonds mit Aktien oder festverzinslichen Wertpapieren.

Und mit den kreativen Instrumenten Ansparplan und Auszahlplan machen wir die Fonds auch rententauglich.

Vorsorgen ist und bleibt eben die beste Methode gegen Sorgenfalten!

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Ansgar Büttner
HYPO-BANK



slawische Kommission, die schließlich auf Fälschung plädierte?

Auch der angebliche Entdecker des Dokuments, der ehemalige Partisanen-Oberst Dušan Plenča, tauchte in unerreichbare Tiefen ab. Noch am vorletzten Sonntag hatte er in einer mehrstündigen Sendung des Belgrader Fernsehens angekündigt, er werde nicht nur das Original, sondern auch noch ganz andere, Waldheim belastende Dokumente präsentieren: „Heute ist das noch zu früh."

Zwei Tage später, am Dienstag, drohte er gar in einer Presseerklärung, er werde gegen jeden, der den Vorwurf erhebe, bei der dem SPIEGEL überlassenen Kopie handele es sich um eine Fälschung, per Beleidigungsklage vorgehen. Wo das angebliche Original steckt, sagte er noch immer nicht. Am folgenden Tag berief Plenčas Chef, der Historiker Antun Miletić, Abteilungsleiter im militärhistorischen Archiv, das dem Verteidigungsministerium untersteht, überstürzt eine Experten-Kommission ein, die nach nur kurzer Beratung zu dem Schluß kam: „höchstwahrscheinlich eine Fälschung".

Und wieder einen Tag später beteuerte er gegenüber der Nachrichtenagentur „Associated Press", er habe das Original nie gesehen, vielmehr die Kopie von einem Kriegskameraden bekommen.

Ganz anderer Meinung war Luka Mićeta, Autor der Waldheim-Serie in „Nin": „Es gibt das Original, und Plenča weiß hundertprozentig, wo es zu finden ist oder zumindest war. Er darf aus politischen Gründen nicht reden. Doch die Affäre Waldheim wird in Jugoslawien gelöst, und nirgendwo anders."

Zu dieser Überzeugung war wohl auch das Belgrader Außenministerium gekommen. Der Sprecher des AA, Botschafter Aleksandar Stanič, räumte ein, daß die Kriegsvergangenheit von Waldheim „nicht die alleinige interne Angelegenheit Österreichs" sei.

Die Überzeugungen, das umstrittene Dokument sei entweder gefälscht oder aus politischen Gründen aus dem Verkehr gezogen worden oder beides, halten einander in Belgrad die Waage – balkanisches Verwirrspiel, in dem Waldheim und das Waldheim-Dokument, Nationalheld Tito und die serbisch-kroatische Erbfeindschaft ein schier unentwirrbares Knäuel bilden.

Schon am Tag nach der Veröffentlichung im SPIEGEL waren die Blätter des Belgrader Verlagshauses „Borba" mit ganzseitigen Berichten auf dem Markt, die neben der SPIEGEL-Kopie auch noch ein weiteres Befehls-Telegramm der deutschen Kampfgruppe West-Bosnien (ohne den Namen Waldheim) zeigte. Zweifel an der Echtheit kamen nicht auf.

Autor Kesar von „Večernje novosti": „Auch wir haben schon viele Kriegs-Dokumente aus der Quelle Plenča veröffentlicht, und nicht eines geriet in Verdacht. Es waren in jedem Fall Kopien, die Originale sind gar nicht zu beschaffen."

So sind Belgrader Historiker und Journalisten auch fast ohne Ausnahme davon überzeugt, daß auf keinen Fall Plenča der Fälscher sei. „Für solche Fälle gibt es Spezialisten, und die sitzen bei uns bei der Geheimpolizei."



Serbischer Parteichef Milošević
Tito-Garde aufs Altenteil

Von mehreren Versionen, die in Belgrad gegeben werden, wie das Versteckspiel um die originale Fälschung oder das gefälschte Original gelaufen sein könnte, wird denn auch die folgende für denkbar gehalten:

Ex-Partisan Plenča mit freiem Zutritt zum Kriegshistorischen Archiv, auch zu den „Giftschränken", in denen – wie überall – besonders brisantes Material aufbewahrt wird, stieß vor etwa zwei Jahren auf Waldheim belastende Dokumente und machte sich Photokopien, von denen er eine dem SPIEGEL zukommen ließ.

Die Ferngespräche, die von Hamburg aus mit Plenča in Belgrad geführt wurden, blieben womöglich weder vertraulich noch geheim.

Folge: Als Plenča nach seinen Kontakten mit dem SPIEGEL im Archiv anrückte, um das Original seiner gezogenen Kopie wie versprochen wiederzufinden, war es – immer nach dieser einen Version – nicht mehr vorhanden.

Die Frage, wer ein Interesse hat am Verschwinden von Waldheim-Papieren, wird in Belgrad vergleichsweise offen beantwortet. Schon seit langem tobt in der politischen Führung des Vielvölkerstaates der Richtungskrieg um die Behandlung der Affäre Waldheim, und wie alles in Jugoslawien hat auch dieser Streit etwas mit den nationalen Gegensätzen zu tun (SPIEGEL 6/1988).

Im Kampf um die Vorherrschaft im Vielvölkerstaat ist Waldheim nur ein Vorwand, um den nationalen Gegner zu diskriminieren. Gegen Enthüllungen ist vor allem die kroatische Führung, angeführt vom ehemaligen Außenminister Josip Vrhovec, 62 – einem guten Waldheim-Freund. Auf der anderen Seite stehen die Serben unter ihrem jungen Parteichef Slobodan Milošević, 46, der mit Waldheim-Enthüllungen hofft, dessen alte Freunde, die Tito-Garde, aufs Altenteil schicken zu können.

Bislang ist nicht abzusehen, wer sich bei diesem Ringen als der Stärkere erweist. Bis das entschieden ist, befürchteten noch vorige Woche Polit-Insider in Belgrad, bleiben auch jene Akten verborgen, die Waldheims Rolle bei den Kriegshandlungen in West-Bosnien beleuchten könnten und die seinerzeit in Belgrad sekretiert wurden.

Professor Manfred Messerschmidt, Mitglied der Historikerkommission, am vorigen Mittwoch: „Das Merkwürdige ist, daß ein ganz bestimmter Dokumentenbestand, nämlich der seiner eigenen Stabsabteilung, verschwunden ist."

Die Rätsel um das mutmaßliche Original und die mutmaßliche Fälschung des SPIEGEL-Dokuments und vielleicht weitere unter Verschluß gehaltene Dokumente dürfte erst gelöst werden, wenn sich das Belgrader Machtgerangel entwirrt.

Historiker Glišić sieht für diesen Gespenster- und Kulissenstreit immerhin eine zarte Morgenröte: „Es gibt in der Politik die wundersamsten Wandlungen."

USA

Politischer Bluter

Die Parteiversammlungen im Präriestaat Iowa, im Wettlauf um die Präsidentschaftskandidatur ein Ereignis von nationaler Bedeutung, sind vor allem ein manipuliertes Medien-Spektakel.

Alle vier Jahre schnuppert der Plattenleger John Corvin den Duft der großen weiten Welt. Dann begibt er sich in die Innenstadt von Des Moines, der Hauptstadt des US-Bundesstaates Iowa.

So auch am Montag vergangener Woche: Auf einem Sofa in der Lobby des Savery Hotels, umgeben von armdicken



Demokratischer Iowa-Sieger Gephardt, Journalisten: Seit zwei Jahren im Einsatz

Kabelsträngen, TV-Kameras und gleißenden Scheinwerfern, begafft der Pensionär den ersten Akt der amerikanischen Präsidentschaftswahl. Er wolle „etwas von der Begeisterung mitkriegen", sagt Corvin, derweil er Ausschau hält nach Medienstars.

Unten an der Bar sitzt die Bürgerin Dolores Johnson und genießt das Spektakel. Zwei berühmte TV-Moderatoren hat sie schon gesichtet, bis Mitternacht will sie ausharren. Dann soll zum Cocktail auch CBS-Moderator Dan Rather erscheinen, der sich jüngst vor laufenden Kameras ein Schreiduell mit Vizepräsident George Bush lieferte.

Willkommen zum Auftakt des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes. Nach jahrelangem Vorspiel, während dessen demokratische und republikanische Präsidentschaftsbewerber kreuz und quer durch den Bauernstaat Iowa reisten und abwechselnd Sauställe und Kindergärten besichtigten, wird es ernst.

Weil die Caucus genannten Parteiversammlungen erstmalig Aufschluß über die tatsächliche Stärke der Bewerber geben, fallen die Medien dröhnend wie eine Elefantenherde in den winterlich eisigen Staat im Mittleren Westen der USA ein.

Der Wahlkampf wird zu einer Mega-Show. Wie riesige Suppenteller stehen die auf Lastwagen montierten Satellitenantennen der Fernseh-Mannschaften in den Straßen von Des Moines. So viele Sender berichten live, daß die Hälfte aller in den USA vorhandenen Satelliten-Laster in Des Moines aufgefahren sind.

2800 Journalisten haben die Stadt besetzt, erbarmungslos keilen sie die Kandidaten ein. „Ich möchte gern die bedauernswerte Person treffen, die in diesem Haus lebt", sagt der demokratische Kandidat Michael Dukakis bei einem Wahlkampfspaziergang durch Des Moines.

Eine Horde von TV-Reportern erwartet Dukakis, hat das Haus umzingelt, während die Hausbewohner verstört mitansehen, wie ihr Rasen vom Medien-Troß des Kandidaten planiert wird. Dabei wollte er ihnen doch nur kurz die Hände schütteln.

Wie ländlich und friedlich muß es in Iowa zugegangen sein, als sich die politisch interessierte Bürgerschaft unter den Augen eines Lokalreporters zu nachbarlichen Parteiversammlungen zusammenfand, um in kalter Winternacht für einen Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei zu votieren.

Das war einmal, denn 1972 fanden sich Iowas Demokraten durch reinen Zufall plötzlich an der Spitze des nationalen Wahlkampfkalenders. Nachdem sie den Wert der Frühveranstaltung erkannt hatten, zogen die Republikaner 1976 nach – eine nationale Show war geboren.

Nicht, daß Iowas 2,8 Millionen Einwohner etwas dagegen hätten: Die Parteiversammlungen, so klärt der demokratische Kreisvorsitzende in Des Moines die Caucus-Teilnehmer brieflich auf, seien schließlich „ein Ereignis von weltweiter Wichtigkeit". Paul Simon, Senator und demokratischer Präsidentschaftsbewerber, schmeichelt ebenfalls: „Die Welt schaut auf Iowa."

Daß es vielleicht besser wäre, wenn die Welt das nicht täte, wagt nur einer in Des Moines laut zu sagen. Der Politikprofessor Hugh Winebrenner von der örtlichen Drake University behauptet, die Parteiversammlungen seien zu einem „von den Medien manipulierten Ereignis geworden". Schließlich beteiligen sich

nur etwa zwanzig Prozent der Parteimitglieder am Caucus.

Warum Iowa, diesem untypischen Bundesstaat mit nur 1,4 Prozent Schwarzen, ohne starke Gewerkschaften und ohne eine einzige wirkliche Großstadt, ein so großer Einfluß auf die Nominierung der Kandidaten für das Weiße Haus zugebilligt wird, ist dem Professor unerklärlich, ja unheimlich.

Aber hier und im ebenfalls untypischen Mini-Bundesstaat New Hampshire werden die Kandidaten beider Parteien aussortiert. Wer nicht unter den ersten zwei oder drei landet, hat kaum noch eine Chance bei den Vorwahlen in bevölkerungsreichen Staaten wie New York oder Florida. Dabei, sagt der Professor, sei Iowas Wahlsystem viel zu kompliziert, als daß genaue Zahlen über die tatsächliche Stärke der Kandidaten herauskommen könnten.

Seit Winebrenner seine Kritik in einem Buch begründet hat, wird er vom Establishment beider Parteien im Staat wie ein Paria gemieden, gilt er in Des Moines als Nestbeschmutzer.

Dank des Caucus gelangt Iowa allabendlich zwischen Atlantik und Pazifik ins Fernsehen – eine höchst willkommene Werbung. 41 Millionen Dollar geben Medien und Kandidaten während des Wahlkampfes im Staat aus, Zahltag für Hoteliers und Mietwagenverleiher, Restaurants und Druckereien. Ein Klasse-Geschäft für alle Beteiligten: Geld und Public Relations für den Staat, die Gelegenheit zu politischer Manipulation für die Medien.

Denn seit 1976, als der nahezu unbekannte Erdnußfarmer Jimmy Carter in Iowa raketengleich abhob, sind die Caucuses zu einem Lieblingsspielzeug der amerikanischen Journalisten geworden. Die Fragwürdigkeit des Wahlprozesses ficht sie nicht an. Hier beginnt das Lotto um die Präsidentschaft, hier können Kandidaten vernichtet oder auf die Startrampe geschoben werden.

Vor allem das Fernsehen ist in jenes politische Vakuum vorgestoßen, das durch die zunehmende Schwäche der Parteien entstanden ist; längst obliegt es nicht mehr lokalen Parteigrößen, sondern den Medien, Favoriten zu küren und Herausforderer zu schaffen, die das Rennen um die Präsidentschaft spannend machen und für solide Einschaltquoten sorgen sollen.

Vor vier Jahren delektierten sich die elektronischen Schiedsrichter in Iowa am Demokraten Gary Hart; jetzt hätscheln sie den Republikaner Pat Robertson. Der Fundamentalist und ehemalige Fernsehprediger wurde zur Sensation, weil er hinter Senator Robert Dole auf dem zweiten Platz landete und damit Vizepräsident Bush schlug.

„Durch moralische Stärke wird Amerika wieder Nummer eins in der Welt werden", hatte Robertson proklamiert, und seine Wahlkampfmaschine karrte Tausende von fundamentalistisch gesinnten Christen zu den Parteiversammlungen. Daß Robertson noch vor wenigen Jahren als Wunderheiler auftrat oder etwa einen Hurrikan durch Gebete um seine Heimatstadt Virginia Beach herumlenkte, hat ihn den liberalen TV-Medien zwar etwas entfremdet. Nun aber, da er zur Top-Story geworden ist, setzt der elektronische Apparat auf Robertson, um das Publikum in Atem zu halten.

Iowa wäre kein Drama, wenn es nicht auch ein neues Opfer gäbe: Der republikanische Senator Charles Grassley, ein Freund von Bob Dole, darf auf allen Mattscheiben verkünden, sein dritter Platz habe den Reagan-Stellvertreter Bush „tödlich verwundet". Und auf dem Kabelkanal CNN verkündet Kolumnist Robert Novak, Bush sei ein „politischer Bluter". Werde er bei den Vorwahlen in New Hampshire wieder verletzt, dann sei er „zu schlagen".

Der Präsidentschaftswahlkampf nach amerikanischer Art sei verrückt, weshalb er lieber nicht Präsident werden wolle, hatte der spätere demokratische Kandidat Walter Mondale 1975 geklagt: „Wir haben ein politisches Niemandsland erreicht, in dem es für einen Menschen unmöglich geworden ist, an den Vorwahlen teilzunehmen und gleichzeitig so zu tun, als sei er noch bei Sinnen."

13 Bewerber samt Ehefrauen und Kindern tummelten sich in Iowa; manche, wie der demokratische Iowa-Gewinner Richard Gephardt, bereits seit zwei Jahren, andere seit neun Monaten.

Noch sind es neun Monate bis zu den Präsidentschaftswahlen, doch bis dahin wird der Medien-Overkill sein Ziel erreicht haben: Erfahrungsgemäß geht annähernd die Hälfte aller Wahlberechtigten des Landes nicht zum Wahllokal. Die TV-Show ist allemal interessanter als die Wahl selbst.

ISRAEL

Kaffee und Kuchen

Die Palästinenser-Unruhen beginnen die Armee zu demoralisieren, in der Truppe wachsen Frustration und Selbstzweifel.

Vor dem Armeeposten bei Arub, an einer Straßenkreuzung zwischen Hebron und Jerusalem, fuhren im Morgengrauen zwei klapprige Autos vor. Israelische Siedler wollten mit einer „Patrouille des guten Willens" ihre Solidarität mit den gestreßten Soldaten in den besetzten Gebieten demonstrieren.

Eine schwangere Siedlerfrau hatte „Kaffee und Kuchen für unsere Jungs in Uniform" mitgebracht. Ein etwa 40jähriger Reservist winkte ab: „Von diesen Leuten will ich nicht gehätschelt werden. Das widerspricht meinem Gewissen."



Israelische Soldaten, Palästinenser: „Erziehung zu Rassismus"

Er blieb mit seinem Protest allein. Ein Dutzend junger Soldaten nahm die Gaben der chauvinistischen Ultras – deren militantes Auftreten immer wieder blutige Zusammenstöße mit den Palästinensern provoziert – dankbar entgegen.

In den von Israel besetzten Gebieten hat der dritte Monat des palästinensischen Aufruhrs begonnen, und die als unbezwingbar geltende israelische Armee zeigt allmählich Wirkung.

Zwar hat sich die Parole von Verteidigungsminister Jizchak Rabin, den Aufstand „mit Gewalt, Kraft und Prügeln" zu bekämpfen, als wirksam erwiesen, doch nur vorübergehend. Brutale Schläge und drakonische Strafen schaffen neue Wut bei den Unterdrückten, bewirken aber keine langfristige Entspannung.

Aus einer bislang erstklassigen Armee wird so langsam eine zweitklassige Polizeitruppe. „Unsere politische Führung



Verteidigungsminister Rabin
„Gewalt, Kraft und Prügel“

erwartet von der Armee, daß sie ein unlösbares Problem löst“, schrieb die Zeitung „Haaretz“. Vor gut 20 Jahren schaffte es diese Streitmacht, innerhalb von fünf Tagen aus dem damaligen jüdischen Kernstaat zum Suezkanal und zum Jordan durchzubrechen. Jetzt ist sie unfähig, knapp eineinhalb Millionen widerspenstiger, unbewaffneter Palästinenser im eroberten Groß-Israel ruhigzuhalten.

Das schafft Frustration und Selbstzweifel. Israels Politik der harten Hand löst wachsendes Unbehagen bei den Tausenden von Soldaten aus, die in den besetzten Gebieten dienen müssen. Der Einsatz gefährde die moralischen Grundsätze des israelischen Bürgerheeres und widerspreche „allen Prinzipien unserer Erziehung“, sorgt sich ein Offizier. Die Knüppelpolitik treibe die jungen jüdischen Soldaten in einen schmerzlichen Konflikt zwischen militärischer Pflicht und demokratischen Werten, bangt auch Rafael Moses vom Sigmund-Freud-Zentrum der Hebräischen Universität in Jerusalem.

„Unsere Jungs rutschen in eine moralisch unvertretbare Lage“, warnten 489 Psychiater, Psychologen und Erzieher in einem Zeitungsprotest gegen „Israels Unterdrückungspolitik“. Seit 20 Jahren würden die politisch weitgehend rechtlosen Palästinenser systematisch geängstigt und gedemütigt, so die Fachleute. Das müsse schlimme Auswirkungen auf das Bewußtsein der jüdischen Bevölkerung haben. Denn „wir erziehen unsere Jugend zu Diskriminierungen und Rassismus“. Sie könne so ihre Sensibilität für menschliches Leiden und ihren Respekt für Menschenrechte – 1948 eines der Hauptmotive für die jüdische Staatsgründung – allmählich verlieren. Die Schlußfolgerung der Anzeige: „Die Besetzung muß beendet werden.“

Auch hohe Offiziere argwöhnen mittlerweile, die Dauerunruhen könnten Disziplin und Motivation der Truppe aushöhlen. Vergangene Woche wurde der Hauptmann der Reserve Meïr Amur zu 21 Tagen Haft verurteilt, weil er sich geweigert hatte, in den besetzten Gebieten zu dienen. 250 Mitglieder der Bewegung „Jesch Gwul“ (es gibt eine Grenze) haben angekündigt, keinen Dienst im Palästinenser-Land leisten zu wollen.

Eine andere Gruppe von Reservisten protestierte in einem Schreiben an mehrere Knesset-Abgeordnete gegen die willkürliche Gewalt der Armee. Ihr Brief berichtet von einem Zusammenstoß zwischen Siedlern und Bewohnern von Chalchul bei Hebron: Eine Einheit der Golani-Elitebrigade jagte und erwischte dort 17 Jugendliche. Man fesselte ihnen die Hände und zwang sie, am Straßenrand niederzuknien. Dann wurden sie so lange mit Knüppeln und Gewehrkolben geschlagen, bis sie nicht mehr gehen konnten. Die Soldaten luden 15 der jugendlichen Opfer auf einen Lastwagen, fuhren zu einer Schutthalde und kippten ihre menschliche Ladung aus, als wäre sie Müll.

Zwar versucht so mancher Soldat, sich zu drücken, wenn es darum geht, Araber zu verprügeln. Doch zu offener Gehorsamsverweigerung ist es bisher nicht gekommen.

Andere hingegen finden an der routinemäßigen Gewaltanwendung nichts auszusetzen. Es sei doch verständlich, wenn den beschimpften, bespuckten und mit Steinen beworfenen Soldaten die Geduld reiße, meint ein Offizier der Fallschirmjäger. Mit scharfer Munition schießen dürfen nur noch Offiziere. Sie sind darauf gedrillt, auch unter extremem Druck kaltblütig zu handeln.

Die Rekruten müßten lernen, „mit Gewissensbissen zu leben“, sagen Armee-Psychologen, aber „viele Soldaten kommen mit Schuldgefühlen aus dem Dienst“, so die Expertin Liora Lurie. Weit größeren Anlaß zu Besorgnis würden allerdings jene bieten, die ohne solche Gefühle zurückkommen: Deren Verrohung sei „eine Hypothek auf die Zukunft“.

Immerhin, abseits von Ressentiments und Gewalt schimmert auch manches Mal Menschlichkeit durch. So berichtete die Zeitung „Maariv“ über einen Zwischenfall in Hebron: Die Rolläden eines Geschäfts dort waren mit PLO-Parolen beschmiert. Ein Offizier verschaffte sich Zugang, beschlagnahmte mehrere Kübel Farbe und überpinselte die Slogans. Die Aktion wurde abends unter den Militärs diskutiert. Die Mehrzahl meinte, so hätte ihr Kamerad nicht vorgehen dürfen. Sie sammelten Geld und boten dem arabischen Kaufmann am nächsten Tag Schadenersatz an.

Der Araber lehnte das Sühnegeld ab und lud die israelischen Soldaten zum Kaffee ein. Auch Großherzigkeit kann eine Waffe sein.

KONZERNE

Rasch zugeschnappt

Eine franko-belgische Allianz, die Belgiens größten Konzern vor dem Zugriff des Italieners De Benedetti retten wollte, ist geplatzt.

Es war ein Kampf, in dem es drüber und drunter ging. „Wir sind wie ein Boxer, den der Schiedsrichter aufgefordert hat, eine seiner Hände hinter den Kopf zu binden“, klagte Alain Minc, Chef der französischen Holding Cerus.

Mincs Schelte zielte auf die belgische Bankenkommission. Zwei Wochen lang hatte dieses Gremium eine Übernahme-Offerte von Cerus blockiert, mit der die Gesellschaft die Kontrolle über Belgiens größte Holding, die Société Générale de Belgique, erringen wollte.

Erst am Dienstag vergangener Woche bekam Cerus, die wiederum über zwei italienische Holdings von dem Turiner Konzernherrn Carlo De Benedetti beherrscht wird, die Hände frei. Belgiens Bankenkommissare gestatteten der De-Benedetti-Firma, die bereits über 18,6 Prozent der Générale-Aktien verfügt, von Montag dieser Woche an weitere 15 Prozent der Anteilscheine per Übernahme-Angebot zu erwerben.

Doch da schien es schon fast zu spät für einen Sieg De Benedettis zu sein. Im Laufe der beiden Wochen, in denen der Italiener warten mußte, hatte zunächst ein flämischer Konzern-Chef den Kampf gegen den Fremdling aufgenommen. Bald darauf bekam es der Mann aus Turin auch noch mit einem mächtigen Opponenten aus Paris zu tun.

Einen Tag nach dem Kommissions-Entscheid verbündeten sich die beiden Benedetti-Gegner. André Leysen, Chef



Gevaert-Chef Leysen
Von Gefolgsleuten verlassen

der belgischen Holding Gevaert, und Patrick Ponsolle, Generaldirektor der französischen Finanzgruppe Compagnie Financière de Suez, gaben bekannt, daß sie gemeinsam mit anderen Alliierten über etwa 52 Prozent der Générale-Aktien verfügten. Der Italiener, den eine Mailänder Zeitung bereits als „König von Belgien" gefeiert hatte, war auf dem Weg an die Schalthebel von Belgiens wichtigstem Unternehmen vorerst gestoppt.

Zwei Tage später sah alles wieder ganz anders aus. Enttäuscht zog sich Leysen, der den belgischen Teil der Aktionärs-Allianz angeführt hatte, am Freitag der vergangenen Woche aus dem Gerangel um die Générale zurück. Einige Verbündete wie etwa Belgiens Braukonzern Artois hatten dem Gevaert-Chef nach dem Pakt mit Suez die Gefolgschaft aufgekündigt.

Nach dem Scheitern des eben erst beschlossenen franko-belgischen Bundes stieg De Benedetti wieder zum Favoriten im Rennen um die Générale auf. Mit dem 18,6-Prozent-Paket seiner Cerus und weiteren 20 Prozent Générale-Aktien, die Verbündete für ihn kauften, hielt der Konzern-Stratege vergangene Woche schon einen Anteil an der Belgien-Holding, der weit über der Sperrminorität von 25 Prozent liegt. Gelingt es ihm nun, Aktionäre aus dem zersplitterten feindlichen Lager zum Verkauf ihrer Générale-Papiere zu bewegen, hat er das Spiel gewonnen.

Es wäre der größte Coup in einer bislang schon außergewöhnlich steilen Unternehmer-Karriere. Der 53jährige De Benedetti, so scheint es, hat den Erfolg gepachtet.

Nach der Ausbildung zum Elektro-Ingenieur hatte der ehrgeizige Turiner zunächst die väterliche Firma geleitet. Binnen weniger Jahre baute er die bescheidene Metallröhren-Fabrik mit ihrer 50-Mann-Belegschaft zu einer florierenden kleinen Maschinenbau-Gruppe mit 1600 Beschäftigten aus.

Fiat-Herrscher Giovanni Agnelli holte 1976 den gerade 41jährigen in den Vorstand des Autokonzerns. Nach nur dreimonatigem Gastspiel schied der Fiat-Neuling wieder aus.

Im Jahr 1978 stieg De Benedetti wieder in die Großindustrie ein. Beim heruntergewirtschafteten Büromaschinen-Hersteller Olivetti übernahm er 15 Prozent des Kapitals und den Vorstands-Vorsitz. In nur wenigen Jahren verwandelte er den fast konkursreifen Produzenten völlig veralteter mechanischer Schreib- und Rechenmaschinen in einen profitablen Hersteller modernen elektronischen Bürogeräts.

Doch mit der Führung von Olivetti war De Benedetti keineswegs ausgelastet. Daneben zimmerte er an einem Konzern, der vor allem Beteiligungen an Nahrungsmittelfirmen, Werkzeugmaschinen-Fabriken, Autozubehör-Lieferanten, Versicherungsunternehmen, Investmentfirmen und Verlagen hält.

Da De Benedettis Ambitionen größer als seine persönlichen finanziellen Mittel waren, ging er fast immer nach dem gleichen geldsparenden Schema vor: Er begnügte sich mit einem Minderheits-Anteil an einer Firma, achtete aber darauf, daß ihm dieses Paket mangels anderer mächtiger Aktionäre den beherrschenden Einfluß sicherte.

Mit Gründung von Holdings in der Schweiz, in Frankreich und Spanien rückte De Benedetti über Italiens Grenzen vor. In Frankreich errang er gegen den Widerstand der Regierung eine bedeutende Beteiligung an Europas zweitgrößtem Autozubehör-Lieferanten, dem Konzern Valeo, und gliederte die feinste Firma der Grande Nation, das Modehaus Yves Saint Laurent, in sein Imperium ein. In der Bundesrepublik übernahm er von VW den kränkelnden Büromaschinen-Hersteller Triumph-Adler.



Konzern-Architekt De Benedetti
Endlich freie Hand bekommen

Als ihm im vergangenen Dezember ein scheinbar unbedeutendes Projekt vorgeschlagen wurde, erkannte „Tiger Carlo", wie er wegen seiner zupackenden Art genannt wird, seine Chance zur Attacke auf einen Großkonzern. Die Manager der Pariser Investmentbank Duménil-Leblé fragten bei Cerus an, ob die Gesellschaft bereit sei, das Bankhaus durch Übernahme eines Duménil-Leblé-Anteils vor unwillkommenen Aufkäufern zu schützen.

Das Pariser Investment-Haus war zwar nur eine bescheidene Beute, aber Cerus-Kontrolleur De Benedetti schnappte rasch zu. Dumenil besaß einen kleinen Anteil von Aktien des Générale-Konzerns. Und da auch Cerus ein Päckchen von Générale-Aktien hielt, verfügte der Italiener nun über 4,5 Prozent der breitgestreuten Générale-Papiere.

Auf Weisung De Benedettis kauften Cerus und Dumenil unauffällig weitere Aktien des belgischen Giganten auf. In nur zwei Wochen stockten sie ihren Bestand auf 18,6 Prozent auf. Erst dann gab sich De Benedetti den geschockten Générale-Managern als größter Aktionär zu erkennen.

Doch das belgische Unternehmer-Establishment wehrte sich zunächst mit allen Kräften gegen den Eindringling. Während die Bankenkommission die Genehmigung der Benedetti-Offerte hinauszögerte, formierte sich unter Führung von Gevaert-Chef Leysen eine Front belgischer Firmen gegen den Italiener.

Die Leysen-Clique versprach, zehn von zwölf Millionen neuer Générale-Aktien zu übernehmen, und sicherte sich 23 Prozent der alten Anteilscheine. Doch auf Antrag De Benedettis entschied ein Brüsseler Handelsrichter, die Ausgabe neuer Aktien nach Ankündigung der Übernahme-Offerte sei nicht Rechtens.

Zur Überraschung des Italieners mischte sich dann jedoch die Pariser Compagnie Financière de Suez in den Machtkampf ein. Zusammen mit befreundeten französischen Unternehmen brachte die Suez-Gruppe etwa 20 Prozent der Générale-Papiere unter ihre Kontrolle und bot dann Leysen einen Pakt gegen De Benedetti an.

Dieses Suez-Manöver mußte der Italiener als Verrat empfinden. Denn die Pariser Finanzgruppe ist mit einem Anteil von zehn Prozent einer der größten Aktionäre von De Benedettis Cerus-Holding. Und mit einem kleinen Paket ist sie auch an De Benedettis Spitzen-Holding Cofide beteiligt. Der Italiener wiederum sitzt im Verwaltungsrat von Suez.

Die Suez-Manager fürchteten wohl, nach einem De-Benedetti-Sieg in Belgien das nächste Opfer des unersättlichen Turiners zu werden. Falls De Benedetti die Herrschaft über Générale erringt, kontrolliert er nämlich auch drei Prozent der Suez-Aktien.

Was De Benedetti mit solch einem scheinbar unbedeutenden Paket anstellen kann, hat er schon im Fall Générale demonstriert. Nach einem Gewinn der Schlacht in Belgien wird die Rache des Italieners an den Suez-Managern schrecklich sein.

Seltsames Gebilde

Südafrikas Militär schlug in Bophuthatswana einen Putsch nieder und bewies, daß es mit der Unabhängigkeit der Homelands nicht weit her ist.

Bophuthatswana verdient die internationale Anerkennung", verkündete der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Januar nach seinem Besuch in diesem Homeland. „Die Schwarzen sind dort völlig frei."

Vorige Woche nahmen einige Bewohner des südafrikanischen Vasallengebiets ihre Freiheit wörtlich: Sie putschten, weil sie „Wahlbetrug und Korruption" der Regierung nicht mehr hinnehmen wollten. Der Chef der kleinen Oppositionspartei „People's Progressive Party" in Bophuthatswanas Parlament, Rocky Melebane-Metsing, besetzte mit einigen Militärs die Radiostation und ernannte sich zum neuen Staatsoberhaupt. Der von Pretoria ausgehaltene Präsident Lucas Mangope wurde mit einem Teil seiner Regierung im Unabhängigkeitsstadion festgesetzt.

Die weißen Nachbarn reagierten sofort. Einige hundert Soldaten mit Panzerfahrzeugen und Hubschraubern rückten in die Hauptstadt Mmabatho ein und holten ihre Schützlinge heraus. Noch am selben Abend war alles vorbei – besser hätte die Burenrepublik nicht beweisen können, daß die immer wieder betonte Unabhängigkeit der Homelands eine Fiktion ist.

Putsch und Gegenputsch im afrikanischen Busch rückten ein seltsames Staatsgebilde ins Blickfeld: Bophuthatswana ist in sechs Gebiete im Norden und Westen von Pretoria unterteilt. Ein siebter Flecken liegt mehrere hundert Kilometer weiter südlich.

So sieht es auf der Landkarte aus. In Wirklichkeit besteht das Homeland aus viel mehr Teilen. Doch Hunderttausende von Menschen sind noch nicht umgesiedelt, weil viele weiße Farmen bislang nicht aufgekauft worden sind. Erst wenn das geschehen ist, haben die Buren ihren Traum von der „Großen Apartheid" verwirklicht – mehr als 20 Millionen Schwarze sollen dann in zehn sogenannten Nationalstaaten leben, knapp fünf Millionen Weiße würden mehr als 80 Prozent des südafrikanischen Staatsgebiets für sich behalten.

„Bop", wie viele der 1,5 Millionen Einwohner ihr Reservat abschätzig nennen, wird von Pretoria gerne als Muster eines Homelands vorgeführt. Tatsächlich mögen selbst Kritiker Präsident Mangope nicht in eine Reihe mit den Häuptlingen und Despoten stellen, die in anderen Homelands herrschen.

Immerhin hat Bophuthatswana einen mehr oder minder respektierten Grundrechtekatalog, der allen Gleichheit gewährt und Rassismus unter Strafe stellt. Wirtschaftlich könnte das Gebilde lebensfähig sein: Dort liegen einige der reichsten Platinminen der westlichen Welt. Zudem profitiert Mangopes Republik von der Verklemmtheit der calvinistisch geprägten Buren.



Von Südafrikanern inhaftierte Putschisten: Schützlinge herausgeholt

Da in Südafrika Glücksspiel und Pornographie verboten sind, Sex über die Rassenschranken zwar gesetzlich erlaubt, aber gesellschaftlich verpönt ist, lockt die pompöse Urlauber-Oase Sun City, gut zwei Stunden Autofahrt von Johannesburg entfernt, mit ihren Clubs und Kasinos viele weiße Nachbarn an.

Das heißt noch nicht, daß die Finanzen im Homeland auch solide verwaltet werden. Zum Beispiel beschäftigte Mangope in Israel einen „Handelsdelegierten" mit Namen Schabtai Kalmanowitz. Dieser international tätige Schieber kassierte Millionen vom Homeland des Tswana-Volkes. So verdiente er allein an der Weitergabe eines ihm zugeschanzten Auftrags für den Bau des Einkaufszentrums in Garankuwa fünf Millionen Rand (4,4 Millionen Mark) „Managementgebühr".

Auf die trüben Geschäfte zwischen Mangope und Kalmanowitz beriefen sich die Putschisten unter anderem, um ihren Coup zu rechtfertigen. Bophuthatswana, so die Rebellen, habe 1,8 Millionen Rand Kaution gestellt, als Kalmanowitz letztes Jahr wegen angeblicher Beteiligung an einem Millionenschwindel im Gefängnis saß. Derzeit ist „Rasputin", wie der Finanzjongleur auch genannt wird, in Israel in Haft – er soll für den sowjetischen Geheimdienst KGB spioniert haben.

Von dem wiedereingesetzten Mangope erwarten die Südafrikaner, daß er Bophuthatswana wirtschaftlich voranbringt. Nicht zuletzt deutsche Unternehmen wie BMW und Siemens haben im großen Stil investiert.

Das blieb nicht ohne Folgen: Als das Territorium vor zehn Jahren zum Homeland erklärt wurde, mußte Pretoria noch 82 Prozent des Staatshaushalts bezahlen. Heute, so amtliche Angaben, sind es nur noch 26 Prozent.

Andere Gebiete, Venda, Ciskei und Transkei, sind weitaus schlechter dran. Venda, im äußersten Norden Südafrikas, ist so verelendet, daß regelmäßig schwere Seuchen ausbrechen. Auch politisch geht es rauh zu: Folterungen und unaufgeklärte Todesfälle von Regimegegnern sind an der Tagesordnung.

In der Hungerrepublik Ciskei bekämpft sich der Familienclan der Sebes auf grausamste Weise und verjuxt Millionen für Prestigeobjekte wie einen internationalen Flughafen, den keiner anfliegt.

In der Transkei schließlich, die im vergangenen Jahr der Ciskei den Krieg erklärte, hielten sich die Gebrüder Matanzima ein Jahrzehnt lang schadlos. Im Dezember putschte sich eine Militärregierung an die Macht.

Die Scheinfreiheit der Homelands kommt Südafrikas Steuerzahler teuer zu stehen. Allein die „TBVC-Staaten" (Transkei, Bophuthatswana, Venda, Ciskei) erhalten schätzungsweise eine Milliarde Dollar im Jahr. Eine weitere Milliarde geht in die sechs selbstverwalteten, aber noch nicht „unabhängigen" Gebiete Lebowa, Gazankulu, Kangwane, Kwandebele, Kwazulu und Qwaqwa. Insgesamt fließen so jährlich rund sechs Milliarden Rand (5,3 Milliarden Mark) in die Homelands.

Diese gewaltige Leistung, klagt Pretoria, werde vom Westen nicht geschätzt. Auch die Schützenhilfe für Mangope, „einen großen afrikanischen Staatsmann", so Außenminister Roelof Botha, werde die Welt wohl wieder mißdeuten.

Da sei man immerhin froh, „einen Freund wie Dr. Strauß" zu haben. ◆



GIL EVANS, Jazz-Musiker, auf „Figura" (Design: Mario Bellini mit D. Thiel). Vitra, Weil am Rhein, 07621/70 20.



Poindexter



North



McFarlane

Begnadigung für Ollie North und Co.?

Ob die Hauptakteure des Iran-Contra-Skandals jemals vor Gericht müssen, wird immer fraglicher. Jetzt sah sich der zuständige Sonderankläger Lawrence Walsh gezwungen, seinerseits Rechtsbeistand zu suchen. Walsh, der unter anderem gegen Oberstleutnant Oliver North sowie die beiden ehemaligen Sicherheitsberater Robert McFarlane und John Poindexter ermittelt (und vermutlich im nächsten Monat Anklage erheben wird), heuerte den ehemaligen Bundesrichter Herbert Stern als „Rechtsberater in Fragen außerhalb des Untersuchungsgegenstandes“ an. Grund: Es gilt als sicher, daß die Verteidiger zunächst die Klärung zweier verfassungsrechtlich relevanter Fragen durchsetzen werden, bevor es zu einem Prozeß kommt. Sie halten die Institution des Sonderanklägers für rechtswidrig und sind überzeugt, daß eine Anklage illegal wäre, da der Kongreß den Hauptbeteiligten begrenzte Immunität gewährt hat. Spätestens am Tage nach der Präsidentschaftswahl am 8. November eröffnet sich für Ronald Reagan die politisch dann risikolose Möglichkeit, mit einer Begnadigung einem Schuldspruch zuvorzukommen. Von solcher Nachwahl-Milde könnte, so wird derzeit in Washington spekuliert, auch der in einem anderen Verfahren bereits verurteilte Reagan-Freund Michael Deaver profitieren.

Wahlkampf am Gesetz vorbei

Frankreichs erstes Gesetz zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung ist noch nicht ganz verabschiedet, da führen die Parteien – zehn Wochen vor den Präsidentschaftswahlen – schon vor, wie es unterlaufen werden kann. Aus Geldquellen, über die sie keine Auskunft geben wollen, finanzieren die 20 sozialistischen Abgeordneten im Europaparlament seit Mitte Januar doppelseitige Anzeigen in den heimischen Nachrichtenmagazinen. Sie zeigen den Kopf von Staatspräsident François Mitterrand vor der Europaflagge und preisen dessen Politik. Der gaullistische Premierminister Jacques Chirac hingegen läßt Plakate, Anzeigen und TV-Spots einfach aus Steuermitteln bezahlen: Die dafür benötigten 21 Millionen Franc wurden im Budget als „Informationsaktionen interministeriellen Charakters“ verschleiert.



Pershing-2-Rakete

Probleme mit Raketen-Brennstoff

Die U.S. Army sucht nach Erkenntnissen des Fachblatts „Aviation Week & Space Technology“ verzweifelt „Wege, um die fast 2000 Tonnen Festtreibstoff ihrer Pershing-2-Raketen loszuwerden“. Die Treibsätze der 247 Mittelstreckenraketen müssen binnen drei Jahren vernichtet werden, sobald der amerikanische Senat den beim Dezember-Gipfel in Washington unterzeichneten Vertrag über den Abbau der Mittelstreckenwaffen ratifiziert hat. Doch bislang hat noch kein US-Bundesstaat die Genehmigung für das Abbrennen des Raketentreibstoffs erteilt – aus Angst vor Umweltschäden durch die hochgiftigen Gase.

Haiti: Müllkippe der Amerikaner

Wochenlang dauerte die Irrfahrt der unter liberianischer Flagge fahrenden „Khian Sea“ durch den Golf von Mexiko und die Karibik. Doch nirgendwo konnte der aus Philadelphia stammende Frachter seine brisante Ladung löschen – insgesamt 14 000 Tonnen verbrannter Industriemüll. Internationale Umwelt-Experten befürchteten, der Abfall enthalte Schwermetalle und andere Gifte, die das Grundwasser verseuchen könnten. Nachdem der Frachter auch von den US-Bundesstaaten Louisiana und Texas abgewiesen worden war, machte der Kapitän, der Irrfahrt überdrüssig, die Elendsinsel Haiti „zur Müllkippe der USA“ (so lokale Zeitungen). In der Nähe des haitianischen Hafens Gonaïves, wo das Schiff schon einige Tage vor Anker gelegen hatte, kippte er die lästige Ladung einfach ins Meer.



Lenin, Stalin im Mausoleum am Roten Platz in Moskau (vor 1961): „In seiner Seele war er dem Ajatollah näher als Lenin"

„Stalins Namen ein für allemal streichen"

Schwierige Vergangenheitsbewältigung in Moskau: Der Streit geht um den Mann, der das unterentwickelte Rußland in eine Weltmacht verwandelte und dafür Millionen Unschuldiger opferte. Die Anhänger von Gorbatschows Perestroika enthüllen Stalins Verbrechen, die Gegner des Reformkurses verteidigen sein Werk.

Demnächst im Moskauer Künstler-Theater: ein Stück („Weiter, weiter, weiter!") des Autors Michail Schatrow, 55, der in einer Serie zeitgeschichtlicher Schauspiele, durch historische Quellen abgesichert, das Sowjetpublikum mit der bislang unterdrückten Wahrheit bekannt macht.

Diesmal geht es um die Oktoberrevolution von 1917, den hehren Geburtsakt des Sowjetsystems von heute, und damit um die Suche nach Geburtsfehlern, unter denen die Sowjet-Gegenwart ächzt. Vorspruch: „Wir wollen die Vergangenheit befragen, um weiter voranzukommen."

Der Vorhang geht auf, 22 Personen des Dramas stellen sich den Zuschauern vor: die reaktionären Generäle Kornilow und Denikin, die sich als „russische Patrioten" empfehlen, der laue Sozialdemokrat Kerenski sowie die zaudernden Bolschewiken Kamenew und Sinowjew, der zupackende Trotzki – zum ersten Mal hört die Generation der Enkel, daß es laut „Prawda" von 1918 dieser Trotzki war, der die bolschewistische Machtergreifung organisiert hatte.

Ein Schauspieler verkörpert den 1938 hingerichteten Revolutionär Nikolai Bucharin, ein anderer, der penibel Requisiten zurechtrückt, nennt sich Lenin, auch dessen Frau Nadeschda Krupskaja stellt sich vor und nennt den Staatsgründer einen „Liederjan".

Und dann kommt einer, schnurrbärtig, der sagt mit georgischem Akzent: „Ich brauche mich nicht vorzustellen. Ich habe einen Krieg gewonnen, der in der Geschichte der Menschheit nicht seinesgleichen hat, ich habe das Leninsche Erbe bewahrt, habe den Sozialismus aufgebaut. Davon bitte ich auszugehen."

Es ist Josef Wissarionowitsch Stalin – jedem Zuschauer, jedem Sowjetbürger ist er gegenwärtig. Sein Werk ist die Sowjet-Union von heute: die militärische Supermacht, das Imperium mit 132 Millionen Russen und 152 Millionen Nichtrussen, der Staat ohne Rechtssicherheit und Bürgerfreiheiten, mit Zentralverwaltungswirtschaft, dem Konsumverzicht der Massen, den Privilegien der Kader.

Aber dieser Stalin beseitigte auch den Analphabetismus und schuf die Industriemacht Sowjet-Union mit heute einer Million Wissenschaftlern.

Vor 35 Jahren wurde sein präparierter Leichnam neben Lenin ausgestellt, 1961 dann an der Kremlmauer in einem Ehrengrab beigesetzt, doch Stalins Geist ist noch ganz präsent unter den herrschenden Bürokraten, bei den Veteranen des großen Krieges wie vielen jungen Heimkehrern aus dem Afghanistan-Feldzug und allerlei Kampfsportgruppen, die auf eigene Faust in russischen Provinzstädten auf Ordnung achten.

Die Erinnerung an ihn läßt sich aber auch nicht tilgen bei den Nachkommen seiner Opfer. Auf das Konto des großen Diktators gehen

- ▷ über sechs Millionen nach Sibirien deportierter Bauern;
- ▷ sieben Millionen verhungerter Ukrainer und Kaukasier, darunter etwa drei Millionen Kinder;
- ▷ über eine Million zugrunde gegangener Kasachen;
- ▷ eine Million erschossener Parteimitglieder;
- ▷ Hunderttausende deportierter Letten, Wolgadeutscher, Krimtataren.

Ein Sowjetmensch, dessen Vater von Stalin in eine Kolchose gezwungen wurde und dennoch im Krieg für Stalin focht und der bei Stalins Tod selbst erst 22 Jahre alt war, ist nun angetreten, sein

Land von der barbarischen Erblast, die Rußlands Kräfte fesselt, zu befreien: Michail Gorbatschow, 56.

Er hat erkennen müssen, daß es keinen anderen Weg gibt, die UdSSR in ein blühendes modernes Gemeinwesen umzugestalten, als den Versuch, die zur Gegenwart geronnene Geschichte zu bewältigen, um die Zukunft zu gewinnen.

Dies wird sein schwerster Kampf: Die Kräfte des Beharrens verschanzen sich hinter dem Idol, das noch immer vielen Sowjetbürgern als unantastbare, hochheilige Ikone gilt, Inhalt der großen Jahre ihres eigenen Lebens und Inbegriff ihrer Werte – Ordnung, Pflichterfüllung, Vaterland. „Stalin ist nicht gestorben", erklärte der Theaterregisseur Mark Sacharow, vorigen Monat zum Gastspiel in München, „er lebt im Bewußtsein weiter."

Gorbatschow fällt den Nationalheiligen. Die Sowjetgeschichte wird neu geschrieben, ohne die Lügen und Auslassungen der Stalin-Jahre, ein Schock für alle Sowjetbürger, die nun erfahren, wie es wirklich gewesen ist.

Am 4. Februar ließ Gorbatschow die Oktoberrevolutionäre Bucharin, einst Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, und Alexej Rykow, einst erster Sowjet-Premier nach Lenin, und 18 weitere Funktionäre rehabilitieren: Sie waren vor 50 Jahren als „Abschaum" (so Stalins Staatsanwalt Andrej Wyschinski) hingerichtet worden.

Das Oberste Gericht der UdSSR stellte nun fest, die Geständnisse der Angeklagten seien damals „mit ungesetzlichen Mitteln" erzwungen worden (siehe Auszüge aus den Gerichtsprotokollen Seite 135). Einer der 39 Rehabilitierungs-Juristen gestand, seinerzeit habe auch er an Bucharins Schuld geglaubt: „Selbst ich, ein Jurist, hatte es zunächst psychisch nicht leicht, von diesen Vorstellungen abzugehen."

Kommentar der „Prawda", deren Chefredakteur Bucharin einmal gewesen war: „Immer reiner wird die Atmosphäre, immer leichter ist es in unserem gemeinsamen Haus zu atmen. Sorgfältig werden die Fenster geputzt, damit sie immer mehr Licht durchlassen, die modrigen Winkel werden durchlüftet, die Spinngewebe beseitigt. Es wird alles auf seinen Platz gestellt, die ‚weißen Flekken' werden auch in unserer Geschichte ausgewaschen."

Die „weißen Flecken" – richtiger: die Nachtseiten der Sowjetgeschichte –, das ist Gorbatschows Stichwort, mit dem er das Signal zur Bewältigung des Stalinismus gegeben hat. Dabei wollte er einen Umsturz im Bewußtsein und im gesellschaftlichen Sein durchaus vermeiden. Doch die Schleusen sind geöffnet.

Vor zwei Wochen erklärte das Intelligenzblatt „Literaturnaja gaseta" den Chefankläger Wyschinski, den Vollstrecker Stalins (und späteren Außenminister sowie Uno-Botschafter) zum „Ungeheuer" und „Banditen".



Generalsekretär Gorbatschow: „Stalins Schuld ist unverzeihlich"

Der Gerichtsreporter der Zeitschrift, Arkadij Waksberg, der als Justizkritiker an der vordersten Reformfront steht, enthüllte auch, kurz vor dem Oktober 1917 habe unter der Kerenski-Regierung der damalige Beamte Wyschinski einen Haftbefehl gegen den „deutschen Spion" Lenin unterzeichnet. Stalin aber habe Wyschinski 1935 zum Generalankläger berufen, weil er ihn für gewalttätig und fügsam hielt.

Waksberg rührte an das Vergangene, um den daraus entstandenen Status quo zu verändern: Wyschinski hatte das – wie auch immer zustande gekommene – Geständnis als entscheidendes Beweismittel eingeführt, und so ist es weithin noch heute. Der Journalist, der schon viele Todesurteile als Folge von Justizirrtümern aufgedeckt hat: „Oft mußte ich erleben, wie Angeklagte irgendeine Tatsache zu erklären versuchten, aber der Staatsanwalt keinerlei Erhellung zu hören wünscht und ihre Bemühungen nur einen Versuch nennt, in die Irre zu führen und sich vor der Verantwortung zu drücken."

Sowjet-Union 1988: Vorletzte Woche erst wurde in Belorußland ein 33facher Mörder hingerichtet, für dessen Taten schon zwölf Unschuldige verurteilt worden waren – sie alle hatten gestanden.

Die „Iswestija" berichtete, zur Erzwingung eines Geständnisses sei es heute Brauch, die Verdächtigten bis zu zehn Tage ohne Rechtsanwalt in eine Isolierzelle mit zerbrochenem Fenster zu stekken, ohne Bettwäsche, nur im Hemd – „ein vom Gesetz akzeptierter Schlagstock". Ein Polizist: „Sie wollten nicht gestehen."

Seit Einführung der Möglichkeit einer Klage gegen Behörden vor einem halben Jahr gingen bei den Staatsanwaltschaften 267 000 Beschwerden ein, 96 000 Gesetzesverstöße lokaler Behörden wurden festgestellt.

Waksbergs Attacke gegen Wyschinski richtet sich direkt gegen die Staatssicherheitsorgane, ihre beständig hochgehaltene ungebrochene Tradition, ihre Untersuchungsmethoden: Die Gewalt der Geheimpolizei ist angefochten, das ist die Revolution – und fordert die Konterrevolution heraus.

Mit der Person Stalin auch den weiterwährenden, alltäglichen Stalinismus loszuwerden, das hatte vor einer Generation der Sowjetführer Nikita Chruschtschow versucht. Der Jura-Student Gorbatschow, der in den fünfziger Jahren in den praktischen Übungen seiner Uni auch an Vernehmungen im Gefängnis Lefortowo teilnahm und mutmaßlich

ebensowenig wie sein tschechoslowakischer Kommilitone Mlynář (er hat darüber im Exil berichtet) von den politischen Gefangenen im Lefortowo-Sondertrakt wußte, begründete seine Ideale in der Chruschtschow-Ära.

Er erlebte, wie sie damals am Widerstand des Apparats scheiterten. Das auf dem 20. Parteitag 1956 denunzierte Schreckensregiment des Massenmörders Stalin wurde amtlich bald nur noch unter dem nichtssagenden Kürzel „Personenkult" geführt – sonst nichts.

Auch als Gorbatschow das Amt Chruschtschows errungen hatte, respektierte er zunächst das Tabu als Geschäftsgrundlage aller Politik in der UdSSR. Unter Freunden sagte der Generalsekretär nach seiner Amtsübernahme 1986: „Wenn wir anfangen würden, uns mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, würden wir unsere ganze Energie abtöten. Wir würden das Volk vor den Kopf stoßen."

Dann verkündete er dem ZK vor einem Jahr: „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen" – eine Formulierung, die der später hingerichtete, noch nicht rehabilitierte Sinowjew 1926 benutzt hatte. Gorbatschow bedrohte die widerstrebenden ZK-Genossen mit dem unerhörten Vorschlag, ihre Posten künftig in geheimen Wahlen besetzen zu lassen – und kam damit nicht durch.



Anti-Stalin-Stück*
Kontrolle der Macht durch Bürgerrechte

Da erst begann Gorbatschow, die historischen Wurzeln auszugraben und zu kappen, auf denen das Machtprivileg der Nomenklatura gründet. Mit einer vorsichtigen Wendung gab er das Startzeichen, das die ganze Gesellschaftsstruktur bedroht: In Literatur und Geschichte dürfe es keine „weißen Flecken und vergessenen Namen" geben. Schlimm sei es, wenn „ganze Zeiträume" verdrängt und vergessen würden.

Gorbatschows Verbündete, die Glasnost-getränkten Journalisten, Künstler und Historiker, eröffneten einen Sturm wider Stalin. Der Film „Die Reue" des Stalin-Landsmanns Tengis Abuladse rechnete in überfüllten Kinos mit allen Diktatoren ab; der Roman „Die Kinder des Arbat" von Anatolij Rybakow beschrieb die Verfolgungen im Detail; die Bücher aus dem Staatsverlag in zu knapper Auflage wurden abgeschrieben wie bis dahin nur die Untergrundliteratur Samisdat. Schatrows Schauspiel „Diktatur des Gewissens", ein Kassenschlager wie Alexander Burowskis Anti-Stalin-Stück „Sprich", predigte Kontrolle der Macht durch garantierte Bürgerrechte (und schilderte den Marx-Freund Engels als Freund von Wein und Weib und gutem Leben).

Die Jugendzeitung „Komsomolskaja prawda" brachte einen Leserbrief, die Stalin-Jahre seien eine Zeit ständiger Furcht gewesen. Der Rektor des Instituts für historische Archive, Jurij Afanasjew, warf seinen Kollegen vor, „massive Repressionen unter Stalins Herrschaft gegen aufrechte sowjetische Bürger" schlicht als Irrtümer oder Unzulänglichkeiten abzutun; im Westen sei jene Zeit viel besser erforscht als in der UdSSR.

Auf einer Versammlung des Parteijugendverbandes „Komsomol" plädierte er für eine Publikation der Werke Trotzkis (Zwischenruf: „Das hat uns jetzt noch gefehlt!"); er verlas einen Zettel aus dem Publikum, Stalin habe Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, man solle seinen Opfern endlich ein Denkmal setzen – rhythmischer Beifall der Zuhörer.

Bei einem Gespräch nannte ein Geschichtsstudent erstmals eine Gesamtzahl der Stalinopfer: 20 Millionen. Die Illustrierte „Ogonjok" veröffentlichte einen Brief des Oktoberrevolutionärs Fjodor Raskolnikow (zuletzt Botschafter in Bulgarien), der nach den Schauprozessen gegen die Altgenossen und eine Woche vor Stalins



Plakat zum Anti-Stalin-Film „Die Reue"
Gegen alle Diktatoren

Pakt mit Hitler an den Diktator geschrieben hatte: „Sie haben Ihre Genossen gezwungen, durch Pfützen vom Blut ihrer einstigen Gefährten zu waten."

Dieselbe Zeitschrift, immer vorneweg, druckte einen von der Zensur unterdrückten Text des Schriftstellers Ilja Ehrenburg über den „unmenschlichen" Stalin mit der zentralen Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen der Barbarei, nämlich „wie Stalin so lange mit den Zügen seines Charakters die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft bestimmen konnte".

Der Funke der Entstalinisierung zündete bei den unmittelbar Betroffenen sogleich. In den von Stalin mit Hitlers Komplizenschaft besetzten baltischen Staaten demonstrierten Tausende gegen diese Annexion, mitten in Moskau forderten Hunderte Tataren, die Stalin von der Krim vertrieben hatte, ihre Rückkehr. Doch artikulierten Massen-Unmut vermag dieses System noch lange nicht zu ertragen.

Nach einer ZK-Sitzung im Juni 1987, auf der die beabsichtigte Reform der Stalinschen Befehlswirtschaft drastisch verwässert worden war, rief Gorbatschow die wichtigsten Chefredakteure zusammen und warnte sie nun vor Exzessen und destruktiver Kritik. Er begrenzte die Stalin-Schelte auf anonyme Verbrechen gegenüber Parteimitgliedern. „Ich bin der Meinung, daß wir das, was in den Jahren 1937/38 vor sich ging, nie vergeben oder rechtfertigen können und dürfen. Niemals. Dafür sind jene verantwortlich, die damals an der Macht waren." Diese Verbrechen könnten jedoch auch nicht alle erreichten Erfolge herabsetzen: „Wir sind auch stolz auf jeden Tag, den wir durchlebt haben, auch wenn er schwierig war."

Für Freund und Feind wurde deutlich, daß Gorbatschow aus dem Experiment

* „Diktatur des Gewissens" mit Alexander Abdulow, beim Münchner Gastspiel.

Chruschtschows gelernt hatte. Dessen Anti-Stalinismus, der anfangs den Funktionären ein Gefühl der Sicherheit vor willkürlichem Zugriff der Geheimpolizei hatte vermitteln sollen, richtete sich auch als Waffe des Parteichefs gegen Widersacher im Kreml-internen Machtkampf – gegen Stalins letzten Staatsschützer Berija (hingerichtet) und Stalins Getreue im Politbüro: Molotow, Kaganowitsch, Malenkow (aus der Partei ausgeschlossen).

Deren Anhänger im zweiten Glied zitterten um ihre erworbenen Rechte. Sie setzten durch, daß Solschenizyn nicht mehr gedruckt werden durfte, das versprochene Denkmal für die Opfer nicht errichtet wurde und die Details der Terror-Justiz weiterhin geheim blieben.

Mit der Anti-Stalin-Welle Gorbatschows mußte nicht nur der einst von Stalin für höhere Weihen ausgewählte Andrej Gromyko um seine Mitgliedschaft im Politbüro fürchten, sondern alle ererbten Privilegien jüngerer Funktionäre standen in Gefahr. Der Politbüro-Kandidat Boris Jelzin, Parteisekretär in Moskau, kündigte an: „Wir müssen uns klarmachen, daß wir mit dem Umbau so lange nicht vorankommen, wie wir nicht die Armee der Bürokraten-Schreiberseelen – jawohl, Genossen: die Armee – zerschlagen haben.“

Die ganze herrschende Klasse von 18 Millionen Bürokraten plus Angehörigen sah sich als korrupt und widerborstig stigmatisiert. Der Schwiegersohn des früheren Parteichefs Breschnew, der Vize-Innenminister Jurij Tschurbanow, war gerade wegen Korruption verhaftet worden, was fast alle schrecken mußte, die unter Breschnew nach oben gekommen waren. Ein in den Fall verwickelter Kaufhaus-Direktor wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet, was alle Bestecher und Bestochenen das Fürchten lehrte – und das waren die meisten Handelsfunktionäre.

KGB-Chef Wiktor Tschebrikow entschuldigte sich in der „Prawda“ dafür, daß ein Glasnost-Journalist in der Provinz unschuldig verhaftet worden war – das brachte den Staatssicherheitsapparat gegen die Neuerungen auf. Später erst wurde mitgeteilt, daß der zu neugierige Rechercheur in der Haft gefoltert worden war und bald nach seiner von Moskau erzwungenen Freilassung starb.

Gorbatschow, dem Saubermann, wehte der Wind ins Gesicht. Er zog sich sieben Wochen aus der Öffentlichkeit zurück, derweil sein Stellvertreter Jegor Ligatschow, 67, den Parteiapparat leitete und auch nicht wieder völlig aus der Hand gab. Er vergatterte in Gorbatschows Abwesenheit die Medien zu der Sprachregelung, die Ära Stalins sei eine Zeit gewesen, in der „das Land im Umfang der Industrieproduktion den zweiten Platz in der Welt erreichte, die Kollektivierung der Landwirtschaft durchführte und unglaubliche Höhen in der kulturellen Entwicklung, Erziehung, Literatur und Kunst erreichte. Das ist eine unbestreitbare Tatsache“.

Der oberste Geheimpolizist Tschebrikow trat ihm bei mit einer Generalkritik an zuviel Glasnost; Verteidigungsminister Dmitrij Jasow gab Unzufriedenheit mit der Vernachlässigung von Sowjet-Patriotismus und Wehrwillen zu Protokoll.

Die „Prawda“ brachte Leserbriefe, die Stalin als einen großen Führer schilderten; Kriegsveteran Sinjakow aus Wolgograd (früher: Stalingrad) befand, die Stalin-Jahre seien in erster Linie eine Zeit der Erfolge gewesen. Zwei Polit-Zeitschriften begründeten die Notwendigkeit der Bauern-Kollektivierung. Das Massenblatt „Sowjetskaja Rossija“ bejahte eine Leserfrage, ob Sinowjew und Kamenew Feinde des Sozialismus gewesen seien, und setzte nach Antisemiten-Art hinter Sinowjews Namen: „Radomyslski“.


Anti-Stalin-Schauspiel „Sprich“: „Freiheit nur durch Kampf gegen das Böse“

Der Kampf gegen Stalin ging dennoch weiter. Zweiter Akt: Radio Moskau nannte Gorbatschows Reform, die Perestroika, „eine Entstalinisierung in der Praxis“.

Der Dramatiker Alexander Mischarin bezeichnete Breschnew als „letzten Stalinisten“. Die Regierungszeitung „Iswestija“ stufte Stalins gefährlichsten Gegenspieler Trotzki als „Helden und Märtyrer der Revolution“ ein.

Eine Rehabilitierung Trotzkis? Das war der „Sowjetskaja Rossija“ denn doch zuviel. Unter der Überschrift „Sie wollen einen Judas aufpolieren“ verdammte die Zeitung „Trotzki (Bronstein)“, dessen Ideologie schon von Lenin zerschlagen worden sei, „die Partei“ habe das danach nur noch vollendet.

Anzüglich erklärte das Blatt, warum die Partei zunächst an Trotzki festgehalten hatte – die Argumente ließen sich auf Gorbatschow ummünzen: wegen der außenpolitischen Situation des Sowjetstaates, wegen des Mangels an geeigneten Persönlichkeiten und wegen Trotzkis „internationalem Bekanntheitsgrad“.

Gleich darauf kehrte aus dem langen Urlaub ein scheinbar gewandelter Gorbatschow zurück. In der Festrede zum 70. Oktoberrevolutions-Jubiläum pries er Bucharin, aber als einen, der zusammen mit Felix Dserschinski, dem bis heute hochgeschätzten Gründer der Geheimpolizei, „eine wichtige Rolle bei der ideologischen Zerschlagung des Trotzkismus“ spielte.

Und Bucharin habe dogmatisch und undialektisch gedacht (war Stalins Revision des Marxismus demnach berechtigt?). Er habe bei der Industrialisierung „die Bedeutung des Zeitfaktors praktisch unterschätzt“ (war also auch Stalins gewaltsame Hast berechtigt?).

Dabei erinnerte sich jeder Zuhörer an Stalins exakte Prognose von 1931: „Wir bringen das in zehn Jahren zuwege, oder wir werden zermalmt.“

Bucharin wollte langsamer voran, die Bauern nicht enteignen und in die Blaukittel des Fabrikarbeiters zwingen. Hätte unter solchen Umständen Rußland 1941 auch genügend Panzer produziert? Oder, anders herum, die Frage, die der

Ex-Partisan und Stalin-Gesprächspartner Milovan Djilas aus Jugoslawien aufwirft: „Wie sonst, wenn nicht auch mit der Zwangskollektivierung, sollte man den relativ schwachen, unengagierten Anfangswiderstand gegen die nazistische Invasion erklären?"

Laut Gorbatschow war es jedoch richtig, „sofort die Schwerindustrie voranzutreiben, ohne auf äußere Finanzquellen zu hoffen, ohne auf langjährige Kapitalbildung aus der Entwicklung der Leichtindustrie zu warten".

Es gab „auch Verluste", es entstand „ein System des Administrierens und Kommandierens der Partei- und Staatsführung des Landes, entsprechende Strukturen der Planungsmethoden" – aber die brachten „im großen und ganzen ihre Ergebnisse".

Nur die Interessen der Bauern fanden, Originalton Gorbatschow, nicht genug „Leninsche Aufmerksamkeit". Die Kollektivierung war eine „Überleitung zur kulturvollen Wirtschaftsführung" und steigerte die Arbeitsproduktivität, las Gorbatschow vor, obwohl er wußte, daß die Landwirtschaft zusammenbrach und sich bis heute nicht davon erholt hat. Es kam zu „Überspitzungen", so Gorbatschow. Derart wurde millionenfacher Massenmord umschrieben.

Chruschtschow hatte einst festgestellt: „Unsere Schwierigkeiten, das Land zu ernähren, sind die direkte Folge von Stalins Sieg über seine Gegner."

Gorbatschow war für ein kräftiges Sowohl-Als-auch: Das Kommandieren schränkte „die Entfaltung der sozialistischen Demokratie" ein und führte zu dem bekannten Personenkult, Verletzung der Gesetzgebung, Willkür, Repressionen, „offen gesagt: Verbrechen, verübt auf dem Nährboden des Machtmißbrauchs. *Tausende* Parteimitglieder und Parteilose waren Massenrepressalien ausgesetzt".

Und dann über Stalin: „Grobe politische Fehler und Willkür, die er und seine Umgebung zugelassen haben, für die unser Volk einen hohen Preis zahlte . . . Die Schuld Stalins ist gewaltig und unverzeihlich." Gorbatschow, der Anti-Stalinist.

Aber: „Der führende Kern der Partei unter Leitung J. W. Stalins verteidigte erfolgreich den Leninismus im ideologischen Kampf, formulierte Strategie und Taktik der Anfangsetappe des sozialistischen Aufbaus, und ihr politischer Kurs fand die Zustimmung der Mehrheit der Parteimitglieder und Werktätigen."



Sowjetische Auto-Produktion um 1935: Ein Viertel des Plans erfüllt

Wie das? Von den 1966 Parteitagsdelegierten des Jahres 1934 wurden laut Chruschtschow 1108 verhaftet, von den 139 ZK-Mitgliedern 98 erschossen. Djilas: „Gorbatschows Urteile, besser gesagt: Richtersprüche, enthüllen das Bestreben, den Nachforschungen und Urteilen der Historiker ein Ende zu setzen, die derart überhandgenommen haben, daß sie die Legitimität des Systems bedrohen."

Darin irrte Djilas, und auch in seiner Schlußfolgerung: „Gorbatschows Richtersprüche beharren auf der Kontinuität des Systems bei unwesentlichen, schmerzlosen Verbesserungen desselben."

Denn die Entstalinisierung geht trotz der Lippenbekenntnisse zu Stalin weiter. „Das ist der Unterschied zur Vergangenheit", äußerte sich Autor Schatrow, der auch Sekretär des Schriftsteller- und Theater-Verbandes ist: „Früher hätte jedermann blindlings wiederholt, was in der Rede stand, und das wäre alles gewesen."

Dritter Akt: Die Zeitschrift „Snamja" druckt Schatrows Stück „Weiter, weiter, weiter!", das im Mai uraufgeführt werden soll. Darin stehen Rosa Luxemburgs Warnung an die Bolschewiki, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Namen einer „vorübergehenden Notwendigkeit" zu opfern, und Lenins Bekenntnis, sich vor den Arbeitern Rußlands schuldig gemacht zu haben.

Entmythologisierung rundum. Es soll sogar auf der Bühne zu hören sein, welch schlimmen Schimpf Stalin wohl der Lenin-Ehefrau Nadeschda angetan hat, weshalb Lenin – verbürgt – unmittelbar vor seinem Tod die Beziehungen zu Stalin abbrechen ließ.

Stalin hatte per Politbüro-Beschluß den kranken Lenin unter Hausarrest gestellt und von allen Informationen abgeschnitten. Er fürchtete ein politisches Testament Lenins. Nadeschda Krupskaja informierte ihren Mann.

Stalin: Die kleinste Aufregung kann zur Katastrophe führen. Sie können hier nicht einfach Schicksal der Partei spielen . . . Lenins Gesundheit ist nicht Ihr Familienkapital. Das ist das Kapital der ganzen Partei.

Krupskaja: Eine Frau weiß besser . . .

Stalin: Mit dem Führer zu schlafen bedeutet nicht, den Führer zu kennen!

Lenin regte sich auf und starb. Was folgte – im Westen längst erforscht, in Rußland ein halbes Jahrhundert lang verschwiegen –, kommt nun auch stückweise am Tatort selbst ans Licht. „Einem Volk, das sein Gedächtnis verloren hat", meint Chefredakteur Sergej Salygin („Nowy mir"), „droht der Untergang."

Das sowjetische Fernsehpublikum durfte jetzt erfahren, wie die Krupskaja über das Lenin-Mausoleum dachte („Verwandlung in eine Ikone") und wie über den Lenin-Kult: „Auch Lenin war dagegen, einen Revolutionär mit Lärm und Huldigungen zu umgeben."

Ein Schlaglicht auf Stalins Weg zur Alleinherrschaft werfen vormals von der Zensur gestrichene Passagen aus den Memoiren des Staatschefs Anastas Mikojan in „Ogonjok": Auf dem Parteitag 1934 – dessen Delegierten-Mehrheit sterben mußte – bekam der Leningrader Parteisekretär Sergej Kirow mehr Stimmen als Stalin, den daraufhin eine Gruppe, mit Mikojan, als Generalsekretär durch Kirow zu ersetzen suchte. Stalin ließ durch seinen Vertrauten Kaganowitsch Stimmzettel fälschen und wahrscheinlich, so Chruschtschow 1956, Kirow ermorden.



Kollektivierte Bauern um 1935: Zuwenig Getreide bis heute

heimfielen, wurde bis heute nicht erfüllt. Aber der sowjetische Historiker Heino Anumäe hat jetzt erstmals die Existenz des Dokuments eingeräumt: „Im Lauf der Verhandlungen gelangte man auch zu einer gewissen Vereinbarung, die baltischen Staaten betreffend."

Demontiert die Enthüllung der Wahrheit das Imperium? Polens Parteichef Wojciech Jaruzelski, dem Gorbatschow das Ausfüllen spezieller „weißer Flekken" zugesagt hatte, durfte im „Kommunist" eine „Repression Tausender von Polen und ihre Deportation tief in die Sowjet-Union" beklagen. Er hatte selbst dazugehört, im Alter von 16 Jahren.

Weiter, weiter. Militärhistoriker finden keine Entschuldigung mehr dafür, wie Stalin gegen das Offizierskorps wütete. „Stalin hat davon gewußt", erklärt General Professor Michail Kirjan. Georgij Schukow, Rußlands populärster Weltkrieg-II-Marschall, hatte bemerkt, durch die Liquidierung der „ganzen Armeeführung" vor dem Krieg sei das Land auf den deutschen Angriff nicht vorbereitet gewesen. Nun wurden Notizen von ihm veröffentlicht, er selbst habe zweimal verhaftet werden sollen – doch Stalin war es, der ihn rettete.

Die Dolmetscherin Jelena Rschewskaja erzählt in „Snamja", ihre Sondereinheit, die Schukow unterstellt war, habe Hitlers Leiche in Berlin entdeckt, Stalin aber dem Fund mißtraut und Schukow

Stalins Industrialisierungsprogramm war ein Fehlschlag. „Kommunist", das Theorie-Organ der KPdSU, publizierte den Beweis: Die Ziele des ersten Fünf-Jahr-Plans wurden ausnahmslos nicht erreicht, keineswegs die von Stalin behaupteten 22 Milliarden Kilowattstunden Strom 1932 erzeugt, sondern nur 13,5 Milliarden, nur halb soviel Stahl, Papier, Baumwollstoff wie geplant und statt 100 000 Autos nur 23 900.

Volkswirt Nikolai Schmeljow errechnete, daß der Arbeitseinsatz der 17 Millionen Häftlinge Stalins unproduktiv war. Ihr konkretes Schicksal schildert erstmals ein Film („Kalter Sommer 1953"), in dem Verbannte ein Dorf, Parabel der terrorisierten Sowjetgesellschaft, von Banditen befreien. Moral, laut „Moskowskije nowosti": „Freiheit und menschliche Würde fallen dir nicht in den Schoß. Man kann sie nur durch den Kampf gegen das Böse erlangen."

Stalin fälschte die Zahl seiner Untertanen, mit Grund. 1934 nannte er 168 Millionen Sowjetbürger sein eigen, es waren nur 158 Millionen, nach dem Bauernsterben. Das ermittelte der sowjetische Demograph Tolts. Die Volkszählung 1937 blieb derart deutlich unter dem vorher hochgerechneten Saldo, daß ihr Organisator Smirnow erschossen wurde und die Resultate geheim blieben.

Den Djilas-Gedanken, ein derart mißhandeltes Volk sei anfangs nicht bereit gewesen, für Stalin, gegen Hitler, sein Leben einzusetzen, teilt der Historiker Alexander Samsonow: „Die Repression der dreißiger Jahre, abgesehen von ihrer Unmenschlichkeit und Unmoral, verursachte auch einen schweren Rückschlag in unserer Kampfbereitschaft."

Der Schriftsteller Wassil Bykow aus Belorußland – wo am 1. November vorigen Jahres Demonstranten am Minsker Kupala-Platz an den Untergang der Blüte belorussischer Intelligenzija gemahnten – berichtete, wie manche seiner Landsleute nur wegen der Kollektivierung später zur Kollaboration mit den deutschen Besatzern bereit waren.

Die Forderung baltischer Demonstranten nach Veröffentlichung jenes Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt, aufgrund dessen ihre unabhängigen Staaten dem sowjetischen Machtbereich an-

„Verfaulte liberale Ideen"

Glasnost für Stalinisten: Aus Leserbriefen in Sowjet-Zeitungen

„Nedelja"-Leser Prichodko:

Ich bin 31 Jahre alt. Der Leser Wassiljew ist im Unrecht, wenn er die Zahl der „Erben Stalins" auf fünf Millionen Kriegsteilnehmer begrenzt. Für uns, die Jugend, ist J. W. Stalin das Beispiel eines musterhaften Dienstes an der Heimat, am Volk, am Sozialismus. J. W. Stalin hat tatsächlich die Unredlichen, die Nichtstuer, die Schwätzer, die Anti-Sowjetisten, mit einem Wort alle Schmarotzer der Gesellschaft hart bestraft . . . Ich habe nie irgendwelche Verbrechen begangen, aber ich zähle mich zu einem „Erben" J. W. Stalins und bin stolz darauf.

Ein Taxifahrer in „Moskowskije nowosti":

Zu Stalins Zeiten herrschte Ordnung, und die Preise gingen zurück.

Jurist Mursitsch aus Riga:

Todesstrafe muß zur Routine, den verdammten sabbernden Liberalen muß Widerstand geleistet werden. Wenn deren verfaulte Ideen die Oberhand gewinnen, bedeutet das ein Ende der Gerechtigkeit.

„Oktjabr"-Leser Lobanow, 60:

Die Presseorgane sind in die Hände der Anschwärzer gefallen. Der Glaube an Stalin, an die Gerechtigkeit seiner Sache lebt, gerade jetzt findet in der jungen Generation seine Wiedergeburt statt. Die Tätigkeit Chruschtschows und der ihn unterstützenden Schriftsteller bedeutete die Konterrevolution. Heute sind die vernichtenden Auswirkungen der „Entlarvung des Personenkults" offenkundig geworden: Die Landwirtschaft ist im Niedergang, das Brot müssen wir importieren; Industrie, Technik, Wissenschaft – überall müssen wir aufholen. Heute geht es gegen Stalin, morgen schaffen sie es bis zu Lenin, Versuche (Trotzki) gab es schon . . . Die Fehler des 20. Parteitags werden noch korrigiert werden, unser Volk wird unter dem Banner von Marx, Engels, Lenin, Stalin zum Kommunismus vorwärtsschreiten. Die Geschichte ist unumkehrbar.





Der automatische Chronograph
Da Vinci mit ewigem Kalender und
Mondphasenanzeige von IWC.
Er wird bis ins Jahr 2499 ganze Uhrenkennergenerationen an die Genialität von Leonardo Da Vinci erinnern.

Der Jahrhundertschieber zum automatischen Chronographen Da Vinci von IWC.
Er wird im Jahr 2200 eine ganze Uhrmachergeneration auf den Wissensstand der 1980er Jahre befördern.

Liebe Uhrmacher. Wir bitten Sie um Verständnis dafür, dass Ihre Kollegen aus Schaffhausen die Da Vinci so konzipiert haben, dass sie Ihnen beruflich kaum in die Hände kommt.
Anfang Januar 2200 dürfen Sie sie nach langem Warten öffnen und sich über die Genialität alter Meister wundern.
Vergessen Sie aber vor lauter Staunen nicht, den neuen Jahrhundertschieber für die Jahre 2200 bis 2499 einzusetzen, den Ihr Kunde schön verpackt mitgebracht hat.
Falls sich die Da Vinci für Ausbildungszwecke etwas länger bei Ihnen aufhalten sollte, bitten wir Sie, dem Kunden für diese Zeit lieber mit gar keiner Uhr als mit einer Ersatzuhr auszuhelfen.
Er hat sich im Laufe der Jahrhunderte an einiges gewöhnt. Herzlichst. Ihre IWC.

IWC

International Watch Co Ltd, Schaffhausen . Switzerland
Since 1868

Wo Sie eine Broschüre über die Da Vinci bestellen und die Uhren von IWC kaufen können, erfahren Sie in Deutschland bei der IWC in Frankfurt, Tel. (069) 78 30 85 oder 78 30 86, in Österreich bei der Chronogold in Wien, Tel. (0222) 83 15 42 und in der Schweiz bei der IWC in Schaffhausen, Tel. (053) 8 81 55.

GGK

davon nichts erzählt, weil er an einen Trick und an Hitlers Wiederkehr geglaubt habe.

Immer weiter, immer neue Enthüllungen über Stalins Kriegskunst: Akademie-Mitglied Samsonow gab preis, daß Stalingrad auch von Strafkompanien verteidigt worden sei. Er veröffentlichte einen „notwendigen", allen Soldaten verlesenen Stalin-Befehl, dem Rückzug einzelner Truppenteile „mit eiserner Hand" zu begegnen und Feiglinge in Disziplinar-Einheiten zu je 800 Mann zusammenzufassen.

So siegte er, was ihm wenigstens niemand streitig machen kann. Er hatte keinen leichten Tod. Sein Leibarzt Winogradow, schrieb „Moskowskije nowosti", hatte ihm von jeglicher Aktivität abgeraten, was er als politisches Kaltstellen verstand – das Schicksal, das er selbst Lenin zugefügt hatte. Winogradow und acht weitere Ärzte samt Ehefrauen wurden verhaftet und gefoltert, nach Stalins Ende freigelassen und dafür der Geheimpolizist Rjumin hingerichtet, einer der wenigen Stalin-Verbrecher, der – soweit bekannt – je büßen mußte.

Die übrigen Vollstrecker Stalins blieben allesamt unbehelligt. Die Opfer aber, überlebende Gulag-Gefangene, erhielten bestenfalls ein Polizei-Dokument, das die Verfolgung als „gesetzlich unqualifiziert" bescheinigte – keine Entschuldigung, keine moralische Wiedergutmachung, keine Entschädigung und keine Maßnahmen gegen die Täter.

Belorußlands Ex-Premier Kowaljow berichtete in seiner Heimatzeitung von seiner Festnahme 1938, von der Durchsuchung seiner Wohnung, dem Abreißen der Tapeten und Aufschlitzen eines Kinderbetts, von den Schlägen in der Haft: „Ich frage mich oft, was machen alle jene heute, die mich damals gequält haben? Solche Leute leben immer noch sehr glücklich. Viele von ihnen sind in allen Ehren aus dem aktiven Dienst ausgeschieden und erhalten Sonderpensionen."

Für den Diktator wurde an seinem Geburtsort Gori im Kaukasus ein Museum errichtet, wo auch ein kleiner Marmorfelsen mit eingebauter Uhr steht, auf dessen Gipfel ein goldener Panzer T-34 einen deutschen Reichsadler zermalmt, Geschenk Stalins an Schukow. Hunderte Touristen hören dort jeden Tag von Fremdenführern, das Genie habe die Welt vom Faschismus errettet.



Stalin-Verteidiger Ligatschow
„Neue Höhen"

„Ich bin dafür, dieses Museum zu schließen", schrieb der Journalist Sofrony im „Ogonjok", weil dort „Schindluder mit der Wahrheit getrieben wird", das Andenken der Opfer Stalins werde verhöhnt.

Dort steht auch das letzte Stalin-Denkmal in der UdSSR, 17 Meter hoch. Nach Sofrony kann es nur als „Mahnmal für ein Monster und für einen Henker betrachtet werden".

Die Sowjet-Illustrierte brachte auch einen Leserbrief mit der Empfehlung, Stalins Generalankläger Wyschinski, der an der Kremlmauer beigesetzt ist, an weniger ehrenvoller Stelle zu bestatten.

Andere Briefe empfehlen, die nach Stalins Gefährten Kalinin und Woroschilow benannten Orte („Kaliningrad") und Straßen umzubenennen – und Chruschtschow, der auf dem Moskauer Nowodewitschje-Friedhof ruht, an die Kremlmauer umzubetten.

Solche Umwertung aller Werte übersteigt womöglich das Aufnahmevermögen der lebenslang entpolitisierten und indoktrinierten Sowjetbürger. Viele wehren sich, aggressiv und intolerant. Aus ihren Hirnen und Herzen erhebt sich das beleidigte Ungeheuer und führt noch einmal seine Faszination vor.

Eine Flut von Leserbriefen trifft plötzlich, seit Gorbatschows Festrede im November, auch in den Redaktionen der Reformzeitungen ein (siehe Kasten Seite 129); manche Blätter wie die Zeitschriften „Molodaja gwardija" und „Nasch sowremennik" haben nie Sympathien für Gorbatschow geäußert.

„Ogonjok" meldet unter 1000 Zuschriften zum Thema Justizreform 400 mit dem Ruf nach den strengen Gesetzen der Stalinzeit, einer Rückkehr zu zehn Jahren Gulag im Fall mehrfacher Verspätung von 21 Minuten am Arbeitsplatz; vom Schrei nach Todesstrafe. Ein Leser entschied über Stalin-kritische Dichter: „Solche Intellektuellen wie Okudschawa und Jewtuschenko und andere haben nur in Sibirien Platz."

Schriftsteller Schatrow, bei seinem Besuch in München im Januar dazu befragt, hält solche Briefe für den Ausdruck eines Generationskonflikts, nachvollziehbar speziell von Deutschen: „Ein Problem für Menschen, die sich, wenn sie nachdenken, sagen müßten: ‚Sollte denn unser ganzes Leben, unsere ganze Arbeit umsonst gewesen sein?'"

Glasnost gilt auch für Stalinisten: Ein Rezensent warnt vor dem Roman „Die Kinder des Arbat", weil er die Jugend von „heroischen Idealen" ablenke. „Molodaja gwardija" entdeckt eine Verschwörung von Zionisten und Freimaurern in der UdSSR, wettert gegen eine russische „Hyde Park Corner, wo jeder sagen könnte, was ihm gefällt", und hält Pluralismus für eine Erfindung geheimer Sowjetfeinde zwecks Zerstörung



Stalin, Gromyko 1945*: „Wie ein Löwe gekämpft"

* Auf der Potsdamer Konferenz. Mitte: Molotow; rechts: Wyschinski (mit Brille).



Sowjetische Kriegsveteranen in Stalingrad: „Stalins Name hat von Anfang bis Ende Sieg bedeutet"

der moralischen Werte. Und ein Gedicht von Wassilij Fjodorow:

> Im Namen aller, die leben:
> ob muskelspielend, zornig, ahnungslos –
> nehmt eure Hände weg von alten Gräbern
> sonst ist von neuem bald ein Teufel los.

Der Vize-Chefpolitruk der Armee, General Dmitrij Wolkogonow, schreibt eine Stalin-Biographie („Triumph und Tragödie"). Resümee: Stalin habe „unverzeihliche Fehler" begangen, sich aber bemüht, den Sozialismus zu verteidigen. Wolkogonow ist zuständig für die politische Erziehung der Truppe. Immerhin entdeckte er bei seinen Studien eigenhändige Randnotizen Stalins auf einem Brief des zum Tode verurteilten Armeeführers Jakir: „Schurke" und „Hurensohn".

Der große Diktator hat noch lebende Nothelfer. Zu seinem 108. Geburtstag im Dezember pries der ehemalige Botschafter in Bonn, Wladimir Semjonow, 77, im SED-Organ „Neues Deutschland" Stalins „schöpferische und allseitige Betrachtungsweise", seinen „großen Takt und sein Verständnis". Staatschef Gromyko, 78, lobte seinen Gönner für den Anschluß Polens auf der Potsdamer Konferenz 1945: „Er kämpfte wie ein Löwe dafür, daß Polen ein mit der Sowjet-Union befreundeter sozialistischer Staat wird, und kein Anhängsel am westlichen Block. Und der Erfolg trat ein."

Gromyko ist der Senior im Politbüro, der Führungsspitze, in der Gorbatschow immer noch das jüngste Mitglied ist. Sein strenger Vize Ligatschow hält in der Sowjetgeschichte insgesamt „keinen Tag für verloren".

Eduard Schewardnadse, der Außenminister, hingegen: „Es verging kein Tag, an dem wir nicht gezwungen gewesen wären, den höchsten Preis zu zahlen." Und Premier Ryschkow meint, „daß kein Gleichheitszeichen gesetzt werden darf zwischen Stalin und der ganzen Partei, den Millionen einfachen Menschen".

Bei dieser unterschiedlichen Stimmungslage im obersten Machtorgan der UdSSR wagte Generalsekretär Gorbatschow wenige Tage vor der nächsten ZK-Sitzung, die diesen Montag beginnen soll, neue Pflöcke einzuschlagen. „Wir werden unser Volk nicht ein zweites Mal für ein solch großes Wagnis mobilisieren können", hatte er im Januar die russischen Journalisten wieder ermuntert.

In der Außenpolitik verkündete er nun persönlich einen Termin für den Abzug in Afghanistan, zur Wende daheim setzte er Bucharins Rehabilitierung durch – ein juristischer, kein politischer Akt, so wurde betont, doch auf Antrag und mit Genehmigung einer Kommission des Politbüros.

Ein politisches Programm steckt darin wohl doch, zumindest eine historische Alternative: die Frage nach dem Weg, den das Sowjetsystem mit Bucharin, ohne Stalin, hätte gehen können – langsamer, aber getragen vom Volk, bündnisfähig für alle demokratischen Staaten und damit auch verteidigungsbereit gegen einen anderen Tyrannen, den deutschen.

Die Deutschen hatten es viel bequemer, ihren Teufel zu exorzieren: Sie trugen das Mal der militärischen Niederlage, dem Verlierer fällt Selbsterkenntnis leichter. Stalin aber hat gesiegt, Rußland groß gemacht und seinen Machtbereich weit nach Westen ausgedehnt – die Grenzen des Ostblocks sind Stalins Grenzen. Auch das hinderte die Russen daran, sich seines Systems rasch zu entledigen.

Nur weil es anders sich nicht ändern läßt, hat Gorbatschow den Waffenstillstand zwischen Tätern und Opfern aufgekündigt. „Wir leben bis heute in einem stalinistischen Sozialismus", erläuterte der verwegene Historiker Afanasjew, „die Gesellschaft muß bis ans Ende entstalinisiert werden."

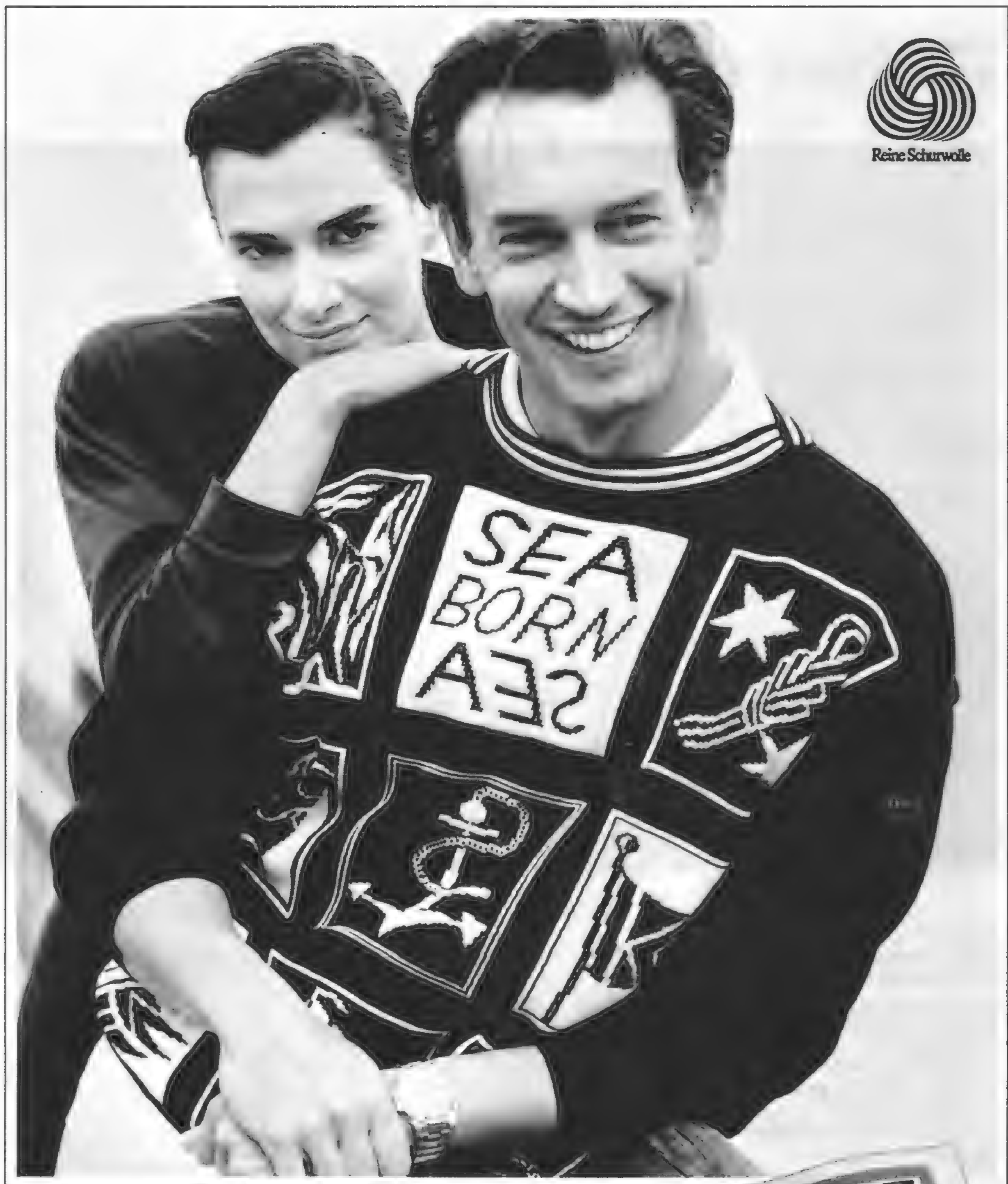
Fechten die Reformer für den Umbruch gegen Stalin, so sammeln sich die konservativen Widersacher der Perestroika hinter dieser Kultfigur. Schüler verlangen im Polit-Unterricht nach den Originaltexten Bucharins, zugleich wird in den Klassen mit Stalin-Ansteckern gehandelt. Die Erwachsenen führen von Woche zu Woche ihre erbarmungslose, selbstquälerische Stalinismus-Debatte heftiger.

Die Zeitung „Sowjetskaja kultura" meldet „absolut polarisierte Meinungen", von den Forderungen, „diesen Namen ein für allemal aus der Geschichte des Landes zu streichen", bis zu Ultimaten, „sofort damit aufzuhören, über einen Menschen Dreck auszugießen, dessen Name von Anfang bis Ende Sieg bedeutet hat".

Solcher Aura kann sich Michail Gorbatschow, der neue Stalin-Töter, noch nicht rühmen. Stalins Tochter Swetlana Allilujewa Peters, 63, über ihren Vater: „Er war ein asiatischer Mensch, in seiner Seele dem Ajatollah näher als Lenin." Und: „Ich glaube, auf Gorbatschow wartet die gleiche Tragödie, die den tschechoslowakischen Parteichef Dubček ereilt hat."

Gorbatschow aber kämpft. Den Journalisten sagte er am 15. Januar: „Wenn wir aufhören, wird es unser Tod sein." Weiter, weiter, weiter!

MODE MADE IN MÜNCHEN



Aus der Serie „Windjammer" – ein sportlicher Klassiker.
Reine Schurwolle, beste Verarbeitung.
März, das ist Mode made in München.
Und ein Stück Freiheit aus München.

MÄRZ
MÜNCHEN

März gibt es im guten Fachhandel.
Den März München-Katalog bei Wolfgang März GmbH, Warngauer Str. 54-58, 8000 München 90

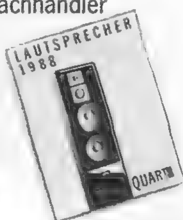
QUARTOLOGIE 3. FOLGE

ÜBER DEN UMGANG MIT MUSIK – ODER WIE QUART BEWEGUNG IN DIE NOTEN BRINGT.





Für die meisten Leute ist Musik die wichtigste Nebensache der Welt. Sie alle werden beim QUART-Fachhändler jetzt etwas Neues entdecken: Den großen 56seitigen QUART-Prospekt. Druckfrisch. Und wenn Sie ihn holen, sollten Sie gleich mal hören, wie QUART Bewegung in die Noten bringt. Die QUART-Testlautsprecher stehen beim autorisierten QUART-Händler bereit. Er berät Sie gern.



D MB QUART Electronic Vertriebs GmbH, Neckarstr. 20, Postfach 60, 6952 Obrigheim, Tel. 0 62 61/63 80, Telex 4 66132 pmb d, Telefax 0 62 61/6 38 29.
A MB-Electronic GmbH, Rupertusplatz 4, 1170 Wien. **CH** Julius Fischer AG, Ausstellungsstrasse 41, 8021 Zürich.
NL MB Electronics BV, Postbus 10, 6550 ZG Weurt.

QUART

„Das härteste Urteil wird gerecht sein“

Auszüge aus dem Prozeßbericht über die Strafsache gegen den „Block der Rechten und Trotzkisten“



Ankläger Wyschinski: „Wie haben Sie die Machtergreifung vorbereitet?“



Bucharin



Krestinski



Rykow

Angeklagte Bolschewiken
„Gewaltsamer Sturz der Sowjetmacht“

Vormittagssitzung vom 2. März 1938

VORSITZENDER: Ich erkläre die Sitzung des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes der Union der SSR für eröffnet. Wir schreiten zur Verlesung der Anklageschrift. Die Untersuchung erachtet als festgestellt:

1. In den Jahren 1932 bis 1933 wurde im Auftrage der Spionagedienste der UdSSR feindlicher Staaten von den in der vorliegenden Strafsache Angeklagten eine Verschwörergruppe unter dem Namen „Block der Rechten und Trotzkisten“ gebildet, die sich zum Ziel setzte: Spionage zugunsten auswärtiger Staaten, Schädlingstätigkeit, Diversionen, Terrorakte, Untergrabung der Wehrkraft der UdSSR, Provozierung eines militärischen Überfalls dieser Staaten auf die UdSSR, Niederlage der UdSSR, Zerstückelung der UdSSR und Lostrennung der Ukraine, Belorußlands, der Mittelasiatischen Republiken, Georgiens, Armeniens, Aserbaidschans und des Fernöstlichen Küstengebiets (Primorje) zugunsten der erwähnten auswärtigen Staaten, endlich Sturz der in der UdSSR bestehenden sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung und Wiederherstellung des Kapitalismus und der Macht der Bourgeoisie in der UdSSR.

2. Der „Block der Rechten und Trotzkisten“ ist mit einigen auswärtigen Staaten in Verbindung getreten, um von ihnen bewaffnete Hilfe zur Verwirklichung seiner verbrecherischen Absichten zu erhalten.

3. Der „Block der Rechten und Trotzkisten“ hat systematisch zugunsten dieser Staaten Spionage getrieben, indem er den ausländischen Spionagediensten wichtigste staatliche Geheiminformationen lieferte.

4. Der „Block der Rechten und Trotzkisten“ hat in verschiedenen Zweigen des sozialistischen Aufbaus (Industrie, Landwirtschaft, Eisenbahnverkehr, Finanzen, Kommunalwirtschaft usw.) systematisch Schädlings- und Diversionsakte durchgeführt.

5. Der „Block der Rechten und Trotzkisten“ hat eine Reihe terroristischer Akte gegen die Führer der KPdSU(B) und der Sowjet-Union organisiert und Terrorakte gegen S. M. Kirow, W. R. Menschinski, W. W. Kuibyschew, A. M. Gorki durchgeführt.

Die Schauprozesse

von 1936 bis 1938 in Moskau waren Höhepunkte der Großen Säuberung Stalins, die etwa eine Million vermeintlicher „Volksfeinde“ das Leben kostete. Im dritten Prozeß unter dem Vorsitz des Armee-Militärjuristen Wassilij Ulrich waren insgesamt 21 hohe Funktionäre von Staatsanwalt Andrej Wyschinski angeklagt. 18 wurden nach zehntägiger Verhandlung zum Tode verurteilt, die anderen erhielten lange Gefängnisstrafen. Das prominenteste Opfer: Nikolai Bucharin, Parteitheoretiker und zuletzt Chefredakteur der „Iswestija“. Alexej Rykow, Lenins Nachfolger als Regierungschef, war Volkskommissar für das Post- und Fernmeldewesen und Nikolai Krestinski Botschafter in Berlin gewesen.

Angeklagter Bucharin, bekennen Sie sich der gegen Sie erhobenen Anklagen schuldig?

BUCHARIN: Ja, ich bekenne mich der gegen mich erhobenen Anklagen schuldig.

VORSITZENDER: Angeklagter Rykow, bekennen Sie sich der gegen Sie erhobenen Anklagen schuldig?

RYKOW: Ja, ich bekenne mich schuldig.

VORSITZENDER: Angeklagter Krestinski, bekennen Sie sich der gegen Sie erhobenen Anklagen schuldig?

KRESTINSKI: Ich bekenne mich nicht schuldig. Ich bin kein Trotzkist. Ich war nie Teilnehmer des „Blocks der Rechten und Trotzkisten", von dessen Bestehen ich nichts wußte. Ich habe auch kein einziges der Verbrechen begangen, die persönlich mir zur Last gelegt werden, im besonderen bekenne ich mich nicht schuldig der Verbindungen mit dem deutschen Spionagedienst.

VORSITZENDER: Bestätigen Sie Ihr in der Voruntersuchung gemachtes Geständnis?

KRESTINSKI: Ja, in der Voruntersuchung habe ich ein Geständnis abgelegt, aber ich war nie Trotzkist.

VORSITZENDER: Ich wiederhole die Frage, bekennen Sie sich schuldig?

KRESTINSKI: Ich war bis zur Verhaftung Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union (Bolschewiki) und bleibe es auch jetzt.

VORSITZENDER: Bekennen Sie sich schuldig der Beteiligungen an Spionagetätigkeit und der Beteiligung an terroristischer Tätigkeit?

KRESTINSKI: Ich war nie Trotzkist. Ich beteiligte mich nicht am „Block der Rechten und Trotzkisten" und habe kein einziges Verbrechen begangen.

Abendsitzung vom 3. März 1938

WYSCHINSKI: Angeklagter Krestinski, werden Sie fortfahren, das Gericht zu betrügen und die Richtigkeit Ihrer in der Voruntersuchung gemachten Aussagen zu bestreiten?

KRESTINSKI: Meine Aussagen in der Voruntersuchung bestätige ich.

WYSCHINSKI: Was bedeutet in diesem Falle Ihre gestrige Erklärung, die man nicht anders einschätzen kann als eine trotzkistische Provokation vor dem Gericht?

KRESTINSKI: Ich war gestern, unter dem Eindruck eines momentanen scharfen Gefühls falscher Scham, das durch die Anklagebank und durch den schwe-

ren Eindruck von der Verlesung der Anklageschrift hervorgerufen und durch meinen krankhaften Zustand noch verschärft wurde, nicht imstande, die Wahrheit zu sagen. Anstatt zu sagen – jawohl, ich bin schuldig, antwortete ich fast mechanisch –, nein, ich bin nicht schuldig.

WYSCHINSKI: Mechanisch?

KRESTINSKI: Ich hatte nicht die Kraft, im Angesicht der öffentlichen Meinung der Welt die Wahrheit zu sagen, daß ich die ganze Zeit einen trotzkistischen Kampf geführt habe. Ich bitte das Gericht, meine Erklärung festzuhalten, daß ich mich voll und ganz all der äußerst schwerwiegenden Anklagen, die gegen mich persönlich erhoben wurden, schuldig bekenne und daß ich mich voll für den von mir begangenen Treubruch und Verrat verantwortlich bekenne.



„Der Verbrechen bekenne ich mich schuldig"

Abendsitzung vom 5. März 1938

WYSCHINSKI: Gestatten Sie mir, das Verhör des Angeklagten Bucharin zu beginnen. Formulieren Sie kurz, wessen Sie sich schuldig bekennen.

BUCHARIN: Erstens der Zugehörigkeit zum konterrevolutionären „Block der Rechten und Trotzkisten".

WYSCHINSKI: Seit welchem Jahre?

BUCHARIN: Ungefähr seit 1928. Ich bekenne mich schuldig, daß ich einer der prominentesten Führer dieses „Blocks der Rechten und Trotzkisten" war. Ich bekenne mich folglich dessen schuldig, was unmittelbar daraus folgt, schuldig der Gesamtheit der Verbrechen, die von dieser konterrevolutionären Organisation begangen wurden, unabhängig davon, ob ich von ihnen wußte oder nicht, ob ich an diesem oder jenem Akt direkten Anteil genommen habe oder nicht, weil ich als einer der Führer und nicht als Weichensteller dieser konterrevolutionären Organisation verantwortlich bin.

WYSCHINSKI: Welche Ziele verfolgte diese konterrevolutionäre Organisation?

BUCHARIN: Sie verfolgte im Grunde genommen, obwohl sie sich vielleicht dessen nicht genügend bewußt war und nicht das Tüpfelchen auf das „i" setzte, als ihr Hauptziel die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse in der UdSSR.

WYSCHINSKI: Den Sturz der Sowjetmacht?

BUCHARIN: Ja, auf dem Wege eines gewaltsamen Sturzes dieser Macht.

WYSCHINSKI: Mit Hilfe?

BUCHARIN: Durch Ausnutzung aller Schwierigkeiten, die der Sowjetmacht im Wege stehen, im besonderen durch die Ausnutzung des Krieges, der prognostisch in Aussicht stand.

WYSCHINSKI: Der prognostisch mit wessen Hilfe in Aussicht gestellt wurde?

BUCHARIN: Von seiten auswärtiger Staaten.

WYSCHINSKI: Unter welchen Bedingungen?

BUCHARIN: Unter den Bedingungen, wenn man es konkret sagen soll, einer Reihe von Zugeständnissen.

WYSCHINSKI: Das heißt?

BUCHARIN: Unter den Bedingungen einer Zerstückelung der UdSSR.

WYSCHINSKI: Der Lostrennung ganzer Gebiete und Republiken von der UdSSR?

BUCHARIN: Ja.

WYSCHINSKI: Zum Beispiel?

BUCHARIN: Der Ukraine, des fernöstlichen Küstengebiets, Belorußlands.

WYSCHINSKI: Zugunsten?

BUCHARIN: Zugunsten Deutschlands, zugunsten Japans, zum Teil Englands.

WYSCHINSKI: Gehörte die Organisierung einer Aufstandsbewegung auch zu der Tätigkeit des „Blocks der Rechten und Trotzkisten"?

BUCHARIN: Sie gehörte dazu.

WYSCHINSKI: Und dafür tragen Sie die Verantwortung?

BUCHARIN: Ich sagte bereits, daß ich für die Gesamtheit der Handlungen verantwortlich bin.

WYSCHINSKI: Und Ihr Verhalten zur Ermordung von Sergej Mironowitsch Kirow? Wurde dieser Mord ebenfalls mit Wissen und auf Weisung des „Blocks der Rechten und Trotzkisten" verübt?

BUCHARIN: Das war mir nicht bekannt.

WYSCHINSKI: Ich frage: Dieser Mord wurde mit Wissen und auf Weisung des „Blocks der Rechten und Trotzkisten" verübt?

BUCHARIN: Und ich wiederhole, daß mir dies unbekannt ist, Bürger Staatsanwalt.

WYSCHINSKI: Angeklagter Rykow, was ist Ihnen über die Ermordung von Sergej Mironowitsch Kirow bekannt?

RYKOW: Von irgendeiner Teilnahme der Rechten und des rechten Teils des Blocks an der Ermordung Kirows weiß ich nichts.

WYSCHINSKI: Waren Sie nicht schon 1918 für die Ermordung der Führer unserer Partei und Regierung?

BUCHARIN: Nein, nicht.

WYSCHINSKI: Waren Sie für die Verhaftung Lenins?

BUCHARIN: Für die Verhaftung? Es kamen zwei derartige Fälle vor, von einem Fall erzählte ich Lenin selbst, den anderen verschwieg ich aus konspirativen Erwägungen, worüber ich, falls es Ihnen beliebt, ausführlichere Erläuterungen geben kann. Das war der Fall.

WYSCHINSKI: Und war die Rede davon, Wladimir Iljitsch zu ermorden?

BUCHARIN: Das erstemal war die Rede von einer Festnahme für 24 Stunden. So lautete die Formel, und das zweitemal . . .

WYSCHINSKI: Und falls sich Wladimir Iljitsch nicht unterwirft?

BUCHARIN: Aber Wladimir Iljitsch ließ sich, wie Ihnen bekannt, in keinen bewaffneten Kampf ein, er war kein Gewaltmensch.

WYSCHINSKI: Folglich rechneten Sie darauf, daß Wladimir Iljitsch sich nicht widersetzen werde, sobald Sie kommen werden, ihn zu verhaften?

BUCHARIN: Sehen Sie, ich kann mich auf eine andere Person berufen. Als die „linken" Sozialrevolutionäre Dserschinski verhafteten, leistete er ebenfalls keinen bewaffneten Widerstand.

WYSCHINSKI: Und auf eine Verhaftung des Genossen Stalin rechneten Sie im Jahre 1918 nicht?

HIER HALTEN!

Eine Probefahrt m
und Sie werden Ihr

Packen Sie das Lenkrad kräftig, und bewegen Sie die Seite nach oben und nach unten.

Stoppen Sie die Bewegung in 5 verschiedenen Positionen (möglichst 5 Grad Unterschied, bitte).

Markieren Sie die für Sie beste Stellung, indem Sie Ihre Arme daselbst einrasten lassen.

So. Das ist das Saginaw TWS*-Aktivlenkrad.

Eine Zusatzausstattung, die auf Wunsch von Automobilherstellern eingebaut wird, um den Fahrkomfort zu erhöhen.

Dadurch wird
das Lenken entscheidend
sicherer. (Zur Standardausrüstung gehört übrigens auch die patentierte energieabsorbierende Lenksäule von Saginaw.)

Nicht nur Sie haben dadurch einen Vorteil.

Sondern jeder, der Ihr Auto fährt. Denn das Saginaw TWS*-Aktivlenkrad paßt Ihr Auto individuell jedem Lenker an.

Kaum ein anderes Extra macht ein Auto so flexibel.

it dieser Anzeige,
Lenkrad wechseln.

HIER
HALTEN!

Und das schon zwischen 285,– DM und 367,– DM (Preise differieren nach Automodell; unverbindliche Preisempfehlung). Das Saginaw TWS*-Aktivlenkrad bekommen Sie als Extra für alle Opel-Modelle.

Fragen Sie den nächsten Opel-Händler. Oder senden Sie uns den Coupon. Wir sagen Ihnen gerne, wo Sie mit unserem Lenkrad ein paar Runden drehen können.

Saginaw. TWS*-Aktivlenkrad.
Ein paar Grad bequemer, ein paar Grad sicherer.

Bitte senden Sie mir nähere Informationen über das Saginaw TWS*-Aktivlenkrad und den Namen des nächsten Händlers.

NAME:

STRASSE:

PLZ/ORT:

TELEFON: AUTOMARKE: DS2

Senden an:

SAGINAW STEERING CORP
c/o Koldeweyh Versand + Service GMBH
Postfach 4263
7302 Ostfildern 1



Saginaw

* Tilt Wheel Steering. Das Saginaw-Aktivlenkrad, 5fach – jeweils um 5° – verstellbar, paßt das Auto dem Fahrer an.

BUCHARIN: Damals fanden mehrere Gespräche betreffend . . .

WYSCHINSKI: Ich frage Sie nicht nach Gesprächen, sondern nach dem Plan der Verhaftung des Genossen Stalin.

BUCHARIN: Und ich sage: Wenn ich mit Ihnen nicht einverstanden bin, dies als Plan zu charakterisieren, gestatten Sie mir, auch dem Gericht nachzuweisen, was in Wirklichkeit der Fall war. Ein Plan bestand bei uns nicht, sondern es fand ein Gespräch statt.

WYSCHINSKI: Worüber?

BUCHARIN: Es war dies ein Gespräch betreffend die Zusammensetzung einer neuen Regierung aus „linken Kommunisten".

WYSCHINSKI: Ich frage: Hatten Sie einen Plan, im Jahre 1918 Genossen Stalin zu verhaften?

BUCHARIN: Ich sage: Es bestand kein Plan, sondern es fanden diesbezügliche Gespräche statt.

WYSCHINSKI: Auch über die Ermordung der Genossen Stalin, Lenin und Swerdlow?

BUCHARIN: Keinesfalls. Ich möchte auf die Frage der Restauration des Kapitalismus eingehen. Ist es gestattet?

WYSCHINSKI: Natürlich, das ist ja Ihre Hauptspezialität.

BUCHARIN: Wir gingen auf Verrat, Verbrechen, Landesverrat aus. Aber zu welchem Zweck? Wir verwandelten uns in einen Aufstandstrupp, organisierten terroristische Gruppen, befaßten uns mit Schädlingsarbeit, wollten die so ruhmreiche Leitung Stalins, die Sowjetmacht des Proletariats stürzen.

Die rechte Konterrevolution schien in der ersten Zeit eine „Abweichung" zu sein, auf den ersten Blick eine solche, die mit der Unzufriedenheit mit der Kollektivierung, mit der Unzufriedenheit mit der Industrialisierung begann, die glaubte, daß die Industrialisierung angeblich die Produktion zugrunde richtet . . . Hier spielte sich bei uns ein sehr interessanter Prozeß ab, die Überschätzung der individuellen Wirtschaft, die Neigung zu ihrer Idealisierung, zur Idealisierung ihres Eigentümers. Im Programm stand die wohlhabende individuelle Bauernwirtschaft, und der Kulak verwandelte sich eigentlich in einen Selbstzweck.

In der Periode der Liquidierung des Kulakentums 1929 und 1930 bedauerten wir die Entkulakisierten aus sogenannten humanitären Erwägungen. Wem von uns wäre es eingefallen, im Jahre 1919 den Verfall unserer Wirtschaft den Bolschewiki zuzuschreiben und nicht der



„Wir wollten die ruhmreiche Leitung Stalins stürzen"

Sabotage? Niemandem. Dies hätte ganz offen und einfach als Verrat gegolten.

Wir predigten seinerzeit die sozialistische Industrialisierung und begannen dann mit Achselzucken, mit Ironie und später in der Hauptsache mit Verbitterung, auf unsere gewaltigen, gigantisch wachsenden Fabriken zu blicken wie auf irgendwelche gefräßigen Ungeheuer, die alles verzehren und den breiten Massen die Verbrauchsartikel entziehen; wir sahen in ihnen eine bestimmte Gefahr.

Wenn ich praktisch meine programmatische Einstellung formulieren soll, so ist dies in wirtschaftlicher Hinsicht der Staatskapitalismus, der wirtschaftstüchtige Einzelbauer, der Abbau der Kollektivwirtschaften, ausländische Konzessionen, das Aufgeben des Außenhandelsmonopols und als Ergebnis – die Restaurierung des Kapitalismus.

WYSCHINSKI: Aber es ergab sich der volle Sieg des Sozialismus.

BUCHARIN: Und der volle Bankrott unserer Prognose. Innerhalb des Landes war unser faktisches Programm das Abgleiten zur bürgerlich-demokratischen Freiheit, zur Koalition, weil aus dem Block mit den Menschewiki, Sozialrevolutionären und anderen die Freiheit auf Parteienbildung folgt; die Koalition folgt ganz logisch aus der Blockbildung für den Kampf, denn wenn man Verbündete für den Sturz der Regierung wirbt, so werden sie am nächsten Tag im Falle eines eventuellen Sieges Teilhaber der Macht. Ein Abgleiten nicht nur auf das Gleis der bürgerlich-demokratischen Freiheit, sondern im politischen Sinne auf ein Gleis, wo es unzweifelhaft Elemente des Cäsarismus gibt.

WYSCHINSKI: Sagen Sie einfach – des Faschismus.

Vormittagssitzung vom 7. März 1938

WYSCHINSKI: Wie haben Sie die Machtergreifung vorbereitet, mit wessen Hilfe, mit welchen Mitteln, um welcher Aufgaben und Ziele willen?

BUCHARIN: Mit den Kräften des Blocks, die organisatorisch im Kreml konzentriert waren.

WYSCHINSKI: Ist es dann nicht besser, vom Versuch der Machtergreifung durch bewaffneten Aufstand zu sprechen?

BUCHARIN: Nein, bewaffneter Aufstand zu sagen ist nicht ganz richtig.

WYSCHINSKI: Wollten Sie die Macht mit der Waffe in der Hand ergreifen?

BUCHARIN: Bewaffneter Aufstand ist eine Sache der Massen, aber hier handelt es sich um einen engeren . . .

WYSCHINSKI: Was für Massen, Sie hatten keinerlei Massen.

BUCHARIN: Folglich ist dies kein Aufstand.

WYSCHINSKI: Aufstand mit Hilfe einer Gruppe.

BUCHARIN: Wenn es Ihnen beliebt, den Aufstand einer Gruppe als Aufstand zu definieren, so ist das richtig.

WYSCHINSKI: Angeklagter Bucharin, ist es Tatsache oder nicht, daß die Gruppe Ihrer Mittäter im Nordkaukasus mit weißen Emigrantenkreisen der Kosaken im Ausland Verbindung hatte? Ist das Tatsache oder nicht? Rykow spricht davon.

BUCHARIN: Wenn Rykow davon spricht, habe ich keinen Grund, ihm nicht zu glauben.

WYSCHINSKI: Können Sie mir ohne Philosophie antworten?

BUCHARIN: Das ist keine Philosophie.

WYSCHINSKI: Ohne philosophische Schnörkel. Sagen sie mir „nein".

BUCHARIN: Ich kann nicht „nein" sagen und kann nicht leugnen, daß es gewesen ist.

WYSCHINSKI: Das heißt also weder „ja" noch „nein"?

BUCHARIN: Keinesfalls, denn es gibt Tatsachen, unabhängig davon, ob sie im Bewußtsein des einen oder anderen

Jetzt kann der Winter Ihren Diesel kaltlassen.



Jetzt an ESSO Stationen

Jeder Diesel-Kraftstoff enthält Paraffin, denn es verbrennt nicht nur besonders sauber, sondern schmiert zusätzlich die beweglichen Teile im Einspritzbereich. Bei tiefem Frost allerdings bildet es Kristalle, die dann Leitungen und Filter verstopfen können. Und wenn der Kraftstoff nicht mehr läuft, läuft gar nichts mehr. Deshalb schreibt die DIN-Norm für Diesel-Kraftstoffe im Winter eine



Fließfähigkeit bis -15° C vor. Weil wir aber wissen, daß der Winter sich nicht an diese Vorschrift hält, sind jetzt spezielle Additive in Esso Super Diesel, die es bis -22° C frostsicher machen. Das geben wir jedem Pkw-Fahrer schriftlich. Mit unserem neuen Frost-Schutzbrief, den Sie an Esso Stationen erhalten. So haben Sie auch im Winter alle Vorteile von Esso Super Diesel.



Menschen existieren. Das ist das Problem der Realität der Außenwelt.

WYSCHINSKI: Also unabhängig davon, ob diese Tatsache in Ihrem Bewußtsein vorhanden war oder nicht, war Ihnen als Verschwörer und Leiter eine solche Tatsache bekannt?

BUCHARIN: Mir war sie nicht bekannt. Aber auf Ihre Frage kann ich sagen: Da diese Sache im Rahmen des allgemeinen Plans lag, halte ich sie für wahrscheinlich, und da Rykow davon bejahend spricht, habe ich keinerlei Gründe, sie zu leugnen.

WYSCHINSKI: Sie sprachen darüber, daß es bereits ein Übereinkommen mit dem faschistischen Deutschland gibt?

BUCHARIN: Nein, darüber sprach ich nicht.

WYSCHINSKI: Bestätigen Sie ein solches Gespräch?

BUCHARIN: Nicht ein solches, sondern ein anderes Gespräch. Auch ein konspiratives.

WYSCHINSKI: Ich frage nicht über ein Gespräch schlechthin, sondern über dieses Gespräch.

BUCHARIN: In der „Logik" Hegels wird das Wort „dieses" als das schwierigste angesehen . . .

WYSCHINSKI: Ich bitte das Gericht, den Angeklagten Bucharin darüber aufzuklären, daß er hier nicht als Philosoph, sondern als Verbrecher steht.

BUCHARIN: Vielleicht ein Philosoph-Verbrecher.

WYSCHINSKI: Ja, das heißt, jene, die sich als Philosophen vorkommen, erweisen sich als Spione. Die Philosophie ist hier nicht am Platze. Ich frage Sie, bestätigen Sie jenes Gespräch, oder streiten Sie es ab?

BUCHARIN: Ich verstehe nicht das Wort „jenes". Ein Gespräch fand statt. . . . In der auswärtigen Politik war unsere Orientierung ausschließlich auf Neutralisierung und Unterstützung von seiten Japans oder Deutschlands gerichtet, was indessen nicht ausgeschlossen hat, auch die internationalen Widersprüche auszunützen.

WYSCHINSKI: Ich frage Sie, auf wen muß man sich Ihrer Meinung nach orientieren? Von England wurde gesprochen? Von Japan wurde gesprochen? Von Deutschland wurde gesprochen?

BUCHARIN: Ja.

WYSCHINSKI: Davon, daß man die einen und die andern im Interesse Ihres Kampfes gegen die Sowjetmacht ausnutzen muß, wurde gesprochen?



„Für solche Dinge kann man mich zehnmal erschießen"

BUCHARIN: Eine solche Fragestellung gab es nicht.

WYSCHINSKI: Sie sprachen vom Sturz der Sowjetmacht?

BUCHARIN: Ja, aus einem sehr einfachen Grunde. Dieses Gespräch fand in einer vollkommen konspirativen Terminologie statt, und es wurde nicht ein Wort gesagt . . .

WYSCHINSKI: Ich frage Sie nicht nach der Terminologie, ich frage Sie nach dem Inhalt des Gesprächs. Ich spreche doch nicht von den Worten. Ich werde gezwungen sein, das Verhör dann einzustellen, weil Sie offensichtlich eine bestimmte Taktik befolgen und nicht die Wahrheit sagen wollen, indem Sie sich hinter einem Strom von Worten verstekken, Finten machen, sich in das Gebiet der Politik, Philosophie, Theorie usw. zurückziehen – was Sie ein für allemal vergessen müssen, denn Sie sind der Spionage angeklagt und sind offensichtlich aufgrund der Tatsachen der Untersuchung Spion eines der Spionagedienste. Ich frage noch einmal aufgrund dessen, was hier gegen Sie ausgesagt wurde: Beliebt es Ihnen nicht, vor dem Sowjetgericht zu bekennen, von welchem Spionagedienst Sie angeworben wurden – vom englischen, deutschen oder japanischen?

BUCHARIN: Von keinem . . . Als die Faschisten in Deutschland zur Macht gelangten, setzte in der Spitze der konterrevolutionären Organisationen ein Meinungsaustausch bezüglich der Möglichkeit einer Ausnutzung der auswärtigen Staaten in bezug auf die Kriegssituation ein. Die Sache verhielt sich so, daß es sich bei den Trotzkisten gleich von vornherein um territoriale Abtretungen handelte, während es sich in den Sphären der leitenden Kreise der rechten konterrevolutionären Organisation in erster Linie um Konzessionen, Handelsverträge, Preise, Tarife, Lieferung von Rohstoffen, von Brennstoffen usw., mit einem Wort um verschiedene Zugeständnisse wirtschaftlicher Natur handelte.

Im Sommer 1934 (hörte ich), daß von Trotzki Direktiven eingetroffen sind, daß Trotzki mit den Deutschen Verhandlungen führt, daß Trotzki den Deutschen bereits eine ganze Reihe territorialer Abtretungen versprochen hat, darunter die Ukraine. Ich muß sagen, daß ich damals, zu jener Zeit, Einwendungen erhob. Mir schien es, daß bei der Entwicklung des Massenpatriotismus, der keinem Zweifel unterliegt, dieser Standpunkt Trotzkis politisch und taktisch vom Gesichtspunkt des Verschwörerplanes selbst unzweckmäßig ist, und daß man hier viel vorsichtiger vorgehen muß.

WYSCHINSKI: Wie Sie soeben sagten, wiesen Sie damals darauf hin, daß dies allzuweit führen könne.

BUCHARIN: Tomski* hielt es für möglich, den Krieg und die vorherigen Abmachungen mit Deutschland auszunutzen. Dann trat ich mit folgenden Argumenten dagegen auf. Ich sagte: erstens, wenn es sich um die Einmischung Deutschlands während eines Krieges in dieser oder jener Form handelt, um dem konterrevolutionären Umsturz zu Hilfe zu kommen, so wird es unvermeidlich, die Füße auf den Tisch legen und jegliches Abkommen zerreißen, das vorher abgeschlossen worden wäre. Zweitens brachte ich das Argument vor, daß, soweit es sich um einen militärischen Umsturz handelt, kraft der Logik der Dinge das spezifische Gewicht gerade der militärischen Verschwörergruppe ungemein groß sein wird und daß gerade dieser Teil der konterrevolutionären Kräfte über große materielle Mittel und folglich auch über politische verfügen wird und daß daraus eine eigenartige bonapartistische Gefahr entstehen kann, und die Bonapartisten, speziell hatte ich (Marschall) Tuchatschewski im Auge, werden als erstes mit ihren Bundesgenossen, den sogenannten Inspiratoren, in napoleonischer Art und Weise Abrechnung halten. In den Gesprächen bezeichnete ich stets Tuchatschewski als „potentielles Napoleönchen", und es ist ja bekannt, wie Napoleon mit den sogenannten Ideologen fertig wurde.

WYSCHINSKI: Und Sie hielten sich für einen Ideologen?

* Michail Tomski, Gewerkschaftschef und Politbüromitglied von 1922 bis 1930, beging 1936 Selbstmord.



Oft bringt Sie ein Hüpfer über die Schweiz schneller an Ihr Ziel.

Eins, zwei, drei sind Sie in einer von über 100 Städten in Europa, Asien, Afrika oder Amerika, wenn Sie für Ihre Flugreise die zentral gelegene Schweiz als Sprungbrett benützen. Ein kurzer Absetzer in den perfekt organisierten Flughäfen Zürich oder Genf, und schon fliegen Sie Ihrem Reiseziel entgegen, freundlich umsorgt und bewirtet von unserem viel gerühmten Personal. Sie landen dort zuverlässig und pünktlich, reisen also oft besser, als wenn Sie auf den Hüpfer über die Schweiz und die Annehmlichkeiten eines Swissair-Fluges verzichtet hätten.

swissair

BUCHARIN: Unter anderem auch für einen Ideologen des konterrevolutionären Umsturzes und für einen Praktiker. Sie würden es natürlich vorziehen, wenn ich sagen würde, daß ich mich als Spion betrachte, aber ich betrachtete mich nicht und betrachte mich auch nicht als solchen.

WYSCHINSKI: Gestatten Sie mir, die Aussagen Bucharins vorzulesen: „Ich fragte Tomski, wie man sich in diesem Zusammenhang den Mechanismus des Umsturzes denkt. Er sagte, dies sei Sache der Militärorganisation, die den Deutschen die Front öffnen soll."

BUCHARIN: Er sagte nicht „soll", aber „muß".

WYSCHINSKI: Lassen Sie Ihre Philologie beiseite. „Soll" – das heißt „soll".

BUCHARIN: „Sollen" hat in der russischen Sprache zwei Bedeutungen.

WYSCHINSKI: Und wir wollen hier eine Bedeutung haben.

BUCHARIN: Ihnen beliebt es so, ich dagegen habe das Recht, damit nicht einverstanden zu sein. Bekanntlich haben in der deutschen Sprache „sollen" und „müssen" zwei Bedeutungen . . .

WYSCHINSKI: Sie haben sich daran gewöhnt, deutsch zu sprechen, wir dagegen sprechen die Sowjetsprache.

BUCHARIN: Die deutsche Sprache an und für sich ist nicht odiös.

WYSCHINSKI: Sie fahren fort, deutsch zu sprechen, Sie haben sich bereits daran gewöhnt, mit den Deutschen Verhandlungen in ihrer Sprache zu führen, hier jedoch sprechen wir russisch. Sie wollen nicht eingestehen, daß Sie der Initiator der Öffnung der Front im Falle eines Überfalls der Deutschen waren?

BUCHARIN: Nein.

Abendsitzung vom 12. März 1938

VORSITZENDER: Angeklagter Bucharin, es wird Ihnen das letzte Wort erteilt.

BUCHARIN: Vor Gericht bekannte ich mich und bekenne ich mich der Verbrechen schuldig, die ich begangen habe und die mir zur Last gelegt wurden. Vor Gericht erklärte ich auch und unterstreiche und wiederhole es jetzt, daß ich mich politisch für die Gesamtheit der vom „Block der Rechten und Trotzkisten" verübten Verbrechen schuldig bekenne. Ich unterliege dem strengsten Strafmaß, und ich bin mit dem Bürger Staatsanwalt einverstanden, der einige Male wiederholte, daß ich an der Schwelle meiner Todesstunde stehe. Der äußerst schwere Charakter des Verbrechens ist offensichtlich, die politische Verantwortung ist grenzenlos, die juristische Verantwortung ist eine solche, daß sie jedes, selbst das härteste Urteil rechtfertigt. Das härteste Urteil wird gerecht sein, weil man mich für solche Dinge zehnmal erschießen kann.

GROSSBRITANNIEN

Im Dschungel

Ein hoher Beamter enthüllt, wie die protestantische Polizei in Nordirland Selbstjustiz übt.

Vor Waterman's Bookshop in der Dubliner Dawson Street drängten sich mehrere hundert Menschen. Sie wollten die Neuerscheinung eines Autors kaufen, der drinnen im Laden geduldig Buch um Buch signierte: John Stalker, 48, bis 1987 Vizechef der Polizei von Groß-Manchester und damit einer der höchsten Polizeibeamten des Vereinigten Königreichs.

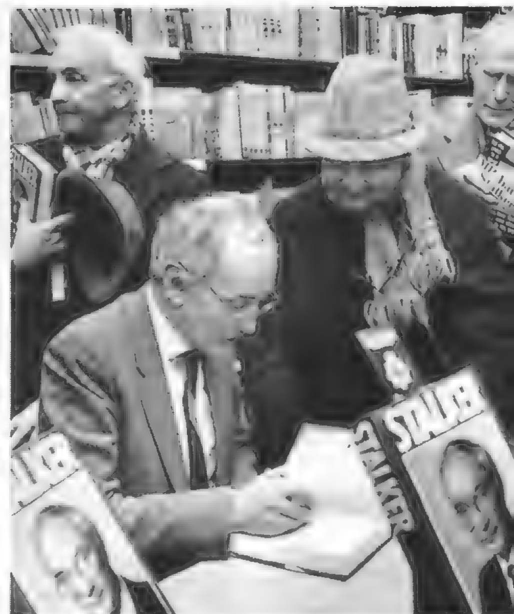
Nun zählen britische Polizisten normalerweise nicht zu den Idolen der Iren. Stalker aber wurde in Dublin von Fans umlagert. Viele wollten ihm die Hand schütteln, und als der Brillenträger mit dem schütteren ergrauten Haar auf die Straße trat, klatschten Passanten spontan Beifall. „Stalker", erklärte ein Dubliner seiner Frau, „verkörpert den anständigen Engländer."

Die Sympathie ist verständlich, denn Stalker und sein Buch rechtfertigen die Verbitterung der Iren über zwei erstaunliche Justizentscheidungen Ende Januar in London:

▷ Ein Appellationsgericht hatte das Wiederaufnahmebegehren von sechs Iren abgewiesen, die lebenslange Freiheitsstrafen verbüßen, weil sie 1974 in Birmingham mit IRA-Bomben 21 Menschen umgebracht haben sollen. Dabei lagen dem Verfahren Beweise zugrunde, daß die Polizei seinerzeit die (später widerrufenen) Geständnisse aus den „Birmingham Six" herausgeprügelt hatte.

▷ Der britische Generalstaatsanwalt Sir Patrick Mayhew hatte „im öffentlichen Interesse" beschlossen, keine Anklage gegen Polizeibeamte zu erheben, die im Verdacht stehen, 1982 in Nordirland sechs unbewaffnete junge Männer durch gezielte Todesschüsse hingerichtet zu haben.

Irlands Premier Charles Haughey zeigte sich über diese Entscheidungen „tief erschüttert". Auf jeden Fall bestätigten sie wieder einmal das Vorurteil seiner



Ex-Polizist Stalker*
„Anständiger Engländer"

* Beim Signieren seines Buches in Dublin.



Nordirische Polizisten bei der Festnahme Verdächtiger: „Getötet und gelogen"

Landsleute, daß Iren in England kein Recht bekommen.

Zu diesen Erfahrungen paßt auch das Schicksal von John Stalker. Denn dieser gute englische Polizist war dabei, die Verschwörung um die Todesschüsse von Nordirland aufzudecken, als er durch eine Intrige kaltgestellt und aus seinem Amt geekelt wurde.

Stalker hat die Affäre in einem Buch beschrieben, das vorige Woche mit einer Startauflage von 50 000 Exemplaren in Großbritannien und in Irland herauskam. Der Titel deckt sich beziehungsreich mit dem Namen des Autors – Stalker heißt auf deutsch „Pirschjäger"*.

Die britische Regierung hat allen Grund, über die Enthüllungen entsetzt zu sein. Da aber Polizeibeamte, anders als Geheimdienstagenten, nicht zu lebenslangem Schweigen verpflichtet werden, kann sie Stalker nicht so verfolgen wie etwa Peter Wright, Autor des in Australien erschienenen Geheimdienst-Buchs „Spycatcher".

Statt dessen prüft das Thatcher-Kabinett, ob Stalker das ansehnliche Honorar für sein Buch abgejagt werden kann, da sich der Autor „an dienstlichen Erkenntnissen" bereichere. Und Konservative, denen Staatsräson über Rechtsstaatlichkeit geht, überschütten den ehemaligen Spitzenpolizisten mit Schmutz.

So vergleicht der „Sunday Telegraph" Stalker mit einem „boshaften kleinen Kläffer, der sein Bein gegen eine mächtige Eiche hebt". Auf der anderen Seite entsetzt sich der „Economist": „Polizisten haben getötet und gelogen. Minister finden es unangebracht, sie anzuklagen. Nicht in Argentinien, sondern in Britannien."

Der Skandal begann, nachdem eine Spezialeinheit der „Royal Ulster Constabulary" (RUC) in Britanniens Unruhe-Provinz Nordirland 1982 bei drei verschiedenen Zwischenfällen innerhalb weniger Wochen sechs Verdächtige erschossen hatte. Weil immer wieder Unbehagen über die schnellen Todesschüsse aufkeimte, ordnete die Londoner Regierung im Mai 1984 eine Untersuchung an und betraute damit John Stalker.

Es scheint im nachhinein, als ob die RUC wie die Regierung von Stalker und seinem Sieben-Mann-Team nur die Rechtfertigung des Geschehenen erwartet hätten: verständnisvolle Anhörungen unter Kameraden, vielleicht milder Tadel an bestimmten Einsätzen, ein paar Verbesserungsvorschläge, ansonsten alles in Ordnung.

RUC-Chef John Hermon, so berichtet Stalker in seinem Buch, sei jedenfalls erstaunt und beunruhigt gewesen, als ihm der Kollege aus Manchester eröffnete, er wolle die Vorfälle unparteiisch untersuchen. Um Stalker zu verunsichern, habe Hermon eine Zigaretten-

* John Stalker: „Stalker". Harrap, London; 288 Seiten; 12,95 Pfund.

DINERS
DIE VORTEI

Z.B. MIT PARTNERKARTE OHN



Jetzt kann die ganze Familie alle Diners Club-Vorteile nutzen. Denn für Partner und volljährige Kinder der Club-Mitglieder stellen wir auf Wunsch eigene Karten aus – ohne Mehrkosten! So können auch sie bequem und bargeldlos mit ihrer Unterschrift bezahlen.

Es lohnt sich also, Diners Club-Mitglied zu werden. Dazu gibt es viele weitere ***Exklusiv-Vorteile***, die sich täglich bezahlt machen.

Zum Beispiel die separate ***Businesskarte ohne Mehrkosten:*** Sie trennt durch die eigene Monatsabrechnung übersichtlich geschäftliche und private Ausgaben.

Zum Beispiel ***Bargeld*** an 344 Schaltern bundesweit bis zu 4.000,- DM – oft auch nach Ladenschluß.

Zum Beispiel ***Sicherheit bei Verlust und Diebstahl:*** Innerhalb von 24 Stunden Ersatz für die verlorengegangene Karte und Haftungsbegrenzung auf 100,- DM.

schachtel über den Tisch geschoben, auf die er dessen Stammbaum gekritzelt hatte – Stalkers Mutter ist katholisch, ihre Vorfahren stammen aus der Republik Irland. Bevor sie auseinandergingen, soll Hermon noch gesagt haben: „Denken Sie daran, Sie befinden sich jetzt im Dschungel.“

Stalker merkte das bald. Die RUC sabotierte seine Arbeit, wo immer sie konnte. Zur Einsicht angeforderte Berichte waren nicht auffindbar. Technische Hilfe, wie der Einbau von neuen Schlössern in Stalkers Belfaster Büro, wurde immer wieder hinausgezögert. Zudem erfuhr die Stalker-Mannschaft, daß ihre Telephone angezapft worden seien.

Auf absolutes Unverständnis stieß Stalker, als er begann, Angehörige und Anwälte der durchweg katholischen RUC-Opfer zu befragen – was ihm zur Wahrheitsfindung selbstverständlich erschien, bedeutete den Ulster-Polizisten Kollaboration mit dem Feind.

Als Stalker im Gericht von Belfast mit einem Anwalt sprach, wies ihn ein RUC-Sergeant hinterher zurecht: „Leute, die IRA-Angehörige vertreten, sind schlimmer als IRA-Männer. Ich werde meinen Vorgesetzten berichten, was Sie getan haben.“

„Diese Unterhaltung mit dem Sergeant“, so Stalker, „zeigte mir, wie einfach es in Nordirland ist, als ‚möglicher republikanischer Sympathisant‘ in die Akten und Köpfe von Terrorismusbekämpfern und Geheimpolizei zu geraten.“

Tatsächlich glauben RUC-Angehörige oft, die Identität von IRA-Terroristen zu kennen, die Kameraden ermordet haben. Weil sie aber wissen, wie schwer Beweise zu beschaffen sind, neigen sie zur Selbstjustiz.

Eugene Toman und Sean Burns zum Beispiel wurden verdächtigt, eine Mine gelegt zu haben, die drei RUC-Polizisten tötete. Zwei Wochen später starben die beiden jungen Katholiken zusammen mit ihrem Freund Gervaise McKerr im Hagel von 108 Polizeikugeln. Im offiziellen Bericht hieß es, die drei hätten mit ihrem Pkw eine Polizeikontrolle durchbrechen wollen. Stalker fand heraus, daß sie in Wirklichkeit lange vorher beschattet und offenbar kaltblütig abgeknallt worden waren.

Als Stalker in einem internen Zwischenbericht die Eröffnung von Verfahren gegen elf RUC-Offiziere befürwortete, inszenierten die nordirischen Polizeibehörden, London und Stalkers Vorgesetzter in Manchester, James Anderton, 55, eine perfide Intrige. Dieser religiöse Eiferer, inzwischen im ganzen Land berühmt-berüchtigt wegen seiner Behauptung, er beziehe seine „Eingebungen direkt von Gott“, gab Stalker Ende Mai 1986 zu verstehen, daß dessen Untersuchungsauftrag beendet sei. Ein Disziplinarverfahren begann.

Aus der Fronde wurde rasch eine Farce. Ein Stalker-Freund, der 1944 als Zehnjähriger Kartoffeln geklaut hatte, sollte als Beweis für Stalkers Verbindungen zu Kriminellen herhalten.

Einem Untersuchungshäftling wurden Vergünstigungen versprochen, wenn er sich an einer Intrige beteilige. Stalker: „Die Polizei wollte ihn zu meinem Haus bringen, wo Detektive photographieren sollten, wie er mir ein Päckchen überreicht.“

Fahnder erkundigten sich beim Fußballklub Manchester City, ob Stalker sich bei offiziellen Besuchen im Stadion mit Wurstbrötchen und Tee habe bestechen lassen. Bürokraten im Polizeipräsidium mußten minuziös nachforschen, wie ihr suspendierter Vizechef Dienstwagen benutzt hatte.

Die für Stalker erniedrigenden Ermittlungen ergaben nichts. Im August 1986 kehrte er auf seinen Posten zurück.

Nach Nordirland aber durfte er nicht mehr. Mit der Enquete dort war inzwischen ein williger Kollege beauftragt worden: Colin Sampson, Polizeichef von West Yorkshire – derselbe Mann, der das Disziplinarverfahren gegen Stalker geleitet hatte.

Stalker hielt noch bis März 1987 im Polizeipräsidium von Manchester aus. Sein Chef Anderton im Nebenzimmer redete nicht mehr mit ihm. Von der Arbeit war der Verfemte praktisch ausgeschlossen.

Mit seinem Buch möchte der aufrechte Polizist jetzt eine Spätkarriere beginnen, von der er in seiner Jugend geträumt hat: Journalist. Stalker war 1956 als Offiziersschüler in die Polizei eingetreten, weil sich seine Hoffnung, einen Job beim „Oldham Chronicle“ zu bekommen, zerschlagen hatte.

PANAMA

Affen an der Kette

General Noriega ist in den USA wegen Drogenhandels angeklagt. Washington will den langjährigen Verbündeten entmachten.

Die US-Drogenfahnder ehrten ihn als ihren einflußreichsten Verbündeten in Lateinamerika: An General Manuel Antonio Noriega, Oberbefehlshaber der panamaischen Streitkräfte, schrieb Behördenchef John Lawn vergangenen Mai einen Dankbrief für seinen „persönlichen Einsatz“ im Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel.

Am Freitag vorletzter Woche galt das alles nicht mehr. Zwei Strafkammern des US-Bundesstaates Florida eröffneten Verfahren gegen Noriega. Ausgerechnet dieser hochgepriesene Partner der Amerikaner erscheint nun als Schlüsselfigur des internationalen Drogenhandels.



Armee-Chef Noriega: 2000 Flaschen Champagner verschickt

Dem starken Mann hinter der Zivilregierung von Eric Delvalle wird zur Last gelegt, von der kolumbianischen Drogenmafia 4,6 Millionen Dollar kassiert und als Gegenleistung den Schmuggel von etwa zwei Tonnen Kokain in die USA ermöglicht zu haben. Mit seiner Hilfe konnte das Kokain-Kartell die Flugplätze und Häfen Panamas benutzen und im Süden des Landes ein Kokainlabor aufbauen. Die Banken des Landes stellte der General als Waschanlage für Drogengelder zur Verfügung.

Dies alles enthüllte jetzt vor dem Gericht in Miami José Blandón, einst Noriegas engster Vertrauter, doch seit Januar in Ungnade: Er war plötzlich seines



Anti-Noriega-Demonstration in Panama: „Nieder mit dem Ananasgesicht"

Amtes als Konsul in New York enthoben worden – und will sich jetzt rächen.

Die Staatsanwaltschaft in Tampa wirft Noriega zudem vor, er habe geholfen, über 450 Tonnen Marihuana in die USA einzuführen. Kronzeuge Steven Kalish, ein US-Drogendealer, sagte aus, er habe den Diktator zwischen 1983 und 1984 mit einer Million Dollar geschmiert.

Der General holte sogleich zum Gegenschlag aus. Er wies die Anklage als „lächerliche Falschaussagen" zurück, die nur darauf zielten, seine „fortschrittliche, blockfreie Politik zu diskreditieren". Seinerseits bezichtigte er Präsident Reagans ehemaligen Sicherheitsberater John Poindexter, ihn bei einem Treffen im Dezember 1985 genötigt zu haben, einen geplanten Einmarsch der USA in Nicaragua zu unterstützen. Anfang vergangener Woche ließ Noriega Panamas Botschafter aus den USA zurückrufen. Seine Offiziere drängten Präsident Delvalle, den Abzug der US-Truppen aus der Kanalzone zu fordern.

Nie zuvor hatte die US-Justiz gewagt, einen ausländischen Machthaber – zumal aus einem befreundeten Land – unter Anklage zu stellen. Aber die US-Regierung ist offensichtlich entschlossen, einen zwielichtigen Verbündeten loszuwerden, der längst zur politischen Belastung geworden ist. Wie schon andere rechte Diktatoren – Ferdinand Marcos auf den Philippinen oder Jean-Claude Duvalier auf Haiti – hatten die USA Noriega, der seit 1983 faktisch allein über Panama herrscht, allzulange gedeckt.

Wegen des Panamakanals hat der Kleinstaat zwischen Atlantik und Pazifik besondere strategische Bedeutung für die USA. Bis Ende 1999 kontrollieren US-Truppen die Kanalzone. In Panama sind 10 000 US-Soldaten und etwa 30 000 Zivilisten stationiert. Noriega



Kronzeuge Blandón
„Er ist ein Geschäftsmann"

schien dem Pentagon ein Garant für Sicherheit und Stabilität.

Geschickt verstand es der General, seinen Gönnern in den USA immer wieder Treuebeweise zu liefern: Anfang der achtziger Jahre, als er Chef des panamaischen Militärgeheimdienstes war, begann Noriega, der CIA Informationen über Kuba zuzuspielen. Er gestattete den Amerikanern auch, in Panama eine Abhörstation für ganz Lateinamerika zu bauen. So wurde der damalige Geheimdienstchef William Casey zu seinem eifrigsten Verteidiger. Noriega soll sogar regelmäßig interne CIA-Berichte über Panama-Gegner im US-Senat erhalten haben.

Zusammen mit dem Drahtzieher der Iran-Contra-Verbindung, Oliver North, habe Noriega auch an verdeckten Operationen gegen die Sandinisten mitgedreht, plauderte sein einstiger Vertrauter Blandón aus. Er ließ zu, daß Contras in Panama trainiert und über drei Scheinfirmen finanziert wurden.

1985 sollen Noriega und North ein Komplott geschmiedet haben, um die Sandinisten vor einer Kongreßabstimmung über Contra-Hilfe in Mißkredit zu bringen: Europäische Mittelsmänner sollten DDR-Maschinengewehre besorgen und auf dem dänischen Frachter Pia Vesta über Panama nach El Salvador verschiffen. Dort wollten Militärs die Ladung abfangen und behaupten, Nicaragua habe die linke salvadorianische Guerilla aufrüsten wollen. Finanzier war laut Waffenhändler David Duncan aus Miami Südafrika. Im letzten Moment ließ Noriega den Coup platzen: Er legte das Schiff in Panama an die Kette und beschlagnahmte die Ladung.

Denn der General war keineswegs ideologisch auf den antikommunistischen Kreuzzug der USA eingeschworen. So rühmte er sich, die Amerikaner „wie Affen an der Kette" tanzen zu lassen. Während er Gehalt von der CIA bezog, so Kronzeuge Blandón, habe er gleichzeitig den kubanischen Geheimdienst gespickt.

Unter seinem Schutz konnten KGB-Leute in Panamas Hauptstadt agieren. An die linken M-19-Terroristen in Kolumbien lieferte er Waffen, und er half Nicaragua und Kuba, das US-Handelsembargo zu durchbrechen. „Er ist ein Geschäftsmann", sagt Blandón. „Er handelt mit Contras, Sandinisten, Kubanern und der CIA, um Geld zu machen."

Das „Ananasgesicht", wie seine Gegner ihn wegen seiner von Pockennarben zerfressenen Haut nennen, hat ein Vermögen von 200 Millionen bis einer Milliarde Dollar gescheffelt. Er raucht Zigarren, die seinen Namen tragen. Zur Hochzeit einer Tochter verschickte der 54jährige 2000 Flaschen Champagner als Einladungsgeschenke. Seine Villen in Panama und im Ausland sind mit Kunstwerken und Stilmöbeln vollgestopft. Auf Schritt und Tritt begleitet ihn eine Horde privater Bodyguards aus Israel.

Der Aufstieg vom armen Jungen, der bei Pflegeeltern aufwuchs, zum korrupten Alleinherrscher verlief nach einem in Lateinamerika nicht unüblichen Muster. Nach dem Besuch einer Kadettenanstalt in Peru trat Noriega in die panamaische Nationalgarde ein. Als sich Oberst Omar Torrijos 1968 an die Macht geputscht hatte, wurde der junge Offizier bald zum Chef des repressiven Armee-Geheimdienstes befördert. Innerhalb von 13 Jahren baute er sich dort eine mächtige Bastion auf und sammelte Dossiers über alle wichtigen Persönlichkeiten des Landes.

Skrupellos und brutal bahnte sich Noriega seinen Weg nach oben: 1983 übernahm er von General Paredes das Oberkommando der Nationalgarde. Doch bei den Präsidentschaftswahlen bootete er ihn aus und verhalf Nicolás Ardito Barletta in das Amt. Den stürzte er bald

wieder, als Barletta die Ermordung des populären Linkspolitikers Hugo Spadafora untersuchen lassen wollte. Vermutlich ließ Noriega Spadafora umbringen, weil der ihn öffentlich des Drogenhandels beschuldigt hatte. Das jedenfalls enthüllte Oberst Roberto Díaz Herrera, Generalstabschef der Streitkräfte und zweitstärkster Mann im Land, bevor Noriega ihn im Mai entmachtete.

Unter Noriegas blutigem Kommando wurden die panamaischen Streitkräfte zu einer Art Mafia-Organisation, der 60 Firmen gehören. Das Militär kontrolliert den gesamten Handel, die Einwanderungsbehörde, den Zoll, Bahn, Häfen und Flugplätze. Blandón sagte aus, Noriega kassiere Provisionen für Gelder aus kriminellen Quellen, die bei den 130 Banken des Landes angelegt werden: jährlich etwa drei Millionen Dollar.

Ein Pate dieses Formats, so mußten jetzt wohl auch Noriegas mächtige Freunde in der US-Regierung einsehen, ist nicht länger als Verbündeter tragbar. Bereits im vergangenen Sommer bahnte sich das Zerwürfnis mit Washington an. Da verhängte Noriega nach Streiks und Unruhen den Ausnahmezustand, schloß Zeitungen und Radiostationen. Schon damals forderte der US-Senat, Noriega solle freie Wahlen zulassen.

Ende Dezember beschloß der US-Kongreß, die Militär- und Wirtschaftshilfe (zwischen 1981 und 1987 waren es 35 Millionen Dollar) für Panama zu stoppen. Immer häufiger zogen in den vergangenen Monaten Demonstranten mit dem Ruf „Nieder mit dem Ananasgesicht" durch die Straßen. So schien selbst Noriega schließlich nicht mehr abgeneigt, einen ehrenvollen Abgang ins wohlbestallte Exil vorzubereiten. Zu diesem Zweck entsandte er seinen Freund Blandón als Konsul nach New York.

Um die Jahreswende schien alles perfekt: Richard Armitage, Staatssekretär im Pentagon, flog nach Panama und schlug Noriega vor, im April zurückzutreten. Doch das ging dem Chef der Streitkräfte zu schnell, verärgert entließ er seinen Unterhändler Blandón.

Die Drogenanklage in Florida, so fürchten viele Oppositionelle in Panama, werde den General jetzt nur noch fester an sein Amt schmieden. Denn ein gepflegter Ruhestand in den USA ist ihm nun verwehrt. Und auch auf sein südfranzösisches Schloß kann er sich nicht zurückziehen: Frankreich hat ein Auslieferungsabkommen mit den USA.

ITALIEN

Tiefes Koma

Die Justiz ist dem Ansturm des organisierten Verbrechens nicht gewachsen.

Die Schüsse verhallten im Verkehrslärm der Rush-hour. Tausende Einwohner von Palermo waren auf der Heimfahrt in den Feierabend, auch Ex-Bürgermeister Giuseppe Insalaco. Ohne Eskorte steuerte er seinen Fiat durch den dichten Verkehr. Zwei Killer erschossen ihn von einer fahrenden Vespa aus.

Der Hintergrund der Tat schien klar: Insalaco war ein spätes Opfer der Mafia geworden. Vor der Antimafia-Kommission in Rom hatte er angesehene Notabeln seiner Partei, der Democrazia Cristiana, offen als Mafia-Paten denunziert, die in Stadt- und Regionalbehörden dem Diktat des Mafia-Clans der Corleonesi folgten.

In dem Mafia-Mammutprozeß in Palermo, der am 16. Dezember nach fast zweijähriger Dauer zu Ende gegangen war, hatten unter den 456 Angeklagten auch Clan-Führer gesessen, sie waren zu insgesamt 2655 Jahren Gefängnis verurteilt worden. 19 Bosse wurden zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Dieses „historische Gerichtsurteil" (der Mafia-Experte Pino Alecchi) rächte die „ehrenwerte Gesellschaft" inzwischen mit mehreren Morden.

Schon zwei Tage nach dem Anschlag auf Insalaco peitschten erneut Schüsse durch Palermo. Diesmal töteten die Kugeln den Polizisten Natale Mondo. Er galt als Kronzeuge in dem immer noch nicht aufgeklärten Mord an dem 1985 erschossenen Inspektor Ninni Cassarà.

Zum Begräbnis der Opfer in der sizilianischen Hauptstadt eilte – wie immer – politische Prominenz aus Rom herbei. Trost konnte sie nicht spenden. „Der Staat ist in Sizilien auf der Flucht. Den Kampf gegen das organisierte Verbrechen führen hier ein paar mutige Richter allein", klagte Palermos christdemokratischer Bürgermeister Leoluca Orlando, als er im Januar mit dem sizilianischen Regionalpräsidenten wieder einmal beim Regierungschef und beim Staatspräsidenten in Rom vorsprach.

Diesmal kam die Delegation nicht als Bittsteller. Drohend stellte sie der Re-



Angeklagte im Mafia-Prozeß in Palermo: „Herausforderung durch das organisierte Verbrechen"



Ermordeter Ex-Bürgermeister Insalaco
„Der Staat ist in Sizilien auf der Flucht"

gierung ein Ultimatum, weil „die Herausforderung durch das organisierte Verbrechen eine nationale Herausforderung ist, die deshalb auch eine nationale Antwort verlangt".

Schon 40 000 neue Arbeitsplätze in Palermo könnten der Verbrechensindustrie womöglich den Nachwuchs entziehen, der heute in mafiaeigenen Fabriken und Betrieben Unterschlupf findet.

Wenn die Regierung ihr bereits vor drei Jahren gegebenes Versprechen nicht einhält, der ausgepowerten Insel mit einem Wirtschaftsprogramm zu helfen, werde Palermo in einen Generalstreik treten und der Stadtrat geschlossen zurücktreten, drohte der Bürgermeister.

Palermos Opfer-Bilanz des vorigen Jahres: 114 Tote und 23 Verschleppte. Dagegen helfen keine Polizeieinsätze mehr, sondern nur noch sozialpolitische Intensivmaßnahmen, die nach Meinung der Sizilianer die Kräfte der Insel übersteigen.

Sizilien ist nicht die einzige italienische Region, die aufgrund langjähriger Korruption der Behörden und nicht eingehaltener Reformversprechen im Würgegriff des organisierten Verbrechens zu ersticken droht.

Auch die Regionen Kampanien und Kalabrien gelten, wie die jüngste Statistik belegt, als Notstandsgebiete, in denen die Verbrechensindustrie ihre erpresserischen Geschäfte macht, ohne daß die Justiz sie daran hindern kann. Zum Teil haben die Bosse in Reggio Calabria und in Neapel mehr zu sagen als die Repräsentanten des Staates.

In Catanzaro, einer Provinz Kalabriens, in der die Verbrecherorganisation „n'drangheta" herrscht, stieg die Zahl der Morde vergangenes Jahr um 47,8 Prozent. Erpressungen nahmen um 141 Prozent zu. Wie die Mafia in Sizilien und die Camorra, das organisierte Verbrechen in Neapel, sei die „n'drangheta" „ein soziales System und eine geheime Machtstruktur, die direkt mit den wirtschaftlichen und politischen Zentren zusammenarbeitet", erklärt der Leitende Staatsanwalt Francesco Belmonte die Lage.

In Kampanien, dem Hinterland der Bucht von Neapel, wo 600 000 Menschen im Sold der Camorra stehen, breitet sich das organisierte Verbrechen wie ein dynamischer Industriezweig aus und erhält „immer mehr Großaufträge der lokalen wie regionalen Verwaltung", sagt Generalstaatsanwalt Aldo Vessia in Neapel.

1987 forderte der Bandenkrieg der Camorra 230 Todesopfer. Die Verbrechen werden häufig so perfekt ausgeführt, daß die Fahnder schnell aufgeben.

Ähnlich wie einige Schwarzengettos von New York sind auch in Neapel manche Vororte fest in der Hand der Unterwelt – Diebstahl etwa wird dort gar nicht mehr angezeigt. Was würde eine Anzeige auch bringen? In Neapel sind allein 240 000 Strafverfahren anhängig, über die voraussichtlich erst Anfang der neunziger Jahre verhandelt wird.

„Wir sind am Rand der Erschöpfung", klagt Staatsanwalt Vessia und berichtet, daß in den personell unterbesetzten Justizbehörden alles drunter und drüber geht. Dringliche Bitten ans römische Justizministerium, man möge Neapel zusätzliche Planstellen zubilligen, wurden gar nicht beantwortet.



Justizminister Vassalli
Personalmangel und fehlende Mittel

„Seit Jahrzehnten leben wir schon in diesem alarmierenden Zustand", klagte auch Generalstaatsanwalt Vittorio Sgroi Anfang des Jahres in einem Lagebericht über die „archaischen Zustände" der italienischen Justiz.

Der kriminelle Filz, der über Jahrzehnte zwischen Verbrecherorganisationen und Amtspersonen wuchern konnte, ist ohne eine gewaltige Personalmehrung und Neuorganisation des gesamten Justizapparates nicht mehr in den Griff zu bekommen. Aber alle Reformvorschläge blieben liegen. Die Justiz von Kalabrien beispielsweise befindet sich auf dem gleichen personellen Stand wie 1904. Sie tritt heute aber gegen eine Verbrechensindustrie an, die über Computer und Schweizer Konten verfügt.

Und nicht einmal alle Planstellen sind besetzt: In 34 von 74 Amtsgerichten Kalabriens fehlen Richter, Gerichtsschreiber, Sekretärinnen und jegliche moderne technische Ausrüstung. Untersuchungsrichter hacken ihre Verhörprotokolle immer noch eigenhändig in die Maschine. Wegen solcher Zustände haben in Salerno Richter und Staatsanwälte zu Dutzenden ihre Versetzung beantragt.

Fehlende Mittel und dramatischer Personalmangel erklären – neben der Raffinesse der Banditen –, warum 1987 in Italien 66,1 Prozent aller Delikte nicht aufgeklärt werden konnten.

Und dann wird auch noch fast die Hälfte aller Angeklagten in den jährlich fünf Millionen neuen Strafprozessen freigesprochen. „Wir müssen uns deshalb auch das Übel der überflüssigen Prozesse klarmachen, das zusätzlichen Leerlauf für die Justiz bedeutet", meint der römische Generalstaatsanwalt Filippo Mancuso.

In der Hauptstadt Rom arbeiten Staatsanwaltschaft und Justiz besonders schlapp. „Wenn das italienische Gerichtswesen vor dem Zusammenbruch steht, liegt das römische bereits im tiefen Koma", klagte die römische Zeitung „Il Messaggero". Vor Gericht stauen sich 2,7 Millionen Prozesse, die sich über Jahre hinschleppen.

Italiens Justizminister Giuliano Vassalli kennt die Misere der Justiz und seines Ministeriums. Er ist der erste Sozialist nach einer Reihe von Christdemokraten auf diesem Posten und hofft, daß die Justizreform, über die das italienische Parlament zur Zeit berät, den lahmen Apparat endlich in Schwung bringt.

Der prominente frühere Strafverteidiger verbat sich denn auch während der Haushaltsdebatte jede Kürzung seines Etats. Der Staat gibt für seine kranke Justiz gerade 7,5 Milliarden Mark aus – ein Prozent des Haushalts. Regierungschef Giovanni Goria trat vorigen Donnerstag zurück, weil er den Etat im Parlament nicht durchbrachte. ◆

Seit Generationen das Gold der Iren.



Whiskey in Vollendung ist seit Generationen irische Tradition. Schließlich waren es die Iren, die vor 800 Jahren den Whiskey erfanden. Und es ist unbestritten, daß sie mit Tullamore Dew ihr Meisterstück vollbracht haben. Einen Whiskey, dessen milder und sanfter Geschmack ihn einzigartig macht. Aus goldener, irischer Gerste und kristallklarem Wasser wird Tullamore Dew dreifach destilliert und in ausgesuchten Eichenfässern bis zur Reife gelagert. Ein Irish Whiskey wie kein zweiter.

Tullamore Dew
FIRST-CLASS IRISH WHISKEY

Unter Glas

Mit Fleiß und Kompetenz erobern Frauen die traditionelle Männer-Domäne des politischen Journalismus – sie bringen Schwung und Farbe in die graue Medienlandschaft.

François Mitterrand wollte vorbauen. Als ihm – es war im Dezember 1983 – hinterbracht wurde, daß die Journalistin Catherine Nay an einem Buch über ihn arbeite, lud der kluge Taktiker die Autorin in den Elysée-Palast. Liebenswürdig plauderte der Staatschef über seine Kindheit und seinen politischen Mentor, Pierre Mendès-France.

Dann beging der Charmeur einen Feh ler: Der Präsident entließ die hochgewachsene Schöne mit dem herablassenden Satz: „Das Buch werden Sie wohl nie zu Ende kriegen."

Catherine Nay fühlte sich durch soviel männlichen Hochmut herausgefordert: „Wenn er mich von dem Buch abhalten wollte, hätte er genau das nicht sagen dürfen."

Zwei Jahre lang verzichtete sie auf freie Abende und Wochenenden und schrieb, neben ihrer Tätigkeit als Interviewerin und Kommentatorin für Radio Europe 1, ihren kritischen Mitterrand-Wälzer zu Ende: „Le noir et le rouge" (deutscher Titel: „Mitterrand – Anatomie einer Karriere") machte Furore und erreichte die Bestseller-Auflage von bisher 700 000 Exemplaren.

Im vergangenen Januar kam Frau Nay mit einem zweiten Mitterrand-Buch heraus, „Les 7 Mitterrand". Nach dem Urteil des prominenten Journalisten Alain Duhamel ist es die bisher „grausamste Dechiffrierung" des Elysée-Herrn in sieben Amtsjahren und sieben Rollen, vom „François Léon Blum" über „François Ronald Reagan" bis zum „François Augustus" von heute.

Und wieder eilt die berühmt gewordene Journalistin von Talk-Shows zu Presse-Interviews, zieren Riesenplakate mit ihrem Namen und dem Buchtitel sogar die Champs-Elysées – Catherine Superstar.

Sie funkelt nicht als einziger weiblicher Stern an Frankreichs Medienhimmel: Anne, Josette, Michèle, Christine und die anderen – eine Generation von Journalistinnen ist eingebrochen in die klassische, uneinnehmbar scheinende Männer-Domäne des politischen Journalismus in Frankreich.



Fernsehmoderatorin Christine Ockrent
Als „Königin" bewundert

Keß und klug, einfühlsam und originell ist diese neue Elite dabei, den traditionellen Ideologie- und Meinungsjournalismus der männlichen Kollegen umzupflügen.

Das Gros dieser „nouvelles journalistes" hat einen mühevollen Aufstieg hinter sich, ist zwischen Ende 30 und Mitte 40, verheiratet und Mutter. Es ist jener Typ emanzipierter, jedoch nicht feministischer Französinnen, von denen „Le Point" schrieb: „Sie füllen alle Rollen aus und sind an allen Fronten."

Die wohl besten politischen Interview-Sendungen im Fernsehen werden von zwei Frauen gemacht: Anne Sinclair und Christine Ockrent.

Anne Sinclair ist als „Frau des Jahres" und „Journalistin des Jahres" (1986) so populär geworden, daß sie bereits als Wachsfigur im Pariser Musée Grévin steht. Ob Staatspräsident Mitterrand, Premierminister Jacques Chirac oder der Philosoph André Glucksmann – an den blauen Augen und harten Fragen der dunkelhaarigen Anne kommt (und will) keiner vorbei.

Christine Ockrent hat erst als Nachrichtenmoderatorin, dann als Interviewerin die altgewohnte, oft devote Abfragetechnik der Journalisten-Kollegen so umgekrempelt, daß Frankreich sie als „la reine (Königin) Christine" umschwärmt.

Ganz oben, als Nachrichtenchefin beim TV-Sender TF1, ist auch Michèle Cotta angelangt, die sich zunächst als Journalistin, dann als Präsidentin der staatlichen TV-Kontrollbehörde einen Namen machte. Zu den Prominenten gehört ebenso Christine Clerc. Sie hat im „Figaro-Magazine" wöchentlich ihre eigene Seite, moderiert jeden Morgen eine Radiosendung und schreibt nebenher noch Bücher, von Polit-Fiktion bis zum Roman.

Im Gegensatz zu den meisten an den Pariser Informationskrippen festklebenden Journalisten reist Christine Clerc mindestens einmal pro Woche in die Provinz – „weil Paris eben nicht Frankreich ist".

Zu den besten französischen Politik-Journalisten überhaupt zählt Josette Alia, stellvertretende Chefredakteurin beim linken „Nouvel Observateur". In „L'Express" analysiert Sylvie Pierre-Brossolette regelmäßig die Mysterien des Elysée-Palastes, beim Konkurrenzmagazin „Le Point" wird bereits die Hälfte aller innenpolitischen Artikel von Frauen verfaßt. „Le Monde" läßt



Fernsehmoderatorin Anne Sinclair: Blaue Augen und harte Fragen

eine Frau in der einzigen Satire-Kolumne, die es in der französischen Tagespresse gibt, die Männerpolitik veralbern: Claude Sarraute. Für sie ist der entrückte François Mitterrand „mon Mimi" und der steife Premier Jacques Chirac „mon Jacquot".

Die Frauen in den Medien haben die Frauen in der Politik weit hinter sich gelassen. Unter den 26 Ministern des gaullistischen Premiers Jacques Chirac befindet sich nur eine Frau, Gesundheitsministerin Michèle Barzach. Und obwohl 53 Prozent der Wählerschaft weiblich sind, sitzen in der Nationalversammlung mit ihren 577 Abgeordneten nur 33 Frauen, im Senat (mit 319 Mitgliedern) nur neun.

Dagegen sind von Frankreichs 23 227 Journalisten bereits ein Drittel Frauen, die Tendenz ist steigend. Die Hälfte der Neuaufnahmen in die größte Journalistengewerkschaft SNJ während der letzten zwei Jahre besteht aus Frauen, in den Abschlußklassen der Journalistenschulen stellen sie um die 60 Prozent.

Der Boom bleibt nicht ohne Folgen, Frankreichs Journalismus beginnt sich zu verändern: In das Grau eines seit dem letzten Jahrhundert unverändert literarisch-philosophischen, oft abstrakten Meinungsjournalismus mischen sich immer auffallender die bunten Tupfer.

Die Frauen hätten die „französische Krankheit des ideologischen Journalismus" überwunden, meint der Direktor von „Le Point", Claude Imbert. Er muß es wissen, denn bevor er 1972 dieses Magazin gründete, förderte er als Chefredakteur von „L'Express" drei unbekannte Schreiberinnen, die jetzt Spitze sind: Catherine Nay, Michèle Cotta und Christine Clerc. Imbert heute: „Frauen sind als Journalisten außerordentlich fleißig, subtil – und sie haben Einfühlungsvermögen."

An diesen Eigenschaften haben es die Männer-Schreiber wohl zu lange fehlen lassen. Die Folge: Frankreichs Tagespresse laufen die Leser weg. Ende Januar mußte „Le Matin de Paris" dichtmachen, die anderen überregionalen Blätter, vom rechten „Figaro" bis zur linken „Libération", verlieren ständig an Auflage – im vergangenen Jahr waren es drei Prozent im Schnitt.

Als Zeitungsleser-Land ist die Kulturnation Frankreich weltweit auf Platz 31 abgerutscht, „irgendwo zwischen Nord- und Südkorea", wie „Libération"-Herausgeber Serge July sarkastisch kommentierte. Ausnahmen sind nur „Le Monde" (verkaufte Auflage 360 000), das Pariser Boulevardblatt „Le Parisien libéré" und einige große Provinzblätter.

Daß nicht nur Kapital- und Strukturmängel schuld sind an der Misere, sondern langatmige Polit-Aufsätze vom Schlage „Der Gaullismus und die Institutionen" die Leser vergraulen, haben die Frauen offenbar schneller erkannt als ihre männlichen Rivalen. So rüffelte Anne Sinclair den Innenpolitik-Chef von „Le Monde", Jean-Marie Colombani, er solle mit den Interviewpartnern gefälligst nicht soviel herumtheoretisieren, sondern klare Fragen stellen. Die beiden moderieren gemeinsam die TV-Interview-Serie „Questions à domicile", in der Politiker bei sich zu Hause befragt werden.

Auch Christine Clerc findet, daß Frauen den moderneren Journalismus machen: „Die Männer analysieren ewig Politiker und Programme. Wir fragen: Wen oder was liebt der? Wie geht er mit Frauen und Kindern um? Wir arbeiten intuitiv."

Catherine Nay, die in ihren Büchern den Staatspräsidenten Mitterrand mit „raubkatzenähnlicher Grausamkeit" („Le Figaro") zerlegt hat, beobachtet Politiker respektlos „wie Schauspieler auf der Bühne", gar „wie Insekten unterm Glas". Josette Alia, die Kriegsschauplätze von Afrika bis Fernost beschrieben hat, lastet den Männern die „Qualitätskrise der Presse" an.

Auch den Nachwuchs plagen keine Minderwertigkeitskomplexe. Emmanuelle Ferrieux, 26, hat sich bei „Le Point" die ersten Sporen als Europa-Chronistin verdient und ist überzeugt: „Wir Frauen sind dabei, die Männerwelt der Politik zu entsakralisieren."

Einig sind sich die Frauen, daß weiblicher Charme bei der Kontaktpflege mit Politikern hilft (Josette Alia: „Hübsch und charmant zu sein ist ein Trumpf"), aber auch, daß sie härter arbeiten müssen als die männlichen Kollegen. Anne Sinclair: „Ich schufte wie eine Verrückte."

Aber auf „die kleinsten Fehler von Frauen", so weiß Catherine Nay, reagieren die Männer „mit Rache". Oder mit strafendem Schweigen: Obwohl die schöne Catherine dem Staatspräsidenten ihr erstes Buch sandte, mit Widmung, würdigte François Mitterrand sie keiner Antwort. Ihr zweites Buch schickte sie ihm nicht mehr.



Journalistin Catherine Nay: „Raubkatzenähnliche Grausamkeit"

KENIA

Treffen im Himmel

Überfüllte Sammeltaxis verursachen schwere Verkehrsunfälle, mit Tausenden von Toten im Jahr. Der Regierung gelingt es nicht, die Raser zu bremsen.

Der Kleinbus ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Doch der Schaffner auf dem Trittbrett versucht, laut rufend, weitere Passanten zum Einsteigen zu bewegen. Kaum hat er noch zwei füllige, mit Taschen beladene Frauen ins Innere gequetscht, prescht der Fahrer ruckend los und ordnet sich in den dichten Verkehr von Nairobis Moi-Avenue ein – bei den Fahrgästen gibt es die ersten blauen Flecken.

Sie sind Benutzer eines privaten Sammeltaxis, sogenannter Matatus. Die verkehren überall dort, wo staatliche Busse gar nicht oder selten fahren. Dank der Matatus, die selbst abgelegene Orte verkehrsmäßig anbinden, ist Kenia eines der am besten erschlossenen Länder Afrikas.

Das Risiko, daß die Fahrt nicht am Zielort, sondern im Krankenhaus oder gar auf dem Friedhof endet, ist allerdings erheblich. 1986 gab es auf den nicht sonderlich stark befahrenen Straßen des

Ihre Eintrittskarte für die Welt.



In Deutschland und in 170 Ländern weltweit sind Sie bei 5,8 Millionen EUROCARD-Akzeptanzstellen immer willkommen. Bei Fluggesellschaften, Reisebüros, Autovermietungen. In Hotels, Restaurants, Geschäften. Und Sie können den Bargeldservice im In- und Ausland bei mehr als 120 000 Geschäftsstellen von Kreditinstituten nutzen.

Für 100 Mark Jahresbeitrag bietet Ihnen die EUROCARD in Verbindung mit der international verbreiteten MasterCard und Access in Großbritannien eines der dichtesten Akzeptanznetze rund um die Welt.

Fragen Sie nach den weiteren Vorteilen und Zusatzleistungen der EUROCARD. Und zwar dort, wo Sie auch Ihre eurocheque-Karte bekommen: Ihr kontoführendes Kreditinstitut hält EUROCARD-Anträge für Sie bereit.

EUROCARD: Eine Empfehlung der deutschen Banken und Sparkassen.

BC 2/87 a

„Ab heute trocken Brot“, mahnte er, „denk an das Cholesterin.“ / „Aber ja“, beruhigte sie ihn, „schau mal, was hier steht.“

Wer auf sein Cholesterin achten muß, braucht zum Frühstück noch lange nicht trocken Brot zu knabbern. Es gibt doch die Diät-Margarine von becel.

Sie ist cholesterinfrei und vor allem reich an mehrfach ungesättigten Fettsäuren, insbesondere der wertvollen Linolsäure. Und das ist wichtig für ein ausgewogenes Verhältnis der Fettsäurearten in der Ernährung. Wobei es darum geht, den Anteil der gesättigten Fettsäuren zu senken und den der mehrfach ungesättigten zu heben.

So hilft Ihnen das becel Diät-Programm, sich vernünftiger und gesünder zu ernähren. Nicht nur mit der Margarine für Brot und Brötchen. Auch mit dem Öl für Salate und Rohkost, dem Pflanzenfett zum Braten und der Pflanzencreme zum Backen.

becel Diät-Programm: Fettsäurenanteile

	mehrfach ungesättigt	einfach ungesättigt	gesättigt
becel leicht Diät-Halbfettmargarine	60%	15%	25%
Diät-Margarine	60%	15%	25%
Diät-Speiseöl	70%	18%	12%
Diät-Pflanzencreme	65%	20%	15%
Diät-Pflanzenfett	60%	15%	25%



Gesünder leben. Bewußter genießen. becel.

ostafrikanischen Staates insgesamt über 17 000 Verkehrstote und -verletzte.

An fast der Hälfte aller Unfälle waren überfüllte Matatus beteiligt – ein „Blutbad", wie die kenianische Zeitung „Daily Nation" befand. Häufigste Ursache: zu hohe Geschwindigkeit.

Das tägliche „Gemetzel" („Kenya Times") im Verkehr schreckte die Führung in Nairobi auf. Alle Sammeltaxis, häufig japanische Kombis oder kleine französische Lieferautos, sollten mit Geschwindigkeitsreglern ausgerüstet werden, die verhindern, daß der Chauffeur schneller als 80 km/h fährt.

„Allein dieses Gesetz, kombiniert mit strengerer Inspektion, wird innerhalb kürzester Zeit Frieden und Sicherheit auf unsere Straßen bringen", frohlockte die „Kenya Times".



Taxi-Unfall in Nairobi: „Wir müssen schnell sein"

Die Hoffnung war voreilig. Denn die Besitzer der etwa 40 000 Matatus wehrten sich gegen den Plan der Regierung. Kleine Fuhrunternehmer, so ihr Argument, würden mit der Vorschrift in den Ruin getrieben, weil der Einbau des Reglers rund 18 000 kenianische Shilling (knapp 2000 Mark) koste. Überdies seien die Apparate von findigen Fahrern leicht außer Betrieb zu setzen.

Kenias Staatschef Daniel arap Moi lenkte einstweilen ein – was die „Organisation der Matatu-Besitzer" zu Lobeshymnen auf den mächtigen Landesherrn veranlaßte. Die Entscheidung unterstreiche Mois „fortgesetzte Besorgnis für das Wohlergehen seines Volkes".

Sicher nicht für das ganze Volk, denn der Einbau der Geschwindigkeitsbegrenzer hätte zum großen Teil keine Armen getroffen: 84 Prozent aller Sammeltaxis gehören wohlhabenden Kenianern, die einträgliche Geschäfte mit ihren Fuhren machen.

Moi, selbst finanziell im Transportwesen engagiert, scheint den Unternehmern – die nicht selten Regierungsbeamte sind – wohlgesinnt. Schon 1985 soll er Polizisten zurückgepfiffen haben, die Fahrzeuge allzu streng auf technische Mängel hin kontrollierten und einige auch aus dem Verkehr ziehen wollten.

So gibt es nach wie vor keine technische Überwachung der Matatus, die Eigentümer sind auch nicht verpflichtet, für die Insassen eine Versicherung abzuschließen. Wenn Polizisten Matatus stoppen, dann häufig nur, um ihren kargen Lohn durch ein Schmiergeld aufzubessern. Das ist meist gegen Ende des Monats der Fall.

Die Fahrzeuge, denen die Fahrer oft schicksalhafte Namen wie „Superflieger" oder „Wir treffen uns im Himmel" geben, sind häufig in erbärmlichem Zustand. Bremsbeläge und Reifen lassen die Unternehmer erst dann erneuern, wenn es sich gar nicht mehr vermeiden läßt.

Die Fahrer rasen wie irrsinnig ihrem Ziel entgegen, den eigenen Tod und den der Passagiere nicht fürchtend. Sie schneiden Kurven und andere Verkehrsteilnehmer, scheren plötzlich auf die Gegenfahrbahn aus, in der Hoffnung, Entgegenkommende würden schon ausweichen.

Für die Chauffeure bedeutet Zeit Geld, denn ihr Verdienst hängt von der Anzahl der beförderten Fahrgäste ab. Die Matatu-Eigentümer schreiben die Zahl der Touren vor und verlangen am Abend eine bestimmte Mindestsumme – meist 400 bis 500 Shilling (45 bis 55 Mark).

Das Ticket ist mit rund 35 Pfennig für zehn Kilometer etwas teurer als in den staatlichen Bussen, und gern versucht die Matatu-Besatzung, noch einen Bonus herauszuschlagen – so bei Fahrten in den feinen Nairobi-Vorort Buru-Buru. Begründung: Wer in einem solch wohlhabenden Viertel wohne, könne ruhig einen Aufschlag zahlen.

Die Matatu-Teams sind von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang unterwegs, meist ohne Pause. Haben die Fahrer ihre Norm erfüllt, klemmen sie den Kilometerzähler ab und arbeiten auf eigene Rechnung. Chauffeur Boyd Maina aus Nairobi: „Wir versuchen, ein bißchen Geld nebenher zu machen – aber dabei müssen wir schnell sein."

KUBA

Neue Kanäle

Castros Untertanen tauschen Gold und Silber gegen Westwaren. Der Staat verdient mit.

Die Rentnerin Teresa Sánchez verkaufte Silberbesteck, einen silbernen Aschenbecher sowie eine Zuckerdose – Erbstücke, die sie aus den Zeiten vor der kubanischen Revolution aufbewahrt hatte. Mit dem Erlös von 210 Dollar erwarb sie eine japanische Waschmaschine.

„Ich wollte ein zuverlässiges Gerät", begründete die alte Dame ihre Wahl. Mit den handelsüblichen sowjetischen Modellen sei sie nicht zufrieden; die versagten zu oft in der feuchten Hitze der Karibikinsel und seien deshalb ihr Geld nicht wert.

Wie Teresa Sánchez drängten in den vergangenen Monaten mehr als 9500 Kubaner mit Preziosen zu den Büros der Cimex in Havannas feinem Viertel Miramar. Diese staatliche Handelsgesellschaft mit Sitz in Panama bezahlt pro Gramm 18karätiges Gold 3,90 Dollar – in Gutscheinen, die zum Kauf westlicher Luxusgüter in den firmeneigenen Läden berechtigen. Insgesamt gingen auf diese Weise Gold und Silber im Wert von 4,12 Millionen Dollar in den Besitz des Unternehmens über.

An Kundschaft herrscht kein Mangel: Inzwischen haben sich über 19 000 Interessenten auf einer offiziellen Warteliste eintragen lassen.

Offensichtlich sind auch die stramm marxistisch gedrillten Untertanen Fidel Castros scharf auf kapitalistischen Luxus – täglich bekommen sie ihn aus den USA übers Fernsehen vorgeführt.

Westprodukte gibt es nur gegen Dollar in den Touristenshops, die offiziell den Kubanern nicht zugänglich sind. Auch die US-Währung ist für Einheimische

Immer mit der Ruhe.

Gewisse Passagiere mögen besonders gern, wenn der Fortschritt auf leisen Sohlen daherkommt.

Deswegen wagen wir nur halblaut zu sagen, was die Fachpresse in ihren Tests vernehmlich feststellt:

Auch in Sachen Geräuscharmut sind die Opel der neuen Generation Spitzenklasse.

Denn ob Omega oder neuer Senator: In aller Stille investieren die Opel-Ingenieure heute rund 12.000 Konstruktionsstunden in jedes neue Modell, um akustischen Störenfrieden auf die Spur zu kommen.

Und dazu 2500 Fahrversuche auf der Straße. Und mehr als 1000 (in Worten: eintausend) Prüfstandtests.

In der Sprache der Techniker klingt das Ergebnis dann beispielsweise so:

„Ein auf rund 67 Hertz abgestimmter Drehschwingungstilger auf der vorderen Gelenkwelle minimiert die Getriebegeräusche."

„Die längsweicheren Lenkerbuchsen an der Vorderachse führen in Verbindung mit modifizierten Stoßdämpferaufhängungen zu einem deutlich geringeren Rollgeräusch."

„Hydraulische Dämpfer zwischen Motor und Karosserie verhindern Schwingungen, die Kopf, Herz oder Magen belasten könnten."

Opels unangetastete Spitzenstellung in Aerodynamik (Omega 0,28 cw) und die leise Art der Akustiker im Technischen Entwicklungs-Zentrum führen zu Automobilen, die innen und außen ein Segen für die Nerven sind:

Schon heute unterbieten 90% aller Opel-Modelle die strengen Geräuschgrenzwerte (77 dB[A]), die in der Europäischen Gemein-

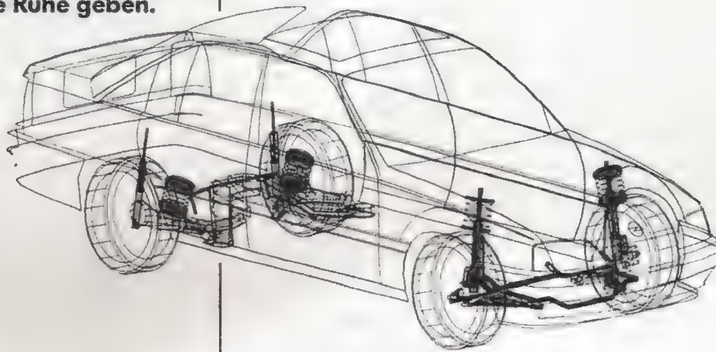
GRAFIK-DESIGN-SERVICE

Adam Opel AG, Öffentlichkeitsarbeit, 6090 Rüsselsheim, Postfach

OPEL GM

schaft erst Ende 1988
in Kraft treten.

Sie und Ihr Baby
können in jedem Fall
beruhigt sein:
Auch in Zukunft werden
die Opel-Ingenieure
in ihrem Kampf gegen den
Lärm keine Ruhe geben.



tabu. Ausnahme: Wer einen reichen Onkel in Amerika nachweisen kann, hat die Möglichkeit, in Devisenläden einzukaufen. Da werden hinter den Regalen mit Rum und Zigarren aus eigener Produktion und französischen Designerroben für die Ausländer beispielsweise japanische Bohrmaschinen und Fahrräder für privilegierte kubanische Dollareigner bereitgehalten.

Nun aber scheinen sich die Kubaner nicht länger begnügen zu wollen mit der vagen Hoffnung, der Máximo Líder werde ihre Lebensverhältnisse schon noch bessern. Ohnehin prophezeite Fidel Castro zum Jahreswechsel seinen Massen „weitere harte Zeiten“. 1988 und 1989, vielleicht auch noch 1990, „werden unserem Volk noch mehr Tapferkeit abverlangen“. Das vergangene Jahr, so Castro, „war das schlimmste seit Beginn der Revolution“ 1959.

Kubas Devisenreserven waren 1987 auf ein Viertel des Bestandes von 1984 geschrumpft. Castro machte dafür drei Faktoren verantwortlich:

▷ den Verfall des Ölpreises: Kuba erhält billig sowjetisches Erdöl; was es nicht selbst verbraucht, wird auf den Spotmärkten weiterverkauft;

▷ den schwachen Dollar (Kubas Exporte werden größtenteils in der US-Währung abgerechnet);

▷ die anhaltende Dürre, die den chronischen Wassermangel noch verschlimmerte und zu Ernteausfällen führte.

Und erstmals wurde auch in Moskau Kritik an Castros Mißwirtschaft laut: Der sparbewußte Gorbatschow erwägt, die jährliche Finanzhilfe von schätzungsweise fünf Milliarden Dollar zu kürzen.

Die kapitalistisch geführte Cimex sorgt jetzt dafür, daß Kubaner begehrte, aber seltene Konsumgüter aus westlicher Produktion erwerben können – und der Staat dabei kräftig mitverdient. Ein Team von 50 Cimex-Experten bedient rund 400 Kunden pro Tag. 22 Karat Gold bringen fünf Dollar und Sterlingsilber zehn Cent pro Gramm. Das seien jeweils zwar nur 40 Prozent des internationalen Marktwertes, erklärt Cimex-Direktor Enrique Martínez Noa. Der „riesigen Steuern“ wegen blieben der Firma aber nur 16 bis 18 Prozent Gewinn.

„Wir versuchen, den Zugang zu wichtigen Gütern zu erleichtern“, sagt Martínez Noa, „wir müssen eine drängende Nachfrage befriedigen. Es galt nur, neue Kanäle aufzutun.“



Staatschef Castro: „Dem Volk Tapferkeit abverlangen“

Sie habe 20 Nächte Schlange gestanden, erzählt Cristina Cranji, Angestellte im Ministerium für Nahrungsmittelindustrie: „Aber es lohnte sich. Ich habe Silber, Medaillen, Ringe, auch zwei Goldmünzen verkauft.“ Dafür erhielt sie Gutscheine im Gegenwert von 659 Dollar. Das reichte für „eine Waschmaschine, einen Haarfön, ein paar Kofferradios, Kleidung, Schuhe. Alles Dinge, die ich wirklich brauchte“.

Selbst Autos, bei deren Anschaffung die Kubaner sonst lange Wartezeiten hinnehmen müssen, sind gegen Edelmetall jetzt leicht erhältlich: 33 neue sowjetische Moskwitsch und polnische Fiat wurden schon abgesetzt.

Viele Goldverkäufer horten die begehrten Gutscheine noch. Cimex-Direktor Martínez Noa: „Die Leute warten vielleicht auf Waren, die wir bisher nicht anbieten. Aber noch hat keiner nach einem Mercedes gefragt.“ ◆



Dramatiker Müller in der S-Bahn nach Ost-Berlin: Geisterfahrt durch die deutsche Geschichte

„Mein Platz wäre auf beiden Seiten der Front"

SPIEGEL-Autor Wilhelm Bittorf über den Grenzgänger Heiner Müller und seinen Theatertriumph in Ost-Berlin

Die letzte S-Bahn von West-Berlin nach Ost-Berlin rollt mit hell erleuchteten Fenstern durch den dunklen Tiergarten. Sie hat vier Fahrgäste an Bord. Auf den blanken Holzbänken hocken sie blutleer wie Untote im Leichenschauhaus-Licht der Neonröhren.

Einer der Passagiere, mir gegenüber, trägt einen dunkelblauen Tuchmantel und eine dunkelgetönte Brille, über der sich eine ungewöhnlich große blasse Stirn erhebt – eine Stirn, die im S-Bahn-Licht und im Kontrast zur Brille beinahe durchsichtig erscheint wie eine Leinwand. Es kommt mir vor, als könnte ich die flackernden Schemen der Bilder und Gedanken wahrnehmen, die das in dem geräumigen Schädel arbeitende Gehirn unausgesetzt an die Innenseite dieser Stirn projiziert.

Denn in keinem lebenden deutschen Kopf, Ost oder West, spielen sich Dinge ab, die für Ost und West provokanter sein könnten als die Szenen und Texte aus Heiner Müllers Hirnschale. Und wenn dieser Müller, Dramatiker und Grenzüberschreiter, geboren 1929 in Eppendorf bei Chemnitz, mit der letzten S-Bahn zurück nach Ost-Berlin fährt, dann verwandelt sich die kurze Reise vom Zoo zur Friedrichstraße in eine Geisterbahnfahrt durch deutsche Geschichte. An jedem Streckenabschnitt spuken Schatten traumatischer Geschehnisse.

Landwehrkanal: Die deutschen Offiziere, die Rosa Luxemburg töteten, haben die Leiche in das schwarze Gewässer hineingeworfen, Januar 1919, nicht weit von der S-Bahn-Brücke. Mit diesem Mord und dem an Karl Liebknecht, sagt Heiner Müller, „fing mitten in Berlin der Zweite Weltkrieg an". Denn der mit Judenhaß aufgeladene hundstolle deutsche Antikommunismus schlug hier zum erstenmal zu und ließ nicht locker, bis er mit seinem Krieg gegen die Sowjet-Union den Untergang des Reichs besiegelt hatte.

Die Schüsse auf Luxemburg und Liebknecht „waren der Anfang einer Ereigniskette, an deren Ende nicht mehr deutsche Juden- und Kommunistenmörder am Landwehrkanal standen, sondern die Soldaten der Sowjetarmee". Heiner Müller hat grimmiges Vergnügen an solchen „Umwegen der Geschichte".

Straße des 17. Juni: Wie aus einem Zeittunnel durch 35 Jahre hört der Mann mit der Stirn noch immer das Kettenklirren der Sowjetpanzer, die 1953, Stalin war drei Monate tot, den Aufruhr in der DDR durch ihr Eingreifen aussichtslos machten. Heiner Müller riecht noch den „Geruch von Öl und Stahlstaub und Schweiß der Soldaten", der um die Kampfwagen waberte.

„Die Panzer, unser letztes Argument", läßt Müller einen SED-Mann sarkastisch sagen in einem Text über den 17. Juni, den er im Sommer 1986 geschrieben hat. Er beklagt darin den „Kindertraum von einem Sozialismus ohne Panzer", der damals plattgewalzt wurde. Aber bei Heiner Müller ist nichts eindeutig, auch nicht ein Sowjetpanzer vom Typ T-34. Denn er ist sich bewußt, daß die Sowjet-Union und der Sozialismus von Hitlers Armeen ausgelöscht worden wären ohne die stählernen Schwärme der T-34 und ohne den Diktator Stalin, der das rückständige und ausgepowerte Land der Oktoberrevolution zu den mörderischen Kraftanstrengungen zwang, die es unbesiegbar machten.

Deshalb haben die „Russenpanzer" für den DDR-Bürger Müller auch eine positive Bedeutung als Sieger über Nazi-

deutschland und „Geburtshelfer der deutschen Republik“. Denn dieser sozialistische Staat auf deutschem Boden ist für ihn nicht nur das Resultat des verlorenen Krieges. Er hält ihn mit all seinen real existierenden Makeln für eine geschichtliche Notwendigkeit, für „eine Stellung, die gehalten werden muß“.

So meint es Müller auch ernst, wenn er mit hinterfotziger Ironie die „Geburtshelferin“ Sowjetarmee am 17. Juni 1953 zur „Amme“ werden läßt, die das noch schwächliche und ungeliebte Modell einer neuen Gesellschaft in ihre kräftigen Arme nimmt, um es vor Feindschaft und Unverstand zu beschützen. In seinem unverkennbaren Tonfall sächsisch-eloquenter Spottlust hört sich das so an:

> Wir werden wieder an die Brust genommen.
> Die Amme ist schon unterwegs. Sie fährt T-34 und hat Milch für alle.
> Dem einen schmeckt sie und dem andern nicht. Aber sie stillt in jedem Fall.

Die Mauer. Nahe dem Reichstag überquert die S-Bahn das Bauwerk, das Heiner Müller einmal „Stalins Denkmal für Rosa Luxemburg“ genannt hat (wenngleich Stalin beim Mauerbau strenggenommen schon tot war).

Der Dichter liebt es, seine Mitmenschen mit solchen Aperçus zu verblüffen. Die Phantasie hinter seiner Stirn arbeitet viel mit Gedankenverknüpfungen und Bildmontagen dieser Art. Was er aber mit dem Mauer-Aperçu meint, ist dies: Wären Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht gescheitert, und hätten die Deutschen ihre soziale Revolution gegen die rechtsnationalen und feudalen Verderber Deutschlands aus eigener Einsicht und Kraft gemacht, dann hätte es keinen Hitler gegeben, keinen Krieg mit der Sowjet-Union, keine Mauer in Berlin – und wahrscheinlich keinen Stalin.

Friedrichstraße. In der Grenzkontroll-Schleuse im Bauch des Bahnhofs kennen die Uniformierten hinter den Schaltern den DDR-Staatsangehörigen Müller, Heiner, offizieller Beruf: Dramaturg, der eine ständige Ausreisegenehmigung besitzt und immer wieder zurückkommt; den zigarrenpaffenden, würdevoll-kompakten Mann, der in Statur und Schädelformat sehr an seinen rastlosen Landsmann Richard Wagner erinnert, aber auch etwas von einem Doppelagenten aus Neugier und Leidenschaft hat („Mein Platz . . . wäre auf beiden Seiten der Front, zwischen den Fronten, darüber“, läßt Müller den Hamlet-Darsteller in seiner Hamlet-Version sagen).

„Se fohrn aba in lädzder Zeid nüsch mähr so oft in'n Wäsdn“, bemerkt anteilnehmend ein aknegeplagter Leutnant der Grenztruppen, der dem Rückkehrer die Papiere aushändigt.

„Nee“, erwidert Müller. „Ich hab' ja hier zu tun. Se fang'n wieder an, meine Stücke zu spieln.“

Und ob. Von Heiner Müller selber inszeniert, spielen sie im Ost-Berliner „Deutschen Theater“, wo einst Bertolt Brecht seine Stücke herausbrachte, jetzt den dramatischen Erstling Müllers, „Der Lohndrücker“, 1956 geschrieben und von dem 27jährigen als Lehrstück für den sozialistischen Aufbau angelegt, wurde das Werk 1958/59 mehrfach aufgeführt, erregte aber das Mißvergnügen der Partei und blieb 29 Jahre, eine Generation lang, unerwünscht. Mißtönende Stellen, die den Obergenossen schmerzhaft in die zarten Ohren drangen, waren der Grund, Stellen wie diese:

> LERKA: Da schindet man sich krumm, ins Kreuz getreten dreißig Jahre, fressen wie ein Hund und in Trab wie ein Gaul. Und jetzt heißt es: ein Saboteur! Das ist also euer Arbeiterstaat. Ihr seid nicht besser als die Nazis.
> DIREKTOR: Sag das noch mal.
> LERKA: Ich hab gesagt, Ihr seid nicht besser als die Nazis.
> (Direktor schlägt Lerka ins Gesicht.)

Jetzt ist er laut und klar von der Bühne zu hören, der Wutausbruch des Arbeiters Lerka gegen seinen volkseigenen Betriebsboß, der selber vor nicht langer Zeit noch Arbeiter war. Er ist zu hören mitten in der Hauptstadt der DDR, die gerade von der Bürgerrechtsbewegung



Müller-Inszenierung des Müller-Stücks „Der Lohndrücker“ in Ost-Berlin: „Ihr seid nicht besser als die Nazis“

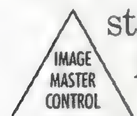


Der Lichtblitz mit dem Blitzlicht. Nikon F-401.



Mit dem guten Blitz ist das so eine Sache. Oft ist er nicht da, wenn man ihn braucht oder er ist da, blitzt aber so, wie man es nicht braucht.

Deshalb ist er bei der neuen Autofokus Spiegelreflexkamera von Nikon nicht irgendein Teil der Extraausrüstung oder des Gehäuses, sondern fester Bestandteil des Belichtungssystems.



Anders gesagt: Die Nikon F-401 arbeitet anders als andere mit einem vollintegrierten TTL-Blitz.

Sie weiß also nicht nur automatisch, wann geblitzt werden muß. Sie weiß auch, wieviel Blitzlicht das Bild braucht. Und das heißt: Sie blitzt sofort und immer den Umständen entsprechend – nicht nur, wenn es dunkel, sondern auch, wenn es zu hell wird. Bei Gegenlicht zum Beispiel, wenn bei anderen das Hauptmotiv im Dunkeln steht.

Verbunden mit der 3-Feld-AMP-Messung und einem Computer, der auf der Basis von 100.000 perfekt belichteten Bildern und den aktuellen Daten die optimale Belichtung errechnet, können Sie so bei jedem Licht automatisch gute Bilder machen.

Und das mit einem Autofokus, der schneller scharf sieht.

Alles in allem brauchen Sie für die neue Nikon also nur eine Hand zum Halten und einen Finger zum Auslösen. Alles andere macht die F-401 mit „Image-Master-Control" automatisch.

Vorausgesetzt, Sie wollen das. Denn auch sie bietet Doppelprogrammautomatik und 4 zusätzliche Optionen – also Zeitautomatik, Blendenautomatik, manuelle Bedienung und Belichtungsspeicher – für kreatives Fotografieren.

Und auch sie bietet die Möglichkeit, zwischen 15 Nikkor Autofokus-Objektiven zu wählen. Schon heute.

Wenn Sie also schon an eine Kamera gedacht haben, die anders ist als andere, die alles automatisch macht, ohne automatisch mehr zu kosten, dann sollte Ihnen jetzt blitzartig ein Licht aufgehen.



beunruhigt wird, vom Protest in den Kirchen, der Meinungsfreiheit fordert.

Heiner Müller hat diese Freiheit für seinen Erstling endlich bekommen – und sich genommen. Denn als Inszenator nutzt er seinen Spielraum so kühn und wendig aus, daß ihn das Publikum bejubelt und seine Schauspieler ihn nach der Premiere auf offener Bühne feierten als den geachtetsten Mann im „Deutschen Theater", seit Bertolt Brecht das Haus verließ.

Viele bangten, ob das gutgehen könne. Aber sogar das „Neue Deutschland" schließt das lang verschmähte Stück nun plötzlich exaltiert in seine Arme und häuft in wortreicher Rezension Lobpreisungen auf Aufführung und Regisseur.

Das SED-Zentralorgan nennt Heiner Müller, man traut den Augen kaum, einen „bekennenden Realisten" und seine Inszenierung „sozialistisch-realistisches Theater in Aktion", auch „großes, totales Theater". Es sagt dem Stück, das sich um einen Aktivisten und Soll-Übererfüller der ersten Stunde dreht, „unverbrauchte Aktualität" nach und spricht hingerissen vom „betont unpathetischen Heroisieren des Helden" wie vom „objektiv-sachlichen Reflektieren des revolutionären Handelns".

Ein bizarres Mißverständnis? Der Kritiker vom „Neuen Deutschland", verirrt und verwirrt im Spiegel-Labyrinth von Müllers „totalem Theater"? Geblendet und betört von den Schau- und Höreffekten, mit denen Müller arbeitet: Musik, Gesang, Projektionen, Filmeinblendungen? (Gar nicht zu reden von Fräulein Matz, einer VEB-Sekretärin mit Gehwerkzeugen, über die Müller an anderer Stelle sagt: „Wenn du ihre Beine siehst, bist du schon besoffen.")

Soviel ist sicher: Die auch vom Publikum überschwenglich gefeierte Wiederauferstehung des „Lohndrückers" hebt die deutsch-deutsche Doppelexistenz des Heiner Müller in eine neue Dimension der Spannung und des Widerspruchs, macht den sächsischen Proteus noch vielgesichtiger, noch erstaunlicher.

★

Die deutschen Kinder krochen
aus den Bäuchen der deutschen Mütter,
rissen mit den Zähnen den deutschen
Vätern die deutschen Schwänze aus und
pißten auf die Wunde mit Gesang.

Beißendes Vergnügen an dieser Phantasievorstellung zu finden und mit der Lust am Schock einen solchen Satz in das Schauspiel „Germania Tod in Berlin" hineinzuschreiben – auch das ist reiner Heiner Müller. Oder Regieanweisungen für ein „Medeaspiel" zu geben, das wie folgt endet: „Die Frau nimmt ihr Gesicht ab, zerreißt das Kind und wirft die Teile in die Richtung des Mannes. Aus dem Schnürboden fallen Trümmer Gliedmaßen Eingeweide auf den Mann."

Das ist der Gruselmensch, den der westdeutsche Theatergänger mit einer Gänsehaut als *seinen* Müller wiedererkennt; denn der „bekennende Realist" des „Neuen Deutschland" ist den Westdeutschen so fremd geblieben wie der Medeaspieler und Metzelmeister Müller dem DDR-Publikum.

Letzterer ist fürs westdeutsche Feuilleton der „Finsternisexperte", der „gern durch Theaterblut watet" und die Bühnen der Bundesrepublik mit den Menetekeln einer Grausamkeits- und Todesobsession füllt, die in der DDR als spätkapitalistisch-dekadente Abartigkeit verpönt ist.

Für diesen Müller ist das Ziel der Menschheitsgeschichte nicht mehr der marxistische Völkerfrühling, sondern nur noch das gegenseitige Abschlachten der kämpfenden Rassen, Klassen und Geschlechter. Sogar die deutschen Klassiker, von Shakespeare zu schweigen, zieht er rückwirkend in den sprachgewaltigen Strudel seiner Phantasmagorien: Emilia Galotti und Nathan den Weisen läßt er einander abmurksen in einem Schauspiel, das so surreal ist wie sein Titel: „Leben Gundlings Friedrich von Preußen Lessings Schlaf Traum Schrei".

Was ist der Mensch? „Nahrung der Gräber", für die „zärtliche Fauna des Friedhofs" bestimmt, läßt der morbide West-Müller eine seiner Figuren, einen desillusionierten Revolutionär, antworten. In Schopenhauerischer Düsternis äußert sein abgewrackter Hamlet (in „Hamletmaschine") den Wunsch, man möge die Frauen „zunähn", damit der vergebliche Wahnsinn des Gebärens aufhört. Allerdings wäre dann auch der einzige Trost der Sterblichen dahin, „das Glück der Schamlippen", das dem Ex-Revolutionär Debuisson (in „Der Auftrag") als „Morgenrot" erscheint.

Fasziniert von einer Sprache, die auch das Tal des Jammers mit Gesang durchschreitet, applaudierten Westdeutschlands Theatergänger den Müller-Werken, die sie vorgesetzt bekamen, und waren doch zumeist verstört und ratlos gemacht durch die szenischen Alpträume und Splitter von Alpträumen, in die diese Werke mehr und mehr zu zerfallen schienen. Müller selbst hat seine „Hamletmaschine" freimütig als „Schrumpfkopf der Hamlet-Tragödie" bezeichnet.

Doch nun verwandelt der nämliche Müller den ungeliebten „Lohndrücker" für seine DDR-Mitbürger in ein Theaterereignis, das die Zuschauer von der ersten Sekunde an in seinen Bann schlägt; das sie aufwühlt und entflammt; das sie zwischen Gelächter und Atemstockung hin und her reißt durch den Biß, den Witz, den Reichtum der Mittel, mit denen es die Wehen und fortwirkenden Wunden aus der Geburtszeit der DDR evoziert und offenlegt.

„Lohndrücker" hießen unterm Kapitalismus geldgierige Akkordarbeiter, die wild malochend ihre Leistungsnormen weit überschritten mit dem Resultat, daß alsbald die Normen für alle angehoben wurden – weniger Lohn für die gleiche Arbeit. Lohndrückerei galt und gilt deshalb als krasser Verstoß gegen die Solidarität der Lohnarbeiter gegenüber den Unternehmern.

Aber auch die unternehmerlosen Arbeiter der volkseigenen Steinbrennerei „Roter Oktober", Mittelpunkt des Stücks, verwünschen einen biberemsigen Kollegen, der jedes Soll übererfüllt und vor keiner Strapaze zurückscheut. Er meldet sich sogar freiwillig zu dem noch nie gewagten Versuch, Teile eines Brennofens neu zu mauern, ohne daß



Müller-Stück „Germania Tod in Berlin"*: Umwege der Geschichte

* München 1978.

Mazda 626



Mazda 626 GT Coupé

Das Coupé zeigt, was es zu bieten hat.

Ein Coupé muß schon ein besonderes Auto sein. Und es soll auch zeigen, daß es mehr zu bieten hat als eine Limousine. Mehr Kraft zum Beispiel: 140 PS aus dem sportlichen aber sauberen 16 V-Kat.-Motor beim GT-Modell.

Elegante Kotflügel-Verbreiterungen vorne und hinten verraten das sportliche Fahrwerk. Man sieht, wie sicher das Mazda 626 Coupé auf der Straße liegt. Nicht zu sehen, aber zu spüren, sind die passiv mitlenkende Hinterachse (sie nutzt bei schneller Kurvenfahrt die auftretenden Seitenkräfte zur Spurstabilisierung) und die feinfühlige Servolenkung für ein unverfälschtes Kurvengefühl trotz komfortabler Leichtgängigkeit.

Das serienmäßige ABS-System beim GT-Modell gibt mehr Sicherheit durch Spurtreue beim Bremsen auch auf schlechten und glatten Straßen.

Hier das Mazda 626 GT-Coupé in Stichworten: 5-Gang-Getriebe, ABS, Servolenkung, elektrisches Stahlhub- und Schiebedach, automatischer Geschwindigkeitsregler, Colorverglasung, zentrale Türverriegelung, elektrische Fensterheber, Heckspoiler, Breitreifen 195/60 HR 15 auf Leichtmetallfelgen 6 J x 15 und vieles mehr.

Mazda 626 Coupé-Programm:		
Mazda GLX Coupé	2,0i, 66 kW (90 PS), Kat., 5-Gang	DM 24.390,-*
Mazda 626 GT Coupé	2,0i, 103 kW (140 PS), Kat., 5-Gang	DM 33.200,-*

* Unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs ab Auslieferungslager zuzüglich Überführungskosten.
Finanzierung oder Leasing: Ihr Mazda-Partner vermittelt Ihnen gerne ein günstiges Angebot.

☎ Wenn Sie jetzt mehr über die Mazda 626-Modelle erfahren möchten, fordern Sie einfach bei unserem Telefon-Automaten unter 02 21/21 08 08 ausführliche Sofort-Informationen an. Noch mehr erfahren Sie bei einem der über 1.000 Mazda-Händler, am besten bei einer Probefahrt.

MAZDA MOTORS (DEUTSCHLAND) GMBH
Weidenstraße 2, 5090 Leverkusen 1

mazda

Harmonie zwischen Mensch und Technik

der Ofen gelöscht wird: Überstunden-Schinderei bei mehr als 80 Grad Hitze. Sagt der Betriebsarzt: „Diese Art zu arbeiten ist Selbstmord."

Doch hinter diesem Lohndrücker steht jetzt der Arbeiterstaat, nennt ihn „Aktivisten", „Neuerer" und „Bestarbeiter", überschüttet ihn mit Prämien, preist ihn der ganzen Arbeiterschaft als heroisches Vorbild an – was Regisseur Müller ironisch übersteigert, indem er den Gesang der Geharnischten aus der „Zauberflöte" erklingen läßt, wenn der Lohndrücker, Balke mit Namen und rothaarig, zum erstenmal in den auf dem Bühnenboden glühenden Feuerofen einsteigt.



Deutsches Theater in Ost-Berlin: Jubel für den besten Mann ...

Dem Volk gehören die Betriebe, also gebe es keine Ausbeutung mehr, räsonnieren die Genossen Parteisekretäre und Direktoren. Und da der Arbeiter nurmehr für sich und seinesgleichen arbeite, gehe es ihm immer besser, je mehr er schufte. Der Betriebsgewerkschaftsleiter

SCHUREK: Es liegt an uns, ob wir zu einem bessren Leben kommen.

KARRAS: Das kann ich in der Zeitung lesen, auf die mein Hintern abonniert ist.

Die Mehrheit der Arbeiter glaubt wie Karras nicht ans Evangelium von den aufgehobenen Interessengegensätzen zwischen Staat und Volk. Wie später die Gründer von „Solidarność" meint sie, daß die Werktätigen auch dem sozialistischen System der Wirtschaftsplaner und VEB-Bosse gegenüber eigene Ansprüche zu verfechten haben – auch wenn die Bosse selber aus dem Proletariat kommen. Und zwar gerade dann: „Den Arbeiter hat er mit dem Arbeitsanzug ausgezogen", sagt der Spötter Karras über seinen Direktor, der in seine neue Würde eingehüllt ist wie in den langen schwarzen Mantel, den er ständig trägt.



... seit Bertolt Brecht gegangen ist: **Szene aus „Der Lohndrücker"**

Die Arbeiterklasse, kaum im Besitz der aufgedrungenen Macht, zerbricht am inneren Zwiespalt, und die Aktivisten-Kampagne dramatisiert den Prozeß. Von den historischen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung im Kaiserreich und gegen Hitler gezeichnete Ressentiments kochen hoch: Kommunisten, die gegen die Nazis Widerstand leisteten und jetzt Funktionäre sind, stehen gegen die Masse der Mitläufer. Und eben hier sieht Müller den paradoxen Kern des Konflikts.

Immer wieder erinnert er daran, daß die wacker motzenden Lohnempfänger, die sich mit „Akkord ist Mord" gegen höhere Normen zur Wehr setzen, unter den Nazis alles mitgemacht haben, was ihnen aufgebürdet wurde. Dies sind Arbeiter, macht Müller deutlich, die für ihren schlimmsten Feind Hitler „mit allen vieren Granaten gedreht" haben; Arbeiter, die an die Front gingen oder bis zum Umfallen für den Sieg der Nazis schufteten, aber der DDR, die das Desaster geerbt hat und den Krieg allein bezahlen muß, mit Hohn („Sowjetparadies") und Verweigerung begegnen, wenn nicht mit Sabotage. Gegen Ulbricht und seine Arbeitshelden holen sie die Auflehnung nach, die sie gegen Hitler nicht wagten.

Aber auch auf der Staatsseite herrscht verkehrte Welt. Die Partei ist unfähig, mit dem kritischen, selbstbewußten Arbeitertyp zurechtzukommen, den sie hochhielt, solange es gegen den Kapitalismus ging. Der Typ ist nicht mehr aufgerufen. Jetzt wünscht sich die SED genau das dumpf-disziplinierte, opferbereite Arbeitstier, das sich die Nazis herangezüchtet hatten. Auch der Aktivist Balke ist ein zum neuen Staat bekehrter Mann aus der Nazi-Rüstungsproduktion.

Mit fast genießerischem Sarkasmus bringt Heiner Müller alle diese Widersprüche auf der Bühne zum Tanzen. Er macht aber auch bewußt, daß die DDR selbst im günstigsten Fall kaum eine Chance hatte: Wenn die Arbeiter in der Kantine maulend ihre dünne Suppe aus klappernden Blechnäpfen löffeln, erscheint auf einer Projektionswand schräg über ihnen ein strahlendes Dia von einer mit Südfrüchten üppig bestückten westdeutschen Kaufhaus-Obstauslage. Seinen Versorgungsmängeln hat der Sozialismus nur eine komische Hymne auf die HO entgegenzusetzen, die Müller zum Ergötzen des Publikums von einer HO-Verkäuferin intonieren läßt.

Doch dann, wenn die oppositionellen Kollegen gegen Balke und die drohenden Normerhöhungen einen Streik organisieren wollen, rasseln aus den Lautsprechern über der Bühne unversehens

MIT DIESEM BMW ERREICHEN SIE MEHR.



Bei Erwähnung der Typenbezeichnung 325i geraten anspruchsvolle Fahrer auf der ganzen Welt ins Schwärmen. Der feine Biß, mit dem der 2,5 Liter große Reihen–6–Zylinder auf die Bewegungen des Gaspedals reagiert. Die Laufkultur, die an eine Turbine erinnert.

Kurz, diese Synthese aus kultivierten Umgangsformen und purer Sportlichkeit weiß stets aufs neue zu begeistern.

Zumal dieses Triebwerk in einem Automobil erlebt wird, das bereits qualitativ und funktionell zu den besten zählt. Wenn die Typenbezeichnung 325i um ein X ergänzt wird, kommt ein weiterer Vorzug hinzu: die Sicherheit des intelligenten Allradantriebs von BMW.

Durch die asymmetrische Kraftverteilung von 1/3 auf die Vorder- und 2/3 auf die Hinterachse erlebt man beim 325iX das eindeutige Kurven-

verhalten und das typische Handling eines BMW. Bei gleichzeitig spürbar besserer Traktion auf trockenem, feuchtem oder glattem Untergrund.

Zwei Viscosperren führen jeweils der Achse und dem Hinterrad mit dem besten Kraftschluß das meiste Drehmoment zu.

Ein Vorteil, der besonders auf problematischem Untergrund zum Tragen kommt. Stets verfügt der BMW 325iX über großzügige Reserven in jeder Hinsicht.

Mit einem 325i mit permanentem Allradantrieb und permanentem ABS können Sie Ihre Ziele weiter stecken. Sie werden sie erreichen.

BMW 325iX.
Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.

BMW in Btx ★ 20900 #



Freude am Fahren

die Ketten näherrollender Panzer. Danach lange, gelähmte Stille im Theater: Erinnerung an die gepanzerte sowjetische „Amme", die ihre störrischen Deutschen am 17. Juni „wieder an die Brust genommen" hat.

Nur einer im Zuschauerraum bleibt auch davon unberührt: Josef Wissarionowitsch Stalin, der als lebensgroße Puppe steifnackig in der Ehrenloge des Deutschen Theaters thront – einer der Extraspäße, die der Regisseur sich in seinem Übermut leistet. Schon im Foyer wird der Besucher von Fernsehschirmen empfangen, auf denen Walter Ulbricht fortgesetzt versichert, daß die Kultur dem Volk gehöre.

Des „Lohndrückers" Urfassung von 1956 gab der junge Müller einen andeutungsweise staatsdienlichen Schluß: Von Balkes Einsatzwillen beeindruckt, bietet der Spötter Karras dem Aktivisten seine Hilfe im Brennofen an.

Das hat der Autor gestrichen. Statt dessen krönt Müller seine Aufführung mit einer 1986 geschriebenen Szene über einen Offizier der Volkspolizei, der seinem Kameraden noch ganz fassungslos von einem „Alptraum" berichtet: „Ich wachte auf, und alles war in Ordnung . . . Kein Vorfall, keine Ordnungswidrigkeit und kein Verbrechen." Die Bürger, „unsere Menschen", seien auf einmal brav gewesen, „wie sie im Buch und in der Zeitung stehn". Beklommen fragt er: „Wer, wenn alles hier in Ordnung ist, braucht uns?"

Am meisten aber quält den Polizeioffizier, vom Auditorium bejubelt, der Gedanke, es könne keine Staatsfeinde mehr geben: „Der Staat, der keinen Feind hat, ist kein Staat mehr." Und wie in einer Erzählung von Franz Kafka ein Handlungsreisender namens Samsa sich in einen Käfer verwandelt, verschmilzt der Offizier mit seinem Schreibtisch zu einem obrigkeitlichen „Kentaur": halb Mensch, halb Tisch, die Akten seine „unteren Organe".

Könnte es für die hölzerne Tölpelei der DDR im Umgang mit ihren Bürgerrechtlern ein treffenderes Gleichnis geben?

★

Heiner Müller haust in einem der Ost-Berliner Hochhäuser, deren Wohnungen er einmal als „Fickzellen mit Fernheizung" charakterisiert hat. Der devisenbringende Dichter freilich verfügt über eine Sechs-Zimmer-Dachwohnung, ein mit Bücherstapeln gefülltes „Penthouse" mit Bauschäden und einem schwindelerregenden Balkonblick auf das Braunbären-Freigehege des Ost-Berliner Tierparks in Friedrichsfelde – von Zoo zu Zoo erstreckt sich Müllers Wildwechsel in der geteilten Stadt.

Übernachtet er in West-Berlin, wohnt er bei Freunden, die den kleinen, unorthodox linken Merve Verlag betreiben. Dort lebte auch seine Freundin, die junge Schauspielerin Margit Broich, bis ein Theater-Engagement sie letztes Jahr nach Frankfurt am Main unter die Türme des Mammon entrückte. Heiner Müller, verwitwet und geschieden, aber ungebeugt auch im Kampf der Geschlechter, zieht es deshalb, wann immer möglich, in die Zitadelle des westdeutschen Kapitals.

Diese Ausflüge, sagt er, bekommen ihm auch politisch gut. Denn sein oft arg erschlaffter „DDR-Patriotismus" erwache beim Anblick des Hauptquartiers der Deutschen Bank und bei der Lektüre der „Frankfurter Allgemeinen" stets zu neuem Leben. Bei allem, was gegen „die Republik" einzuwenden sei, fühle er dann doch „Genugtuung darüber, daß diese Brüder in der Deutschen Bank und in der „FAZ" bei uns nichts mehr zu melden haben. Das ist doch schon was".

Der Mann, der dies erklärt, ist ein anderer Müller als der witzige, unterhaltsame Sachse, den man im Westen erlebt, wenn er mit Interviewern seine Späße treibt („Eine Zeitlang wollte ich Frauenarzt werden, weil ich dachte, da lernt man leicht Frauen kennen"). Oder wenn er auf Premierenfeiern in Bochum oder Hamburg, das gutgefüllte Scotchglas in der Faust, freundlich feixend umherdriftet und später, beim ernsthaften Trinken, seine Freunde mit Possen aus den sündigen Künstler-Datschas am Müggelsee erbaut – so mit dem Fall der mannstollen Rotblonden, die wütend ihren Pelzmantel ins Kaminfeuer warf, weil Müller sich ihrem Drang verschloß, ihn vor allen Gästen zu fellationieren.

Der meist verborgene harte Kern dieses Mannes, das ist seine Trotzliebe zur DDR und zu ihrem Experiment, eine andere Art von Gesellschaft wenigstens zu erstreben. Er ist nicht fortgegangen, auch als er noch keine Aussicht auf Westreisen hatte und als so viele andere aus seiner Umgebung abgehauen sind.

Auch Heiner Müllers Vater, Sozialdemokrat, 1933 von der SA für mehr als ein Jahr ins KZ gesteckt, der in der SED hätte Karriere machen können, verabschiedete sich 1951. Der Sohn aber publizierte noch 1977 über den (verstorbenen) Vater dieses bitterböse Epitaph: „Er fand seinen Frieden . . . in einer badischen Kleinstadt, Renten auszahlend an Arbeitermörder und Witwen von Arbeitermördern."

Er versteht sie ja alle so gut, die dem allzu schwierigen Sozialismus den Rükken kehrten, um an der um so prächtigeren Wiedergeburt des Kapitalismus teilzuhaben. Aber eine hohe Meinung hat er von ihnen nicht. Er betrachtet sie ungefähr so, wie Moses die Tänzer ums Goldene Kalb betrachtet hat – als Abtrünnige und Verräter an der guten, doch entbehrungsreichen Sache. Kein Zufall, daß der Verrat und seine übermächtigen Verlockungen ein ständig wiederkehrendes Thema in Heiner Müllers Werken sind.

Vielleicht war es sogar der Zorn gegen den Vater und andere Abgehauene, der

APOLLINARIS THE QUEEN OF TABLE WATERS 







AUS DIESER QUELLE TRINKT DIE WELT.



Autor Müller in seinem Arbeitszimmer in Friedrichsfelde/Ost-Berlin: Wildwechsel von Zoo zu Zoo

ihn – nun grade bleib ich – in der DDR festgehalten hat. In Gesprächen freilich banalisiert er seine Motive gern: In der DDR brauche er keine komplizierten Steuererklärungen abzugeben, deshalb sei er geblieben. Oder er erwähnt das Dramaturgen-Gehalt, das ihm die Ost-Berliner Kulturobleute stets haben zahlen lassen, auch wenn sie seine Stücke unter Verschluß nahmen, und für das er keinen Finger zu rühren brauchte.

Aber stärker fesselt der sozialistische Staat den Kunst- und Geistesmenschen Müller durch eine andere Art der Zuwendung: Er, der Staat, nimmt den Geist und die Kunst ungeheuer wichtig; er traut ihnen gewaltige Wirkungen auf das öffentliche Bewußtsein zu – und traut ihnen *deshalb* nicht über den Weg; er bezeugt ihnen seinen furchtsamen Respekt gerade dann, wenn er die Zensur zuschlagen läßt. Und Heiner Müller sagt, er sei „lieber verboten, aber ernst genommen, als unbehindert, aber wirkungslos".

So nämlich sieht er das Befinden von Kunst und Geist im Westen, im pluralen Chaos der Meinungsfreiheit. Auf sein Metier bezogen, hat er diesen Unterschied einmal so definiert: „Das Theater im Westen hat den Freiraum, nach Belieben zu agieren, weil es keine gesellschaftliche Wirkung haben kann. Das Theater im Osten hat einen solchen Freiraum nicht, weil die Gefahr besteht, daß Stücke Wirkung haben."

Damit hat auch Heiner Müllers Polarität zu tun: Am einen Ende die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und Geschichte der DDR, auch mit der Oktoberrevolution, deren Härte und deren unfaßbare Überlebenskraft in den Jahren nach 1917 Müller in dem Schauspiel „Zement" dramatisiert hat.

Am anderen Pol dagegen der poetische Clinch mit den seit der Antike gleichgebliebenen Urkonflikten jedes Menschendaseins, die Auseinandersetzung mit dem durch keine Revolution veränderbaren Fakt, daß dem Menschen „das Sterben angeboren ist", wie Müller das nennt.

Fasziniert und entsetzt zugleich ringt er da mit der beseelten, aber todgeweihten Stofflichkeit des Menschen wie ein sächsischer Wanderprediger der Lutherzeit mit Hexen und Dämonen. „Fleisch" und „Blut" sind seine Lieblingswörter, „Zerfleischen" auch, und wo immer er in seinen düsteren Stücken den Mutterschoß und das Grab unterbringen kann, beschwört er sie als furchterregende Hohlräume.

Das verstehen dann zur Not auch die westdeutschen Theatergänger, die von sozialen Umwälzungen unbehelligt geblieben und deshalb nach Müllers Ansicht „unerfahren" und „bewußtlos" sind – zumindest im Vergleich zu DDR-Bürgern. (Ein so wacher, intensiver Theaterabend wie mit dem „Lohndrükker" wäre in der Bundesrepublik wohl wirklich nicht möglich.)

> Ich will in meinen Adern wohnen, im Mark meiner Knochen, im Labyrinth meines Schädels. Ich ziehe mich zurück in meine Eingeweide. Ich nehme Platz in meiner Scheiße, meinem Blut . . . Meine Gedanken sind Wunden in meinem Gehirn.

Selbst die makabersten Resignationsmonologe aus Müllers „Hamletmaschine" aber kommen nicht aus ohne das Gegenbild der marxistischen Utopie von der Selbsterlösung des Menschen durch die Revolution. Mag sie verraten und mißlungen sein, sie bleibt ihm unentbehrlich. Heiner Müller, mit diesem fast religiösen Gegenbild im Herzen, wandert durch Frankfurt wie ein Urchrist durchs dekadente Rom und begreift nicht die Menschen und „die Gesellschaft, deren einzige Utopie das Werbefernsehen ist".

Deshalb fällt ihm zur Bundesrepublik nichts ein, hat er über das Leben im Bonner Staat nie etwas geschrieben. Deshalb zieht er auch vom Leder gegen die verspießerte Wunschwelt der Mehrheit der jungen DDR-Generation, gegen die Kleinfamilie im Kleinwagen, gegen den „Mammi-Pappi-Kind-und-Trabbi-way-of-life", gegen den Sieg der Werbefernseh-Utopie aus Westdeutschland über die kommunistischen Ideale.

„Was geht mich euer Sozialismus an, bald schon ersäuft er ganz in Coca-Cola", schreibt Heiner Müller in neuen Spieltexten fürs Theater, denen er den schwierigen Obertitel „Wolokolamsker Chaussee" gegeben hat; die Chaussee ist eine der Straßen vor Moskau, an denen der deutsche Ansturm 1941 in Frost und Abwehrfeuer liegenblieb.

Und gegen den Realsozialismus heute beschwört der eigensinnige Poet „das Gespenst des Kommunismus", von dem er meint, daß es in den osteuropäischen Hauptstädten noch immer unterirdisch umgeht – und auch wiederauftauchen könnte:

> Das Gespenst des Kommunismus,
> Klopfzeichen in der Kanalisation,
> Begraben immer wieder von der Scheiße,
> Und aus der Scheiße
> steht es wieder auf. ◆

SATIRE

Faß ohne Boden

Ein Bayer in Italien: In seiner neuen Film-Satire „Man spricht deutsh" beleuchtet Gerhard Polt die Ferien eines Spießers.

Blau ist das Meer, so blau, so blau, und es rauscht und rauscht, treibt stetig herrenloses Gut heran, einen angewesten Saukopf etwa neben anderem Schweinkram, darüber schmilzt und schmalzt Amore-mio-Musik; kein Zweifel möglich: Italien.

Schwer beladen mit Liegestuhl und Sonnenschirm, behängt mit Taucherbrillen und unterm Arm die „Bild", so stampft eine Familie strandwärts, Papi, Mami und der Knabe Heinz-Rüdiger; Zweifel zwecklos: Teutonen.

Im Sand, der auch vieles birgt, wollen sie den letzten Urlaubstag verbrutzeln, Schulter an Schulter mit anderen Teutonen. Das Auto steht schon, hoch bepackt, zur Abfahrt bereit und muß stets scharf beobachtet werden. Denn: „Hier sind sehr viele Italiener."

„Man spricht deutsh" verspricht, fehlerhaft, ein Schild an der Strandbude; und unter diesem Tücke-Titel bringt nun die Münchner Spitzenmanufaktur für Satire & Abgründiges, Gerhard Polt und Hanns Christian Müller (Regie), ihr zweites Lichtspiel (nach „Kehraus") in die Kinos.



Polt-Film „Man spricht deutsh"*: „Des had net amal . . .



. . . der Mussolini geschafft": **Polt-Film „Man spricht deutsh"***

Das Deutsch nämlich, das da am Strand von Terracina die Urlauber grunzen und granteln, ist ein besonders hinterhältiges Idiom, eins von brutaler Gemütlichkeit und jovialer Gnadenlosigkeit – eben das Bayrische im Munde von Gerhard Polt und seiner Film-Ehefrau Gisela Schneeberger.

Die beiden, längst das klassische Duo für hohntriefende Maskeraden und schneidende Demaskierungen, nehmen sich hier den Spießer vor, der ganz nach Vätersitte (Kimbern und Teutonen) im Süden einfällt, sich dauernd in Feindesland wähnt und zur Schweinshaxen deutsches Bier verlangt.

Klischees mithin, längst abgetretene Brettl-Gaudi? Polt bohrt tiefer, nach dem Schrecken hinter dem Klischee, nach der Borniertheit, Sprachlosigkeit, Armseligkeit der Figuren, und dabei tippt er an etwas, was nur ein Menschenfreund da orten kann: Tragik.

Das bringt er mit einem genialen Dreh ins Bild. Denn während der letzte Urlaubstag mit Dösen, grotesken Slapstick-Einlagen und quengeligem Gequatsche dahinköchelt, versinken Polt und Gisela Schneeberger immer wieder in Tagträume, kriechen eingesperrte Wünsche ins Gehirn, Begierden.

Der Anblick von ranken Strand-Nymphen läßt in Polts Spießer lüsterne Abenteuer wuchern; die verhärmte Gattin hingegen verfällt dem Luxus-Appeal eines aasigen Geldhais (Dieter Hildebrandt) und eines verschwiemelten Yacht-Romantikers (Werner Schneyder). Trivial wie das Leben sind die Träume.

Der doppelte Boden hindert freilich nicht, daß sich der Film als höchst vergnüglicher Gaudiwurm kringelt, mit running gags und kabarettistischen Dolchstößen, mit Klamotten-Szenen und der perfiden Art, giftige Satire als Schwank zu tarnen.

Die Teutonen jedenfalls zeigen den Itakern, wo es lang geht. „In Sylt ham's die bessere Pizza wie hier", mosert einer, „faul is er, der Italiener", ein anderer. Polts Spießer faßt zusammen: „Ganz Italien ist ein Faß ohne Boden. Des hat ned amal der Mussolini geschafft."

Was die Italiener im Film von ihren Urlaubsgästen halten, läßt sich genauer im Drehbuch (Taschenbuch im Haffmans Verlag) überprüfen. „Pazzo" (Verrückter) ist ein beliebtes Wort, auch „stronzo" (Arschloch). Touristen in dieser Gegend ist schon Schlimmeres widerfahren:

Nahe dem Drehort Terracina, südlich von Rom, hat einst Circe – Homer, halt her! – die Gefährten des irrenden Odysseus in Schweine verwandelt. ◆

* Oben: Gerhard Polt und Pamela Prati; unten: Dieter Hildebrandt und Gisela Schneeberger.

DER FRAUENLIEBLING

ALTO GL Elegant und sportlich. Außerordentlich zuverlässig und wirtschaftlich. Eine echte Perle. Der Alto ist bereits über 1 Mio. mal zugelassen. Weltweit. 795 cm³, 29 kW (40 PS), 133 Spitze. Bleifrei Normal. Steuerbefreit (zeitlich begrenzt gem. Steuererleichterungsgesetz v. 1. 7. 85). Auch mit Automatik, mit drehbarem Fahrersitz oder als 5-Türer.

Alto GL, dreitürig, Grundausstattung

DM 10 560,–*

* Unverbindliche Preisempfehlung der Suzuki Auto GmbH, zuzüglich Überführungs- und Zulassungskosten.





Alto GL, dreitürig, ausgestattet mit Suzuki-Original-Zubehör

Suzuki empfiehlt *Castrol*

... über 450 Suzuki-Vertragshändler

Suzuki Auto GmbH, Mittenheimer Straße 60, 8042 Oberschleißheim, Telefon 089/31 56 30

SUZUKI



Filmemacher Praunheim in New York: „Das Leben ist kostbarer geworden"

„Die Freunde ringsum sterben"

Rosa von Praunheim über Aids in New York

Rosa von Praunheim, der in den siebziger Jahren die deutsche „Schwulenbewegung" anführte und die Gefahren von Aids frühzeitig erkannte, lebt als Filmemacher abwechselnd in Berlin und New York. Sein neuester Film „Anita" wird diese Woche bei den Berliner Filmfestspielen aufgeführt.

Jede Woche eine Beerdigung. Oft ist es ein naher Freund. Tausende von New Yorkern sind schon gestorben, Zehntausende sind im letzten Krankheitsstadium. 500 000 Aids-Infizierte leben in der Stadt. Latinos, Junkies, Homosexuelle. Für sterbende Underdogs bleiben nur schlechte, schmutzige Krankenhäuser oder der Tod auf der Straße.

Die meisten haben Angst davor, mit Aids konfrontiert zu werden. Aber man sieht Aids überall. Vielen ist die Krankheit ins Gesicht geschrieben. Überall in der Stadt laufen Aktionen gegen die Seuche. In New York läßt sich Aids nicht mehr verdrängen. Jeder hat im Familien- oder Bekanntenkreis mindestens einen Kranken, einen Positiven, einen Todgeweihten.

Trotzdem geht das Leben weiter. New York ist wie immer voller Energie, voller Wahnsinn – ein Leben in der Mitte des Todes. Ich liebe den „Christopher Street Book Shop". Im Hinterzimmer werden schwule Pornofilme gezeigt. Meist schaut man sie sich zu zweit an und holt sich dabei einen runter. Durch Aids bin ich zum Voyeur geworden, spähe durch die Türritzen der Kabinen oder gehe in den Keller, wo sich kräftige junge Männer gegenseitig befriedigen.

Safer Sex, was ist das? Im vorletzten Jahr traf ich einen sehr hübschen jungen Mann, der mir sagte, daß er positiv sei. Die Liebe war stärker als alle Angst. Wir benutzten Kondome. Keine tiefen Küsse, kein Oralverkehr. Einmal riß das Kondom und damit unsere Liebe. Ich bekam Angst, traute mich nicht, einen Test zu machen. Würde ich es psychisch verkraften, positiv zu sein? Würde nicht meine Panik die Krankheit herausfordern?

Der Aids-Test als Damoklesschwert. Als ich vor einigen Monaten in Genua den Griechen Adonios kennenlernte, wir uns am Meer romantisch in die Augen schauten und ich ihn nach New York einlud, verlangte er einen Test von mir. Adonios ist 25, hat gerade sein Studium abgeschlossen, will leben. Ich bin 45 und habe das meiste hinter mir. In New York machte ich einen Test, litt in der Woche vor dem Ergebnis Höllenqualen. Ich war „negativ". Adonios kam, und wir waren für drei Wochen sehr glücklich, machten trotzdem Safer Sex.

Ich nahm ihn mit zu meinen todkranken Freunden. Zu Max, der sich seit fünf Jahren mit strenger makrobiotischer Diät am Leben erhält. Zu Chris, dessen Freundin gerade gestorben ist (beide hatten gemeinsame Nadeln benutzt). Zu dem Filmemacher Arthur Bressan (der den ersten Spielfilm über Aids gedreht hat: „Buddies").

Arthur wollte unter allen Umständen einen neuen Film machen (über den Sohn eines amerikanischen Präsidenten, der Aids hat, deshalb von der CIA gejagt wird und umgebracht werden soll, bevor das bekannt wird). Er sprach begeistert von seinen Ideen, sein Geist so wach, sein Körper so schwach. Inzwischen ist auch er gestorben.

Oktober 1987 – der große Aids-Marsch in Washington. Ich marschiere mit 200 000 (Zahlen der Presse) bis 600 000 (Schätzungen der Schwulenorganisationen), um gegen die Aids-Politik von Reagan zu demonstrieren. Vorbei an einem großen Flickenteppich, zusammengesetzt und liebevoll bestickt zur Erinnerung an Tausende von Aids-Toten. Ein junger Mann am Arm einer Freundin, sein Gesicht ist mit Kaposi-Flecken übersät, steht stumm davor. Mir stürzen die Tränen raus, ich greife die Hand von Brandon, der den Namen seines Liebhabers Nathan Fein sucht.

Gerüchte gehen um, daß einige Aids-Kranke auf der Bühne öffentlich Selbstmord machen wollen, um die US-Regierung wachzurütteln, mehr Geld für Forschung und Aufklärung auszugeben. Besonders das langsame und bürokratische Testen von neuen Drogen erbost die vielen amerikanischen Aids-Kranken. Erst seit sich die Seuche auch unter Heterosexuellen ausbreitet, nimmt die Regierung die Krankheit ernster.

Mein Freund Larry Kramer kommt mit seiner militanten Gruppe „Act up". Am nächsten Tag läßt er sich mit seinen Freunden vor dem Weißen Haus festnehmen. Mit seinem Theaterstück „The Normal Heart" erregte er weltweites

Sandeman, das ist bester Sherry in drei Charakteren:
trocken der Seco, ausgeglichen der Medium Dry und lieblich der Cream.

DON 1/86a

„Schade, daß es für einen solch trockenen Aperitif nicht mehr Anlässe gibt."

„Wieso? Essen Sie nicht täglich?"

SANDEMAN

SECO SHERRY

Dry Fino

70 cl

PRODUCE OF SPAIN

17,5% Vol

Sandeman. Der Gentleman unter den Sherrys.



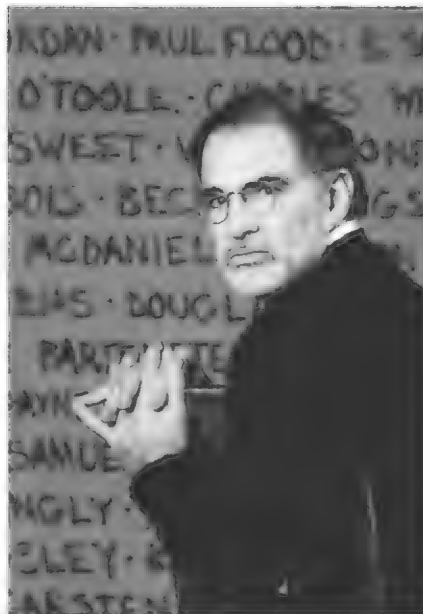
Aufsehen (es wird jetzt von Barbra Streisand verfilmt).

Larry Kramer war einer der ersten in New York, der Anfang der achtziger Jahre die Krankheit ernst nahm, der fast hysterisch seine schwulen Freunde aufforderte, sofort mit dem wahllosen Rumficken aufzuhören, die Orgien-Bars und Saunas zu schließen. Man beschimpfte ihn als „schwulenfeindlich", nahm ihn lange nicht ernst. Erst jetzt, wo man ihm recht geben muß, wo sich zeigt, daß sexuelle Freiheit in so vielen Fällen tödlich endet, ist er der Held der Bewegung.

Er greift Reagan und Ed Koch, den Bürgermeister von New York, an, weil sie es jahrelang versäumt haben, genug Geld für den Kampf gegen Aids auszugeben. Er klagt sie des Mordes an, vergleicht die Zahlen der Aids-Toten mit denen des Vietnam-Krieges und mit dem Holocaust an den Juden in Deutschland. Aber auch an seinen eigenen Leuten läßt Larry Kramer kein gutes Haar. Wütend sagt er: „Ihr habt die Krankheit verdient, wenn ihr euch so passiv und masochistisch verhaltet."

Die Gruppe „Act up" hat in New York mittlerweile 800 militante Mitglieder. Sie führen symbolisch Sterbeszenen vor dem Rathaus auf, machen Aktionen vor Krankenhäusern und vor den Büros von Fluggesellschaften, die sich weigern, Aids-Patienten zu befördern.

Aids ist überall. Die Krankheit ruiniert die Theater, die Oper, die Modeindustrie. Deren kreativste Männer sind infiziert oder schon tot. Gestorben ist Antonio Lopez, 44, der die „Hot pants" entwarf. An Aids starben im letzten Jahr die besten und talentiertesten Designer und Photographen – Willi Smith, 39; Bill King, 48; Peter Hujar, 52. „Aids tötet die wichtigen Leute", schrieb das „Wall Street Journal", „die US-Modebranche wird dezimiert." Angst und Hoffnungslosigkeit gehen um. Wer will, wer kann frohe, verrückte Mode machen, wenn die Freunde ringsum sterben müssen?



Aids-Warner Kramer
Sterbeszenen vor dem Rathaus

Weihnachten traf ich im Central Park auf Mike aus Oregon. Er ist Professor, 40 Jahre alt, hat Frau und zwei Kinder. Erst vor einem Jahr hat er den Mut gefunden, sein Schwulsein auszuleben. Coming out in den Zeiten von Aids. Mike hat sich in Tom verliebt. Tom, streng katholisch erzogen, war lange verheiratet. In den letzten fünf Jahren hat er alles nachgeholt. Zwei seiner Liebhaber sind inzwischen an Aids gestorben. Einen Test lehnt er ab.

In seiner Freizeit schreibt Tom ein Buch. Er arbeitet sehr intensiv. Wer weiß, wieviel Zeit er noch hat? Die große Mehrheit der aktiven Schwulen ist infiziert. Auf den Partys redet man nicht darüber. Viele glauben, daß das Streß sei – und Streß, so wird argumentiert, beschleunigt die Krankheit, bringt sie überhaupt erst zum Ausbruch.

Ich bin „negativ". Aber ich weiß, daß ich mich nie hundertprozentig schützen kann. Ich weiß, daß ich immer wieder in Situationen komme, in denen die Grenzen überschritten werden. Wenn du wahnsinnig liebst, willst du auch mit dem und für den anderen sterben.

Die Selbstmordrate von Positiven und Aids-Kranken ist sehr gering. Das Argument, daß Getestete sich bei positivem Ergebnis das Leben nehmen, stimmt nicht. Im Gegenteil: Die Positiven entwickeln Stärke und Lebenswillen. Überleben ist alles. Für mich persönlich ist das eine deprimierende Perspektive. Wenn ich mich anstecken sollte, werde auch ich große Leiden erdulden müssen. Freitod, das sagt sich so leicht.

Also besser nicht zum Test? Damit man möglichst spät Bescheid weiß? Das Verhältnis der amerikanischen Schwulen zum Test ist zwiespältig, gebrochen. Viele argumentieren, daß er nicht akkurat funktioniert. Es wird gemunkelt, daß HIV gar nicht der Erreger von Aids sei. Gerüchte kursieren über das Schweinevirus. Es wird, heißt es, vom Staat nicht erforscht, weil der Fleischabsatz keinen Schaden nehmen soll. Die Ärzte, auch unsere schwulen Doktoren, widersprechen allen diesen Mutmaßungen.

Aber Gerüchte können Balsam sein. Dafür besteht Bedarf. Die Angst vor dem Test wird gelindert. Doch am Test führt kein Weg vorbei: Man muß sich testen lassen, um zu wissen, ob man sich dem anderen zumuten darf. Oder ist es erlaubt, Adonios den Tod zu bringen? Dreimal in drei Wochen sind die Kondome geplatzt.

Junge Leute glauben, sie seien unsterblich. Es ist schwer für sie, die Gefahren von Aids ernst zu nehmen. Wir müssen ihnen dabei helfen. In New York City geschieht das, in Deutschland noch nicht.

In den Vereinigten Staaten hat man seine Gewohnheiten geändert – eigenartigerweise erst, als Saunas und Orgien-Bars geschlossen wurden. Man hat sich keine neuen Orte


Modedesigner Smith, Lopez, Models
„Aids tötet die wichtigen Leute"



für anonymen Sex gesucht, sondern die Partnerzahl reduziert.

Jetzt pfeift man sich nicht mehr jedes Wochenende ein paar Drogen rein und hat nicht mehr wahllos Sex mit jedermann. Pornofilme sind beliebt, Onanie, Telephonsex. Ein Fremder ruft mich ab und zu an: „I want your cock.“ Neulich habe ich ihm mein Alter gesagt. Seither hat er nicht mehr angerufen.

Auf der Weihnachtsparty der „Gay Men's Health Crisis“ (GMHC), der hiesigen Aids-Selbsthilfeorganisation, sah ich Hunderte von begehrenswerten Männern. Ich traf Peter wieder, einen Schweizer, den ich schon tot geglaubt hatte. Er strahlte, eine neue Droge macht ihm Hoffnung. Wie lange?

Die Zeit drängt. Noch könnten wir in Deutschland unseren Vorsprung nutzen. Aufklärung und Kondome reichen nicht aus. Ich fordere mehr Aktionen in der Subkultur, Safer-Sex-Shows, Diskussionen, Aids-Partys in Kneipen, Saunen und Parks. Viele Schwule können ihre alten, oft süchtigen Sexgewohnheiten nicht ohne Hilfe aufgeben. Wir brauchen Psychologen, Rollenspiele, neue Kommunikations- und Vergnügungszentren.

In Berlin und anderen deutschen Großstädten sind die Saunas immer noch voll. Dort ist es schwer, die Grenzen zwischen sicherem und unsicherem Sex zu ziehen. Die deutschen Aids-Hilfen treiben vor allem Nachsorge. Aktive Vorsorge ist rar. Verteilen von Handzetteln ist nicht alles, direkte Kontakte und Gespräche vor Ort sind wichtiger. Aber viele stecken noch immer den Kopf in den Sand.



Aids-Protest in Washington*: Flickenteppich als Totenmal

In New York fühle ich mich sicherer als in Deutschland. Hier geht man offener mit Aids um. Hier spüre ich Wärme und bin beeindruckt von der Vielfalt praktischer Ideen und privater Initiativen. Hier ist man es gewohnt, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Bei uns wird noch immer nach dem Führer, nach dem Staat gerufen – Frau Süssmuth soll es richten oder Herr Gauweiler.

Die Deutschen glauben, daß sie den Amerikanern intellektuell überlegen seien. Amis, so lautet das Vorurteil, seien oberflächlich und naiv. Wahr ist: Amerikaner leben mehr aus dem Bauch, sie sind praktischer als wir. Bei uns besteht immer die Tendenz, alles totzudiskutieren. Bei uns bekämpfen sich immer noch die Polit-Tunten, die Disko-Tunten, die Lederleute und die Alten und die Jungen. Noch haben alle nur eines gemeinsam: die Angst vor der eigenen Mutter.

Solche Verdrängung ist menschlich. Die Kranken isolieren sich, ziehen heim zu Muttern, lassen sich kirchlich beerdigen. Wir sind wieder dort, wo die Schwulenbewegung 1971 begann. In Amerika ist das anders. Viele stellen sich der Krankheit, machen ihr Schwulsein öffentlich – und damit politisch.

Aids macht mir keine Angst mehr. Ich lese alle Neuigkeiten über Aids. Ich gehe zu Aids-„Benefiz“-Veranstaltungen. Ich liebe und schätze die Nähe von Aids-Kranken. Ich kann viel dabei lernen.

Aids macht uns bewußt, daß wir nicht unsterblich sind. Aids entlarvt den Jugendkult, der nur gesunde, produktive und kräftige Menschen zuließ, als Absurdität. Das Leben ist kostbarer geworden, zielgerichteter, positiver – weil niemand weiß, wieviel Zeit ihm noch bleibt. ◆

* Im Oktober 1987.



Ovomaltine schmeckt

Die einen trinken Ovomaltine, weil es so toll nach Kakao, Malz und Honig schmeckt. Die anderen, weil es lebenswichtige





unheimlich stark.

Vitamine, Mineralstoffe und Eiweiß enthält. Aber alle trinken Ovomaltine, weil sie damit sich und ihrem Körper was Gutes tun.

Wie es euch gefällt

SPIEGEL-Redakteur Urs Jenny über Claus Peymanns „Sturm“ in Wien

Mit Peymanns Ausruf „Auf den Sturm kommt es an!“ beginnt Thomas Bernhards groteske Szene „Claus Peymann und Hermann Beil auf der Sulzwiese nach dem ersten Jahr an der Burg“. „Natürlich“, sagt Beil, der Dramaturg. *„Natürlich* ist gar nichts“, widerspricht Peymann, erregt in ein Schnitzel beißend, „der ganze Shakespeare ist unnatürlich, und der Sturm ist der unnatürlichste Shakespeare überhaupt.“

Natürlich ist in der Tat gar nichts, aber natürlich kam es überhaupt nicht mehr auf den „Sturm“ an, als der nun endlich, exakt ein Jahr nach Peymanns „Richard III.“, an der Burg zur Premiere kam. Peymann hatte längst gesiegt, und der gewaltige Beifalls-Sturm, mit dem sein „Sturm“ endete, war nur noch dankbare Bestätigung. Peymann hat mit Bravour – erst die Zähne fletschen und die Muskeln spielen lassen, dann die Überwältigung mit Handkuß und stürmischem Charme – die Stadt für sich eingenommen, das Theater in den Griff gekriegt, sich in der k.u.k.-mäßigen Kulturbürokratie durchgesetzt. Und er hat eine Menge Leben in die Bude gebracht.

Als Theaterchef steht er prächtig da, manche deutsche Großstadt würde ihm, wenn er nur wollte, ihre Bühne zu Füßen legen – in Berlin wie in Hamburg wird ja dringend ein Intendant gebraucht. Aber warum sollte er aus Wien wegwollen?

Es ist gut, daß für Peymann alles so gut steht und daß es auf den „Sturm“ nicht mehr sehr ankam, denn der „Sturm“ war nicht so gut. Er sah zu sehr nach „Chefsache“ aus, nach geballter Erstklassigkeit, er zeigte den Klassiker-Regisseur Peymann auf dem Weg zu einer wohlabgewogenen, gefälligen, rundum harmonisierenden Staatstheater-Ästhetik, die zuletzt alles nur noch schön macht und sonst nichts: ein Theater, das jede Zaghaftigkeit, jeden Zweifel mit blendender Selbstzufriedenheit überspielt.

In Shakespeares „Sturm“ ist nichts natürlich, weil die Hauptfigur ein Regisseur ist, ein wilder, wütender, der sich als Rächer, Richter und Gott aufspielt. Sogar der Sturm, mit dem das Stück beginnt, ein Krieg zwischen Himmel und Meer, der auch die Erde beben läßt, ist – anders als alle Unwetter, die sonst über Shakespeares Bühne toben – Menschenwerk, Künstlichkeit, eine Inszenierung: In diesem Sturm entlädt sich der zwölf Jahre lang aufgestaute Zorn eines Mannes über seine Feinde.

Prospero, der „Sturm“-Macher, ist Shakespeares Faust. Früher einmal war er Herzog von Mailand, doch dann hat er sich den „Geheimwissenschaften“ ergeben, der Schwarzen Magie, und ist gestürzt worden. Zwölf Jahre lang hat er auf einer einsamen Insel geschmort, nur mit seiner Tochter Miranda und den zwei widerspenstigen Untertanen Ariel und Caliban, bis ihm nun der Sturm, den er selbst mit Dämonenhilfe entfesselt hat, seine Feinde als Schiffbrüchige an den Strand spült: Endlich kann er mit Höllenangst und Qual Vergeltung zelebrieren.

Es ist wahr, das Spiel endet sturzartig mit Verzeihung, Versöhnung, Verbrüderung und Verheiratung: Prosperos subtilster Rachezauber besteht darin, zwischen seiner Tochter und dem Sohn seines Erzfeindes Liebe und Ehe zu stiften. Doch Peymann hat vom wilden Anfang an das gute Ende mitinszeniert und so alle Schrecknisse zum harmlosen Schabernack geschönt. Dieser Burgtheater-„Sturm“ gibt seinem Publikum unentwegt zu verstehen: Wir tun nur als ob,



Shakespeares „Sturm“ am Burgtheater
„Es lebe die heitere Poesie!“

hier wird im Ernst niemandem auch nur ein Härchen gekrümmt!

Peymanns brillantes Talent, kleine Stücke groß zu machen, etwa die von Thomas Bernhard, hat seine Kehrseite in der Neigung, ein großes Stück in lauter kleine zu portionieren. So läuft dieser „Sturm" ab, Bildchen um Bildchen, jedes sorgfältig illustriert, aber eben nur illustriert, voller Kunstverstand und ganz ohne Leidenschaft, in den Staatsstreich-Intrigen mit breitbeiniger Hoftheatralik, in den Clownsnummern mit quälender Witzlosigkeit, in den Geister-Auftritten als kitschige Maskerade.

Dieser Verharmlosung, die den Shakespeare ins anheimelnde Genre des Altwiener Zaubermärchens à la Schikaneder und Raimund herunterbringt, fällt der Prospero zum Opfer: Aus dem dämonischen Feuerkopf wird ein Zauberkünstler, der seine Umgebung mit der Tyrannei des ewigen Rechthabers und Besserwissers schulmeistert, sein erderschütternder Zorn schrumpft zum pädagogischen Donnerwetter. Der Schauspieler Gert Voss, der unter Peymanns Regie als Hermann und Richard so spannende Farben entwickelt hat – diesmal, als Prospero, erscheint er nur lieb und weich und geheimnislos, äußerlich glänzend, doch ohne den tieferen Glanz einer Persönlichkeit.

So ist dieser Sturm ein sehr manierliches und gepflegtes Vergnügen, und daß es nicht schal wird, ist Sache der drei beteiligten Frauen. Therese Affolter als Windgeist Ariel fegt mit dem atemlosen Furor eines Kobolds über die Bühne, Kirsten Dene als Caliban spielt einen drolligen Bilderbuch-Bimbo, und Oda Thormeyer ist, ganz für sich und bewegend, die verliebte Miranda: Sie bleibt ernst, wo alle anderen längst bloß noch aus Leibeskräften Theater spielen.

Und nun? Jedes Jahr ein so stürmisch bejubelter Pyrrhus-Sieg wie dieser „Sturm", warum sollte da Peymann aus Wien wegwollen? Thomas Bernhard, in seiner kleinen Farce, hat ihn dem Professoren- und Hofrats-Titel prophezeit, ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof und eine Totenfeier, zu der der Bundespräsident „in voller Wehrmachtsuniform auf seinem mazedonischen Pferd" anreitet: ein Alptraum.

Die jüngste Verlautbarung des echten Peymann klingt, als hätte er nun André Heller als Ghostwriter engagiert: „Ich glaube an die Zauberer und die Komödianten! Es lebe die heitere Poesie in diesen finsteren Zeiten!" Und seine ungnädigen „Sturm"-Kritiker läßt er wissen, sie könnten ihn alle „am A . . . lecken": Da ist sie, die produktive Wut und Verrücktheit, die auf seiner Bühne so schmerzlich gefehlt hat.

Bei Thomas Bernhard sinniert er einmal, in sein Schnitzel beißend: „Wenn ich nur die Welt noch mehr staunen machen könnte!" Ja, das wäre schön gewesen. ◆

„Da sollten Sie sich allerdings beeilen Madame.
Ab Aschermittwoch wird gefastet.“



NEUE GEDANKEN.

Hennessy

Das Vergnügen, Cognac Hennessy zu trinken, ist durchaus steigerungsfähig: mit V.S., V.S.O.P., X.O. und ***Paradis.***







Cartoons von Mary Leunig

Rasereien im trauten Heim

Grüne Witwen und brave Hausmütterchen fallen der Raserei anheim: Gewalttätig und lüstern, verlassen und pervers sind die Frauenfiguren der australischen Cartoonistin Mary Leunig, 37. Ihre bösen Zeichnungen dürften nicht nur glaubensstarke Feministinnen verstören. Mit rabenschwarzem Humor verfremdet sie die Geborgenheitsklischees der üblichen Kinder- und Mädchenliteratur und inszeniert im trauten Heim surreale Katastrophen und Lustmorde: Mary Leunig, Mutter zweier Kinder, hat in ihren rabiaten Phantasien die heimlichen Aggressionen trostloser Hausfrauen bebildert und ihren unheimlichen Gedanken nachgespürt. Eine deutsche Ausgabe ihrer von „Penguin“ verlegten Zeichnungen erscheint demnächst im agilen Frankfurter „Eichborn Verlag“.

Premiere für Maghreb-Pop

In der algerischen Hafenstadt Oran, einem Schmelztiegel von südeuropäischen und nordafrikanischen Einflüssen, wurde der musikalische Stil geboren, der nun in Europa Furore macht: Eine Mixtur aus Rock, Flamenco und Beduinenmusik, der sogenannte Rai (zu deutsch etwa „Ratschlag“), hat sich in jüngster Zeit über die nordafrikanischen Arbeitsemigranten hinaus in Frankreich ein begeistertes Publikum erobert. Am kommenden Donnerstag hat der maghrebinische Pop deutsche Premiere: Beim „Welt Musik Festival“ in West-Berlin spielt der in Oran geborene, in Paris lebende Cheb Kader.



Kader

Gelungenes „Drachenfutter“

„Drachenfutter“, das Spielfilmdebüt des 30jährigen Regisseurs Jan Schütte, mußte erst im Ausland zwei Preise gewinnen, um einen deutschen Verleih zu finden. In seinem Schwarzweiß-Film erzählt der ehemalige Dokumentarfilmer die Geschichte eines Pakistanis und eines Chinesen, die in Hamburg ein Restaurant eröffnen. Mit hintergründigem Humor verfolgt der Regisseur den Weg beider Protagonisten durch den Behördendschungel bis zum selbständigen Unternehmertum. Das dicke Ende naht, wird aber ohne deutsche Schwermut bewältigt.

Wach mit „Schlaf der Vernunft“

Alle fünf Jahre Documenta-Hauptquartier – dazwischen pflegte das klassizistische Museum Fridericianum in Kassel dem Tiefschlaf anheimzufallen. Das hat ein Ende; regelmäßiger Ausstellungsbetrieb soll das älteste öffentliche Museum des Kontinents dauernd zu einem „Mekka für Künstler und Kunstfreunde“ (städtische Pressemitteilung) machen. In diese wache Zukunft startet das Haus mit einem „Schlaf der Vernunft“ (21. Februar bis 23. Mai). So, nach einem Goya-Titel, nennt Ausstellungsleiter Veit Loers seinen Versuch, eine aktuelle „Verpuppung“ der Kunst anschaulich werden zu lassen und „die Frage nach dem Jenseits der Moderne in den Raum“ zu stellen. Nach einem Vorspiel mit kunsthandwerklichen und wissenschaftlichen Sammelstücken aus der Gründungszeit des Hauses (1779) wird der Besucher Rauminszenierungen mit Werken der Gegenwart und jüngeren Vergangenheit durchschreiten. Bruce Nauman schleust ihn durch einen „Changing Lights“-Korridor, Thomas Schütte hat ein kulissenhaftes „Winterquartier“ aufgeschlagen, Jeff Koons zeigt Stahlabgüsse historischer Skulpturen. Weitere Fridericianum-Ausstellungen sind für den Wiener Aktionismus, die „Primärfarben in der Kunst des 20. Jahrhunderts“ und den Tachisten Pierre Soulages vorgesehen.



Schütte-Rauminszenierung „Winterquartier“

Clubmaster.
Angenehm leichte
Cigarillos.
Mit Naturdeckblatt.



Spaß am Genuß. Clubmaster.



All you need is taste – Jim Beam.

Almas Endsieg über den toten Dichter

Eine neue Biographie beschreibt erstmals umfassend das Leben des jüdischen Schriftstellers Franz Werfel

Auch das war Exil, eins zum nochmals Weglaufen allerdings:

Natürlich würden die Deutschen unter ihrem „Supermann“ Hitler den Krieg gewinnen, und es gebe doch „durchaus auch Lobenswertes“ bei den Nazis. Die Greuelgeschichten um die Konzentrationslager, dozierte Alma Mahler-Werfel, hätten Emigranten erfunden; in den Lagern herrsche vielmehr eine „hervorragende medizinische Betreuung“.

Also sprach gern die Gattin des exilierten Dichters Franz Werfel im Kreise von Leidensgenossen im Werfel-Bungalow zu Hollywood. Unter den Gästen häufig: der Komponist Arnold



Liebespaar Alma Mahler, Werfel (1920): „Wir liebten uns! Ich schonte sie nicht“



Werfel-Biograph Jungk
„Schicksalshafte Begegnung“

Schönberg, die Schauspieler Fritz Kortner und Ernst Deutsch, die Schriftsteller Thomas Mann, Friedrich Torberg, Leonhard Frank. Die Gesellschaft saß ob solcher Worte „wie paralysiert“, bis Franz Werfel aufsprang, „brüllend, sein Gesicht wurde lila, seine Augen traten hervor“.

Szenen einer Ehe vor dem Blutbrodel der Zeit – eine „Lebensgeschichte“ zeichnet jetzt muster- und meisterhaft nach, was dem jüdischen Lyriker, Dramatiker und Romancier Franz Werfel (1890 bis 1945) in Ehe und Weltgeschichte widerfuhr*.

Autor der ersten umfassenden Werfel-Biographie ist der in Wien lebende Schriftsteller Peter Stephan Jungk, 35; er hatte vor zehn Jahren mit empfindsamen Hollywood-Erzählungen („Stechpalmenwald“) debütiert, drei Jahre später folgte der Jerusalem-Roman „Rundgang“. Seine „Begegnung“ mit Werfel hält er für „schicksalshaft“.

Schon „gewisse biographische Überschneidungen“ fesselten ihn: Sein Großvater väterlicherseits ist in Werfels Geburtsort, Prag, begraben, und Werfel starb in Jungks Geburtsort, Los Angeles. Jungk wuchs in Emigrantenkreisen auf, unter ihnen Werfel-Freunde, eine „Faszination durch das Judentum, aber auch der Konflikt mit ihm“, kamen dazu.

Peter Stephan Jungk ist der Sohn des einstigen Emigranten und jetzigen Zukunftsforschers Robert Jungk; eine Art Wahlverwandtschaft hat den Biographen somit zum weitgehend vergessenen Werfel hingezogen, aber die Art, wie er die Spuren dieses Mannes sichert, macht ihn auf schmerzhafte Weise präsent.

Jungk forschte in amerikanischen und deutschen Archiven und stieß auf eine Fülle von unveröffentlichtem Material, darunter Almas Tagebücher; er schildert die Detektiv-Arbeit dabei als „work in progress“, läßt, höchst spannend, Werfel-Zeitzeugen mit ihren Erinnerungen auftreten und klinkt Werfels Leben stets in die Maschinerie der Historie ein: ein exemplarisches Dasein in diesem Jahrhundert, lapidar, akribisch und psychologisch durchdringend beschrieben.

An literarischen Erfolgen hatte es Werfel nie gemangelt. Mit 21 galt er als aufregendster Lyriker deutscher Sprache, verehrt von Franz Kafka wie Karl Kraus. 1926, er ist jetzt 36, ermittelt ihn eine Umfrage der Zeitschrift „Die schöne Literatur“ als den beliebtesten deutschsprachigen Schriftsteller der Gegenwart – vor Gerhart Hauptmann, Stefan Zweig oder Rainer Maria Rilke. Und 1942, im US-Exil, landet er einen der größten Bestseller-Erfolge der amerikanischen Verlagsgeschichte:

„Das Lied von Bernadette“, die Heiligenbildchen-Legende des Marien-Wunders von Lourdes, wird innerhalb eines Monats zum „National Bestseller Number One“; Hollywood verfilmt das Buch, eine Comic-strip-Serie läuft, als Figur aus Seife geht Bernadette durch viele Hände; 50 000 Exemplare der Millionen-Auflage kauft die US-Armee für ihre Soldaten.

Zeitgeschmack und eigene Passion hatten den „Kindheitsvirtuosen“ (Karl Kraus) durch mancherlei Literaturkurven preschen lassen – als Pfadfinder des Expressionismus und Sänger ekstatischer Lebensfeiern, als Schuld-und-Sühne-Grübler pessimistischer Kammer-Novellen, als pathetischer Romancier und als später Mystagoge, ewig oszillierend zwischen Juden- und Christentum.

Abiturienten immerhin lesen heute noch den „Abituriententag“, Axel Corti verfilmte die schnitzlerisch-psychologisierende „Blaßblaue Frauenschrift“ fürs Fernsehen, Opern-Enthusiasten kennen Werfels „Verdi“-Roman, Kinogänger seine Flucht-Komödie „Jacobowsky und der Oberst“; ein Unvergessener aber, gar ein „Nationalheld“, ist der österreichische Jude aus Prag allein für die

---

* Peter Stephan Jungk: „Franz Werfel. Eine Lebensgeschichte“. S. Fischer Verlag, Frankfurt; 456 Seiten; 48 Mark.


JAVAANSE JONGENS
MILD

große Emigranten-Kolonie der christlichen Armenier.

Denn mit seinem Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ war Werfel (1933) zum Ankläger des bis dahin größten Völkermords geworden – der systematischen Vernichtung einer Million Armenier durch das türkische Regime in den Jahren 1915 bis 1917; noch heute pilgern, an Werfels Todestag, die Schüler des armenischen Mechitharistenordens in Wien zu seinem Grab auf dem Zentralfriedhof.

Eine Naturkatastrophe hatte die Geburt des künftigen Dichters akkompagniert – penibel recherchierte der Biograph Jungk im September 1890 in Prag die „verheerendsten Überschwemmungen seit mehr als vierhundert Jahren“ und den „Einsturz der uralten, steinernen Karlsbrücke“. Werfels Vater war ein reicher Handschuhfabrikant, ein weitgehend assimilierter Jude, der seinem Sohn eine streng katholische Amme gab.

Der kleine Werfel kränkelte viel, mühte sich in der Schule und zeigte bei Knabenspielen einen merkwürdigen Hang: Er wollte, erforschte Jungk, „besonders gern an den Marterpfahl gebunden, gefesselt, ausgelacht, gedemütigt werden“. Ins väterliche Handschuh-Fach drängte es ihn keineswegs.

„Es brodelt und werfelt und kafkat und kischt“: Im Prager Café-Haus „Arco“ (und gelegentlich im Freudenhaus „Gogo“) hatte der Gymnasiast, Bummelstudent, Opern-Fan und Bohème-Poet Werfel zum Kreis der „Arconauten“ (Karl Kraus) gefunden – zu den nachmaligen Berühmtheiten Max Brod, Franz Kafka und dem Schmied dieses Verses, Egon Erwin Kisch.

Werfel war offenbar der Feuerkopf unter ihnen: „Er diskutiert unaufhörlich und mit allen, die ihm begegnen“ (Max Brod); „er kann alles, was er je geschrieben hat, auswendig und scheint sich beim Vorlesen zerfetzen zu wollen“ (Franz Kafka); „er segelte die Straßen entlang, Verdi-Arien singend“ – so erinnert ihn der Leipziger Verleger Kurt Wolff, bei dem Werfel kurz vor dem Ersten Weltkrieg als Autor und Lektor landete.

In Leipzig trifft Werfel auf die Kultur-Crème der Zeit: Carl Sternheim, Frank Wedekind, Else Lasker-Schüler, auch Martin Buber. Der sinniert bereits über einen „Geheimbund gegen den Militarismus“ – mit ein Anstoß für Werfel, den Krieg in der Etappe zu überwintern und beim Finale in einem sicheren Hafen zu sitzen, im Wiener „Kriegspressequartier“.

Hugo von Hofmannsthal, Robert Musil, Rainer Maria Rilke, Stefan Zweig wurden da zu Kollegen; und als der Krieg zu Ende, die morsche k.u.k. Monarchie zusammengekracht war, blieben einige Herren einfach an ihrem wahren Arbeitsplatz: im „Café Central“ in der Wiener Herrengasse.

Über die Café-Clique war Werfel mittlerweile an die Frau geraten, von der er später sagte: „Ich weiß nicht, ob die Alma mein größtes Glück oder mein größtes Unglück ist“ – die elf Jahre ältere Alma Mahler-Gropius, Witwe (seit 1911) des Komponisten, Gattin (seit 1915) des späteren Bauhaus-Architekten, zwischendurch heftig liiert mit dem Maler Oskar Kokoschka, den sie so lange „Feigling“ gescholten hatte, bis er sich als Kriegsfreiwilliger meldete.

Leutnant Walter Gropius stand noch an der Front, als der Etappenhengst Werfel in den legendären Salon der walkürenhaften, notorisch antisemitischen und antisozialistischen Zelebrität eingeführt wurde. Sie fand Gefallen an dem „fetten, o-beinigen Juden“ mit den „wulstigen Lippen“ und den „schwimmenden Schlitzaugen“ (Alma-Tagebuch), nur sein „sozialistisches Getue“ ging ihr auf den Geist.

Werfel entflammte; nach einem Mahler-Konzert und feurigen Blicken von Loge zu Loge ist es soweit, die Liaison beginnt. „Dein Leib riecht nach dem Wohlgeruch des Herdes, auf dem die Schöpfung gekocht wird“, schwärmt Werfel seine Alma an, später notiert er: „Wir liebten uns! Ich schonte sie nicht.“ Bald ist ein Kind unterwegs.

Es hätte auch vom letzten Heimaturlaub des Leutnants Gropius stammen

* Links: mit Jennifer Jones; rechts: Curd Jürgens, Danny Kaye und Nicole Maurey.



Werfel, Freund Alban Berg (1928)
„Es werfelt und brodelt“





Werfel-Verfilmungen „Das Lied von Bernadette“, „Jakobowsky und der Oberst“*: „Heilung durch Christentum“

können – Alma ist sich nicht sicher. Nach peinlichen Heimlichkeiten einigen sich die Herren überraschend. Gropius anerkennt seinen Rivalen als „Genius des Schicksals" und schlägt vor, der „geliebten, göttlichen Frau" gemeinsam zu „dienen"; Werfel erwägt eine „Brüderschaft" in der „Liebe zu dem Göttinnenwesen Alma".

Im Herbst 1920 lassen sich Alma und Gropius scheiden, erst neun Jahre später heiraten Werfel und Alma; auf Geheiß der Gattin muß Franz vorher aus der jüdischen Religionsgemeinschaft austreten – seine tiefsitzende Schwärmerei für den Katholizismus („Heilung durch Christentum") erleichtert ihm den Schritt; sein Faible für den Sozialismus bringt Frau Alma freilich immer wieder in Rage.

Nach der Scheidung war Werfel zum Kronprinzen aufgerückt, zu einem unter der Knute: „Er hat sich Alma ganz bewußt unterworfen", erfuhr Jungk von der Alma-Tochter Anna. Die Herrin – Lieblingswort: „Wer Hilfe braucht, ist sie nicht wert" – kommandierte den „Franzl" zum Dichten ab, schmiedete den Bohemien zum Schreib-Profi.

Nur wenn Alma verreist war, berichtet ein Zeitzeuge, wurde Werfel „rückfällig"; er ging ins Café-Haus und folgte seinem Hang zu „unerotisch aussehenden Mädchen".

Im Tagebuch sinniert Alma über die Labilität ihres Kronprinzen. Er habe, bis er sie kennenlernte, „sich sicher etwas zu Grunde gerichtet durch wahnsinniges Onanieren". Von seinem zehnten Jahre an „war es täglich bis zu drei malen geschehen", und dadurch seien „seine Zellen morbid".

Werfel sah über Almas Schwächen großzügiger hinweg, vielleicht weil es geweihte Hände waren, die sich an sie legten: Ein katholischer Priester, Vertrauter des Wiener Erzbischofs Kardinal Innitzer, nahm die Reife ins Gebet, Alma mietete sogar ein gemeinsames Liebesnest.

Während sich in Deutschland ein Österreicher anschickte, nach der Macht zu greifen, widmete sich das Ehepaar Werfel einem prunkvollen Lebensstil. Ein Palais auf Wiens Hoher Warte wurde erworben, in Almas Salon kreisten Gestirne wie Alban Berg, Bruno Walter, Ernst Bloch, Carl Zuckmayer, Egon Friedell, Ödön von Horváth – in seinem Memoirenband „Das Augenspiel" beschreibt Elias Canetti die Haus-Herrin:

„Eine ziemlich große, allseits überquellende Frau, mit einem süßlichen Lächeln ausgestattet und hellen, weit offenen, glasigen Augen"; sie gestand dem Gast, Gropius sei der „einzige Mann" gewesen, „der rassisch zu mir gepaßt hat; sonst haben sich immer kleine Juden in mich verliebt". In Robert Musils „Der Mann ohne Eigenschaften" treten die Werfels als „Friedel Feuermaul" und „Frau Professor Drangsal" auf.

Alma war schon 1927 für den „Anschluß" Österreichs an Deutschland eingetreten; Werfel, von tiefem Abscheu vor den „Motormenschen" der Nazi-Zeit durchdrungen, tat dennoch Unbegreifliches. Als die Preußische Akademie der Künste von ihren Mitgliedern ein Treuegelöbnis für die neuen Machthaber erheischte, gab Werfel, im März 1933, sein Ja.

Einige Wochen später brannten seine Werke auf den Scheiterhaufen, die Akademie hatte ihn ausgestoßen.

Im Dezember 1933, noch unbegreiflicher, bat Werfel um Aufnahme in die Goebbels-Gründung des „Reichsverbandes Deutscher Schriftsteller" – als „Angehöriger der deutschen Minorität in der Tschechoslowakei".

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**García Márquez: Die Liebe in den Zeiten der Cholera** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	(1)
2	**Simmel: Doch mit den Clowns kamen die Tränen** Droemer; 39,80 Mark	(2)
3	**Pfaue: Anna** Loewes; 19,80 Mark	(4)
4	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(3)
5	**Lenz: Das serbische Mädchen** Hoffmann und Campe; 34 Mark	(5)
6	**Fynn: Anna schreibt an Mr. Gott** Scherz; 16,80 Mark	(9)
7	**Ossowski: Wolfsbeeren** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(6)
8	**Gordon: Der Medicus** Droemer; 44 Mark	(7)
9	**Clavell: Wirbelsturm** Droemer; 44 Mark	(8)
10	**King: Sie** Heyne; 19,80 Mark	(12)
11	**Süskind: Die Taube** Diogenes; 16,80 Mark	(10)
12	**Allende: Das Geisterhaus** Suhrkamp; 38 Mark	(13)
13	**King: Es** Heyne; 24,80 Mark	(14)
14	**Miller: Zeitkurven** S. Fischer; 58 Mark	(11)
15	**García Márquez: Das Abenteuer des Miguel Littín** Kiepenheuer & Witsch; 19,80 Mark	(15)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom

Hitlers Einmarsch in Österreich (1938) überraschte Werfel während einer Reise, auf der Insel Capri. Alma verließ Hals über Kopf ihr Hohe-Warte-Palais, über Zürich und London erreicht das Ehepaar das von Emigranten berstende Paris; vorläufiges Ziel ist die deutsche Exilanten-Kolonie Sanary-sur-Mer bei Marseille, der „Hauptstadt der deutschen Literatur“ (Ludwig Marcuse).

Heinrich und Thomas Mann, Lion Feuchtwanger, Ernst Bloch, Arthur Koestler haben da Zuflucht gefunden; Hitlers Einfall in Frankreich im Mai 1940 macht alle Sicherheit zunichte. Es beginnt die Angst vor Internierung, der vergebliche Kampf um Visa, die Irrfahrt durch Frankreichs unbesetzten Süden. Fünf Wochen Aufenthalt in Lourdes schaffen eine Atempause.

SACHBÜCHER

1	**Gorbatschow: Perestroika** Droemer; 36 Mark	(1)
2	**Schmidt: Menschen und Mächte** Siedler; 48 Mark	(2)
3	**Haffner: Von Bismarck zu Hitler** Kindler; 36 Mark	(4)
4	**Norwood: Wenn Frauen zu sehr lieben** Rowohlt; 29,80 Mark	(3)
5	**Lindlau: Der Mob** Hoffmann und Campe; 36 Mark	(5)
6	**Fisher-Ruge: Nadeschda heißt Hoffnung** Econ; 34 Mark	(6)
7	**Pu Yi: Ich war Kaiser von China** Hanser; 29,80 Mark	(10)
8	**Kronzucker: Unser Amerika** Rowohlt; 39,80 Mark	(7)
9	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 36 Mark	(9)
10	**Capra: Das neue Denken** Scherz; 38 Mark	(11)
11	**Kostolany: . . . und was macht der Dollar?** Econ; 39,80 Mark	(13)
12	**Dambmann, Lange, Rohde: Mit Edmund Hillary durch den Himalaya** Herder; 39,80 Mark	(8)
13	**Hoimar von Ditfurth: Unbegreifliche Realität** Rasch und Röhring; 39,80 Mark	(12)
14	**Giordano: Die zweite Schuld . . .** Rasch und Röhring; 36 Mark	
15	**Wieck: Männer lassen lieben** Kreuz; 24,80 Mark	

Fachmagazin „Buchreport“

Hier legt Werfel das Gelübde ab, ein Buch über die wundergläubige Müllerstochter Bernadette zu schreiben, sollte ihm die Flucht nach Amerika gelingen. Mit dem fast 70jährigen Heinrich Mann, dessen Frau Nelly und Golo Mann schaffen die Werfels eine abenteuerliche Überquerung der Pyrenäen; in Lissabon besteigen sie den griechischen Dampfer „Nea Hellas“, am 13. Oktober 1940 landen sie in New York.

Amerika nimmt ihn als Berühmtheit auf; vor allem „Die vierzig Tage des Musa Dagh“, nun schon als Paraphrase der Judenverfolgung verstanden, haben ihm Ansehen verschafft. Wie viele deutsche Emigranten zieht es ihn nach Kalifornien, nach Los Angeles; mit dem schmetternden Bestseller „Das Lied von Bernadette“ – Thomas Mann rümpfte darüber die Nase – lebt er bald frei von finanziellen Sorgen.

„Ich bin ein Amerikaner“, verkündet er stolz – und im Schwanken zwischen Katholizismus und Judentum gewinnt nun, angesichts des Holocaust, der Väterglaube an Gewicht. Mählich zerbrökkelt auch Almas Übermacht, nach seinem Tode hat sie ihn doch besiegt.

Ende 1943 fühlt sich Werfel „in Wehen mit dem Tode“, das Herz will nicht mehr recht. Im nächsten Frühjahr verheißt ihm ein Horoskop, das Marlene Dietrich beim Hollywood-Guru Carroll Righter in Auftrag gab, ab Herbst 1944 „kraftvolle Inspiration“; am 26. August 1945 stirbt Werfel an Herzversagen.

Die gesamte deutschsprachige Literatur-Republik im Exil versammelte sich zur Trauerfeier, Bruno Walter spielte Bach, Lotte Lehmann sang Schubert-Lieder – immer wieder, denn die Witwe erschien nicht; hartnäckig hielt sich das Gerücht, sie habe in der Wartezeit die Trauerrede umgeschrieben, die ihr Freund, der Jesuitenpater Georg Moenius, halten sollte.

Der sprach dann, merkwürdigerweise, viel von den verschiedenen Arten der katholischen Taufe, auch von jener „Begierdetaufe“, die für alle jene gelte, die sich nach der Taufe sehnten, sie jedoch zu Lebzeiten nicht empfangen konnten. Und nach unveröffentlichten Quellen soll der Pater den toten Werfel noch heimlich getauft haben: Almas Endsieg.

„Was Werfel fehlte“, resümiert der Literatur-Professor Hans Mayer im Jungk-Buch: „Er hat sich selbst kaum jemals in Frage gestellt.“ Deshalb konnte er „Marxist sein, er konnte anarchistisch oder konservativ sein, er konnte Katholik sein – das alles war austauschbar“; es hing ab von der „jeweiligen Wallung“.

Im Juli 1975 kam, per Linienflug, in Wien eine Holzkiste an, mit der Aufschrift „Please handle carefully“. Sie barg Werfels Gebeine, in Plastik verpackt. Armenier in den USA hatten die Überführung besorgt, als letzten Dienst an ihrem Nationalhelden. ◆

Land der hohlen Wesen

Der neue Film des „Gandhi"-Regisseurs Richard Attenborough klagt die südafrikanische Apartheid an. „Schrei nach Freiheit" hat in dieser Woche Deutschland-Premiere auf der Berlinale.



Regisseur Attenborough: Anklage gegen den Rassismus

Seit Juni 1986 hängt der Ausnahmezustand über Südafrika, Nachrichten in Presse und Fernsehen über Apartheid-Terror und schwarzen Widerstand werden von der Zensur erstickt, und unbehelligt von Protesten der Weltöffentlichkeit kann das Botha-Regime sein Schinder-Handwerk der Verhaftungen und Folter fortsetzen.

Wo aktuelle Bilder und Informationen vom brutalen Alltag der Unterdrückung fehlen, liefert jetzt das Kino den Ersatz. Mit seinem zweieinhalbstündigen Leinwand-Epos „Schrei nach Freiheit" (Cry Freedom) versucht der Brite Sir Richard Attenborough, 64, die Erinnerung an Untaten des Rassistenstaats wachzurütteln, indem er die Geschichte des 1977 im Alter von 30 Jahren im Polizeigewahrsam umgebrachten Bürgerrechts-Aktivisten Steve Biko wiederaufrollt.

Wie schon in seiner Helden-Saga „Gandhi", der die Jury der amerikanischen Filmakademie so bewegte, daß sie ihm acht Oscars verlieh, serviert der „Cecil B. DeMille des sozialkritischen Films" („The New York Times") auch in seiner aufwendig inszenierten Kino-Anklage gegen den südafrikanischen Rassismus keine Cinéasten-Feinkost oder dramaturgische Subtilitäten.

Da natürlich am echten Ort des Schreckens keine Drehgenehmigung zu bekommen war, dirigierte Attenborough seine Komparsen-Heere und umfangreiche technische Crew auf dem heißen Boden des Südafrika-Nachbarstaates Simbabwe. Mit 3,6 Millionen Dollar beteiligte sich die Mugabe-Regierung an dem Produktionsbudget von 20 Millionen Dollar, das nach dem weltweit hervorragenden „Gandhi"-Geschäft hauptsächlich von der US-Filmindustrie finanziert wurde.

„Ich mache Filme für ein Massenmedium", sagt der schlohweiße, kugelrunde Sir, den man sich eher als witzigen Kamin-Plauderer auf seinem Landsitz im englischen Richmond Green vorstellen mag und weniger als Massenbeweger an unwirtlichen Drehorten der Dritten Welt.

Sein Publikum will der Rolls-Royce-Fahrer „viel mehr auf einer emotionalen als einer intellektuellen Ebene" packen. Aus seinem Film sollen die Leute wütend rauskommen, wünscht sich Attenborough, und die Tatsache, daß Menschen „in einer modernen zivilisierten Welt" wegen ihrer Hautfarbe gedemütigt und unterdrückt werden, als „obszön" und „schändlich" empfinden.

Und weil er die weißen Menschen, für die sein Film gemacht ist, fast durchweg für uninformiert hält, wirft Attenborough ein dramaturgisches Lasso aus, mit dem er sie an das Apartheid-Thema heranziehen möchte.

So stellt er seinem schwarzen Helden Biko, dem populärsten unter den Gründern der „Bewegung für schwarzes Bewußtsein" (Black Consciousness Movement), einen braven weißen Mann an die Seite, den Journalisten, Biko-Freund und -Biographen Donald Woods.

Aus dem Blickwinkel Woods' (Kevin Kline), er ist Chefredakteur der kleinen liberalen East Londoner Tageszeitung „Daily Dispatch" in der Kap-Provinz, nähert sich der Zuschauer allmählich einem außergewöhnlichen Vertreter der schwarzen südafrikanischen Opposition und lernt dessen Gedanken, Beweggründe und politische Ideen kennen.

Woods ist ein entschiedener Gegner der Apartheid und polemisiert in seinen Leitartikeln mutig gegen den amtlich verordneten Rassismus. Mit seiner Frau Wendy, fünf Kindern und einer schwar-



Südafrika-Film „Schrei nach Freiheit"*: „Im eigenen Elend erstickt"

* Mit Kevin Kline, Denzel Washington.

zen Dienerin lebt er in seiner schönen Vorortvilla mit Swimming-pool, und das Elend der schwarzen Townships ist weit entfernt. Er ist ein weißer Liberaler wie aus dem Bilderbuch, ein Nutznießer der Annehmlichkeiten südafrikanischen Herrenlebens mit politischen Ansichten, die eigentlich die Basis seines Wohlstands ins Wanken bringen müßten.

Als Woods die Ziele der Black-Consciousness-Bewegung zur Kenntnis nimmt, gerät er, der Verfechter schwarzer Gleichberechtigung, in Rage. Denn Bikos Oppositionswegung lehnt weiße Liberale als Mitstreiter für ein nichtrassistisches Südafrika radikal ab.

„Der schwarze Mann", hatte Biko im Alter von 22 Jahren geschrieben, sei „zu einem hohlen Wesen" geworden, „zu einem Verlierer, der in seinem eigenen Elend erstickt, zu einem Sklaven, einem Ochsen, der das Joch der Unterdrückung mit hilfloser Verzagtheit trägt".

Vor Erarbeitung eines politischen Programms, so Biko, müsse dieses Wesen „wieder mit Leben" erfüllt, der „schwarze Mann zu sich selbst" zurückgebracht, ihm „Stolz" und „Würde" zurückgegeben werden. Und beim Wiederaufbau schwarzen Selbstbewußtseins hätten weiße Liberale wegen ihrer ganz anderen Lebensumstände und ihrer eigenen Geschichte nichts verloren.

Als Woods und Biko sich zum ersten verbalen Schlagabtausch begegnen, ist der frühere Medizinstudent wegen seines Engagements längst mit dem Bann belegt. Diese südafrikanische Spezialmaßnahme gegen unliebsame Oppositionelle bestimmte, daß Biko nie mit mehr als einer Person gleichzeitig zusammensein, das Gebiet von King William's Town nicht verlassen und weder schreiben noch veröffentlichen oder Erklärungen abgeben durfte.

Im Film tritt Biko auf wie Jesus im gleißenden Gegenlicht der Sonne. Man ahnt: Hier steigt sozusagen ein Überirdischer herab. Bikos wohlgesetzte Rede, sein analytischer Verstand, seine schlagenden Argumente, sein Humor und abgeklärtes Wesen faszinieren Woods sofort. Dies ist der Beginn einer kurzen, nach knapp zwei Jahren gewaltsam beendeten Freundschaft, die das weitere Leben des Journalisten völlig umkrempeln und ihn schließlich zur waghalsigen Flucht aus Südafrika zwingen wird.

Daß sich Attenborough in der Rekonstruktion der letzten Jahre Bikos genau an überlieferte Fakten hielt, ist honorig, aber auch das Dilemma seines Films: Politische Diskussionen von Woods und Biko müssen die Handlung tragen; das alltägliche Familienleben des jungen Märtyrers mit seiner Frau und seinen Kindern wird nur in Bruchstücken vermittelt, weil es sich nicht in einfachen Thesen darstellen läßt.

Wenn der Film Biko beim (für den Gebannten verbotenen) Rugby-Spiel im

Kreise seiner Freunde oder bei einer so profanen Verrichtung wie dem Biertrinken zeigt, wirkt dies, als sollte verlegen der Beweis dafür geführt werden, daß Biko eben auch nur ein Mensch ist.

Oder wenn Biko seinen weißen Freund in eine Township-Hütte mitnimmt, um ihm die Augen für die Lebensbedingungen seiner Leidensgenossen im Getto zu öffnen und ihn in die Besonderheiten schwarzen Zusammenlebens einzuführen, sieht man weniger einem Menschen dabei zu, wie er neue, tiefgreifende Erfahrungen macht, sondern spürt nur die Absicht eines Regisseurs, seinem Publikum etwas klarzumachen: die Lebensart der Schwarzen als pädagogische Sightseeing-Tour.

Trotzdem ist der Film spannend und von bedrückender Atmosphäre, zumindest solange Biko lebt: Um den Druck der Botha-Gestapo auf das Idol schwarzer Jugendlicher nachfühlbar zu machen, genügen wenige Schlaglichter auf peinigende Verhöre und Gerichtsverhandlungen. Da braucht der Regisseur auch gar nicht, wie in der zweiten Hälfte des Films, auf altbackene Hilfsmittel des Action-Kinos zurückzugreifen.

Denn nach Bikos brutalem, als Ergebnis eines Hungerstreiks ausgegebenem Tod im Polizeigewahrsam fehlt die leinwandfüllende Präsenz des US-Schauspielers Denzel Washington. Nach der bewegend inszenierten Trauerfeier, bei der mehr als 20 000 der Predigt Bischof Tutus zuhören und eine gewaltige Afrika-Hymne singen, erzählt der Film im Stil des herkömmlichen Abenteuerkinos von der Flucht der Woods-Familie vor den gefährlichen Anschlägen und Schikanen des Polizeiapparats.

Woods, inzwischen selbst wegen seiner hartnäckigen journalistischen Untersuchung von Bikos wahrer, gewaltsamer Todesursache mit dem Bann belegt, schreibt heimlich die Biographie seines Freundes, der „der größte Mann war, den zu kennen ich die Ehre hatte“*. Das Manuskript schmuggelt er, als Priester verkleidet, ins rettende Ausland und publiziert es in London.

Daß sein Anti-Apartheid-Film vom gegenwärtigen Regime für eine Vorführung in Südafrika zugelassen werden könnte, hielt Attenborough für ausgeschlossen. Völlig überraschend gab ihn aber die Zensurbehörde im vergangenen November frei, „ohne Schnitte und Einschränkungen“.

Als nun aber der südafrikanische Kino-Start vorbereitet wurde, warnten die Sicherheitsbehörden die Zeitungen davor, Anzeigen mit Zitaten Bikos und Woods' zu drucken. Die beiden, perverserweise auch der Tote, stehen noch immer unter Bann, und ihre öffentliche Erwähnung ist verboten.

Attenboroughs Kommentar zu dieser südafrikanischen Kafka-Nummer: „Das ist schon eine sehr seltsame Nation.“

---

* Donald Woods: „Steve Biko – Schrei nach Freiheit“. Goldmann Verlag; 448 Seiten; 39,80 Mark.

PLAKATE

Kränkendes Überweib

Das Plakat zur Hamburger „Lulu“-Inszenierung wird als „eindeutig frauendiskriminierend“ angegriffen.

Auf Augenhöhe und auf kurze Distanz hat das Männchen vor sich, was ihm Verlockung wie Gefahr bedeutet: das weibliche Geschlecht. Die gezielt entblößte Frau überragt den kleinen Kerl derart riesenhaft, daß ihr Oberkörper und ihr Kopf jedem Blick entzogen sind.

So läßt sich der Mythos vom männerverzehrenden Überweib Lulu, wie ihn Frank Wedekind auf die Bühne gestellt hat, auf eine simple Bildformel bringen. So hat es der Maler und Graphiker



Graphiker Helnwein
„Mit Protesten nie gerechnet“

Gottfried Helnwein mit einem Plakat zu Peter Zadeks langerwarteter „Lulu“-Inszenierung (Premiere: letzten Samstag) am Hamburger Schauspielhaus getan.

Anfang voriger Woche wurden die Plakate geklebt und erfüllten prompt ihren Werbezweck: Hanseatische „Lulu“-Erwartungen wurden kräftig angeheizt. Nicht jedem Litfaßsäulen-Betrachter war allerdings der Vorgeschmack auf Zadeks drastische Bühnenkünste angenehm.

„Eindeutig frauendiskriminierend“, so empörte sich Eva Rühmkorf, die der „Leitstelle Gleichstellung der Frau“ beim Hamburger Senat vorsteht. Prominente wie Kultursenator Ingo von Münch und weniger Prominente pflichteten, von Lokalblättern einvernommen, dem Sexismus-Verdikt bei oder fanden Helnweins Poster einfach „unästhetisch“.



Helnwein-Theaterplakat für Hamburg
„Grenze der Kunst überschritten“



Helnwein-Theaterplakat für Heidelberg
„Augenmerk aufs Thema“

Intendant und Regisseur Zadek konnte leicht die gedruckte Aufregung ignorieren („Ich kann überhaupt nicht lesen“): Nicht er war zunächst angesprochen, sondern über die Presse, so wie es Brauch der „Leitstelle“ ist, erst einmal deren „Basis“: die weibliche Bevölkerung. Die sollte das „fehlende Problembewußtsein um Sexismus und Gewalt gegen Frauen“ in Beschwerdebriefen anprangern. Eva Rühmkorf: „Die Grenze der Kunst ist überschritten.“

Das sind mehrere Vorwürfe auf einmal. Ob Frauen schlechthin durch das Abbild eines weiblichen Unterleibs zu

kränken sind, solange sich die Abgebildete selber, die Lulu-Darstellerin Susanne Lothar, nicht diskriminiert fühlt, wäre mühsam zu erörtern. Auch kann die Männerwelt, auf dem Plakat durch den Schauspieler Heinz Schubert repräsentiert, sich so wohl kaum in Überlegenheitsphantasien bestätigt fühlen. Ob es tunlich war, das krasse Motiv öffentlich auch der Betrachtung durch Kinder, Triebtäter und Gouvernanten preiszugeben, bleibt eine Ermessensfrage. Aber die „Grenze der Kunst“ hat Helnwein bestimmt noch lange nicht erreicht.

Der am Mittelrhein seßhafte Wiener, ein ambitiöser Selbstdarsteller in grausligen Märtyrerposen, ein bewährt provokanter Entwerfer von Plakaten und (auch SPIEGEL-)Titelbildern, hatte mit Empörung über seinen „Lulu“-Entwurf angeblich „nie gerechnet“, weil das Motiv doch so „reduziert“, ja „bieder“ sei. Keine „letzte ästhetische Lösung“ habe ihm vorgeschwebt, als er eigene Probenphotos in ein Aquarellbild umsetzte, sondern die – unbestreitbar legitime – Absicht, das Publikums-„Augenmerk auf ein Thema zu richten“.

Daran immerhin hätte Helnwein sich erinnern können: daß schon frühere Schauspielhaus-Plakate von seiner Hand Hamburger Nasenrümpfen hervorgerufen hatten. So war es 1984, als er „Verlorene Zeit“ von John Hopkins mit kosenden Lesbierinnen illustrierte, und vor einem Jahr, als er den Hauptdarsteller im Zadek-Musical „Andi“ von hinten bloßstellte.

Leicht explosive Stimmung herrschte letzte Woche auch in Heidelberg, wo Helnwein erstmals voll in den Theaterbetrieb eingestiegen ist und die Ausstattung zu einem „Macbeth“-Abend des Choreographen Johann Kresnik geliefert hat. Shakespeares machtgierig-skrupelloser Held erscheint da als ein vorweggenommener Barschel und wird zum Schluß, gemäß einem Helnwein-Einfall, in die Badewanne gelegt. Auf dem Plakat erscheint das ominöse Photo, das Helnwein unter bewußter Verletzung des „Stern“-Urheberrechts adaptiert hat. Am Premieren-Mittwoch schreckte eine – wie sich zeigte, leere – Bombendrohung das Theater auf. Am Abend wurde die Produktion nur bejubelt.

In Hamburg stand derweil der kritische Test noch aus. Wie gut Helnweins zu Zadeks „Lulu“ paßt, können erst Besucher der Aufführung sagen – und auch, wieviel vielleicht von jener Botschaft über die Rampe kommt, die Wedekind einer Freundin Lulus in den Mund legt: „Ich muß für Frauenrechte kämpfen.“

AUTOMOBILE

Stolze Väter

VW schickt die dritte Generation seines Topmodells auf die Straße – der neue Passat rollt an.

Alle VW-Chefs haben, wenn sie abtraten, ihre eigene „Handschrift“ in Blech und Glas hinterlassen. Bei Heinrich Nordhoff war's der Weltrekord-Bestseller Käfer, bei Kurt Lotz der unglückliche VW 411/412, bei Rudolf Leiding die werksrettende Hinwendung zum wassergekühlten Frontantriebsmotor mit Golf und Polo, bei Toni Schmücker der Verkaufsrenner Golf II.

Nun hat auch der amtierende VW-Chef Carl Hahn, 61, einen Kraftwagen hervorgebracht, der werksintern „erster echter Hahn“ genannt wird. Es ist der neue VW Passat, ein 4,57 Meter langes, schmuckes Keilform-Auto, dem zugetraut wird, binnen weniger Jahre jene halbe Milliarde Mark wieder einzufahren, die Hahn letztes Jahr bei einem Devisenbetrug in seinem Hause abhanden gekommen waren.

Mit dem ersten Auto, für das Hahn von der ersten Skizze an verantwortlich zeichnet, steuert VW sein Spitzenmodell technisch und stilistisch auf einen radikal neuen Kurs – erst die von Hahn freigegebene Neukonstruktion macht den Passat in dritter Generation zu einem wahren Wolfsburger.

Denn der Ur-Passat, der 1973 vorgestellt wurde, stammte von der Tochter Audi aus Ingolstadt, es war ein Abkömmling des Audi 80, dem die Wolfsburger in ihrer damaligen Typen-Not nur noch schamhaft ein Fließheck verpaßten. 1980 präsentierte sich der Passat zwar erstmals in eigenständiger Karosse, behielt aber unterm Blech die alte Audi-Technik mit dem raumverschwenderisch in Längsrichtung eingebauten Motor bei. Damit ist es nun vorbei.

Nach 4,2 Millionen Passat-Autos mit herkömmlicher Audi-Technik soll sich nun eine Chef-Entscheidung auswirken, die VW gewiß einige hundert Millionen Mark gekostet hat, den Ingenieuren und Designern aber sogleich zusagte: Dem neuen Passat sollten Motor und Getriebe in moderner, raumsparender Konzeption quer zur Richtung eingebaut werden – eine Bauweise, die „alle Details des Fahrzeugs ungemein günstig beeinflußt hat“, wie ein VW-Manager erläuterte.

„Wir sind sehr, sehr stolz auf dieses Auto, dem man alles ansieht, was es kann“, berauschte sich VW-Chef-Stylist Herbert Schäfer am eigenen Werk. Das Fahrzeug verkörpere „eine ganz neue, entschiedene Design-Aussage, was man beim Golf II nicht behaupten“ könne.

Es entstand ein neues, windfreundliches VW-Gesicht, das Autokennern mit gutem Gedächtnis bekannt vorkommen wird – das 1981 vorgezeigte Forschungsmobil „Auto 2000“ hatte ein ähnliches Antlitz. Es verhilft dem neuen Passat im Verein mit der aerodynamischen Formung des übrigen Wagenkörpers zu c_w 0,29, einem allemal Achtung gebietenden Luftwiderstandsbeiwert.

Während andere Autofirmen, von Daimler-Benz und BMW bis hin zu Ford

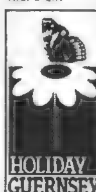




Forschungsauto VW 2000, neuer VW Passat: Ein Nasenloch genügt zum Atmen







und Opel mitunter fast krampfhaft um „Familien-Identität" der Typen bemüht sind, soll sich der glattnasige neue Passat bewußt abheben von den breiten Grill-Fassaden der übrigen VW-Modelle. „Wir wollen das mal anders machen; es sollen nicht alle VW gleich aussehen", begründete Schäfer. „Man soll sie unterscheiden können."

Innerhalb der neuen Passat-Familie, deren preiswertester Angehöriger schätzungsweise 23 100 Mark kosten soll, wird das Unterscheiden leichtfallen: Hahn läßt in seiner für 1,2 Milliarden Mark erbauten neuen Roboter-Fabrik in Emden nur zwei Karosserietypen fertigen – eine Stufenhecklimousine und einen Variant. „Den Verzicht auf das Schrägheck-Modell hat der Markt diktiert", erläuterte ein VW-Manager. Die Wolfsburger meinen, raffinierte Möglichkeiten, durch klappbare Rücksitze den Laderaum besser zu nutzen, würden „die Schrägheck-Freaks bei der Stange halten".

Ob beim (um 7,5 Zentimeter verlängerten) Radstand oder beim (auf 70 Liter erweiterten) Tank, ob bei Rädern oder Bremsen – alles wurde größer im Vergleich zum alten Passat. Am meisten wuchs der serienmäßig zur Wärmedämmung grünverglaste Innenraum, den die VW-Ingenieure dank der neuen Bauweise auf ein „Komfortmaß" von zwei Metern (gemessen vom Gaspedal bis zur Rücksitzlehne) streckten – zum laut VW „größten Nutzvolumen aller Fronttriebler".

Als Servicevorteil sieht VW den nunmehr verschraubten (und deshalb leicht ersetzbaren) runden Bug und die neuerdings „gekoppelten" (früher im Ganzen verschweißten) Längsträger – künftig soll nicht schon jeder kleine Aufprall teure Reparaturen bis in den Hinterachsbereich notwendig machen. Und noch eine Novität: Das neue Fünfganggetriebe wird nicht mehr über eine Gestängeschaltung, sondern – „leichter, eleganter, genauer" – über Seilzüge betätigt.

Abstriche hingegen muß hinnehmen, wer den bisher im Passat gewohnten Fünfzylindermotor erwartet – er paßt ins neue Gehäuse nicht mehr hinein. Nur fünf Vierzylindermotoren, vom simplen 1,6 Liter (72 PS) bis zum Zweiliter mit 16 Ventilen und 136 PS (Höchstgeschwindigkeit: 206 km/h) sind lieferbar. Für künftige Passat-Jahrgänge aber ist bei VW „noch eine Menge in Arbeit", vom Motor mit leistungssteigerndem G-Lader bis zum Sechszylinder in raumsparender, besonders engwinkliger V-Form.

Ganz vorn, an der Nasenspitze, leisteten sich die VW-Designer einen funktionellen Gag: „Das VW-Zeichen", so Schäfer, „haben wir besonders wertvoll gemacht, schön tief gestaltet". Nicht ohne Grund: Das Zeichen verdeckt wie ein grobes Sieb das Atemloch, durch das der Motor seine Verbrennungsluft einsaugt.

AIDS

Kürzester Weg

Warum birgt passiver Analverkehr ein so hohes Aids-Risiko? Das Rätsel ist gelöst.

Zuerst entdeckten wir es im Immunsystem, dann im Gehirn – und nun im Darm." So lakonisch verbreitete der US-Mediziner Jay A. Levy vorletzte Woche eine Nachricht, die geeignet ist, eines der beharrlichsten Aids-Rätsel zu lösen: die Frage, warum vor allem männliche Homosexuelle, neben Fixern und Blutern, der Seuche zum Opfer fallen.

Auf welchem Wege, so hatten die Forscher sich oft gefragt, schmuggelt sich das Virus in den Körper der Betroffenen ein und drängt den Wirtszellen seinen todbringenden genetischen Code auf? Reichen beim Analverkehr entstehende Haarrisse oder Mikroverletzungen in der Darmwand aus, um den Erreger in die Blutbahn des Befallenen zu schleusen und ihn von dort in die Zielzellen des Immunsystems oder des Gehirns gelangen zu lassen?

Die Unsicherheit ist nun beseitigt, wie aus einer Veröffentlichung des britischen Medizinblattes „The Lancet" hervorgeht. Das Aids-Virus, so fand das Wissenschaftlerteam um US-Forscher Levy heraus, hat keinerlei Umwege nötig – es findet seinen Ankerplatz direkt in der Schleimhaut des Darms.

Die Entdeckung gelang Medizinern von der University of California School of Medicine in San Francisco und von der Scripps-Klinik im kalifornischen La Jolla, nachdem sie insgesamt 14 Aids-Patienten Gewebsproben aus dem Darm entnommen hatten. Bei sieben Patienten wurden die Forscher fündig. Zweimal ließ sich das Virus aus den Zellen des Mastdarms isolieren, bei fünf weiteren Aids-Kranken fanden sich im Rektum und im Zwölffingerdarm zumindest die „biochemischen Fußspuren" („New York Times") des Erregers.

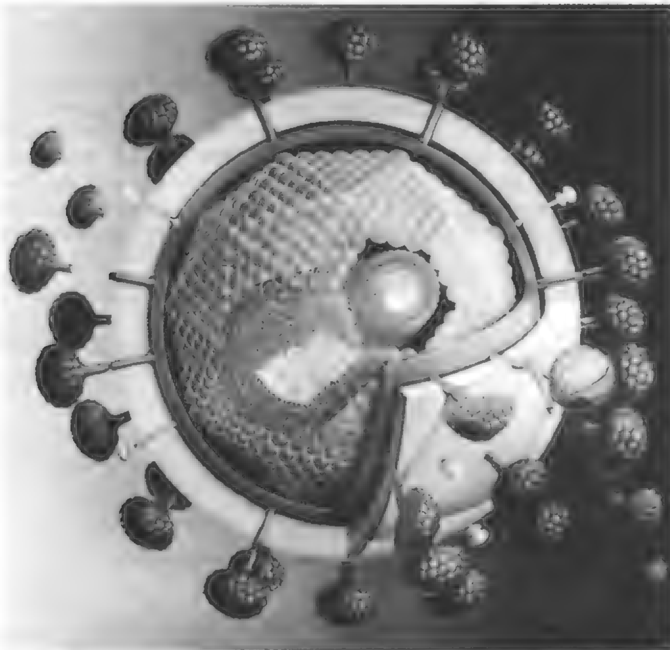
Schon Ende 1986, so erläuterte Levy die Funde, hätten sich in seinem Team die „dunklen Ahnungen" verdichtet, das Virus könnte sich auch im Darm einnisten. Ein Jahr später war es einem Forscherteam von National Institute of Allergy and Infectious Diseases gelungen, Dickdarm- und Mastdarmzellen im Labor mit Aids-Viren zu infizieren.

Die Einstiegspforte für das Virus hatten die Wissenschaftler bei dieser Gelegenheit ebenfalls entdeckt: Dickdarm- und Mastdarmzellen, so stellte sich heraus, besitzen auf ihrer Oberfläche dasselbe CD-4-Molekül, das es dem Virus erlaubt, an den T-4-Zellen des Immunsystems anzudocken. Zumindest theoretisch wurde damit klar, daß der Erreger gleichsam auch den Schlüssel für den Darm besitzt. Überholt wäre damit die lange vertretene These, jede Aids-Infektion setze voraus, daß sich das Virus in die Blutbahn des Empfängers einschleust („Blut muß fließen").

Erklärlich werden im Lichte der neuesten Erkenntnis auch Erhebungen über die sexuellen Ausbreitungswege von Aids. Besonders Aids-gefährdet, so hatte sich bei einer Studie an über 1000 Männern in San Francisco herausgestellt, waren Homosexuelle, die den Analverkehr mit Geschlechtsgenossen in passiv rezipierender Form ausgeübt hatten; dagegen war das Ansteckungsrisiko geringer, wenn sich die Befragten ausschließlich auf den aktiven Part beschränkt hatten: Das Virus, so läßt sich nun aus beiden Untersuchungen folgern, nutzt von der Samenflüssigkeit bis zur Darmwand gleichsam den kürzesten aller Übertragungswege.

Alle 14 Patienten des Levy-Teams litten unter chronischem Durchfall und Beschwerden im Magen-Darm-Trakt. Aids-Kranken machen die Störungen des Verdauungsapparats in der Regel schwer zu schaffen: Sie verlieren mit dem wäßrigen Stuhl bis zu 15 Liter Flüssigkeit am Tag; weil die Nährstoffe im Darm nicht mehr ausreichend resorbiert werden können, magern die Kranken ab und müssen schließlich, im letzten Stadium der Krankheit, meist künstlich ernährt werden.

Im Teufelskreis von körperlicher Auszehrung und zunehmendem Verfall der Abwehrkräfte sahen die Mediziner bisher das Werk sogenannter opportunistischer Infektionen, die, so glaubten sie zu erkennen, vor allem von Zytomegalie- und Herpesviren im Darm herrühren. Sollten die Ergebnisse des Levy-Teams weiteren Nachforschungen standhalten, dann müßten die gängigen Meinungen auch in diesem Punkt revidiert werden.





Modell eines Aids-Virus, Aidsforscher Levy: Ankerplätze im Darm

Das Aids-Virus befällt, wie die kalifornischen Wissenschaftler herausfanden, in der Darmschleimhaut auch die sogenannten enterochromaffinen Zellen, die über ein Hormon (Serotonin) den Wasserhaushalt im Darm regulieren. Zu den bislang rätselhaften Darmbeschwerden käme es dann, weil HIV selbst – und nicht irgendein anderer Erreger – in die Biochemie der Verdauungsorgane eingreift.

Bleibt eine weitere bedrängende Frage: Besitzt das Aids-Virus auch den Schlüssel für die Schleimhaut der Vagina? ◆

„Mann, da ist im Gaumen die Hölle los“

Peter Brügge über den deutschen Weinsammler Hardy Rodenstock

Noch nie zuvor hat ein deutscher Mann sich derart hochgetrunken wie der Essener Diplom-Geodät und Musik-Agent Hardy Rodenstock. Binnen eines Jahrzehnts hat er es fertiggebracht, vom Bier zum Wein und durch Wein zu Ruhm zu kommen.

Nun ist er 47, und die Experten aus den Wein-Abteilungen von Christies oder Sothebys, die Besitzer und Kellermeister der vornehmsten Weinschlösser im Bordelais oder Rheingau respektieren seinen Rat, seinen Gaumen und vor allem seine Spürnase für verborgene Raritäten, als wäre er eine höhere Instanz der Rebkultur. Mit verbundenen Augen könnte er mehr alte Jahrgänge erkennen als die Mehrheit der Weinsammler, Sommeliers oder Winzer zwischen Rhein und Garonne.

Es befinden sich Flaschen in seinem Besitz, vor denen die Besitzer der darauf verzeichneten Weinschlösser in Begehrlichkeit verfallen. Griechische Reeder, Industrielle aus Japan, ja sogar Ölscheichs wenden sich an ihn, um an ein paar Flaschen oder Magnumflaschen ganz spezieller Jahrgänge aus dem Pomerol oder Médoc zu kommen, und das mit solcher Zielstrebigkeit, daß er sicher ist: „Die müssen das alle schon mal getrunken haben.“

Ehefrauen gleichfalls Wein sammelnder deutscher Millionäre haben ihm schon Blanko-Schecks geschickt, um ihren Männern, koste es, was es wolle, die Teilnahme an einer seiner unvergleichlichen Verkostungen zu erkaufen; doch da ist mit Geld nichts zu machen. Hardy Rodenstock hat längst genug und sucht sich seine Mittrinker selber.

Einmal jährlich läßt er ihnen in einem Haus mit erstklassiger Küche wie dem „Fuente“ in Mülheim (Ruhr), der Wiesbadener „Ente vom Lehel“ oder dem „Arlberg-Hospiz“ zu Sankt Christoph in Tirol aus bis zu 170 Flaschen umsonst einschenken: Unerschwingliches samt und sonders, beziehungsweise wie er es unter Freunden zu bezeichnen pflegt, „tierisch gute Weine“.

Allerdings: Preise, wie sie dafür auf internationalen Versteigerungen neuerdings geboten werden, die hat er, der Schatzsucher, selber noch nie gezahlt. Die will er auch künftig nicht zahlen – höchstens nehmen.

Drei mundgeblasene Bouteillen aus einem von ihm im Pariser Quartier Marais gegen sofortige Barzahlung erworbenen Keller-Inhalt haben ihm Summen erbracht, über die er sich immer noch wundert: Für ein halbes Fläschchen Château Margaux vom Jahrgang 1784 gab es voriges Jahr bei einer Auktion in Frankreich umgerechnet 60 000 Mark; für eine Flasche Château d'Yquem 1787 sind 1986 in London rund 100 000 und für einen Château Lafitte* 1787 im Dezember 1985 gar über 400 000 Mark geboten worden, die Versteigerungsgebühren sowie die vom Erwerber zu entrichtenden Zölle noch gar nicht mitgerechnet.

Das ist jeweils Weltrekord gewesen, und zwar aus ein und demselben Grund. Alle drei Flaschen trugen nicht nur Trinkbares aus den Jahren vor der Französischen Revolution in sich, sondern auf ihren Bäuchen die magisch wirkende Gravur „Th. J.“. Für Kenner der alten Bestellbücher wies das sie aus als Bestandteile einer vom US-Präsidenten und Connaisseur Thomas Jefferson während

* Alte Schreibweise für Lafite.



Weinsammler Rodenstock, Sammelobjekte
„Der ganze Liebesakt in einer Flasche“



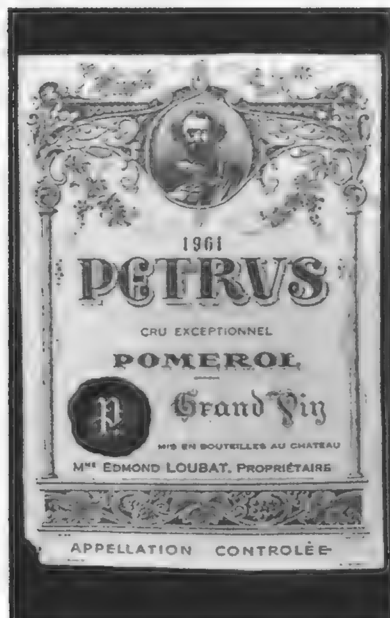
Château-d'Yquem-Jahrgänge 1858, 1861, 1747, Yquem-Etikett (u.)





Raritätenweinprobe bei Rodenstock*, Raritäten (u.): „Jedes Jahr wieder tierisch"





Weine der Rodenstock-Sammlung



Château Lafitte 1787 mit Thomas-Jefferson-Initialen

seiner Diplomatenzeit in Frankreich aufgegebenen Bestellung.

Es war der amerikanische Magazin-Verleger Malcolm Forbes, Hüter des musealen Jefferson-Landsitzes Monticello in Virginia, der die Flasche Lafitte so teuer bezahlt und den Kauf zu entsprechend wertvoller Publicity genutzt hat. Hardy Rodenstock, glücklich über seinen steuergünstigen Hauptwohnsitz Monte Carlo, saß während der Versteigerung dieser bislang teuersten Flasche in der Geschichte des Weines daheim vor dem Fernseher und hielt die telephonische Benachrichtigung über den erzielten Preis zunächst für eine Erfindung von Freunden. „Ich dachte, die verarschen mich."

Zwei der Flaschen aus seinem Fund gab er ungeniert nachher zum Gratis-Verkosten heraus, zwei hatte er zuvor bereits mit Kennern ausgetrunken: So einen 1787er Yquem auf dem gleichnamigen Château des Grafen Alexandre de Lur-Saluces, dessen Sippe diesen obersten aller weißen Grand Crus aus dem Sauternes schon seit 1775 begleitet. Der Graf hatte zur Feier des Tages drei Flaschen des 1937er Château d'Yquem spendiert, so ziemlich das Beste, was er selber noch im Keller hat.

Im Château Mouton der Rothschilds war Rodenstock mit einer Flasche Mouton („Brane Mouton") des Jahrgangs 1787 eingekehrt. Unter denen, die den bräunlichen, noch äußerst lebendigen alten Roten dort zu sich nahmen, befanden sich der bereits schwerkranke 80jährige Baron Philippe de Rothschild sowie Michael Broadbent aus dem Hause Christies.

Dieser renommierteste Weinschmekker und Weinbeschreiber der trinkenden Welt notierte sich, was ihm sein Gaumen sagte: „Schöner, ‚süßer', reicher Wein mit gutem Körper, Extrakt und absolut perfekter Säure und Ausgewogenheit. Ein Hauch von Kaffee- und Karamel-Geschmack als Ergebnis langer, sachter Oxidation in der Flasche."

Und inmitten solcher Koryphäen der Weinkultur schwenkt und beschnüffelt der Essener Beamtensohn Rodenstock sein Stielglas und wundert sich stolz über das, was da um ihn und seines Weines wegen vor sich geht. Seine Meinung, nicht bloß sein Wein ist gefragt. Er sagt sie auf deutsch oder englisch. Sein Schulfranzösisch war nicht ausbaufähig.

Knapp 25 Jahre ist es her, da hat er sich als Student in Bonn und Hannover noch Bier aus Stiefeln und den Wortschatz schlagender Verbindungen zu Gemüte geführt: ein Mann, der die blutigen Fetzereien auf dem Paukboden („Da blubbert das Herzchen"), Kneipgesänge

---

* Von links: Franck Mähler-Besse (Château Palmer), Baron Philippe de Rothschild jun. (Château Mouton-Rothschild), Thierry Manoncourt (Château Figeac), Graf de Lur-Saluces (Château d'Yquem).



Weinversteigerung (bei Sothebys): Mit Punktstrahler und Weinnase . . .

und den Austausch von Freundschafts-Zipfeln zu schätzen wußte.

Erst 1976 hat Hardy Rodenstock sich für Weingenuß entschieden, da aber gründlich. Es hatte damit begonnen, daß ihm feine Freunde eines Abends einen 1947er Château Cheval-Blanc, einen 1945er Mouton-Rothschild, einen 1961er Château Palmer – alles rote Sonntags-Weine aus Saint Émilion und dem Médoc – und obendrauf einen sinnbetörenden Château d'Yquem vom Jahrgang 1921 eingossen. Dafür wollte er fortan jeden Bierstiefel links liegen lassen. Denn, so sagte er bei sich, „wenn Weine so schmecken, dann ist das natürlich 'ne Supersache".

Vorsätzlich suchte er danach die Begegnung mit dieser nicht ganz billigen Gabe der Natur. Das im Schlagergeschäft Herausgeholte erlaubte es ihm, in seinem ersten Haus im Westerwald einen klimatisierten Weinkeller voller unnützer Tonröhren einzurichten und diesen umgehend mit Kreszensen zu füllen, von denen er heute nicht einmal mehr den Namen gerne in den Mund nimmt.

„Woher sollte ich wissen", entschuldigt er seine Fehlgriffe, „was für Hühnerkacke Sauternes sein kann und daß der Name Beaune noch gar nichts sagt?" Statt auf Auktionen, wie ein Trinker von Welt, hat er seinen ersten Großeinkauf auf einer Messe getätigt, gleich „einen Lastwagen voll".

Damit sammelte er bereits die wichtigsten Erfahrungen. Erstens: Er, der bis dahin bierfröhliche Hardy Rodenstock, verfügte über ein unheimlich entwicklungsfähiges Sensorium für Weine. Zweitens: Beliebig viele davon kann er zügig durch- oder hintereinander trinken und treffsicher wie kaum ein Kenner („Man schießt sich eben ein") ihre Eigenheiten auf der Zunge auseinandersortieren. Drittens: Zum Weinverstand tragen Bücher ebenso bei wie Flaschen. Viertens: Je mehr einer für seine Bildung entkorken will, desto dringlicher braucht er seinesgleichen, um die Flaschen mit Anstand zu leeren. Das ist Lebensart. Das gebietet die Leber.

So kam Dynamik in die Weinkarriere des auch noch ehrgeizig kochenden Junggesellen. Die Pirsch auf immer exquisitere Gewächse führte zwangsläufig zum Wachsen seiner Tafelrunde. Er erregte Aufsehen. Das wiederum verhalf ihm zu heimlichen Hinweisen für den Ankauf ererbter Weinvorräte, aus dem sich, siehe oben, ein Zwang zu noch prominenterem Umtrunk entwickelte.

Jenen als Jeffersons Wein ausgelobten Fund aus dem Marais beispielsweise verdankt Rodenstock einem Tip, den auch die Wein-Abteilung von Christies bekommen hatte. Er war nur schneller mit Barem zur Stelle.

Einsam, lediglich ausgerüstet mit seinem zehnjährigen Weinwissen und einem Punktstrahler, trifft er so schwere Entscheidungen in fremden Kellern. Eingeschliffene Herkunftsbezeichnungen, das Alter von Verkorkungen, Bleikappen, Siegellack, die Konsistenz des Bodensatzes in und die Glaubwürdigkeit der Staubschichten auf den (mundgeblasenen) Flaschen heißt es da, Hand am Geld, wie ein Wein-Detektiv zu taxieren.

Wenn sich nun in der „Revue du vin de France" ein Kritiker durch Jeffersons Wein an „Hitlers Tagebücher" erinnert fühlt, so hat das bloß zur Folge, daß sich bei Rodenstock mit „viel, viel Geld" zwei Käufer für das Kritisierte melden. So stark hat sich sein Ansehen unter den Weinsammlern der Welt gefestigt.

Epikur von der Ruhr. Seine Sprachverwandtschaft zu Jürgen von Manger steigert den Verblüffungseffekt der in ihm gespeicherten Weinkunde. Bei welchem Jahrgang vor der Jahrhundertwende welche Domäne vom Vormarsch der Reblaus noch nicht erreicht war – in seinem Kopf ist es geodätisch gespeichert. Bei welchem teuren Bordeaux-Roten in welchem Jahr die Gärung mißriet – er weiß es nicht erst nach Flaschenöffnung: „1928er Lafite ist eben immer kaputt."

Daß aus den Kellern britischer Schloßerben oder Marine-Clubs der französische rote Bordeaux (englisch: Claret) günstiger zu haben ist als sonstwo, versteht er zu nutzen. Auch sieht er mit Vergnügen, wie französischer Wein aus den USA des Dollarkurses wegen jetzt nach Europa heimschwimmt.

Alte Reiseberichte französischer Weinhändler haben ihn darauf gestoßen, wie viele seltene Flaschen von reichen Familien Süd- und Mittelamerikas auf weniger solvente Enkel vererbt worden sein müssen. In Venezuela, wohin einst Rekordmengen von Champagner und französischem Wein geliefert worden sind, gehört ihm ein Keller, in dem die Früchte solcher Überlegungen schlummern, darunter zwei Dutzend Pullen Lafite von 1832.

Sogar aus der Sowjet-Union, wo nicht aller Zarenwein in die Kehlen der Palaststürmer geflossen zu sein scheint, hat er einiges geborgen. Bei der achten Flasche Wein ließ er mich wissen: „In Polen liegt



Baron Philippe de Rothschild
. . . in die Keller der Erben

noch Tokaier vom Jahrgang 1685, aber ich sag' nicht wo."

Nicht weit von Château Lafite entfernt hat Rodenstock sich im Bordelais ein Haus gekauft. Manchen Domänenherren dort bringt er älteste Jahrgänge in ihre Keller zurück und tauscht dafür ein Vielfaches an hundert oder zweihundert Jahre Jüngerem für seinen Alltag ein.

Jünger, das heißt freilich nicht jung. Ihn rühren jene sammelnden Senioren, die sich den Bordeaux neuer Ernte in der blinden Hoffnung ersteigern, „mit ihm gemeinsam bis zur Trinkreife zu altern". Solcher Wein läßt ihn kalt. Der Frage, wie schädlich mitvergorene Insektizide sein können, fühlt er sich so enthoben.

Schon zur Rindsroulade bei sich zu Hause gießt er sich den 1957er Cheval-Blanc ein, einen roten Premier Grand Cru Classé „A" des Saint-Émilion, für dessen Verbrauch die meisten Weinkenner einen höheren Feiertag abwarten würden. Beim Fernsehen, wenn die obligate Davidoff vor seiner Nase glimmt, hält er sich mit einem 1961er Château Pétrus bei Laune, jenem roten Pomerol, von dem ein Beauftragter des immer noch ausreichend zahlungsfähigen Milliardärs Kaschoggi dringend bei ihm ein paar Magnum-Flaschen erbittet.

Angeblich verabscheut er es, bei jedem Glas der damit vertrunkenen Summe zu gedenken, denn „das verdirbt einem den ganzen Spaß". Andererseits weiß er, wie unvermeidlich bei vielen Teilnehmern seiner Weinproben eine innere Registrierkasse mitrechnet, wenn sie auf der Karte die Namen und Jahrgänge lesen. Er ist auch deshalb so ein ungehemmter Korkenzieher, weil er sich das alles etwas billiger besorgt.

Wein auszuspucken wie bei einer gewöhnlichen Faßwein-Probe, wenn dies allerdings einer seiner Gäste sich erlauben wollte, „der müßte", sagt Rodenstock, „sofort gehen". Nicht wegen der ausgespienen Werte, sondern weil er bewiesen hätte, daß er kein ausreichendes Interesse am „Abgang" des Weines hat, diesem oft mehr als drei Sekunden langen duftigen Echo nach dem Schluck.

Letzten November gab es bei Rodenstocks achter Raritäten-Probe im „Hospiz" am Arlberg binnen dreier Tage 178 Weine in Begleitung angemessener Speisen zu verkosten, darunter einen 200 Jahre alten Château Margaux, einen 230jährigen Château d'Yquem und einen 287jährigen Port. Verwöhnte Herren der Weinkultur Frankreichs wie der Fürst Henri-Melchior de Polignac vom Château Liversan, Thierry Manoncourt vom Château Figeac und der Yquem-Erbe Graf Alexandre de Lur-Saluces, dazu Sammler wie der US-Kernphysiker Bipin Desai, genannt „Monsieur Margaux", unterzogen ihre Leber unter Hochrufen dieser unbezahlbaren Belastung.

Sich selber nennt Rodenstock einen „Kampftrinker". Zur Auffrischung seiner Genußfähigkeit verordnet er sich etwas Skilauf sowie immer wieder einmal zwei Wasser-Wochen. So hofft er sich die Festigkeit für noch mindestens 40 seiner großen jährlichen Weinandachten zu bewahren, für das, was der Weinheilige Michael Broadbent als „Rodenstock-Marathon" lobt.

„Und jedes Jahr wieder", dafür kann Rodenstock bereits geradestehen, „werden tierische Weine getrunken." Für gewöhnlich ist das seine Sprache. Er nimmt einen Schluck vom alten Yquem und meldet: „Mann! Da ist im Gaumen die Hölle los!" Erst wenn er seine Begegnungen mit der Flüssigkeit etwa für die Zeitschrift „Alles über Wein" beschreiben soll, erblüht unser Mitbruder der „Grands Bouteillers" zu unverhoffter sprachlicher Finesse. „In einer Flasche Château d'Yquem", findet er dann, „liegt der ganze Liebesakt ... Lebenslust und Lasterhaftigkeit ... Schwermut und Leichtsinn ... Rauschgift und Heiltrunk."

Korken, die nach 200 Jahren aus derartigen Flaschen unversehrt herauszukriegen waren, bettet er unter goldgerahmtes Glas. So, bis zur Schwärze oxidiert und furchtbar geschrumpelt, dienen sie ihm für den Anschauungsunterricht über die Chemie seines Glücks.

Der Sommelier, der diese Korken ziehen durfte, heißt Ralf Frenzel und ist ein Produkt seiner Erziehung. Wo immer die großen Weine vom Rodenstock zum alsbaldigen Verbrauch hinreisen, folgt ihnen dieser ehemalige Azubi aus der Wiesbadener „Ente", Mundschenk seines Lehrmeisters und mittlerweile hauptberuflich im Weinhandel erfolgreich.

Manche nennen seinen Gönner „Monsieur Yquem". Das ist berechtigt. In Rodenstocks Kellern und Safes versammelt sich die unbestritten kostbarste Folge von Produkten aus jenem Château, das spätestens seit George Washington den großen Sauternes für die Mächtigen der Welt vergärt. 111 Jahrgänge, darunter lückenlos die seit 1900, hat er bisher erjagt, und nur einen einzigen noch nicht auf der Zunge gespürt.

So etwas aus dem Nabel einer Schönen zu schlürfen entspricht seinem Begriff vom guten Leben. Der russische Großfürst Nikolai Wassiljewitsch Prokopski hatte seine Ballerina noch in Yquem baden lassen, dafür aber nur 20 Flaschen verbraucht. Und seither sind die Weinpreise immerzu gestiegen.

„Ich sehe manchmal ein Gespenst hier im Schloß", scherzte Graf Lur-Saluces in einer Tischrede, während den Gästen der vom Wein-Eroberer Rodenstock spendierte Yquem 1787 den Gaumen besonnte, „und dieses Gespenst sieht aus wie Monsieur Rodenstock."

In gewisser Hinsicht ist das für Franzosen ja auch wie ein Spuk: ein Geist des Weines – von jenseits des Rheines. ◆



Rodenstock (l.) im Château Mouton-Rothschild*: „Hauch von Kaffee und Karamel"

* Mit Mouton-Kellermeister Raoul Blondin und Sommelier Frenzel bei der Verkostung des Brane Mouton 1787.

The Windsor Style.





Bezugsquellennachweis durch: WINDSOR Damen- und Herrenbekleidung GmbH, 4800 Bielefeld



REINE SCHURWOLLE

Eigentlich albern

Kanadas Olympia-Macher gestalten die Winterspiele zu einem beispiellosen Technik-Spektakel.

Wenn am Donnerstagmittag die Abfahrtsläuferinnen aus dem 2179 Meter hochgelegenen Starthäuschen am Mount Allan sich auf die Steilpiste in Richtung der schweren Bodenwelle „Big Mac“ stemmen, werden die Fernsehkameras ein ungewohntes Bild einfangen: rasende Damen, deren Haare im Fahrtwind flattern.



Rennläufer im Windkanal: Haare flattern lassen

Während Abfahrerinnen ihre Haare gewöhnlich kurz halten oder vor dem Rennen sorgfältig unter die aerodynamisch geformten Helme stopfen, haben Kanadas Rennläuferinnen im Herbst letzten Jahres Friseurverbot erhalten. Tests im Windkanal eines Forschungslabors in Ottawa hatten nämlich ergeben, daß Hinterkopfhaare, die unter dem Helm heraushängen, den Widerstand gegen den Fahrtwind um bis zu vier Prozent verringern können.

„Eigentlich hört es sich albern an“, sagt Currie Chapman, Trainer der kanadischen Abfahrtsläuferinnen, „aber die unter dem Helm hervorlugenden Haare vermindern den Auftrieb.“ Ähnlich wie der Spoiler am Heck eines Autos das Fahrzeug bei hoher Geschwindigkeit auf die Fahrbahn drückt, sollen Chapmans Schützlinge ihre Bodenhaftung während der um die 120 Stundenkilometer schnellen Schlußfahrt verbessern und dadurch schneller werden.

Jene Zehntelsekunde, die der flatternde Schopf bringen soll, wird Kanadas Läuferinnen kaum zum Sieg verhelfen: Allzusehr sind etwa die Schweizerinnen überlegen. Aber der Haar-Fall belegt das schier unerschöpfliche Vertrauen, das die Gastgeber der Spiele von Calgary in die Weissagungen von Meßtechnikern, Materialforschern und Ingenieuren setzen.

„We Welcome the World“ – wir heißen die Welt willkommen, heißt Calgarys offizieller Begrüßungsspruch. „We Welcome High Tech“ ist das wahre Motto, unter dem Sportler und Veranstalter zu den bislang üppigsten Olympischen Winterspielen angetreten sind. 1800 Sportler aus 57 Nationen wollen „in den besten Sportstätten, die für Geld zu haben sind“, so das kanadische Sportfachblatt „Champion“, um 138 Gold-, Silber- und Bronzemedaillen kämpfen.

Böige Winde, Schneetreiben, hartes oder weiches Eis, klirrende Kälte oder plötzlich eintretende Warmluft waren in der Vergangenheit häufig ausschlaggebend etwa für Sieg und Niederlage bei den Eisschnelläufern. Nicht so in Calgary. Für knapp 40 Millionen Dollar wurde auf dem Gelände der University of Calgary das Olympic Oval erbaut, eine vollklimatisierte Halle von den Ausmaßen eines Fußballstadions. Als besonderer Gag läuft eine fahrbare Fernsehkamera mit den Läufern mit.

400 Meter mißt die Eisbahn im Olympic Oval, für die der bundesdeutsche Schnelläufer Uwe Streb vergangene Woche „ein einziges Wort“ hatte: „super“. Sie sei zudem „für jede Überraschung gut, vor allem auf den Sprintstrecken“. Der Schweizer Christoph Neidhart hingegen erinnerte sich wehmütig an seine aktive Zeit, in der er „noch bei minus 27 Grad Rennen lief“, und befand über das windstille Oval: „Hier ist Eisschnelllaufen keine Wintersportart mehr.“

Wo immer sich die Natur den Stromlinien-Spielen entgegenstellte, beseitigten die Organisatoren jeglichen Widerstand. Der Mount Allan etwa, an dem die Torstangen für Slalom- und Abfahrtsrennen stecken, war nach Ansicht von Ski-



Olympiahalle (mit fahrbarer Fernsehkamera): „Für jede Überraschung gut“



Schneekanonen im Einsatz: Störende Natur

experten denkbar ungeeignet für die Wettkämpfe.

Der Berg liegt am Ostrand der Rocky Mountains so ungünstig, daß der warme Fallwind Chinook, der – wie regelmäßig im Februar – auch vergangene Woche über Calgary einsetzte, stets auch den Mount Allan bestreicht und dort den Schnee schmilzt. Darüber hinaus war der Berg so geformt, daß eine sinnvolle Verlegung von Wettkampfpisten nicht möglich schien.

Doch Peter Lougheed, bis 1985 Premier der Provinz Alberta, wollte am Fuße des 80 Kilometer westlich von Calgary gelegenen Bergs das Naherholungs- und Wintersportgebiet Nakiska einrichten. Lougheed setzte sein Lieblingsprojekt gegen starke Opposition schließlich durch.

Arbeiterkolonnen mit Preßlufthämmern und Bulldozern rückten dem flachen Mount Allan auf den Fels, bis er ein steiler Abfahrtsberg war. 25 000 Kubikmeter Gestein, genug um damit ein Dutzend Schwimmbecken zu füllen, schlugen die Kolonnen aus dem Berg.

Sie zerklopften und sprengten die Steilhänge und Bodenwellen, die weltweit Milliarden Fernsehzuschauer jetzt als „Big Mac“, „Whiskey Gap“ oder „Hollywood Jump“ kennenlernen. Kosten der Bergschnitzerei einschließlich Liften, Parkplätzen und Hamburger-Stationen: 30 Millionen Dollar.

Allein 5 Millionen kostete die gigantische, computergesteuerte Maschinerie: Mit Hilfe der Schneekanonen können am Mount Allan ebenso wie im einige Kilometer weiter nordwestlich gelegenen Canmore Nordic Center, dem Schauplatz der nordischen Skiwettbewerbe, die Olympischen Winterspiele getrost bei Temperaturen stattfinden, die im subarktischen kanadischen Winter beinahe frühlingshaft sind.

Vernarrt in das künstliche Weiß, das sich erst bei einigen Plusgraden auflöst, scheint Calgarys Organisatoren natürlicher Schnee beinahe zuwider. Als eisige Luftmassen Anfang vergangener Woche üppigen Schneefall brachten, wurde der Naturschnee sorgsam ab- und eine neue Kunstschicht aufgetragen.

Daß Laser nicht nur für SDI geeignet sind, beweisen die Calgary-Macher allabendlich vor ihrem Rathaus. Zur Siegerehrung wandern farbige Strahlen über den Himmel. Derweil werden auf riesige Leinwände, die von Hochhäusern herabhängen, prägnante TV-Bilder des abgelaufenen Tages projiziert.

Für den Olympia-Touristen, der nicht weiß, was Bob- und Schlittenfahrer, Skispringer und Abfahrtsläufer bei der Ausübung ihres Sports empfinden mögen, gibt es anschaulichen Unterricht. Während die Produzenten der TV-Gesellschaft ABC den sogenannten Vorläufern bei den alpinen Wettbewerben Mini-Kameras umschnallen, die live die

200 Audis und Melitta-Tüten

Das Deutsche Haus in Calgary

Das Werbespektakel Calgary hat selbstverständlich auch die Deutschen nicht ruhen lassen. Am transkanadischen Highway 1 sind 5600 Liter Weißbier aufgefahren.

Die Frankfurter Sportagentur Birkholz + Jedlicki präsentiert deutsches Volkstum und den dazugehörigen Geschäftssinn. Für eine Million Mark wurde das Italo-Restaurant „Romeo und Julia“ zum „Deutschen Haus Calgary“ umgestaltet. Den Großteil für den Aufputz des Fachwerkhauses bezahlten die Lufthansa und die Münchner Löwenbräu – es gilt, den Exportmarkt aufzuschließen.

Hans-Dietrich Genscher ist zwar ausnahmsweise nicht da, aber jedenfalls Schirmherr. An seiner Stelle sind die Firma Audi und die Stadt Frankfurt als Gastgeber eingesprungen. Audi hat 200 Autos des Typs 5000 Quattro – Wert insgesamt: 16 Millionen Mark – nach Calgary geschafft.

Die Stadt Frankfurt betont nicht ganz selbstlos ihr Engagement für den Sport. Die Hessen liebäugeln mit einer eigenen Olympia-Bewerbung, und ihr Oberbürgermeister Wolfram Brück versichert in einer Broschüre, daß „die Welt“ sich „bei Olympia in Frankfurt wohl fühlen“ werde.

Ein paar Firmen stellen ihre Waren und Dienstleistungen zur Verfügung. Die Albingia sieht Bedarf für Versicherungen. Und falls die Kaffee-Tüten ausgehen oder Mangel an Unterhaltung ist, stehen Melitta und Grundig bereit.

Der weltweite Marketing-Bazar hat in Calgary vielleicht nicht seine imposanteste Außenstelle: Aber vielleicht kommen ja die TV-Helfer von ARD und ZDF mal mit den Kameras vorbei. Dann, so hoffen die Haus-Verwalter, könnte es zum Schönsten, zum „Product Placement“, kommen: Vor die Kameras ließen sich unauffällig-auffällig ein paar Plakate und Produkte schieben.

Vorerst geht es in Calgary darum, daß „alle Deutschen im Zeichen der olympischen Ringe bewirtet werden“, sagt DHC-Manager Otto-Mäx Fischer. Dafür gibt es „echte deutsche Saitlinge für die Weißwürste“, und die Musi spielt dazu in Gestalt des Kaiser Duo aus Landshut.

Beim Blick aus dem Fenster der gastlichen Stätte fühlt man sich tatsächlich an die Heimat erinnert: Die Betontürme der olympischen Skiflugschanzen stehen in der Prärie wie Fördertürme in Gelsenkirchen.

Schußfahrt durch die Tore übermitteln, sind im olympischen Besucherzentrum Simulationsräume für Bobfahrt und Skiflug eingerichtet.

Die beiden verdunkelten Zellen sind an den Stirnseiten jeweils mit Leinwänden ausgestattet. Darauf läuft je ein Film eines tatsächlichen Skisprungs oder einer Bobfahrt aus der Perspektive des Athleten ab. Die Besucher erleben die sportlichen Höchstleistungen ähnlich wie in einem Flugsimulator der Lufthansa. Sie stehen auf einer Plattform, die sich synchron zu den gezeigten Filmszenen bewegt – die Fahrt durch die Steilkurven des Eiskanals und das Abheben vom Schanzentisch eingeschlossen.



Luxemburgischer Ski-Star Girardelli: „Spätestens in fünf Jahren an Krücken"

DOPING

Wie die Tiere

Wissenschaftler glauben, dank verfeinerter Methoden Dopingsünder in Calgary überführen zu können.

Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), sah „das Herz der Olympischen Bewegung" in Gefahr. Mit bebender Stimme versprach er, das Übel „ernsthaft und standfest" zu bekämpfen. Der Vorsitzende der Medizinischen Kommission des IOC, der belgische Prinz Alexandre de Mérode, wollte in der vorigen Woche sogar gleich in die „Schlacht gegen das Doping" ziehen.

Wie immer zu Beginn eines Olympiajahres wurden auch jetzt in Calgary wieder vollmundige Erklärungen gegen Doping abgegeben. Und wie immer wurde anschließend hinter vorgehaltener Hand eingestanden, eigentlich stünden die Dopingfahnder der Manipulation hilflos gegenüber: Kaum sei die Einnahme eines Mittels nachzuweisen, sei schon wieder ein neues auf dem Markt.



Sportmediziner Prokop
Gruselige Visionen

Die Gerüchte um immer neue Wunderpillen nennt der Wiener Sportwissenschaftler Professor Ludwig Prokop „Märchen". Der Direktor des Österreichischen Instituts für Sportmedizin, auch Mitglied der Medizinerkommission des IOC, hält die neuen Analyseverfahren der Dopingjäger für so ausgereift, daß in spätestens vier Jahren jede Art von Doping nachzuweisen sei.

Bruce Challis, der in Calgary für die Dopingtests verantwortliche Mediziner, geht sogar davon aus, daß „wir aller Wahrscheinlichkeit nach schon hier keinen Dopingsünder finden werden". Es habe sich unter den Athleten herumgesprochen, was das für 2,5 Millionen Mark im Foothills Hospital eingerichtete Labor zu leisten imstande sei.

Dort können im Urin der Sportler mehr als 100 verbotene Substanzen nachgewiesen werden. Die jeweils vier Erstplacierten eines Wettbewerbes sowie zwei weitere, durch Los bestimmte Teilnehmer müssen sich einer Dopingkontrolle unterziehen.

Aufputschende Amphetamine seien, so Prokop, inzwischen hundertprozentig zu analysieren. Die muskelaufbauenden Anabolika sind nur dann nachzuweisen, wenn sie in weniger als acht Wochen vor dem Wettkampf eingenommen wurden. Andererseits verlieren die Präparate viel an Wirkung, wenn sie vor dieser Frist abgesetzt werden.

Doch findige Doping-Strategen entdeckten bald, daß mit Hilfe des männlichen Sexualhormons Testosteron der Anabolika-Effekt zu verlängern war. Aber auch die Testosteron-Einnahme ist inzwischen ohne Mühe zu verifizieren.

In Calgary wird ein Testverfahren zum Nachweis von Blutdoping erprobt. Schon bei den Olympischen Sommerspielen in Seoul, so hoffen die Wissenschaftler, könnte die neue Methode erstmals angewandt werden. Die Sportler müßten dann nur per Reglement verpflichtet werden, neben dem Urin noch ein paar Tropfen Blut zu lassen.

Schon vor drei Jahren, als die italienischen Langläufer mit ihrem neuen finnischen Trainer – die Finnen gelten als Erfinder des Blutdopings – überraschende Erfolge feierten, gab es Gerüchte. Bestraft wurde bislang aber nur der amerikanische Kombinierer Kerry Lynch – er hatte sich selbst angezeigt.

Der Vizeweltmeister bei der Nordischen Ski-WM 1987 in Oberstdorf gestand, daß man ihm Blut abgezapft, unmittelbar vor dem Wettkampf wieder injiziert und so dem Körper vermehrt rote Blutkörperchen zugeführt habe, die den Sauerstoff in die Muskelzellen befördern. Lynch verlor seine Silbermedaille, in Calgary darf er nicht starten.

Daß ehrgeizige Athleten und unverantwortliche Mediziner weiterhin versuchen werden, die Dopingfahnder auszutricksen, ist natürlich auch Prokop und Kollegen klar. Doch die Wissenschaft, so glaubt der Mediziner aus Wien, sei so weit gediehen, daß sie schon sehr bald jedem Sportler auf die Doping-Schliche komme.

Was aber noch längst nicht bedeute, fügt Prokop an, daß der Hochleistungssport deshalb etwa humaner werde. Im Gegenteil, der Karriereweg werde vermehrt von Sportkrüppeln gesäumt sein.

Prokop: „Wenn die Sportler wissen, daß sie sich nicht mehr aufputschen können, ohne erwischt zu werden, werden sie noch härter als bisher trainieren." Vor allem würden sie dann noch mehr als bisher in früher Kindheit Belastungen

ausgesetzt, denen der Körper nicht gewachsen sei.

Als warnendes Beispiel erscheint ihm da bereits der Skiläufer Marc Girardelli, 24, von seinem ehrgeizigen Vater schon als kleiner Junge auf Hochleistung getrimmt. Der für Luxemburg startende gebürtige Österreicher werde, prophezeit Prokop, angesichts eines brutalen Trainings „spätestens in fünf Jahren an Krücken gehen".

Prokops andere Vision ist nicht minder gruselig. Er sieht den Athleten demnächst als entpersonifiziertes Wesen, das wie ein ferngesteuerter Roboter in Hypnose empfangene Befehle ausführt.

Schon 1962, als eine Expertenkommission für das IOC eine Definition des Dopings suchte, hieß es, daß auch „extreme psychologische Methoden als Doping anzusehen sind". Die Olympier mochten das damals nicht akzeptieren, weil „ja dann jeder über uns lacht".

Doch was damals noch als Humbug abgetan wurde, ist inzwischen so abwegig nicht mehr. So beobachten die Mediziner bereits Boxer, die, so Prokop, „wie die Tiere aufeinander einschlugen". Ihnen habe man unter Hypnose suggeriert, der andere sei ein Feind, den es „zu killen" gelte, weil er das Volk oder die Familie seines Kontrahenten vernichten wolle.

LEICHTATHLETIK

In voller Größe

Ben Johnson, der kanadische Sprintweltmeister, ist noch schneller geworden. Er glaubt, seinen 100-Meter-Weltrekord abermals verbessern zu können.

Freundlich lächelnd schreibt Ben Johnson seinen Namen, bis auch der letzte Fan bedient ist. Weder der Menschenauflauf während der Autogrammstunde in der Volksbank in Sindelfingen scheint ihn zu nerven noch der eine oder andere Sonderwunsch der Kundschaft. „It's okay", sagt er nur, wenn er gebeten wird, ein Photo mit persönlicher Widmung zu versehen.

Bei der Dame vom Rundfunk ist er nicht so geduldig. Eine Frage, eine knappe Antwort, schon ist Johnson weg.

Der schnellste Mann der Welt – vorvergangene Woche in Madrid und Sindelfingen am Start – redet ungern mit Journalisten. Er versucht sich ihnen zu entziehen, was freilich mit jedem Weltrekord schwieriger wird. Seit dem Fabellauf bei der Weltmeisterschaft 1987 in Rom, wo Johnson, 26, die 100-Meter-Bestmarke auf 9,83 Sekunden drückte, gehört er, neben Carl Lewis und Ed Moses, zu den Größten der Leichtathletik.

Ende Januar lief die „Rakete auf zwei Beinen" (Hollands Tageszeitung „De Telegraaf") eine neue Hallen-Weltbestzeit über 50 Yards. In Sindelfingen erlitt Johnson zwar zehn Schritte vor dem Ziel eine Oberschenkelverletzung, aber das nahm Trainer Charlie Francis nicht weiter tragisch. Die Hallenstarts in Europa, so der Coach, seien eine ideale Vorbereitung auf die olympische Saison. In Seoul, davon sind Johnson und Francis gleichermaßen überzeugt, kann der muskulöse Sprinter seinen eigenen Weltrekord abermals unterbieten. Johnson: „9,75 Sekunden sind möglich."

Die Zuversicht basiert auf einem Leistungsvergleich zum Vorjahr. Danach habe Johnson seine Grundschnelligkeit schon wieder um „drei bis vier Hundertstel Sekunden" gesteigert.

Messungen haben ergeben, daß Johnson in nur 0,129 Sekunden auf den Startschuß reagiert. „Du hockst selbst noch im Startblock, da siehst du den schon in voller Größe vor dir", berichtet der ehemalige deutsche Sprintmeister Fritz Heer. „Von diesem Schock" erholten sich die Konkurrenten meist bis zur Ziellinie nicht mehr.



Sprinter Johnson*
Zerrung zehn Schritte vor dem Rekord

Vor allem dieser Blitzstart beeindruckte Francis, als er Johnson, damals 15 Jahre alt, entdeckte. Die Johnsons waren 1976 von Jamaika nach Kanada ausgewandert. Weil der Vater in Toronto keinen Job fand, kehrte er schon bald wieder auf die Karibikinsel zurück, Mutter Gloria blieb mit den sechs Kindern. Sie arbeitete im Flughafenrestaurant als Küchenhilfe, der Sohn erzählt noch heute voller Stolz, wie ihm die Mutter den ersten Trip zu Wettkämpfen in Europa ermöglichte. „Du sollst deine Chance bekommen", habe sie gesagt und von ihrem bescheidenen Einkommen ein paar hundert Dollar für ihn abgezweigt.

Ben Johnson hat seine Chance längst genutzt. Werbeverträge mit einem halben Dutzend Firmen – vergangene Woche unterschrieb er bei einem italienischen Sportmode-Unternehmen – sowie Startgagen zwischen 15 000 und 30 000 Dollar sichern ihm ein Millioneneinkommen.

„Er ist auch nach dem Weltrekord von Rom der gleiche Junge geblieben", versichert sein Manager Larry Heidebrecht, der neben Johnson noch den Sprinter Desai Williams und den Hürdenläufer Mark McKoy vermarktet. Die drei sind von Veranstaltern, wie jetzt in Europa, nur im Paket zu verpflichten.

Gemeinsam trainieren sie unter Francis im Mazda Optimist Track Club in Toronto. In diesem Clan, komplettiert durch den Manager und einen Physiotherapeuten, legt der introvertierte Johnson seine vor Fremden demonstrierte Coolness ab. Da sei er, erzählt Freund Desai Williams, ein zugänglicher Mensch, der gerne rede oder lache.

Auf offiziellen Pressekonferenzen beendet Johnson dagegen seine ohnehin kurzen Statements oft mit dem Zusatz: „Mehr habe ich dazu nicht zu sagen." Oder er reicht die Fragen gleich an Trainer Francis weiter: „Es ist besser, wenn das Charlie beantwortet."

„Viel reden", so Johnson, „macht mich nicht schneller." Das klingt einleuchtend, ist letztlich wohl aber nicht der Grund seiner Zurückhaltung. Johnson leidet unter einer Sprachbehinderung, einem leichten Stottern.

Seine Landsleute stört das nicht. Johnson hat den Premierminister Brian Mulroney an Popularität längst überrundet, und seit dem Weltrekordlauf von Rom stieg er vor allem unter den dunkelhäutigen Kanadiern zum Massenidol auf.

Daß sich auch ein Anti-Star wie Johnson vermarkten läßt, wenn er fortwährend Top-Leistungen bringt, bewies Manager Heidebrecht, der dem ZDF für fünf Auftritte, darunter bei Gottschalks „Wetten, daß . . .?", einen fünfstelligen Betrag aus dem Redaktionsetat entlockte.

Vom geschäftstüchtigen Manager hat der scheue Läufer inzwischen offenbar einiges mitbekommen. Als die um PR besorgte Mitarbeiterin eines Büromaschinen-Herstellers, dessen Geld den Start in Sindelfingen ermöglicht hatte, fragte, ob er noch Sweat-Shirts mit Firmenschriftzug benötige, entgegnete Johnson: „I need a computer." ◆

* Vorletzte Woche beim Hallensportfest in Sindelfingen.

Massenmode vom Star-Couturier



Die Modewelt hat ein neues Team: Der Wahl-Pariser Karl Lagerfeld hat sich mit dem Wattenscheider Konfektionär Klaus Steilmann zusammengetan. Der bezopfte Modezar liefert dem westdeutschen Kleidermacher die Entwürfe für eine preisgünstige DOB-Linie. „Chic ohne Chichi", lobte die Londoner „Times" anläßlich der Kollektionspremiere auf der jüngsten Düsseldorfer Igedo. Einkäufer aus dem Aus- und Inland rühmten das „unglaublich gute Preis-Leistungs-Verhältnis". Mäntel kosten rund 800 Mark, Hosen und Röcke 250 Mark, Blusen 200 Mark, und dabei ist alles aus feiner italienischer Wolle und Seide gefertigt. Das signierte KL-Polohemd, das Lagerfeld nahezu unter jedes Kleidungsstück quetschte, ist schon für 89 Mark zu haben. Steilmann, der seinen Umsatz bislang vor allem mit Billigkonfektion macht, will mit dem „KL – by Karl Lagerfeld"-Etikett in den internationalen Designer-Markt eindringen. Der Wattenscheider ist Europas größter Bekleidungsindustrieller mit einem Umsatz von 1,2 Milliarden Mark. Lagerfeld, dessen Versuch, sich mit einer eigenen Konfektionslinie in Frankreich zu etablieren, bisher wenig Glück beschieden war, will sich mit der Qualitätsware aus Wattenscheid auch einen Ruf auf dem einträglichen Massenmarkt erwerben. Resümee der „Times": „Endlich kommen sie zusammen – das deutschstämmige Mode-Genie und die ausgefeilte, perfekte Massenproduktion, die bislang Deutschlands einziger bedeutender Beitrag zur Mode war."



Partner Lagerfeld, Steilmann



Premierenschau in Düsseldorf



Familien-Urlaub im Zeltlager

Feriencamper können ihre Zelte künftig zu Hause lassen. Auf 60 europäischen Campingplätzen bietet die englische Firma Eurocamp 25 Quadratmeter große, möblierte Bungalowzelte, komplett ausgestattet vom Korkenzieher bis zum Kinderstuhl. Die Anreise erfolgt im eigenen Wagen oder im Flugzeug. Ergänzt werden die luxuriösen Campingfreuden durch kostenlosen Tennis-, Reit- und Surfunterricht. Getreu dem Eurocamp-Slogan „Wenn die Kinder sich amüsieren, erholen sich die Eltern besser" kümmern sich Betreuer um die Sprößlinge und schaukeln sie bei Bedarf auch in den Schlaf. Eurocamp hatte im vergangenen Jahr 147 000 Gäste, und das deutsche Büro in Krefeld ist sicher, auch hierzulande in eine Marktlücke zu stoßen.

Service für Geschäftsfrauen

Managerinnen auf Dienstreisen fühlen sich häufig zweitrangig behandelt. Service und Aufmerksamkeit bei Airlines und Hotels seien, so die Beschwerde, allein auf die männlichen Kollegen ausgerichtet. Geschäftsfrauen dagegen fänden allein in männlicher Begleitung Beachtung. In London organisierte sich nun weiblicher Widerstand. Erboste Geschäftsfrauen gründeten, ganz englisch, einen Klub: The Business Woman's Travel Club. Der sammelt Beschwerden, nimmt Umfragen vor und prangert frauenfeindliche Unternehmen an. Einige Hotelketten sind schon auf alleinreisende Geschäftsfrauen eingestellt: Mehrere Crest-Hotels etwa bieten, auch in Deutschland, Extrazimmer in femininem Dekor – mit Make-up-Spiegel und Spion in der Zimmertür.

Schnaps-Test im Auto

Amerikanische Gerichte haben eine Methode erprobt, die auch Alkoholikern, in Ausnahmefällen, das Autofahren gestattet. Um sicherzugehen, daß ein notorischer Trunkenbold nur noch nüchtern sein Fahrzeug startet, verordneten sie in mehreren Fällen den Einbau einer Zündanlage, die den Motor nur anläßt, wenn der Fahrer vorher durch ein Röhrchen geblasen und seine Nüchternheit bewiesen hat. Damit schlaue Alkoholiker den Trocken-Starter nicht etwa mit einer Luftpumpe täuschen oder einen nüchternen Freund um Starthilfe bitten, muß in das Gerät in vorgegebenem Rhythmus geblasen werden. „Und wer das schafft", so eine Richterin aus Adams im Staate New York, „ist wohl fahrtüchtig."

personalien



Alfred Kerger, 38, Mitglied der Bonner Künstlergruppe „Klärwerk 3", nahm einen langen Anlauf für einen kurzen künstlerischen Höhepunkt: Vor fünf Jahren hatte er im Kanzleramt schriftlich um die Erlaubnis gebeten, der Adenauer-Büste vor dem Bonner Machtzentrum („Für eine Wende zu mehr Frohsinn") die Nase weiß anmalen zu dürfen. Der Kanzler ließ für die „sympathische Absicht" danken und vorschlagen, ob eine „rote, runde Karnevalsnase mit Gummiband" nicht geeigneter sei. Die Erlaubnis allerdings müsse die Stadt Bonn geben. Die verwies Kerger an das Bundesinnenministerium als eigentlichen Besitzer. Weil die Ministerialen des Innern eine Antwort schuldig blieben, schritt der Pappnasen-Künstler vergangene Woche ohne Erlaubnis zur Tat (Photo). Nach drei Stunden entfernten BGS-Beamte die rote Zierde. Jetzt fordert Kerger die Rückgabe „meines Eigentums".

ZITATE

„Die Sauerei, die in Bonn herrscht, die wollen wir hier nicht haben."

Gerhard Mayer-Vorfelder, *baden-württembergischer CDU-Kultusminister, über die christlich-liberale Koalition.*

★

„Frauendiskriminierung gehört der Vergangenheit an. Sie sehen hier einen Kerl, der es mit Margaret Thatcher und Indira Gandhi zu tun hatte."

George Bush, *US-Vizepräsident.*

★

„Der Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle ist im Allgäu ein Tiger, in Bonn ein zahmer Hauskater und in Brüssel ein Bettvorleger für Frau Thatcher."

Rudolf Schöfberger, *bayrischer SPD-Vorsitzender.*

★

„Es tut mir leid, aber ich kann nicht 25 Jahre im voraus denken."

Hannelore Kohl, *Frau des Bundeskanzlers, auf die Frage, ob sie ihre karitative Arbeit fortsetzen wolle, wenn ihr Mann nicht mehr Kanzler sei.*

János Berecz, 57, Politbüromitglied und ZK-Sekretär in Ungarn, brachte einen Hauch von Glamour in den sonst eher tristen ungarischen Funktionärs-Alltag. Mitte Januar heiratete er die Filmschauspielerin Anikó Sáfrán (Photo), die sich einen Namen als Nacktstar in Filmen des Budapester Regisseurs Miklós Jancsó ge-



macht hatte. Die Frage, ob Berecz durch die ungewöhnliche Verbindung seine Chancen, Nachfolger von Parteichef János Kádár zu werden, vermindert hat, wird parteiintern unterschiedlich beantwortet. Die meisten Landsleute aber bekunden volles Verständnis für das neue Glück des alternden Politstars, dessen erste Frau tödlich verunglückte. Die Magyaren betrübt nur, daß sie nun Anikó Sáfrán in ihrem jüngsten Film, einem italo-ungarischen Porno mit dem Titel „Allgemeine Moral", nie zu sehen bekommen werden.

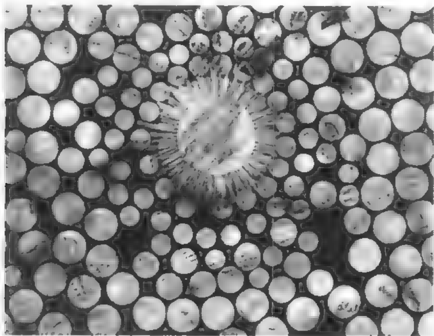




Crist Delmonico, 31, (Photo o.), Künstler aus Morristown (US-Bundesstaat New Jersey), arbeitet mit Zirkel und Lineal, mit Buntstiften und Spraydosen, und er bevorzugt die Farben der Natur: „Pink, Orange, Gelb und Rot – all die Sonnenaufgangs-, Sonnenuntergangs-, Sommerzeit- und Sonnenscheinfarben." Doch an die Natur kann er sich nur noch schwach erinnern, seine

Karsten Voigt, 46, SPD-Bundestagsabgeordneter, lieferte als „erster westlicher Politiker" (Voigt) ein fünfseitiges Manuskript in der Moskauer „Prawda"-Redaktion ab, das auch gedruckt wurde. Thema: „Das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik". Voigts Versicherung, er habe für seinen Artikel (Auszug: „Gorbatschows konzeptioneller Beitrag ist ein Begriff von der Interdependenz in der internationalen Politik") „garantiert kein Honorar bekommen", bewahrte ihn in seiner Bonner Stammkneipe nicht vor Kollegen-Spott: „Karsten Voigt arbeitet für Moskau – aber er wird nicht von Moskau bezahlt."

Anke Fuchs, 50, SPD-Bundesgeschäftsführerin, bekam einen anschaulichen Einblick in die Mühen des Bonner Journalistenlebens. Für die ZDF-Sendung „Bonn direkt" am Karnevalssonntag bat sie, Berichterstattung alaaf, Presseleute vor Mikrophon und Kamera. Als einen der Drehorte hatte sie die SPD-Etage im



Bilder (Photos) sieht er nicht: Crist Delmonico ist seit seinem 14. Lebensjahr blind. In seinem Atelier aber akzeptiert der studierte Psychologe Hilfe erst nach getaner Arbeit: „Ich sage meiner Freundin, was ich zeigen will, und frage sie, ob es das geworden ist.“ Es wird. Delmonicos Bilder werden in den großen Galerien und Museen des Landes gezeigt, und der Kunsthistoriker Francis O'Connor räumt seinen Werken schon heute kunstgeschichtlichen Rang ein: „Er kennt die amerikanische Kunst der letzten 20 Jahre nicht. Er arbeitet ohne jeden Einfluß und hat uns deshalb mehr zu sagen als manch sehender Künstler.“

Bundeshaus festgelegt, weil dort dienstags immer Journalisten warten, in der Hoffnung auf Neuigkeiten aus der SPD-Fraktionssitzung. Pech für die Genossin: Am vorvergangenen Dienstag wurde Franz Josef Strauß in der ein Stockwerk höher tagenden CDU/CSU-Fraktion erwartet und zog die gesammelte Aufmerksamkeit des Pressekorps auf sich. Schnell beorderte Anke Fuchs ihr Team auf die CDU-Etage und ließ sich mitten im Rummel um den Bayern als rasende Reporterin filmen.

Hannelore Kohl, 54, Kanzler-Gattin, zeigte sich, obwohl jahrelang in der Karnevalshochburg Mainz zu Hause, wenig vertraut mit den Bräuchen der Kölner Konkurrenz. Während eines Gala-Essens im Restaurant „Die Bastei“ fragte sie die männliche Jungfrau des jährlich wechselnden Kölner Dreigestirns: „Wie viele Jahre machen Sie das schon?“ Als der Narr verdutzt erklärte, er sei erst seit fünf Monaten im Dienst, zeigte sich der Besuch aus Bonn schlagfertig: Das sei beeindruckend – so lange im Amt und immer noch Jungfrau.

Johannes Rau, 57, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, beantwortete eine Forderung der CDU in Versform. Die Düsseldorfer Christdemokraten hatten daran Anstoß genommen, daß Nordrhein-Westfalen mal mit NRW, mal mit NW abgekürzt werde, und den Regierungschef aufgefordert, den Wirrwarr zu beenden. Rau dichtete: „Für Abkürzungen gilt das Prinzip, daß jeder schreibt, wie es ihm lieb. So ist man frei, ob man will malen für unser Land Nordrhein-Westfalen der Letter zweie oder drei ohn' Rücksicht, ob es sinnvoll sei.“

Richard Flohr, 44, Sportflieger aus dem rheinischen Städtchen Erftstadt und Inhaber mehrerer Weltrekorde mit diversen Flugzeugen, hebt in andere Sphären ab. Seinem Bürgermeister hat der gelernte Steinmetz vorgeschlagen, eine Straße nach ihm, Flohr, zu benennen, weil durch den Eintrag von vier seiner Top-Leistungen im Guinness-Buch der Rekorde Erftstadt international bekannt geworden sei. Die Ratsleute planen, dem Drang nach Ehre anders abzuhelfen: Flohr soll eine Münze bekommen, die an einen anderen großen Sohn des Ortes erinnert – Carl Schurz, nach seiner Auswanderung Generalmajor im amerikanischen Bürgerkrieg und zeitweise Innenminister in der Neuen Welt.



Helmut Zilk, 60, Bürgermeister von Wien, wurde Opfer eines Umfalls: Stilgerecht wollten ihm Ballonfahrer eine Spende für die Restaurierung des Stephansdoms hoch über dem Gotteshaus überreichen. Doch beim ersten Startversuch ließen widrige Winde den Korb kippen. Zilk schaute verdattert, aber gefaßt über den Korbrand (Photo), bis es beim zweiten Versuch kurz aufwärts ging.

FRAGEN AN



NORBERT BLÜM, 52, Bundesarbeitsminister. Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs in München ist eine Büttenrede keine künstlerische Tätigkeit. Damit entfalle der Anspruch auf eine Steuerminderung für Honorare. Voraussetzung dafür sei eine „eigenschöpferische Tätigkeit mit einer gewissen Gestaltungshöhe“. Norbert Blüm, bekannt für seine launigen Büttenreden, stand noch am Donnerstag als Angeklagter vor dem Narrengericht in Stockach.

SPIEGEL: Ein vernichtendes Urteil. Reden Sie weiter?

BLÜM: Ja. Kinder und Narren sagen die Wahrheit. Das ist keine Richterschelte.

SPIEGEL: Handelt es sich um einen weiteren Querschuß aus München auf die Künstler in Bonn?

BLÜM: Kunst kommt von Können. Will sagen, ein echter Künstler denkt, die können mich mal.

SPIEGEL: Hat die Büttenreden-Entscheidung auch Bedeutung für die Parlamentsreden?

BLÜM: Nein. Parlamentsreden sind völlig umsonst, so daß sich die Steuerfrage gar nicht stellt.

SPIEGEL: Wie wär's mit einer Prunksitzung im Wasserwerk aus Solidarität mit den Rednerkollegen von der närrischen Zunft?

BLÜM: Ich lehne das ab. Da die Opposition keinen Humor hat, müßte die Koalition wieder mal die ganze Last der Volksunterhaltung allein tragen.

SPIEGEL: Ihr Rat für die Jekken unter der Steuerschraube?

BLÜM: Vernarrt euch in die Steuerreform! Bis dahin: seht es als Vergnügungssteuer.

register

GESTORBEN

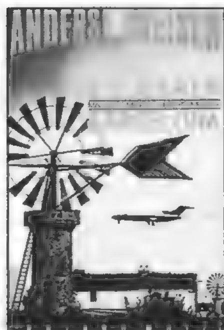
Ove Arup, 92. Sein Werk als Architekt blieb bescheiden, doch seine Leistungen als Ingenieur sind Architekturgeschichte. Ohne ihn wären die spektakulärsten Marksteine der modernen Baukunst nicht entstanden. Der Engländer dänischer Abstammung war der Hexenmeister hinter den Wunderwerken des britischen High-Tech. Kopf einer weltweiten Planungsfirma (mit 2600 Ingenieuren in 50 Niederlassungen), die auch die kühnsten und kostspieligsten Entwürfe extravaganter Star-Architekten in die Tat umsetzte – etwa die 67 Meter hohen Betonschalen der Sydney-Oper, die provozierenden Röhrenwerke des Centre Pompidou in Paris und die Lloyd's-Zentrale in London. Der große alte Mann verfügte über das Know-how, Unmögliches möglich zu machen, und den Ehrgeiz, technische Probleme in hoher Qualität und eleganter Form zu lösen. Sein Wirken zum Ruhme britischer Ingenieurkunst trug ihm Goldmedaillen, Doktorhüte, Ehrenämter en masse und schließlich den Ritterschlag ein. Sir Ove Arup starb am vorvergangenen Freitag in London.

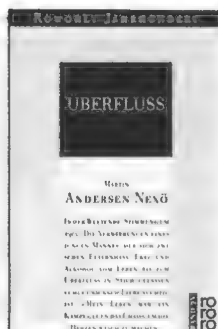
Carmen Polo de Franco, 87. Sie war die Zeremonienmeisterin des Generalissimus. Die Tochter aus großbürgerlichem Haus verschaffte dem Faschistenführer den prunkvollen Rahmen, der Franco auch die Anerkennung und den Beifall des mächtigen spanischen Adels einbrachte. Perfekt in Kleidung, Haltung und Etikette, mit sicherem Gespür für Stil, bürgerliche Konventionen und die ungeschriebenen Gesetze der Gesellschaft und nicht zuletzt mit ihren glanzvollen Festen im Pardo-Palast wurde sie zu einer unverzichtbaren Stütze des Diktators. Doch die so kultivierte Franco-Gefährtin – modisches Leitbild einer ganzen Frauengeneration –, die eifrig ihre Religiosität zur Schau trug, zeigte niemals auch nur einen Funken Mitgefühl für die unzähligen Opfer des Regimes. Nach Francos Tod 1975 verschaffte ihr König Juan Carlos eine hohe Witwenrente und ein eher niedriges Adelsprädikat. Die meisten Spanier wußten zuletzt kaum noch, daß es sie gab. Zur Beerdigung von Carmen Polo de Franco, die am vorvergangenen Samstag in Madrid starb, schickte der chilenische Diktator Augusto Pinochet einen Kranz.

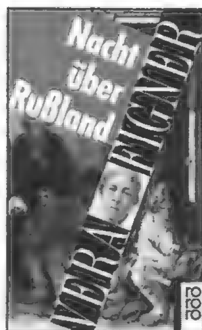
Willi Kollo, 83. Für viele war er der Prototyp des Berliners: quirlig, gerissen, geschäfts- und überaus lebenstüchtig – und vor allem: ohne falsche Bescheidenheit. Der Sohn des Operettenkomponisten Walter Kollo entwickelte sich trotz – oder gerade wegen – seines skeptischen Vaters zum umtriebigen Allround-Talent der leichten Muse. Zunächst als Librettist seines Vaters, dann als begehrter Song- und Coupletlieferant für die Stars der Berliner Unterhaltungs-Szene. Seinen festen Platz fand er schließlich im Filmbetrieb. Er komponierte mehr als 200 Filmmusiken, versuchte sich als Drehbuchautor und Erfinder pfiffiger Revuen. 1933 erhielt der Animateur des vergnügungssüchtigen Berlin Auftrittsverbot von den Nazis: Quittung für freche Polit-Chansons im „Kabarett der Komiker". Auf seine Musik wollten die Machthaber jedoch nicht verzichten, und so konnten sich die Reichs-Deutschen über die Bedeutung des Schlagers „Nachts ging das Telephon" ihre eigenen Gedanken machen. Nach Kriegsende zog Kollo alle Register. Er schrieb ein Schauspiel, gründete ein Theater in Hamburg und veröffentlichte ein Buch über den Preußen-König Friedrich II. Den Hauptteil seines auf zehn Millionen Mark geschätzten Vermögens brachten ihm jedoch die Rechte an den Werken seines Vaters ein: Um sie hatte er mit zäher Verbissenheit gekämpft, 1960 wurde er Universalerbe. Willi Kollo, Vater von Heldentenor René, starb am vorvergangenen Donnerstag in Berlin.

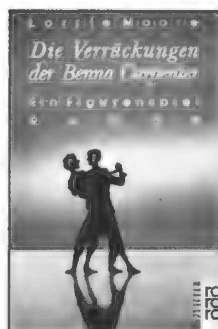
Lothar Malskat, 74. Die Sensation war perfekt. Die Spitzen des Staates und Experten aller Länder eilten zur St.-Marien-Kirche in Lübeck, um die restaurierten frühgotischen Fresken zu bestaunen: eine Muttergottes mit dem Christuskind, flankiert von den Kirchen-Patronen Anna und Johannes sowie Aposteln, Patriarchen und deutschen Königen. Doch das Spektakel erwies sich als Flop: Der unbekannte Kunstmaler Lothar Malskat hatte die bestechend schönen Figuren 1951 nicht freigelegt, sondern selbst gemalt. Die düpierte Fachwelt erfuhr, daß Malskat schon einmal Hand angelegt hatte: 1940 schmückte er Figuren der Wandmalereien im Schleswiger Dom mit den Gesichtern seines Vaters, seiner Schwester Frieda und der Filmschauspielerin Hansi Knoteck. Der schweigsame Ostpreuße, der seine Fälschungen schließlich selbst anzeigte, erntete unterschiedliche Schlagzeilen. Für die einen war er ein hochbegabter Maler, für die anderen ein Hochstapler und Kirchenfrevler. Nachdem er die Hälfte seiner 18monatigen Haftstrafe abgesessen hatte, erlebte der schmächtige Fälscher eine kurzfristige Konjunktur: Bis zu 10 000 Mark blätterten Käufer für ein Malskat-Werk hin, dann geriet er in Vergessenheit. Seine Schein-Heiligen, die ihn in aller Welt berühmt gemacht hatten, wurden auf bischöflichen Antrag abgewaschen. Lothar Malskat starb in der vergangenen Woche in Wulfsdorf bei Lübeck.

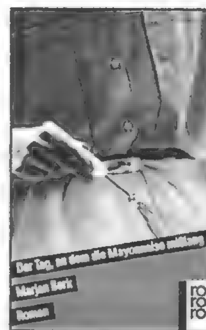
Rowohlt im Februar













Zeit für die Inseln

Mallorca: Putzfrauentraum oder Naturidylle? Die Inselgruppe der Balearen, Ziel des Massentourismus, wird zunehmend von Individualreisenden entdeckt. Der Band **«anders reisen: Balearen/Barcelona»** gibt ein umfassendes Bild von Land und Leuten, Kultur und Geschichte (7579/DM 17,80).

Zwei frühe Werke dieses Jahrhunderts

Der dänische Erzähler **Martin Andersen Nexö** beschreibt die Weltende-Stimmung um 1900: die Verwirrungen eines jungen Mannes, der sich zwischen Elternhaß, Ekel und Alkohol vom Leben bis zum «Überfluß» im Stich gelassen fühlt (40025/DM 16,80).



Alfred Henschke (1890–1928) wählte sein Pseudonym aus: *Kla*bautermann und Vaga*bund*.

Klabunds «Bracke» ist ein Eulenspiegel und Possenreißer, Vagant und Tyrannenhasser, gütig und durchtrieben. Diese Bänkelballade, geschrieben im Ersten Weltkrieg, ist ein Dokument der Menschenliebe (40026/DM 10,80).

Wie altmodisch ist die Sozialdemokratie?

Die SPD hat den Draht zum Lebensgefühl der Achtziger verloren; Vielfalt und Experimentierfreudigkeit werden im Schulterschlußimperativ der «Wir-Partei» erdrückt. Der aktuell-Band von Wolfgang Michal beschreibt **«Die SPD – staatstreu und jugendfrei»** (12230/DM 10,80).



August Bebel und Otto von Bismarck, Väter des deutschen Staats

Über den Umgang der beiden deutschen Staaten mit ihrer gemeinsamen Geschichte berichten die Beiträge des Buches **«Erben deutscher Geschichte»**, das nach dem Treffen deutsch-deutscher Historiker im März 1987 entstand (12348/DM 9,80).

Eine revolutionäre Seele

«Diese Memoiren gehören zum Ergreifendsten, was über die Standhaftigkeit der menschlichen Seele geschrieben worden ist», notierte Wieland Herzfelde über die Lebenserinnerungen der russischen Revolutionärin **Vera Figner, «Nacht über Rußland»** (5974/DM 14,80). 1883 wurde sie von Alexander II. zum Tode verurteilt, gegen ihren Willen begnadigt und konnte emigrieren. 1915 kehrte sie ungebeugt nach Rußland zurück.

Verrückungen

Mit Witz und Leichtigkeit bringt Lorrie Moore in **«Die Verrückungen der Benna Carpenter»** die Sprache ihrer Generation auf den Punkt. Ein Roman für alle, die nie dreißig werden wollen (12172/DM 10,80).

Pfanne und Panne

Eine Frau in den besten Jahren plant ihr berufliches Comeback. Aber ihre erste TV-Show als TV-Köchin wird **«Der Tag, an dem die Mayonnaise mißlang»** (12218/DM 6,80). Marjan Berk schildert komisch und einfühlsam, wie ihre Heldin souverän Pfanne und Panne meistert.

Indiskret

Was denken, was lieben, was hassen prominente Zeitgenossen? Jetzt erscheint «Indiskrete Antworten» Band 2 mit dem Fragebogen des FAZ-Magazins, herausgegeben von **Georg Hensel** und **Volker Hage** (5944/DM 12,80).

Karriere

Künftige Führungskräfte und Manager: der direkte Weg zum Erfolg ist machbar! «Der einzig wahre Karriere-Ratgeber» zeigt, wie. Mit Tips und Tricks von Wolfgang Körner (12164/DM 6,80).



Kopf und Bauch

Um Bauch und Zyklus der Frauen geht es in dem Titel **«Menstruation»** von Claudia Reuße und Martina Holler. Ein neuer Weg zu einer ganzheitlichen weiblichen Identität (8401/DM 9,80). Die Streitschrift **«Keine Lust auf Kinder?»** (8410/DM 8,80) beschreibt Kinderlosigkeit als freiwillige und politisch bewußte Entscheidung, besonders vor dem Hintergrund der Situation von Eltern und Kindern in diesem Lande.

Sartre

Jetzt liegt auch der letzte Band von Jean-Paul Sartres Romanzyklus «Wege der Freiheit» in neuer Übersetzung vor: **«Der Pfahl im Fleische»** (12270/DM 12,80).



Großer Elternratgeber

Handfeste Informationen zu allen Lebensbereichen von Kindern gibt das neue **«rororo Elternlexikon»**. Mit über 600 Stichwörtern von «aggressives Kind» bis «Zwillinge» (7981/DM 16,80).



Der erste deutsche Taschenbuch Verlag

DIESE WOCHE IM FERNSEHEN

Montag, 15. 2.

21.15 Uhr. Nord III. Full House

Little Steven begann seine Karriere als Gitarrist in Bruce Springsteens E-Street-Band, engagierte sich in einem Solo-Projekt gegen die Apartheid und gehört mittlerweile zu den bekanntesten Kopftuchträgern der Rockmusik.

21.45 Uhr. Bayern III. Buddy, Buddy

Klaus Kinski als sächselnder Sex-Klinik-Doktor („FAZ": „Wunderbare Fehlbesetzung"), Walter Matthau ein Killer, und Jack Lemmon ein tolpatschiger Selbstmörder. Eigentlich verspricht die Besetzung dieser Hollywood-Komödie von 1981, die der damals 73jährige Billy Wilder inszenierte, reinen Kinospaß. Doch sosehr Lemmon mit seinem Gezappel den eiskalten Killer Matthau nervös macht, der Film ist meilenweit von Wilders Glanzstücken wie „Manche mögen's heiß" entfernt.

Olympia ARD. 6.00 Uhr. Frühstücksfernsehen. **17.00 Uhr.** Zusammenfassung Vortag. **ZDF. 17.50 Uhr.** 30 km Skilanglauf Herren; 3. und 4. Lauf Rennrodeln Herren. **19.25 Uhr.** Kombinations-Abfahrtslauf Herren. **22.10 Uhr.** Eishockey: Deutschland – Norwegen. **2.10 Uhr.** Eishockey: USA – ČSSR, UdSSR – Österreich.

23.15 Uhr. ARD. Schwarzer Engel

Ein Makler (Photo: Cliff Robertson mit Geneviève Bujold) muß mitansehen, wie



seine Frau und sein Kind bei einer Entführung sterben. Jahre später begegnet er einer Frau (wieder Geneviève Bujold), die der Ermordeten ähnlich sieht, und wieder beginnt die Geschichte von vorn. Der romantische Hollywood-Thriller (1976, Regie: Brian de Palma) kam bei der Kritik nicht sonderlich an. Die „FR" nannte ihn „ein gebremstes Melodram", gepflegt langweilig.

Dienstag, 16. 2.

21.45 Uhr. ARD. Kontraste

Themen: Porträt Krawczyk-Klier; Computer-Schmuggel zwischen West-Berlin und Polen; Willkür auf Sozialämtern; Schallschutz an Autobahnen.

22.30 Uhr. Nord III. Kinowerkstatt

Live-Bericht von den 38. Internationalen Filmfestspielen Berlin.

22.45 Uhr. Bayern III. Kehraus

Wieder mal zum Faschingsdienstag tappt



Olympia ZDF. 6.00 Uhr. Frühstücksfernsehen. **13.15 Uhr.** Zusammenfassung Vortag. **17.50 Uhr.** Rodeln: 1. und 2. Lauf Damen; Eishockey: Schweden – Polen; Kombinations-Slalom Herren, 1. und 2. Durchgang. **22.10 Uhr.** Eishockey: Kanada – Schweiz. **1.55 Uhr.** Eiskunstlauf: Kür der Paare. Eishockey: Finnland-Frankreich.

Gerhard Polt (Photo) als überversicherter Gabelstaplerfahrer durch die kalte Welt eines Münchner Assekuranz-Palastes. In Hanns Christian Müllers Satire von 1983 besteht die Welt der Versicherer aus hinreißenden Chargen: u. a. Dieter Hildebrandt als eisiger Chefrationalisierer.

23.00 Uhr. ARD. Car-napping

„Es ist selten", schrieb die wenig humoranfällige „FAZ" über diese deutsche



Gaunerkomödie (1985, Regie: Wigbert Wicker), „daß man vor dem Fernsehapparat von Herzen lachen kann, ohne sich seines Kopfes zu genieren." Im Mittelpunkt der Geschichte steht ein Autodesigner (Photo: Bernd Stephan mit Anny Duperey), den ein Bankrotteur um seine Existenz bringt. Doch der Betrogene wird Kopf einer internationalen Bande von Autodieben. Anders als im deutschen Krimi üblich, wo Gut und Böse so säuberlich abgezäunt sind wie Kleingärten, durchbricht Wicker diese Grenze.

Mittwoch, 17. 2.

19.30 Uhr. ZDF. Doppelpunkt-Gespräch

In der meistens munter gemachten Kids-Sendung geht es um Kids für Kids. Zu der Frage Kinder ja oder nein diskutieren eine junge Frau, die sich mit ihrer Mutterrolle identifiziert, eine kinderablehnende Karrierefrau, eine, die Zukunftsangst hat, und ein getrennt lebender Vater.

22.10 Uhr. Nord III. Gösta Berling

Durch diesen schwedischen Stummfilm aus dem Jahre 1924 wurde Greta Garbo (Photo) berühmt. Regisseur Mauritz Stiller schuf nach dem Roman von Selma Lagerlöf über einen abgesetzten Pfarrer,

Olympia ZDF. 6.00 Uhr. Frühstücksfernsehen. **13.15 Uhr.** Zusammenfassung Vortag. **ARD. 17.30 Uhr.** Olympia-Studio. **17.55 Uhr.** 5 km Langlauf Damen. **18.55 Uhr.** Rennrodeln: 3. und 4. Lauf Damen; Eisschnellauf: 5000 m Herren. **21.00 Uhr.** Skispringen: 90-m-Schanze Mannschaftsentscheidung; Eishockey: Deutschland – Österreich. **2.05 Uhr.** Eishockey: UdSSR – USA.



der durch die Liebe einer Frau seine Stellung im Leben wiederfindet, einen sehr langen und breit angelegten Film.

22.55 Uhr. ZDF. Berlinale '88

Aspekte-Bericht von den Filmfestspielen.

Donnerstag, 18. 2.

19.00 Uhr. Bayern III. Das Haus der sieben Sünden

Kühl zieht die Tingeltangel-Sängerin und Männerherzensbrecherin Bijou (Photo:



Marlene Dietrich) von Südseeinsel zu Südseeinsel. Laut „Süddeutsche Zeitung“ hat der Dietrich-Kinomythos in diesem Film von 1940 „eine seiner schönsten Formulierungen gefunden“.

Olympia ARD. 6.00 Uhr. Frühstücksfernsehen. **17.00 Uhr.** Zusammenfassung Vortag. **ZDF. 19.25 Uhr.** Abfahrtslauf Damen. **22.10 Uhr.** Eishockey: Schweiz – Schweden; Frankreich – Polen. **1.55 Uhr.** Eiskunstlaufen: Kurzkür Herren; Eisschnellaufen: 1000 m Herren; Eishockey: Kanada – Finnland.

20.15 Uhr. Nord III. Broadway Danny Rose

Der Agent Danny Rose (Woody Allen) betreut einen verfetteten Spaghetti-Schnulzier, der wider Erwarten die Chance eines Comebacks bekommt. Als der Sänger endlich seinen Auftritt haben soll, wird der Agent fälschlicherweise für den Liebhaber der Sängerfreundin Tina (Mia Farrow) gehalten. Mordlüsterne Mafiosi mischen sich ein. Die komischste Szene in diesem Sammelsurium (1984) von Woody-Allen-Situationen ist die, wenn die Gangster Woody Allen und Mia Farrow aufeinander fesseln und die beiden sich durch rhythmische Schlangenbewegungen aus Todesgefahr zu befreien versuchen.

Freitag, 19. 2.

20.15 Uhr. Südwest III. Menschen unter uns

Helmut Koenig besuchte mit dem tschechischen Schriftsteller Ota Filip und Pavel Schnabel den letzten „Kosaken-Ataman“. Nur kurze Zeit nach der Oktoberrevolution bestand eine freie Republik Kosakia, bevor sie im Bürgerkrieg wieder aufgelöst wurde. Viele Kosaken gingen ins Exil, und einige dienten von 1941 an in Hitlers Wehrmacht. Wesentlich beteiligt an dieser verhängnisvollen Entscheidung war Wassilij Grigorjewitsch Glaskow, der 30 Jahre lang Oberhaupt der Exilkosaken war und im letzten Jahr in New York starb.

Olympia ZDF. 6.00 Uhr. Frühstücksfernsehen. **13.15 Uhr.** Zusammenfassung vom Vortag. **ARD. 17.30 Uhr.** Olympia-Studio. **17.55 Uhr.** 15 km Langlauf Herren; Rennrodeln: Doppelsitzer 1. und 2. Lauf. **19.50 Uhr.** Kombinations-Abfahrt Damen. **22.10 Uhr.** Eishockey: Deutschland – UdSSR.

22.00 Uhr. Nord III. Hessen III. Freitagnacht

Neuer Talkshow-Wein durch, Verzeihung, alte Schläuche. Gastgeber Lea Rosh und Rudolph Ganz lassen die Plauderrunde jeweils um ein Thema kreisen. Diesmal diskutieren zum Thema Nationalstolz Ernst Benda, Paul Breitner, Ralph Giordano, Elisabeth Noelle-Neumann, Georg Kreisler, Alfred Hrdlicka und der Berliner Junge-Unions-Vorsitzende Gunnar Sohr.

22.10 Uhr. ZDF. Aspekte

Noch einmal von den Berliner Filmfestspielen.

Samstag, 20. 2.



20.15 Uhr. ARD. Die Spezialisten

Häftling Paul (Photo, M.: Bernard Giraudeau) schleppt seinen Kumpel Stéphane (Gérard Lanvin, r.) mit auf die Flucht. Beide überfallen ein Mafia-Spielcasino. Französisch-deutscher Film von 1984, Regie: Patrice Leconte.

Olympia ARD. 8.30 Uhr. Frühstücksfernsehen. **ZDF. 17.35 Uhr.** Zweierbob: 1. und 2. Lauf; Kombinations-Slalom Damen, 1. Durchgang. **19.25 Uhr.** Biathlon: 20 km; Kombinations-Slalom Damen 2. Durchgang; Skispringen: 90-m-Schanze; Eishockey: Finnland – Schweden, Kanada – Frankreich, Polen – Schweiz; Eisschnellaufen 1500 m Herren; Eiskunstlauf: Kür Herren.

22.30 Uhr. Südwest III. Cafe Größenwahn

Zum Thema „Für und wider Brecht“ diskutieren Jan Knopf, Herausgeber der Brecht-Gesamtausgabe, Thomas Rothschild, Professor in Stuttgart, sowie SPIEGEL-Redakteur Hellmuth Karasek. Schauspielerin Astrid Jacob singt und spricht Lieder und Texte von B.B.

Sonntag, 21. 2.

20.15 Uhr. ZDF. The day after – Der Tag danach

80 Millionen Amerikaner verfolgten 1983 die ABC-TV-Schreckenssendung (Photo: Zuschauer) über die fiktive nukleare Zerstörung der Großstadt Kansas City im Herzen der USA. Doch zum großen, lautstarken Protest gegen die atomare Aufrüstung des Präsidenten kam es nicht. Der Film beginnt mit nichtsahnenden Jedermännern, die unbekümmert ihrem Vergnügen und ihrer Arbeit nachgehen. Als Nachrichten von der Bombardierung Würzburgs und einem amerikanischen Gegenschlag eintreffen, erkennen auch die Leute im Mittleren Westen den Ernst der Lage. Zwei Atombomben verwandeln die Idylle des beautiful America in eine apokalyptische Landschaft. Es beginnt ein Bil-



derreigen mit schreienden Menschen, in Sekunden verglühenden Skeletten und dem Anbruch des nuklearen Winters. Regie: Nicholas Meyer mit Jason Robards, John Lithgow, Jobeth Williams. Am 9. März folgt das sowjetische Pendant „Briefe eines Toten“.

Olympia ZDF. 8.30 Uhr. Frühstücksfernsehen. **13.15 Uhr.** Zusammenfassung Vortag. **ARD. 17.30 Uhr.** Olympia-Studio. **17.55 Uhr.** Zweierbob: 3. und 4. Lauf; 4 mal 5 km Staffel Damen. **20.20 Uhr.** Super-G Herren. **21.30 Uhr.** Eishockey: UdSSR – ČSSR; **1.05 Uhr.** Eisschnellauf: 10 000 m Herren; **2.10 Uhr.** Eishockey: Deutschland – USA.


ALDO FALLAI

HOHLSPIEGEL

Aus einer Mitteilung der Kreispolizeibehörde Homburg: „Aufgrund § 5 Abs. 3 des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit . . . wird Ihnen im Einvernehmen mit dem Jugendamt des Saar-Pfalz-Kreises in Homburg unter Vorbehalt des sofortigen Widerrufes bei Verstößen gegen die nachstehenden Auflagen die Ausnahmegenehmigung erteilt, einen Kindermaskenball durchzuführen. Auflagen: 1. Das Tragen von Masken ist verboten."

△



Satire-Beilage in „Dr. med. Mabuse – Zeitschrift im Gesundheitswesen".

△

Haben spaltbares **Material** abzugeben. Chiffre-Nr. 714

Aus der „Münsterländischen Tageszeitung".

△

Party-Gag
Stacheldraht-WC-Sitz
– Sitzfläche mit echtem Stacheldraht belegt,
– acryltransparent überzogen,
Deckel weiß
340,–

Aus einer Werbe-Broschüre.

△

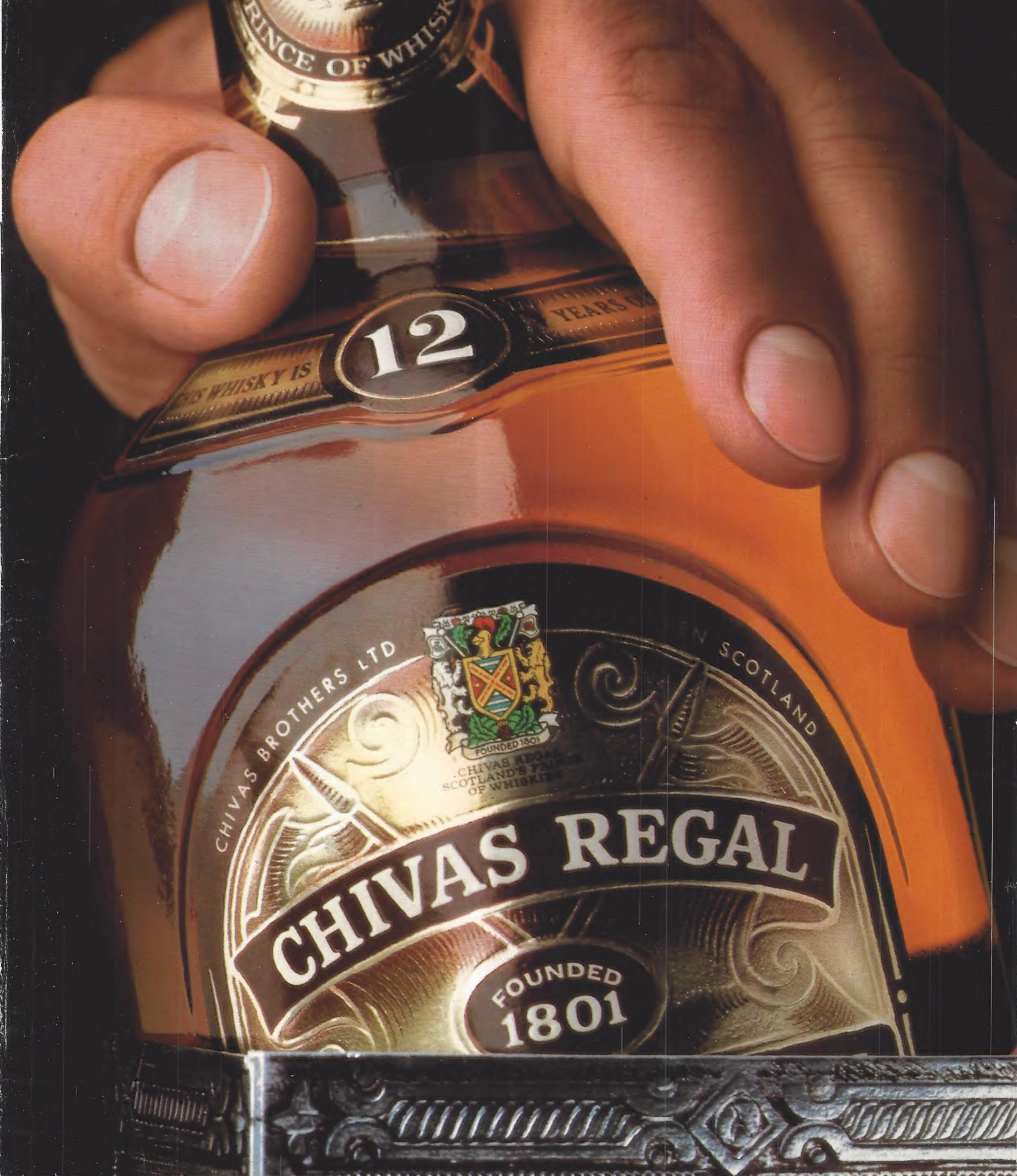
Aus der „Sulinger Kreiszeitung": „Nach einer kurzen mündlichen Einweisung besichtigten die jungen Besucher den Wachraum, die Telephon- und Fernschreibvermittlung und die übrigen Diensträume. Praktische Geräte, wie Anhaltekellen, Handfesseln, Schlagstöcke und Pistolen wurden dabei vorgeführt."

RÜCKSPIEGEL

Zitat

Hans Edgar Jahn, Ex-Berater Adenauers, erinnert in seinem soeben erschienenen Buch „An Adenauers Seite" an ein Treffen des greisen Kanzlers mit dem SPIEGEL. Fünfeinhalb Monate nach seinem Rücktritt im Oktober 1963 überreichten ihm der damalige Verlagsdirektor Hans Detlev Becker und der ehemalige Chefredakteur Claus Jacobi einen Dokumentenband des SPIEGEL:

Er blätterte weiter: Brandt, Bischof Lilje, Clay – bis zu einem Manuskript von Rudolf Augstein: „Der Herr Augstein hat geschrieben, wir hätten 1952 eine Möglichkeit zur Wiedervereinigung gehabt. Das ist ganz falsch, meine Herren. Ich habe den Artikel prüfen lassen." – SPIEGEL: „Falsch in der Deutung oder falsch in der Darlegung der Fakten, Herr Bundeskanzler?" – Adenauer: „Beides falsch." . . . Zum Schluß gab Konrad Adenauer anekdotische Erinnerungen an die Gründung des SPIEGEL und an die Brüder Augstein zum besten. Er trug „Grüße an Herrn Augstein" auf: „Aber an den richtigen!" Dann sagte er mit festem Händedruck: „Vor allem, wir müssen zusammenstehen." Der Doppeldeutigkeit dieses Abschieds schneller bewußt als die Verabschiedeten, zog er rasch nach: „Wir Deutschen, alle Deutschen." . . . Ich hatte die mir überlassene Kopie (des Dokumentenbandes *-Red.*) sorgfältig durchgeblättert und machte Adenauer tags darauf auf den Artikel von Rudolf Augstein aus dem Jahre 1948 aufmerksam. Zu dieser Zeit war Adenauer Präsident des Parlamentarischen Rates. Das Gespräch, das beide sehr intensiv im Hause am Zennigsweg geführt hatten, drehte sich um die Frage, wieviel deutsche Divisionen zur Verteidigung der Bundesrepublik benötigt wurden. Die militärischen Fachleute, die Augstein befragt hätte, waren übereinstimmend der Meinung gewesen, mindestens 30 deutsche Divisionen seien notwendig. Adenauer hatte geantwortet: „Das ist auch meine Schätzung." Adenauer sagte nachdenklich: „An der Zahl hat sich seit damals nichts geändert." Adenauer habe beim Abschied gesagt: „Sie können jederzeit, bei Tag und bei Nacht, unangemeldet zu mir in mein Haus kommen, wenn Sie etwas Wichtiges haben." Adenauer erinnerte sich daran, daß Augstein das seinerzeit auch im SPIEGEL geschrieben habe. „So viel Wichtiges für mich muß der Augstein denn wohl nach seiner Meinung nicht gehabt haben, sonst wäre er doch des öfteren gekommen", meinte Adenauer, verschmitzt lächelnd. „Mit der Verteidigung hat er es von Anfang an gehabt, von 1948 bis 1962, bis zur SPIEGEL-Affäre, die bis heute nicht ausgestanden ist", beendete Adenauer den Rückblick.



CHIVAS REGAL. 12 JAHRE ALT, STOLZ DER ÄLTESTEN WHISKY DISTILLERY SCHOTTLANDS.

Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt.
Dann aber richtig.